



# Landtag von Baden-Württemberg

10. Sitzung

13. Wahlperiode

Stuttgart, Mittwoch, 24. Oktober 2001 • Haus des Landtags

Beginn: 10:03 Uhr

Schluss: 19:01 Uhr

## INHALT

Eröffnung – Mitteilungen des Präsidenten . . . . .	361	d) Antrag der Fraktion GRÜNE – <b>Ungereimtheiten und Widersprüchlichkeiten im Zusammenhang mit der Aufarbeitung des Störfalls im Atomkraftwerk Philippsburg II (KKP II)</b> – Drucksache 13/314	
Begrüßung des Generalkonsuls von Griechenland, Dr. Dimitris Moschopoulos . . . . .	405	e) Dringlicher Antrag der Fraktion der SPD – <b>Entlassung des Ministers für Umwelt und Verkehr</b> – Drucksache 13/328. . . . .	383
Begrüßung des Generalkonsuls der Republik Slowenien, Dr. Matjaž Jevnišek . . . . .	411	Abg. Drexler SPD . . . . .	383, 401
<b>1. Regierungserklärung – Innere Sicherheit in Baden-Württemberg – und Aussprache . . . . .</b>	<b>361</b>	Abg. Oettinger CDU . . . . .	386, 402, 404
Ministerpräsident Teufel . . . . .	361	Abg. Dr. Salomon GRÜNE . . . . .	388
Abg. Drexler SPD . . . . .	365	Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP . . . . .	391
Abg. Oettinger CDU . . . . .	368	Minister Müller . . . . .	393, 403
Abg. Pfister FDP/DVP . . . . .	371	Abg. Dr. Witzel GRÜNE (persönliche Erklärung) . . . . .	402
Abg. Dr. Salomon GRÜNE . . . . .	374	Beschluss . . . . .	404
Abg. Birzele SPD . . . . .	377	Abg. Fischer SPD (zur Geschäftsordnung) . . . . .	405
Minister Dr. Schäuble . . . . .	378	<b>3. Antrag der Fraktion der CDU und Stellungnahme des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst – Verbesserung der Rahmenbedingungen für die wissenschaftliche Tätigkeit an den Hochschulen des Landes – Drucksache 13/210 . . . . .</b>	<b>406</b>
<b>2. a) Aktuelle Debatte – Aufgabenerfüllung der Atomaufsicht in Baden-Württemberg – beantragt von der Fraktion der SPD</b>		Abg. Dr. Klunzinger CDU . . . . .	406
b) Antrag der Fraktion der CDU – <b>Kernkraftwerk Philippsburg II</b> – Drucksache 13/283		Abg. Carla Bregenzer SPD . . . . .	407
c) Antrag der Fraktion GRÜNE – <b>Umgang mit schwierigen sicherheitsrelevanten Vorkommnissen im Atomkraftwerk Philippsburg II</b> – Drucksache 13/287		Abg. Pfister FDP/DVP . . . . .	409
		Abg. Theresia Bauer GRÜNE . . . . .	410
		Minister Dr. Frankenber . . . . .	412
		Beschluss . . . . .	416

4. Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – <b>Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Betreuungsgesetzes</b> – Drucksache 13/195 . . . . .	416	<b>richt des Innenministeriums zum Datenschutz im nichtöffentlichen Bereich</b> – Drucksachen 13/40, 13/292. . . . .	420
Minister Dr. Goll. . . . .	416	Abg. Wichmann SPD . . . . .	420
Abg. Pauli CDU . . . . .	417	Abg. Blenke CDU . . . . .	422
Abg. Bebber SPD . . . . .	417	Abg. Theurer FDP/DVP . . . . .	423
Abg. Theurer FDP/DVP . . . . .	418	Abg. Oelmayer GRÜNE . . . . .	424
Abg. Oelmayer GRÜNE . . . . .	419	Minister Dr. Schäuble . . . . .	425
Beschluss . . . . .	420	Beschluss . . . . .	425
5. Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – <b>Gesetz zur Umstellung landesrechtlicher Vorschriften auf Euro und zur Änderung des Fischereigesetzes (Euroumstellungsgesetz Baden-Württemberg – EurUG –)</b> – Drucksache 13/313 . . . . .	420	7. Beschlussempfehlung und Bericht des Wirtschaftsausschusses zu der Mitteilung des Wirtschaftsministeriums vom 1. August 2001 – <b>Energiebericht 2000</b> – Drucksachen 13/152, 13/317 . . .	426
Beschluss . . . . .	420	Abg. Dr. Carmina Brenner CDU . . . . .	426
6. Beschlussempfehlung und Bericht des Ständigen Ausschusses zu der Mitteilung des Innenministeriums vom 28. Juni 2001 – <b>Erster Tätigkeitsbe-</b>		Abg. Knapp SPD . . . . .	428
		Abg. Hofer FDP/DVP . . . . .	430
		Abg. Dr. Witzel GRÜNE . . . . .	431
		Minister Dr. Döring . . . . .	433
		Beschluss . . . . .	436
		Nächste Sitzung . . . . .	436

## Protokoll

über die 10. Sitzung vom 24. Oktober 2001

Beginn: 10:03 Uhr

**Präsident Straub:** Meine Damen und Herren! Ich eröffne die 10. Sitzung des 13. Landtags von Baden-Württemberg und begrüße Sie. Ich darf Sie bitten, Ihre Plätze einzunehmen und die Türen zu schließen.

Im **E i n g a n g** befindet sich die Mitteilung des Rechnungshofs vom 15. Oktober 2001 über die gemeinsame Prüfung der Haushalts- und Wirtschaftsführung des Südwestrundfunks durch die Rechnungshöfe der am Staatsvertrag über den SWR beteiligten Länder Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz. Die Mitteilung wird Ihnen als Drucksache 13/312 zugehen. Ich schlage Ihnen vor, die Mitteilung an den Ständigen Ausschuss zu überweisen. – Dagegen erhebt sich kein Widerspruch. Dann ist es so beschlossen.

Wir treten in die Tagesordnung ein. Ich rufe **Punkt 1** der Tagesordnung auf:

### **Regierungserklärung – Innere Sicherheit in Baden-Württemberg – und Aussprache**

Das Wort zur Regierungserklärung erteile ich Herrn Ministerpräsident Teufel.

**Ministerpräsident Teufel:** Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Der 11. September 2001 war einer der schlimmsten Tage in der Geschichte. Die Terroranschläge auf New York und Washington haben Tausende von unschuldigen Menschen das Leben gekostet. Menschen mit einem Lebenswillen, wie wir ihn haben, verloren ihr Leben und wurden aus der Mitte ihrer Familien gerissen. Hunderte, die zu Hilfe geeilt sind, sind selbst zu Opfern geworden.

Unsere Gedanken sind noch immer bei denen, die ihr Leben lassen mussten. Wir fühlen mit allen Angehörigen, die Menschen verloren haben, die ihnen nahe standen. Wir verneigen uns mit großer Anerkennung vor all jenen, die unter Einsatz ihres Lebens und unter großer körperlicher und seelischer Anstrengung die Toten bergen und an den Orten des Verbrechens an den Aufräumungsarbeiten mitwirken.

Die Menschen in Baden-Württemberg stehen an der Seite des amerikanischen Volkes und seiner Regierung. Gemeinsam mit ihnen stehen wir auf der Seite der Freiheit, die gerade wir in Deutschland zu einem großen Teil unseren amerikanischen Freunden zu verdanken haben. Uns verbindet ein gemeinsames Ziel: Wir werden uns Freiheit und Menschenrechte von niemandem auf der Welt wieder wegnehmen lassen.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Die Anschläge auf die Vereinigten Staaten markieren den Beginn einer weltweit neuen Bedrohungslage. Sie haben gezeigt: Die Hoffnung auf absolute Sicherheit ist eine Illusion. Angst und Sorge machen sich breit. Es sind Sorgen und Ängste, die über die unmittelbaren Folgen des brutalen Terrors hinausgehen und auch die gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Folgen der Anschläge umfassen.

Die Menschen erwarten deshalb von allen politisch Verantwortlichen zu Recht Orientierung und konsequentes Handeln – besonnen und entschlossen zugleich. Sie wissen aber auch: Schnelle Patentlösungen kann es in dieser schwierigen Lage nicht geben. Keine der notwendigen Maßnahmen wird in kurzer Zeit Lösungen für Probleme bringen, die wir bisher weder kannten noch für menschenmöglich hielten. Aber ich bin sicher, wenn wir das Notwendige tun, werden wir den Terrorismus in die Schranken weisen und die Terroristen in die Knie zwingen können.

Dazu bedarf es eines langen Atems. Der Kampf gegen den Terrorismus wird Zeit benötigen, er wird Geld kosten, und er muss auf vielen Feldern und politischen Ebenen gleichzeitig geführt werden: politisch, wirtschaftlich, gesellschaftlich, persönlich durch Wachsamkeit und Zivilcourage, aber auch mit polizeilichen und militärischen Mitteln.

Bei allem, was uns auch in diesem Haus in Einzelfragen politisch trennt, haben wir die Pflicht, den Menschen im Land zu beweisen: Der Schutz unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung ist unser gemeinsames Ziel und unser gemeinsames Interesse, unser gemeinsames Anliegen, dem sich alle anderen Ziele unterzuordnen haben. An dieser Maxime richten wir unser Handeln aus.

Die Landesregierung und die sie tragenden Parteien unterstützen die Maßnahmenpakete der Bundesregierung und des Bundestags im Kampf gegen den Terrorismus. Wir alle sind verpflichtet, das Menschenmögliche zu tun, um die Freiheit, das Leben und die Unversehrtheit der Menschen zu gewährleisten.

Terror hat Ursachen. Wenn wir ihn besiegen wollen, müssen wir auch an seine Ursachen herangehen. Der blinde und fanatische Hass, der Menschen dazu verleitet, durch nichts zu rechtfertigende Verbrechen zu begehen, muss genauso bekämpft werden wie die terroristische Gewalt selbst. Wir fordern alle Verantwortlichen auf, gewaltbereiten Fanatikern die Unterstützung zu entziehen, sie zu bekämpfen und dem Frieden den Weg zu bereiten. Der Kampf gegen den Terrorismus muss ein gemeinsames An-

(Ministerpräsident Teufel)

liegen aller friedlich gesinnten Staaten und Nationen sowie aller Menschen guten Willens sein.

Wir befinden uns seit dem 11. September 2001 mitnichten in einem Kampf der Kulturen, mitnichten in einem Kampf der westlichen gegen die islamische Welt. Wenn wir uns dies einreden ließen, wären wir schon ein gutes Stück weit dort, wo uns bin Laden und seine geistigen Hintermänner haben wollen.

Terror ist Unkultur und Vernichtung der Kultur, Angriff auf alles, was Menschen und menschlicher Geist an Gutem und Schönerem, an Werten und Werken geschaffen haben und anerkennen. Es geht nicht um einen Kampf der Kulturen gegeneinander, sondern um einen Kampf der Kulturen miteinander gegen Terrorismus und gegen die Pervertierung jeder Kultur.

(Lebhafter Beifall bei allen Fraktionen)

Die islamische Welt ist durch den Terrorismus von verirrten und verwirrten Fanatikern mindestens genauso gefährdet wie wir selbst. Deshalb ist es wichtig und richtig, eine globale Allianz gegen den Terror und seine Helfershelfer zu schmieden und zu festigen. Wir stellen nicht Muslime oder den Islam auf die Anklagebank, sondern Islamisten und Gewalttäter.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Wir wollen eine bessere Integration von ausländischen Mitbürgern, die rechtmäßig hier leben, in unsere Gesellschaft und Gemeinschaft.

(Beifall bei allen Fraktionen)

So, wie wir keinen globalen Kampf der Kulturen oder der Religionen wollen, wollen wir auch kein Gegeneinander zwischen Christen und Muslimen in Deutschland und Baden-Württemberg. Wir leben in e i n e m Land, und wir wollen in Frieden miteinander leben. Ich fordere die Mitbürger muslimischen Glaubens und ihre Glaubensgemeinschaften in Baden-Württemberg auf, Verantwortung zu übernehmen und einen aktiven Beitrag zur Bekämpfung des Terrorismus zu leisten – als Teil der Gesellschaft, die am Schutz unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung interessiert ist. Wir bauen auf ihre klare Distanzierung von terroristischen Gewaltakten und erwarten ihre geschlossene Unterstützung im Kampf gegen diejenigen, die aus religiöser Verblendung heraus die freiheitliche Lebensform und Verfassung angreifen.

Das Entstehen abgeschotteter Parallelgesellschaften wäre ein Nährboden für gegenseitige Entfremdung. Dies muss unter allen Umständen verhindert werden.

Der Bischof von Berlin-Brandenburg, Wolfgang Huber, sagte bei der Trauerfeier in Berlin für die Opfer der Anschläge in den USA: „Es gibt keinen Glauben an Gott, auf den man sich zur Rechtfertigung solcher Verbrechen berufen könnte.“ Er hat Recht. Die Terroristen missbrauchen den Namen Gottes. Sie missbrauchen eine Religion. Sie missbrauchen und benutzen fehlgeleitete Menschen mit dem Ziel, Unschuldige umzubringen und die Welt in Brand zu setzen.

Jeder Staat und jede Organisation, die sie dabei unterstützt, ihnen Unterschlupf gewährt oder finanzielle und materielle Mittel zur Verfügung stellt, dient nicht dem Islam, sondern schadet ihm. Er muss mit unserer entschiedenen Gegenwehr rechnen. Wir haben das Recht, unsere Freiheit und unsere Zivilisation gegen alle Anschläge und Gefährdungen von innen wie von außen zu verteidigen.

Wir stehen den Vereinigten Staaten von Amerika solidarisch zur Seite. Die Bundesrepublik Deutschland war und ist ein verlässlicher Partner in der NATO. Die NATO ist ein Pakt auf Gegenseitigkeit. In den langen Jahren des Kalten Krieges mussten wir damit rechnen, dass unser Land zum Ziel einer militärischen Invasion werden könnte. Wie selbstverständlich hätten wir in diesem Fall auf die volle Unterstützung durch die USA zur Verteidigung unserer Freiheit gezählt.

Aber die Geschichte hat eine andere Wendung genommen. Nicht wir in Europa, sondern die Vereinigten Staaten wurden Gegenstand eines Angriffs. Der Bündnisfall ist ausgerufen. Deshalb stehen wir den USA so zur Seite, wie wir es von den Amerikanern in einer vergleichbaren, unser Land betreffenden Kriegs- oder Gefahrensituation erwartet hätten.

Ich kenne niemanden in unserem Land, dem militärische Maßnahmen gleichgültig oder gar willkommen wären. Aber kein Terrornetz und kein Terrorregime konnte im vergangenen Jahrhundert allein durch diplomatische Mittel oder durch wirtschaftliche und finanzielle Sanktionen beseitigt werden. Wir müssen uns eingestehen, dass es bei dieser Art von verbrecherischer Gewalt und der Missachtung jeglicher Menschenrechte ohne Militäreinsätze keinen Erfolg versprechenden Weg gibt, das Netz des weltweiten Terrorismus zu zerschlagen. Es gibt keine Lösung zur Gefahrenabwehr und zur Zerstörung des Terroristennetzes ohne militärische Mittel. Aber es gibt auch keine Lösung des Problems nur mit militärischen Mitteln.

In einer Zeit, in der die Grenzen zwischen innerer und äußerer Sicherheit immer mehr zerfließen, ist ein Bündel an Maßnahmen notwendig, mit dem einerseits der Schutz unserer Bevölkerung gewährleistet und andererseits die Zerschlagung der Netzwerke des Terrors erreicht werden kann. Hundertprozentige Sicherheit werden wir nicht erreichen können.

Aber ich sage den Menschen hier in unserem Land: Wir sind nicht schutzlos, wir sind nicht machtlos, und wir sind nicht hilflos im Kampf gegen Terror und Gewalt. Die freiheitliche Demokratie, die wehrhafte Demokratie und die Rechtsstaatlichkeit werden sich als stärker erweisen als die Terroristen.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Dafür stellen wir jetzt die Weichen. Wir müssen und wir werden die Tatgelegenheiten für die Terroristen immer weiter reduzieren. Wir müssen und wir werden den Kontroll- und Verfolgungsdruck deutlich erhöhen. Es muss und wird uns gelingen, den Terroristen und ihren Helfern die Ruhe- und Rückzugsräume zu verringern und zu verbauen. Es muss und wird uns gelingen, die Terroristen und ihre Helfershelfer weltweit zu verfolgen, mit allen Mitteln, die dazu notwendig sind.

(Ministerpräsident Teufel)

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, die innere Sicherheit, die Stärkung der Polizei, die Bekämpfung der Kriminalität und eine konsequente Ausländerpolitik waren schon bisher und sind seit Jahren ein Schwerpunkt der Landespolitik in Baden-Württemberg. Wir sind das Land mit der geringsten Kriminalität in Deutschland. Aber die neue Dimension der terroristischen Herausforderung zwingt auch uns zu neuen Antworten auf neue Probleme und zu veränderten Schwerpunkten bei den Aufgaben des Staates. Unser Gemeinwesen wird mehr Einsatz für die innere und äußere Sicherheit aufbringen müssen, als es uns bisher notwendig erschien.

Es geht um Gesetzesänderungen zur effektiveren Gefahrenabwehr. Es geht um den gezielten und treffsicheren Einsatz sächlicher und finanzieller Mittel zum besseren Schutz unserer Bevölkerung. Und es geht vor allem auch um eine entschlossene politische Rückendeckung für die Menschen und die Einrichtungen, denen wir unsere äußere und innere Sicherheit anvertrauen, um Rückendeckung des Parlaments und der Regierung für die Polizei, den Verfassungsschutz, die Bundeswehr, die Katastrophenhilfs- und Rettungsdienste sowie die Feuerwehren. Ihnen sind wir zu Dank und Beistand verpflichtet.

(Lebhafter Beifall bei allen Fraktionen)

Es zeigt sich in diesen Tagen einmal mehr, dass es richtig war, der Polizei und dem Verfassungsschutz in Baden-Württemberg – auch gegen politischen Widerstand im Landtag – wirkungsvolle Instrumente an die Hand zu geben: Die ereignisunabhängigen Kontrollen, die Rasterfahndung und die Regelanfrage beim Verfassungsschutz vor der Einbürgerung sind Beispiele dafür. Während andere Länder solche Instrumente erst in diesen Tagen mit heißer Nadel schaffen, sind sie bei uns bereits in der Praxis erprobt.

Die Landesregierung stand im Bundesrat zu den außenpolitischen und innenpolitischen Beschlüssen der Bundesregierung und des Bundestags zur Terrorismusbekämpfung. Sie können aber nur die ersten Schritte auf einem langen Weg zur Bekämpfung des Terrorismus sein.

Die baden-württembergische Landesregierung hat deshalb – unterstützt von Bayern und Hessen – am vergangenen Freitag einen Entschließungsantrag zur wirksameren Bekämpfung des internationalen Terrorismus und Extremismus in den Bundesrat eingebracht. Unsere Initiative basiert auf einer Gesamtschau der terroristischen Bedrohung. Sie ist ein in sich geschlossenes Konzept. Nichts Besseres und Umfassenderes ist bisher irgendwo vorgelegt worden.

Wir anerkennen und unterstützen die Maßnahmen, die der Bundesinnenminister bislang auf den Weg gebracht hat. Umso mehr sehen wir mit Sorge, dass seine und unsere sinnvollen Vorschläge, bei deren Umsetzung wir nicht länger zuwarten dürfen, innerhalb der Regierungskoalition beim Bund zerredet oder abgelehnt werden oder – wie in der letzten Bundesratssitzung geschehen – von der Mehrheit auf die lange Bank geschoben und in Ausschüsse verwiesen werden.

(Abg. Wieser CDU: Beschämend!)

Unsere Bundesratsinitiative hat eine wirksamere Strafverfolgung von Terroristen und sonstigen Gewalttätern sowie ihres Umfelds zum Ziel. Wir schlagen Maßnahmen vor zur Weiterentwicklung der Europäischen Union zu einem Sicherheitsraum. Wir wollen eine stärkere Berücksichtigung unserer vitalen Sicherheitsinteressen im Ausländer- und Asylrecht. Wir verlangen eine eindeutige Identitätsfeststellung bei der Erteilung von Visa. Wir haben ein Recht, zu wissen, wer zu uns kommen will.

Wir richten darüber hinaus unsere Anstrengungen auf einen besseren Schutz von wichtigen Versorgungseinrichtungen und Betriebsbereichen mit besonders hohem Gefahrenpotenzial. Zudem muss die Lebensmittelversorgung im Krisenfall an die aktuellen Erfordernisse angepasst werden.

Wir setzen uns dafür ein, die Verfassungsschutzbehörden, den Bundesgrenzschutz und die Bereitschaftspolizeien der Länder schlagkräftiger zu machen. Wir dringen auf Maßnahmen zur besseren Bekämpfung bioterroristischer Anschläge. Terroristen wollen nicht nur Menschen töten, sondern vor allem auch Angst und Schrecken verbreiten. Sie wollen, dass sich Menschen ausgeliefert, hilflos und von ihren Sicherheitsorganen und demokratisch gewählten Regierungen nicht mehr geschützt fühlen. Sie zielen damit ins Mark unserer Demokratie. Gedankenlose und irrsinnige Trittbrettfahrer helfen ihnen dabei. Auch sie werden wir mit Nachdruck verfolgen, stellen und mit der notwendigen Härte des Gesetzes und vor allem schnell zur Rechenschaft ziehen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP sowie Abgeordneten der SPD und der Grünen)

Es geht uns nicht darum, Freiheitsrechte einzuschränken. Wer dies behauptet, liegt falsch. Uns geht es darum, die Sicherheit der Menschen zu gewährleisten, damit sie auch in Zukunft ihre Freiheitsrechte wahrnehmen können. Deshalb fordern wir die Bundesregierung und alle Länder dazu auf, unseren Vorschlägen zu folgen.

Wo wir selbst zuständig sind, treffen wir die notwendigen Maßnahmen.

Unmittelbar nach den Terroranschlägen des 11. September habe ich eine interministerielle Arbeitsgruppe einberufen. Diese Arbeitsgruppe hat die möglichen Bedrohungsszenarien analysiert. Sie hat notwendige Maßnahmen eingeleitet und aufgezeigt, wo zusätzliche personelle und sächliche Mittel für die Aufgabenerfüllung benötigt werden.

An dieser Stelle möchte ich allen, den Kollegen Ministern wie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Ministerien, sehr herzlich danken für die rasche, umfassende Erarbeitung konkreter Maßnahmen im Land und in der Bundesratsinitiative.

Auf der Grundlage der getroffenen Analysen hat die Landesregierung ein Antiterrorsofortprogramm beschlossen: lageabhängige Sofortmaßnahmen der Ressorts, die schon angesprochene Bundesratsinitiative sowie die zusätzliche Bereitstellung personeller und sächlicher Mittel. Damit wollen wir Verbesserungen erzielen, insbesondere dort, wo sie am dringendsten sind, wo sie am schnellsten wirken

(Ministerpräsident Teufel)

und wo sie unmittelbar der Gefahrenabwehr und der Bekämpfung des Terrorismus dienen:

Wir gewährleisten rund um die Uhr einen personalintensiven Objektschutz bei besonders gefährdeten Objekten, insbesondere bei den Kommandozentralen der amerikanischen Streitkräfte in Baden-Württemberg.

Wir haben beim Landeskriminalamt eine personalstarke Sonderkommission gebildet, die derzeit um die 2 000 Hinweise auf terroristische und islamistische Gewalttäter überprüft und auch die Rasterfahndung durchführt.

Der Verfassungsschutz und dort speziell das bereits vor einigen Jahren eingerichtete Referat Islamismus haben ihre Aufklärung und den Beobachtungsdruck auf die islamistische Szene deutlich erhöht. Sie tragen mit wertvollen Informationen zu einer zuverlässigen Einschätzung der Lage bei.

Im Bereich der Gefahrenvorsorge wurden alle Katastrophenschutzbehörden zur Überprüfung und Aktualisierung ihrer Alarmpläne aufgefordert.

Zur Vorbereitung der Abwehr von möglichen Angriffen mit biologischen Waffen hat das Landesgesundheitsamt seine Kapazitäten in der Überwachung und Untersuchung meldepflichtiger Krankheiten verstärkt sowie ein Team zur aufsuchenden Epidemiologie eingerichtet. Entsprechende Informationen für die Bevölkerung wurden vorab im Internet bereitgestellt und werden derzeit für verschiedene Medien mit Hochdruck erarbeitet.

Am Flughafen Stuttgart werden die als höchst gefährdet eingestuften Flüge besonders kontrolliert und überwacht. Die Sicherungsmaßnahmen an den Flughäfen im Land werden laufend mit den Sicherheitsbehörden abgestimmt und überwacht. Zur Erkennung von potenziellen Innentätern werden alle bestehenden Berechtigungen an den Flughäfen erneut überprüft – mehr als 9 000 allein am Flughafen Stuttgart.

Ein besonderes Augenmerk legen wir auf Sicherheitsüberprüfungen bei Flugzeugvermietungen.

Für die Kernkraftwerke im Land sind die Sicherungs- und Sicherheitsmaßnahmen weiter verschärft worden. Hierzu gehören unter anderem häufigere Streifen, die Einschränkung der Zugangserlaubnis für Besucher und eine zusätzliche Sicherheitsüberprüfung der Mitarbeiter.

Meine Damen und Herren, die durchgeführten Maßnahmen und die Analyse des Bedrohungsszenarios machen aber auch deutlich, dass wir die personellen und sächlichen Mittel im Kampf gegen den Terrorismus erhöhen müssen. In den Entwurf des Doppelhaushalts 2002/2003 haben wir daher für 2002 45 Millionen DM und für 2003 11,5 Millionen DM zusätzlich eingestellt. Im Rahmen des Haushaltsrechts wird das Finanzministerium die Mittel für dringliche Maßnahmen sofort verfügbar machen.

Im Rahmen des Antiterrorsofortprogramms werden wir für das Jahr 2002 folgende Maßnahmen umsetzen:

Wir werden für die Polizei 200 neue Ausbildungsstellen schaffen. Damit treffen wir Vorsorge dafür, dass zum frü-

hestmöglichen Zeitpunkt zusätzliche ausgebildete Polizeibeamte zur Verstärkung der Einsatzkräfte zur Verfügung stehen. Weitere personalpolitische Entscheidungen werden wir von der Entwicklung der Sicherheitslage abhängig machen.

Wir werden für zusätzliche Ausgaben, für die Vergütung von Mehrarbeit und für Spezialtechnik Mittel in der Größenordnung von rund 20 Millionen DM zur Verfügung stellen. Es handelt sich dabei um zusätzliche Mittel für Spezialtechnik über das laufende Technikzukunftsprogramm für die Polizei hinaus. Dafür geben wir ja allein 680 Millionen DM aus. Dieses Programm befindet sich mitten in der Umsetzung.

Wir werden zudem für die Koordination des Katastrophenschutzes und die Ausbildung des Katastrophenschutzes zusätzlich 7,5 Stellen schaffen und für die Ausstattung zusätzliche Mittel in Höhe von 6 Millionen DM bereitstellen.

Wir werden beim Landesamt für Verfassungsschutz 15 zusätzliche Stellen schaffen. Die Mittel für die operative Ausstattung und für operative Maßnahmen werden wir um 3,1 Millionen DM erhöhen.

Dies alles sind keine gegriffenen Zahlen, sondern das ist sehr präzise ermittelter konkreter sächlicher und personeller Bedarf, wobei die Stellen ganz präzise für Einzelaufgaben ausgewiesen sind.

Meine Damen und Herren, gerade von den Erkenntnissen des Verfassungsschutzes werden der Erfolg oder Misserfolg staatlicher Maßnahmen ganz entscheidend abhängen. Je früher es dort gelingt, Erkenntnisse zu erlangen, desto besser und schneller können wir reagieren.

Wir schaffen zehn zusätzliche Stellen für die Justiz und stellen die dafür benötigten Sachmittel sowie zusätzliche Mittel für Sicherheits- und Kommunikationstechnik in den Gerichten und Staatsanwaltschaften zur Verfügung.

Ein toxikologisches Labor mit Rund-um-die-Uhr-Bereitschaft wird eingerichtet; die hierfür notwendigen Personalstellen und Sachmittel werden bereitgestellt.

Zusätzliche Mittel für Sicherheitsuntersuchungen im Bereich der Atomkraftwerke werden wir freimachen.

Zusätzliche Stellen für die Überprüfung der Flugsicherheit, die Überprüfung von Laboren und die Überprüfung von Industrieanlagen mit sicherheitsgefährdenden Stoffen werden geschaffen.

Meine Damen und Herren, unser Sofortprogramm greift kurzfristig. Die Landesregierung ist sich aber auch darüber im Klaren, dass eine Lageverschärfung oder ein langfristig hohes Gefährdungsniveau weitere Maßnahmen nach sich ziehen wird. Dies ist ja bereits das dritte von uns beschlossene Programm, und es werden je nach der Lage auch weitere folgen müssen. Wir werden sie, wann immer notwendig, unverzüglich beschließen und auf den Weg bringen. Alle, die unsere Freiheit bedrohen, müssen wissen: Wir lassen uns das Gesetz des Handelns nicht entreißen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP sowie der Abg. Drexler und Fischer SPD)

(Ministerpräsident Teufel)

Meine Damen und Herren, die bisherigen Möglichkeiten der Sicherheitsbehörden zur Erkenntnisgewinnung reichen nicht aus. Wir arbeiten an Verbesserungen für die polizeiliche Beobachtung, die Beschlagnahme und die Informationsbeschaffung. Zur Abwehr terroristischer Gefahren darf auch die präventiv-polizeiliche Telefonüberwachung kein Tabu sein, selbstverständlich mit den rechtsstaatlich gebotenen Kontrollen.

Die Bekämpfung des internationalen Terrorismus ist die größte aktuelle gesellschaftliche und politische Herausforderung des beginnenden 21. Jahrhunderts. Wir stellen uns dieser Herausforderung, denn Freiheit ist ohne innere und äußere Sicherheit nicht denkbar. Es ist die vornehmste Aufgabe des Staates, die Sicherheit seiner Bürgerinnen und Bürger zu gewährleisten, damit sie in Frieden und Freiheit leben können und ihr Leben nach eigener Vorstellung und im Rahmen des Gemeinwohls gestalten können.

Mittelfristig und langfristig ist aber mehr notwendig als die aktuell vordringliche Problemlösung. Wir wollen ja nicht nur den Krieg gegen den Terrorismus gewinnen, wir wollen vor allem den Frieden gewinnen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP sowie Abgeordneten der SPD)

Der Friede aber ist das Werk der Gerechtigkeit. Der Friede ist das Ergebnis eines Dialogs der Menschen, einer Achtung der geschichtlich gewachsenen Kulturen und Mentalitäten, einer Achtung der Religionen. Was uns alle verbindet, muss gesucht und muss vor allem auch gelebt werden und nicht das, was uns trennt.

(Beifall bei der CDU sowie Abgeordneten der SPD, der FDP/DVP und der Grünen)

Die Globalisierung braucht auch globale Werte und Fundamente für ein friedliches Zusammenleben. Die eine Welt braucht ein Weltethos.

Wenn Friede das Ergebnis von gerechten Verhältnissen ist, dann tragen das Elend und der Hunger von über einer Milliarde Menschen zu Unfrieden bei. Über eine Milliarde Menschen leben oder vegetieren unter dem Existenzminimum und haben weniger als 2 DM pro Tag für alle Bedürfnisse ihres Lebens zur Verfügung. In Afghanistan – und nicht nur in Afghanistan – hungern Millionen Menschen, dort nicht zuletzt auch wegen Regierungsversagen und Misswirtschaft der Taliban.

Katastrophenhilfe und Entwicklungshilfe sind deshalb ebenfalls das Gebot der Stunde. Die Hilfe zur Selbsthilfe muss verstärkt werden.

(Beifall bei der CDU, der SPD und der FDP/DVP sowie Abgeordneten der Grünen)

Die Landesregierung hat deshalb als erste Unterstützungsleistung im Antiterrorprogramm 1 Million DM für die aktuelle Hungerhilfe vorgesehen. Wir wollen sie nach Möglichkeit an baden-württembergische karitative Einrichtungen geben, die vor Ort den Flüchtlingen helfen. Es ist ein bescheidener Beitrag, aber doch mehr als eine symbolische Geste. Er soll zeigen, dass es uns um mehr gehen muss als

um polizeiliche und militärische Maßnahmen. Es ist vielleicht auch eine Anregung für private Spendenbereitschaft der Bürger und der Wirtschaft.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, vergessen wir nicht: Wer Frieden will, muss der Gewalt wehren und mithelfen, gerechte Verhältnisse zu schaffen. Und vergessen wir auch nicht: Wer Sicherheit und Freiheit gegeneinander ausspielt, wird am Ende beides verlieren.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP sowie Abgeordneten der SPD)

Freiheit und Sicherheit gehören zusammen. Das muss das Leitmotiv unseres Handelns sein, gegen Terror und Gewalt, für die Menschen in unserem Land.

(Anhaltender lebhafter Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Beifall bei der SPD und den Grünen)

**Präsident Straub:** Meine Damen und Herren, das Präsidium hat für die Aussprache über die Regierungserklärung eine Redezeit von 15 Minuten je Fraktion bei gestaffelten Redezeiten festgelegt.

Nach § 83 a Abs. 3 unserer Geschäftsordnung erteile ich Herrn Abg. Drexler das Wort.

**Abg. Drexler SPD:** Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Der 11. September dieses Jahres hat die Welt erschüttert. Die Bilder des Grauens, die sich in unser Gedächtnis eingegraben und niemanden unberührt gelassen haben, haben uns allen vor Augen geführt, wozu menschenverachtende und fanatisierte Terroristen bereit sind.

Dieser Terrorangriff galt nicht ausschließlich den Vereinigten Staaten von Amerika, sondern – das ist in letzter Zeit richtigerweise von vielen so gesagt worden – er war auch ein Angriff auf uns alle, auf unsere Lebensform einer offenen Gesellschaft, auf unsere Demokratie, die auf Werten wie Freiheit und Toleranz basiert.

Rund sechs Wochen sind seither vergangen, Wochen, in denen wir zuerst unsere tief empfundene Trauer für die Opfer der Attentate und unser Mitgefühl gegenüber dem amerikanischen Volk zum Ausdruck brachten. Erst allmählich können wir das ganze Ausmaß dessen begreifen, verarbeiten und kritisch bewerten, was da geschehen ist. Ich bin der Meinung, dass es richtig und für den gesellschaftlichen Zusammenhalt in unserem Land auch außerordentlich wichtig war, dass wir uns diese Zeit dafür genommen haben.

Und dennoch: Wir dürfen nicht in Furcht und Schrecken verharren. Die Bevölkerung erwartet von der Politik und den handelnden Personen jetzt angemessenes, aber auch wirksames Reagieren. Sie erwartet Orientierung und Besonnenheit, aber auch tatkräftige Entschlossenheit. Ich sage hier mit aller Deutlichkeit: Die Menschen wollen keinen kleinkarierten und künstlich vom Zaun gebrochenen Parteienstreit, wenn es um die Sicherheit in unserem Lande geht.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der CDU, der FDP/DVP und der Grünen)

(Drexler)

Unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger wissen, dass sich das Thema „Innere Sicherheit“ nicht zur parteipolitischen Profilierung eignet. Ein solcher Zank würde die existenzielle Bedrohung durch den Terrorismus in gefährlicher Weise missachten und wäre ein Beleg für viele, dass Politik selbst dann noch nicht auf ihre Rituale und ihren üblichen Schlagabtausch verzichten kann, wenn tausendfacher Tod Unschuldiger die Gesellschaft ins Mark getroffen hat.

Ich hätte es deshalb für sinnvoll erachtet, wenn Sie, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, die Vertreter aller demokratischen Parteien an einen Tisch geholt hätten, um in dieser schwierigen Zeit über entsprechende Mittel und notwendige Maßnahmen gemeinsam zu beraten,

(Beifall bei der SPD)

so, wie es der Bundeskanzler in Berlin macht, der die Partei- und Fraktionsvorsitzenden in dieser schwierigen Situation regelmäßig unterrichtet und einbindet, um in diesen für Deutschland und seine außenpolitische Wirkung so wichtigen Fragen einen überparteilichen Konsens herzustellen. Ein solches Bündnis aller Demokraten in Baden-Württemberg hätte meine Fraktion ausdrücklich begrüßt, und wir wären auch bereit gewesen, an dieser Aufgabe konstruktiv mitzuarbeiten.

(Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Wir haben doch keinen Notstand! – Gegenruf des Abg. Oettinger CDU: Der schon!)

Es hätte jetzt die Chance gegeben, mit der oft zitierten Gemeinsamkeit der Demokraten Ernst zu machen, was insbesondere vor dem Hintergrund, dass die Republikaner nun nicht mehr im Parlament vertreten sind, ein sehr viel versprechender Ansatz des demokratischen Miteinanders gewesen wäre.

Sie aber, Herr Ministerpräsident, haben diese Chance leider verpasst oder verstreichen lassen, was wir für ein Versäumnis halten.

(Beifall bei der SPD)

Ein solches gemeinsames Vorgehen wäre überdies ein überzeugendes Signal an die Bevölkerung gewesen. Denn die Bürgerinnen und Bürger hätten sehen können, dass sich die Verantwortlichen im Land zwar vielleicht über zu hohe oder zu niedrige Forderungen in bestimmten Bereichen der inneren Sicherheit unterhalten, über zu wenig oder mehr Geld oder über Maßnahmen, die zu stark in ein Grundrecht eingreifen oder überhaupt keine Wirksamkeit haben; als Gesamteindruck wäre aber deutlich geworden, dass politischer Streit – ich verweise da nur auf Hamburg – über dieses sensible Thema nicht gerechtfertigt ist.

In der Konsequenz des eben Gesagten, nicht die kleinsten Differenzen mit viel rhetorischem Aufwand zu Systemunterschieden hochzustilisieren, möchte ich mich deshalb auf drei Punkte beschränken – das sind Aspekte, bei denen wir uns nicht nur im Detail unterscheiden, sondern eine grundsätzlich unterschiedliche Auffassung vertreten –:

Erstens: Es gilt, undurchsichtige globale Kapitalflüsse und Finanztransaktionen krimineller Herkunft aufzudecken,

weshalb wir die Pläne des Bundesfinanzministers unterstützen, künftig alle Bankkonten und -depots zentral beim Bundesaufsichtsamt für das Kreditwesen zu melden und eine eigene Zentralstelle für Finanzermittlungen beim Bundesministerium der Finanzen einzurichten.

(Beifall bei der SPD)

Unserer Meinung nach dürfen wirksame Maßnahmen nicht am Bankgeheimnis scheitern. Die Diskretionserwartung der Konteninhaber muss in begründeten Fällen hinter den Notwendigkeiten der Terrorbekämpfung zurückstehen. Meine Damen und Herren, für Geld von Terroristen oder für Terroristen darf es keinen sicheren Anlegehafen geben!

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Lassen Sie mich an dieser Stelle deshalb etwas zum Thema „Verbrechensgewinne und deren Abschöpfung“ sagen. Wie Sie wissen, plädieren wir von der SPD-Landtagsfraktion seit Jahren dafür, das organisierte Verbrechen durch verbesserte Möglichkeiten der Abschöpfung der Verbrechensgewinne in seinem Nerv zu treffen. Terrorismus, Drogenhandel und andere Formen des organisierten Verbrechens könnten maßgeblich geschwächt werden, wenn man sie an einer überaus empfindlichen Stelle packen würde, nämlich an ihren Finanzquellen.

Aus diesem Grund fordern wir die Landesregierung abermals auf, die gemeinsame Initiative zur erleichterten Einziehung von Verbrechensgewinnen unter Umkehr der Beweislast aus der Zeit der großen Koalition vom Oktober 1995 wieder auf die Tagesordnung des Bundesrats zu setzen und die Beratung dazu energisch voranzutreiben.

(Beifall bei der SPD)

Nicht nur aus finanzpolitischer Sicht wäre dies ein sinnvolles Vorgehen, sondern vor allem vor dem Hintergrund, dass das Talibanregime und bin Ladens Unterstützer offenkundig die immensen Gewinne aus dem Drogenhandel für den Aufbau eines weltumspannenden terroristischen Netzes verwendet haben. Die Einbeziehung von kriminell erworbenem Vermögen ist eine wesentliche Voraussetzung, um terroristische Finanznetze zu zerstören. Die abgeschöpften Gelder könnten wir dann zur Stärkung der inneren Sicherheit einsetzen, für mehr Personal und eine bessere Technik bei Polizei und Justiz.

(Beifall bei der SPD)

Ich appelliere deshalb an die Landesregierung und insbesondere an Sie, Herr Ministerpräsident, der Sie der Bundesregierung am vergangenen Freitag im Bundesrat ja noch Ihre volle Unterstützung für das zweite Maßnahmenpaket versichert haben: Schlagen Sie Ihre Handakten aus der Zeit der großen Koalition auf, nehmen Sie die Bundesratsinitiative aus dem Jahr 1995 wieder aus den Schranken hervor, und leiten Sie diese schleunigst dem Ländergremium in Berlin erneut zu!

Als zweiten Punkt möchte ich den Bereich der Feuerwehr und des Katastrophenschutzes ansprechen, der in den letz-



(Drexler)

ten Jahren straflässig, straffällig, sträflich vernachlässigt wurde.

(Heiterkeit – Zurufe)

– Alles hat gegolten.

(Heiterkeit – Beifall bei der SPD)

Ich will hier überhaupt niemandem einen Vorwurf machen. Alle haben die Zuschüsse heruntergefahren, alle! Das Aufgabenspektrum hat sich stetig erweitert, ohne dass das Material und die Ausrüstung diesen Gefahrenlagen angepasst worden wären.

Die SPD-Fraktion fordert deshalb für das Feuerwehrwesen einen jährlichen Festbetrag von 100 Millionen DM, unabhängig vom Aufkommen der Feuerschutzsteuer.

(Beifall bei der SPD)

Das ist eine Summe, die die Feuerwehren in unserem Land dringend benötigen.

Der Katastrophenschutz ist in erster Linie Sache der Länder und kann im Übrigen nicht auf die Bundesregierung abgeschoben werden. Auch halte ich es für dringend geboten, dass die Landesregierung unter Einbeziehung des Bundes, der Kommunen und der Hilfsorganisationen ein neues und den aktuellen Herausforderungen angepasstes Zivil- und Katastrophenschutzkonzept für Baden-Württemberg neu erarbeitet.

So wissen wir beispielsweise, dass im allgemeinen Katastrophenplan, der beim Neckar-Odenwald-Kreis für das Kernkraftwerk Obrigheim vorliegt, die Namen der zuständigen Ansprechpartner seit mindestens zwei Jahren nicht mehr aktualisiert worden sind. Erst am Freitag vergangener Woche lag diese Liste wieder in aktualisierter Form vor – nachdem im Kreistag entsprechend interveniert wurde. Missstände wie diese müssen umgehend beseitigt werden, weil sich solche Schlamperei im Notfall verheerend auf die allgemeine Sicherheitslage vor Ort auswirken würde.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Das heißt, der Plan ist eine Katastrophe!)

Drittens: Ich möchte unsere Forderung erneuern, in dieser Legislaturperiode mindestens 1 600 neue Stellen bei der Polizei zu schaffen. Seit dem Ausscheiden der SPD aus der Landesregierung im Jahr 1996 sind keine neuen Stellen für Polizeivollzugsbeamte in Baden-Württemberg mehr genehmigt worden.

(Zuruf von der SPD: Hört, hört!)

Das Ergebnis dieser Vorgehensweise ist, dass unser Land hinsichtlich der Polizeidichte im Ländervergleich ganz weit hinten rangiert und keineswegs Spitze ist, wie immer behauptet wird.

(Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Abenteuerlich!)

Wenn jetzt, wie Sie, Herr Ministerpräsident, eben angekündigt haben, 200 neue Ausbildungsstellen für die Polizei geschaffen werden, dann hat das natürlich nichts mit dem So-

fortprogramm zu tun, denn die neuen Kolleginnen und Kollegen beginnen zwar in den nächsten Monaten ihre Ausbildung, stehen aber frühestens nach 30 Monaten für Einsätze zur Verfügung.

(Abg. Blenke CDU: Also soll man die Ausbildung verkürzen?)

Deshalb erneuern wir unsere Forderung, mit der Einstellung von Polizeibediensteten im Angestelltenverhältnis zu beginnen, um die Polizeibeamten von bürokratischen Aufgaben zu entlasten und damit sofort mehr Kapazität für die Präsenz freizusetzen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD – Abg. Schmiedel SPD: Sehr gut!)

Dann haben wir nämlich ein Programm, das tatsächlich sofort wirkt. Dieses Beispiel zeigt, dass es politisch Verantwortlichen in dieser Zeit angeraten ist, nüchtern und ehrlich zu argumentieren und keine falschen Erwartungen zu wecken.

Im Übrigen gab es bei der Polizei im vergangenen Jahr 1,7 Millionen Überstunden. Da sind 200 neue Stellen ein Tropfen auf den heißen Stein. Es müsste doch möglich sein, mithilfe eines Programms wenigstens die Überstunden abzubauen, die die Polizei in Baden-Württemberg zurzeit leisten muss.

Seit langem fordern wir, beispielsweise durch den vollen Ersatz für Erziehungsbeurlaubungen bei der Polizei, durch eine verbesserte Ausbildung der Polizeibeamtinnen und -beamten, mittels Einführung der zweigeteilten Laufbahn, durch die Verbesserung der Ausbildung und Vergütung bei den Angestellten der Polizei und durch eine finanzielle Vergütung der Überstunden im Polizeibereich die Kapazität zu erhöhen und damit die innere Sicherheit sofort zu verbessern.

(Beifall bei der SPD)

Wenn man unseren Forderungen rechtzeitig gefolgt wäre, müsste heute für Einsätze im Inneren nicht nach der Bundeswehr gerufen werden, nur weil man die personelle und die technische Ausstattung im Polizeibereich über Jahre hinweg nicht so verbessert hat, wie wir das wollten.

(Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Abenteuerlich!)

Im Übrigen möchte ich zum Thema „Bundeswehreinätze im Inneren“ nur so viel sagen: Für polizeiliche Aufgaben ist die Bundeswehr nicht vorgesehen; sie ist dafür weder ausgerüstet noch ausgebildet. Sie wird deshalb auch künftig keine Verbrecher jagen, weil die grundsätzliche Trennung von Polizei und Militär ein hohes Gut in unserem Land ist, das wir durch die wenig ausgegorenen Vorschläge mancher jetzt nicht einfach aufs Spiel setzen möchten.

(Beifall bei der SPD)

Abschließend möchte ich noch auf die Kritik des Ministerpräsidenten eingehen, dass zur Finanzierung des Antiterrorprogramms auf Bundesebene Maßnahmen wie die Erhö-

(Drexler)

hung von Verbrauchsteuern, zum Beispiel der Tabaksteuer, ergriffen wurden, durch die ein Betrag von ca. 3 Milliarden DM erwartet wird.

(Zuruf des Abg. Alfred Haas CDU)

Ich möchte die Union um mehr Sensibilität bitten, denn gerade die Bundesregierung unter Kohl hat nicht gezögert, als man seinerzeit nach Mitteln und Wegen suchte, um sich an der Finanzierung des Golfkriegs beteiligen zu können. Von den im Rahmen dieser Steuererhöhungen zusätzlich eingenommenen insgesamt 27 Milliarden DM, wofür damals beispielsweise die Mineralölsteuer erhöht wurde, ebenso die Tabak- und die Versicherungssteuer, wurden tatsächlich nur 17 Milliarden DM an die USA überwiesen. Angesichts solcher Zahlen bitte ich doch, Herr Ministerpräsident, etwas sensibler und ehrlicher mit dieser Frage der Verbrauchsteuern umzugehen.

(Beifall bei der SPD)

Ich habe eingangs von der breiten parteipolitischen Übereinstimmung in wesentlichen Fragen der Terrorbekämpfung gesprochen, die nach meinem Eindruck auch bei der Sitzung des Bundesrats am vergangenen Freitag deutlich geworden ist. Deshalb denke ich, für alle hier im Haus sagen zu können, dass – um mit Bundestagspräsident Thierse zu sprechen – wir die Freiheit nicht so verteidigen dürfen, dass sie dabei auf der Strecke bleibt.

(Beifall bei der SPD)

Vielmehr müssen wir frei von ideologischen Scheuklappen notwendige und wirksame Maßnahmen zum Schutz vor terroristischen Anschlägen von rein plakativem Aktionismus unterscheiden. Für meine Fraktion kann ich deshalb feststellen, dass wir sehr genau prüfen werden, welche der von Ihnen vorgesehenen Maßnahmen wirklich geeignet sind, für zusätzliche Sicherheit im Land zu sorgen, und welche die Freiheitsrechte der rechtstreuen Bürgerinnen und Bürger beeinträchtigen, ohne dass es dafür ein Plus an Sicherheit gibt. Wir Sozialdemokraten werden uns darauf konzentrieren, an alle Maßnahmen ausschließlich die Messlatte der tatsächlichen Wirksamkeit anzulegen. Ausschließlich danach werden wir beurteilen, was wir unterstützen, was wir ablehnen, wo wir konstruktiv kritisieren und wo wir alternative Vorschläge vorlegen werden, wie wir das ja schon in der vergangenen Woche getan haben.

Meine Damen und Herren, ich bin überzeugt davon, dass wir auf dieser sachlichen Grundlage hier im Landtag von Baden-Württemberg auf dem Feld der inneren Sicherheit jene Gemeinsamkeit erreichen können, die von den Menschen in unserem Land unter den gegenwärtigen Bedrohungen erwartet wird. Der 11. September hat die Welt verändert; wir haben darauf zu reagieren.

Ich danke Ihnen.

(Anhaltender lebhafter Beifall bei der SPD – Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

**Präsident Straub:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Oettinger.

**Abg. Oettinger** CDU: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Die Regierungserklärung des Ministerpräsidenten ist ein klarer Beleg für die Handlungsfähigkeit der Politik in Baden-Württemberg.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Wir reagieren auf die Gefahrenlage, die seit dem 11. September sichtbar ist. Zielgerichtet, effektiv, maßvoll – so stellt sich unserer Fraktion das Gesamtkonzept der Landesregierung dar. Wir unterstützen das Antiterrorsofortprogramm für Baden-Württemberg. Wir haben es mit erarbeitet, wir setzen es mit um. Wir zeigen damit unsere Entschlossenheit und stellen die Sicherheit unserer Bürgerinnen und Bürger in den Mittelpunkt unserer Politik.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Baden-Württemberg ist ein friedliebendes und weltoffenes Land. Freizügigkeit und Freiheit sind hohe Werte für uns. Wer aber die Sicherheit der Bürger gefährdet, wer gewaltbereit ist, wer Terror verbreiten will, der soll wissen: Baden-Württemberg ist ein wehrhafter Staat. Sicherheit und Freiheit sind bei uns untrennbar. Nur gemeinsam wird ein freiheitlicher Rechtsstaat daraus.

(Beifall bei der CDU und der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

In dieser bedeutungsvollen und schweren Zeit ist zwischen den demokratischen Parteien die notwendige Gemeinsamkeit gefragt. Staatsräson geht vor Opposition. Deswegen bekunde ich ausdrücklich meinen Respekt für die deutsche Außenpolitik in diesen Wochen: Der Bundeskanzler, der Bundesaußenminister, der Bundesinnenminister leisten in der Außenpolitik eine kompetente und gute Arbeit und verdienen deswegen die Unterstützung aller Demokraten, auch derer, die einer Partei angehören, die in Berlin in der Opposition ist.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Drei Folgerungen für die Politik in Berlin will ich erwähnen, weil sie mir wichtig sind.

Erstens: Der Abbau des Haushalts, die Aushöhlung der Bundeswehr war falsch, hat sich in den letzten Jahren als falsch erwiesen.

(Beifall bei der CDU und der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Wir brauchen eine Stärkung der Struktur unserer Bundeswehr, damit der Bündnisfall und unsere Partnerschaft weltweit auch in Zukunft mit der notwendigen Technik, mit den notwendigen Menschen und der notwendigen Kompetenz in Partnerschaft mit Amerika, Großbritannien und anderen wieder haltbar sein können.

(Beifall bei der CDU und der Abg. Beate Fauser FDP/DVP – Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Wir brauchen eine zweite Strukturreform!)

(Oettinger)

Zweitens: Unbedingte Solidarität mit den Bündnispartnern heißt für mich, dass man über die Aussetzung von Luftangriffen und über eine Feuerpause nicht fahrlässig spekulieren soll. Deswegen ist hier die Gemeinsamkeit unserer Partei mit der Bundesregierung da, und meine Frage ist, ob auch die Gemeinsamkeit von Frau Roth und Frau Thon mit der Bundesregierung in diesen Tagen da ist. Das heißt, ich fordere die Grünen auf: Haltet euren Laden zusammen. Ansonsten wärt ihr ein Sicherheitsrisiko in diesen Tagen, wo Deutschland eine handlungsfähige Regierung braucht.

(Lebhafter Beifall bei der CDU – Zurufe von den Grünen, u. a.: Halten Sie Ihren Laden zusammen!)

Drittens: Bei den Parteien gibt es in der Solidarität eine klare Unterscheidbarkeit. SPD, CDU, FDP und die Mehrheit von Bündnis 90/Die Grünen stehen zur Politik der Bundesregierung, wenn es um die aktuellen Fragen geht. Die PDS ist auf der anderen Seite, ist gegen jede Teilnahme an der Bekämpfung von Terroristen weltweit.

(Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Das haben Sie messerscharf erkannt!)

Deswegen will ich nachdenklich den Sozialdemokraten zuzurufen: Wer in Berlin, in der Hauptstadt, nach der Wahl mit der PDS über die Regierung verhandelt, der höhlt seine eigene Position aus, der untergräbt seine Autorität. Deswegen kann ich nur wünschen, dass die SPD in dieser Stunde nicht mit der PDS in die Regierungstätigkeit geht, sondern die Gemeinsamkeit der Demokraten – Kollege Drexler, Sie sprachen sie an – auch ganz konkret, wenn es um Regierungsbildung geht, nachweisen kann.

(Anhaltender lebhafter Beifall bei der CDU und der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Wir in Baden-Württemberg stehen nicht am Anfang, was die Bekämpfung von Terror angeht. Wir beginnen nicht bei null. Das Konzept der Landesregierung ist eine Ergänzung, eine Verstärkung, eine Weiterentwicklung unserer langjährigen Politik. In der CDU des Landtags von Baden-Württemberg, in der Regierungsarbeit unseres Landes hat die Polizei seit vielen Jahren einen starken Partner. Die Polizei hat unser Vertrauen uneingeschränkt,

(Beifall bei der CDU)

sie hat ein modernes Polizeigesetz, eine gute Ausstattung, eine gute Qualifikation. Wir sorgen auch in Zukunft dafür, dass der Schwerpunkt „Innere Sicherheit“ im Landtag von Baden-Württemberg mehrheitsfähig bleibt.

(Beifall bei der CDU und der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Eine entscheidende Funktion nimmt dabei der Verfassungsschutz ein. Jetzt sage ich ausdrücklich dem Kollegen Oelmayer meinen Respekt. Hat er in seiner Fraktion noch vor dreieinhalb Jahren die Auflösung des Landesamts für Verfassungsschutz hier beantragt

(Abg. Alfred Haas CDU: Hört, hört!)

– Antrag der Fraktion der Grünen im Landtag von Baden-Württemberg –, sagt er heute wörtlich: Von diesem Be-

schluss, der sich grundsätzlich gegen die Geheimdienste gerichtet hat, müssen wir uns im Licht der neuen Erkenntnisse über die terroristischen Netzwerke verabschieden. Respekt, Herr Kollege, dazugelernt!

Deswegen kann ich nur sagen: Wir stärken unseren Verfassungsschutz nicht von null an. Er war in Baden-Württemberg konsequent bei der Arbeit. Wir haben eine gute Aufklärung und Beobachtung, und wir setzen mit dem jetzigen Programm die Verstärkung, das Vertrauen in den Verfassungsschutz Baden-Württemberg konsequent und geradlinig fort.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Der Katastrophenschutz, der Rettungsdienst, die Feuerwehr, die Kommunen als Partner für kommunale Sicherheitsprävention: Baden-Württemberg ist bei der Terrorbekämpfung gut aufgestellt und rüstet jetzt ganz gezielt und effektiv nach. Deswegen tragen wir diese Maßnahmen der Landesregierung ausdrücklich und vollinhaltlich mit.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, wenn man hier über die Programme debattieren will, sagen Sie, Kollege Drexler: „mehr, mehr, mehr“, und Frau Kollegin Vogt, die auch wieder aufgetaucht ist, sagt: „völlig unzureichend“.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Wo ist sie denn?)

Meine ernsthafte Bitte ist: Wer noch mehr Lehrerstellen in Baden-Württemberg schaffen will, obwohl die CDU-FDP/DVP-Landesregierung mehr neue Lehrerstellen als jede andere Regierung in Deutschland schafft, wer noch mehr Stellen für Polizeibeamte schaffen will – wir haben die Arbeitszeit vor fünf Jahren auf 40 Stunden erhöht; wir führen jetzt 200 neue Stellen zu; die Mehrarbeitsvergütungen werden aufgebaut – und uns gleichzeitig beim Erreichen der Nullverschuldung treiben will,

(Zuruf des Abg. Schmiedel SPD)

der behauptet, dass die Quadratur des Kreises gehe. Ihre Politik und Ihre Forderungen sind schlichtweg finanziell unseriös.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Beifall des Abg. Dr. Salomon GRÜNE)

Deswegen sage ich: Entlang des Rahmens, der weiterhin für uns gilt – mit weniger neuen Schulden auszukommen, damit in dieser Periode vielleicht auch ein ausgeglichener Haushalt möglich wird –, setzen wir jetzt Schwerpunkte mit einem Sofortprogramm. Sollte sich in den nächsten Wochen zeigen, dass es noch Nachbesserungsbedarf gibt, dann sind wir im Rahmen der Haushaltsberatungen und gegebenenfalls mit einem außerordentlichen Nachtrag jederzeit handlungsbereit. Aber mit unseriösen Forderungen nach immer noch mehr Stellen an allen Ecken und Enden und derart populistischen Überlegungen treiben lassen wir uns nicht. Dafür sind wir in unserer Arbeit viel zu souverän.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

(Oettinger)

Nun will ich die Frage, ob man dafür höhere Steuern braucht, überhaupt nicht debattieren. Landespolitik hat gar nicht die Möglichkeit, an der Steuerschraube zu drehen, weil Steuergesetzgebung Bundesgesetzgebung ist und die Landessteuern über den Bundesrat und den Bundestag zu beschließen sind. Umso beachtlicher finde ich, dass dieses Paket im Zuge der Haushaltsvorbereitung nicht über Steuermehreinnahmen, nicht über höhere Steuern und auch nicht über höhere Schulden, sondern aus dem Haushalt heraus durch Einsparungen und Umschichtungen erwirtschaftet wird.

(Zuruf des Abg. Dr. Salomon GRÜNE)

Ich glaube, dass man damit konsequent Sicherheitspolitik und Haushaltspolitik im Interesse der Bürger und Steuerzahler in Baden-Württemberg belegen kann.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Heiterkeit des Abg. Dr. Salomon GRÜNE – Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Da lacht der Finanzminister!)

Der Bundesinnenminister hat – dies geht auch die Länder an – einen umfassenden Katalog und weit reichende Überlegungen zu Antiterrormaßnahmen in der Bundesrepublik vorgelegt. Ich weiß nicht, ob Sie heute dazu Stellung nehmen wollen, Kollege Salomon.

(Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Da können Sie aber Gift drauf nehmen!)

Ich sage Ihnen aber: Meine Fraktion hat keine Probleme und stimmt der Überlegung voll zu. Sie entspringt unserer Linie, wenn es um die Fälschungssicherheit von Reisepässen und Ausweisen geht. Ich habe nichts dagegen, wenn auf meinem Pass ein Fingerabdruck und eine Gesichtsform abgebildet sind,

(Zuruf des Abg. Boris Palmer GRÜNE)

und ich frage Sie, was denn dagegen spricht, wenn man sichere Pässe und Personenkontrollen auf hohem Niveau auch gegen gewaltbereiten Terror in Deutschland einführen will.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Bei Ihrem Gesicht hätte ich da auch kein Problem!)

Wir tragen auch die Wiedereinführung der Kronzeugenregelung mit. Denn bei Straftaten im Kernbereich der organisierten Kriminalität und im terroristischen Netzwerk sind Kronzeugen wichtig, wenn man frühzeitig etwas aufspüren, Nachweise führen und zuschlagen will. Deswegen gilt auch hier mit Bezug auf die Bundesratsinitiative der Landesregierung, die weit reichend, umfassend und kompetent vorbereitet ist, und mit Schily als Partner in dieser Frage: Mit uns kommt die Mehrheit zustande. Ob sie in der rot-grünen Bundesregierung kommt, ist Ihre Frage, die von Ihnen beantwortet werden muss.

(Zuruf des Abg. Dr. Salomon GRÜNE)

Gestatten Sie mir, einen weiteren Punkt anzugehen, der vielleicht noch nicht genügend öffentlich aufgearbeitet worden ist. Mit Ihrem Staatsbürgerschaftsrecht, mit Ihrem

modernen Recht der Staatsangehörigkeit und mit Ihrer Ausländerpolitik insgesamt haben Sie die Rechte des Staates geschwächt und die Rechte dessen, der zu uns kommen will – sowohl für den mit guter Absicht als auch für den, der böse Absichten hat –, gestärkt.

(Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Mit dringender Notwendigkeit!)

Deswegen stelle ich hier die Frage, ob die Schaffung der Möglichkeit der Anspruchseinbürgerung, wonach der Einzelne, egal woher er kommt, nach acht Jahren, wenn er rechtmäßig hier gelebt hat, deutscher Staatsbürger mit allen Statusrechten werden kann

(Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Das geht nur über die Regelanfrage!)

und der Staat nicht mehr abwägen kann, weil in der Ausländerpolitik kein Ermessen mehr besteht, sondern die doppelte Staatsangehörigkeit ein Anspruch ist, richtig war.

(Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Sie sind doch stolz auf die Regelanfrage!)

Ich behaupte, entlang der Entwicklung der letzten Wochen zeigt sich: Die große Erwartung, die Ideologie von Rot-Grün in der Ausländerpolitik, in der Frage der Staatsangehörigkeit

(Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Sie sind doch stolz auf die Regelanfrage! Was wollen Sie denn?)

war grundlegend falsch und ist korrekturbedürftig.

(Beifall bei der CDU)

Ich will das hier ausdrücklich ansprechen, weil wir glauben, dass die Bundesregierung da bisher keine Handlungsbereitschaft zeigt.

(Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Völliger Quatsch!)

Für die Ausweisung gilt bisher: Wer die Sicherheit Deutschlands gefährdet, wer sich bei der Verfolgung politischer Ziele gewaltbereit zeigt und wer mit Gewaltanwendung droht, kann ausgewiesen werden. Das ist eine Ermessensentscheidung. Ich meine, wer zur Verfolgung seiner politischen Ziele Gewalt und Terror verbreitet, androht oder anwendet, hat sein Aufenthaltsrecht verwirkt, der muss ausgewiesen werden. Auch hier tragen wir den Vorschlag von Beckstein und Schily ausdrücklich mit.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der FDP/DVP)

Thomas Durchdenwald schreibt heute in der „Stuttgarter Zeitung“ zum Antiterrorprogramm, es sei maßvoll. Er zählt die Maßnahmen auf und schreibt:

... all dies sind maßvolle und angebrachte Konsequenzen aus den Terroranschlägen in den USA ... Unterm Strich kann sich das Ergebnis also durchaus sehen lassen.

(Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Das stimmt! Jawohl!)

(Oettinger)

Also nicht „völlig unzureichend“, sondern beachtlich und sehenswert.

Die Landesregierung sagte: „Wir tun dies nicht.“ Aber er tut es für uns.

Die Landesregierung kann sich mit einigem Recht auf die Schultern klopfen. Sie hat in den vergangenen Jahren

– ich beziehe die große Koalition, Kollege Birzele, ausdrücklich ein –

in die innere Sicherheit investiert. Sie ist politischen Trends, beispielsweise dem Verfassungsschutz finanziell den Garaus zu machen, nicht gefolgt. Mancher Kritiker aus dem rot-grünen Lager,

– so Durchdenwald –

der heute der Landesregierung Versäumnisse und verspätete Reaktionen vorwirft, hat Grund, sich an die eigene Nase zu fassen.

So wörtlich der Kommentar der „Stuttgarter Zeitung“.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Dr. Salomon GRÜNE)

Die CDU-Fraktion im Landtag stimmt dieser Wertung ausdrücklich zu. Im Übrigen tragen wir das Antiterrorprogramm der Landesregierung aus voller Überzeugung mit.

(Anhaltender lebhafter Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Drexler SPD: Katastrophal!  
– Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Wir lesen beim nächsten Tagesordnungspunkt auch die Zeitung vor!)

**Präsident Straub:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Pfister.

**Abg. Pfister** FDP/DVP: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich teile zunächst die Auffassung des Herrn Ministerpräsidenten und meiner anderen Vorredner, dass wir seit den terroristischen Anschlägen in New York und Washington eine grundsätzlich veränderte Sicherheitslage haben. Die deutlich zutage getretene internationale Vernetzung des Terrorismus stellt eine neue Qualität der Herausforderung und der Bedrohung dar, nicht nur für die internationale Staatengemeinschaft, sondern für die gesamte zivilisierte Welt.

Dieser Herausforderung gerecht zu werden erfordert eine umfassende, gründlich überlegte und lang anhaltende Strategie mit einer Vielzahl von außen-, sicherheits-, europa- und innenpolitischen, aber auch moralischen und humanen Aspekten.

Lassen Sie mich deshalb an dieser Stelle, auch wenn es heute um innere Sicherheit geht, noch eines hinzufügen: Die internationale Koalition gegen den Terror führt keinen Krieg gegen einzelne Staaten oder Völker und schon gar nicht gegen die islamische Welt insgesamt. Aber entscheidend ist: Die islamische Welt muss Bestandteil der internationalen Koalition gegen den Terror sein und bleiben.

(Beifall der Abg. Kleinmann FDP/DVP und Dr. Salomon GRÜNE)

Wenn also ein Regime, das im Übrigen auch ein Regime der Unterdrückung des eigenen Volkes ist, dem internationalen Terrorismus Unterschlupf gewährt, ihn fördert und unterstützt, dann sind auch Maßnahmen gegen dieses Regime der Taliban gerechtfertigt und erforderlich, zu denen nach Lage der Dinge auch militärische Interventionen gehören. Die Vereinten Nationen haben dies in aller Deutlichkeit klar gemacht.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Das afghanische Volk ist seit langer Zeit selbst Opfer von Terror, Unterdrückung und Armut. Die internationale Staatengemeinschaft muss ein umfassendes Hilfsprogramm für das afghanische Volk entwickeln. Für die Bundesrepublik Deutschland und die Europäische Gemeinschaft sehe ich eine besondere Aufgabe. Ich plädiere ausdrücklich dafür, dass sich hieran auch die Bundesländer beteiligen, dass sich auch das Land Baden-Württemberg beteiligt. Deshalb ist es gut, dass in dem Antiterrorprogramm ein Betrag von 1 Million DM für Sofortmaßnahmen für strukturelle Hilfen zur Verfügung gestellt worden ist.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und des Abg. Dr. Salomon GRÜNE)

Meine Damen und Herren, es ist Aufgabe des Bundes und der Länder, alles zu tun, um in der gegenwärtigen Zeit die innere Sicherheit für die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes zu gewährleisten. Übrigens: Wir stehen dabei nicht bei null. Niemand sollte versuchen, den Eindruck zu erwecken, als sei die innere Sicherheit bei uns in der Vergangenheit sträflich vernachlässigt worden. Im Gegenteil, Baden-Württemberg steht gut da.

Herr Drexler kann so viele Rechnungen aufmachen, wie er will: Er kommt nicht an der Tatsache vorbei, dass das Land Baden-Württemberg die geringste Kriminalitäts- und die höchste Aufklärungsquote hat – dank einer funktionierenden Justiz und dank einer funktionierenden Polizei, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Zuruf des Abg. Birzele SPD)

Aber natürlich sind neue Gefährdungen vorhanden, und sie erfordern erneute Prüfungen, ob das Instrumentarium, das uns bisher zur Verfügung stand, auch in der gegebenen neuen Situation noch ausreicht. Neue Gefährdungen erfordern es auch, die personelle und die sächliche Ausstattung aller Behörden, die für den Schutz der Bevölkerung, die Aufklärung der Strukturen des Terrorismus und die Strafverfolgung notwendig sind, an die vorhandene neue Lage anzupassen.

Die Landesregierung hat deshalb vor zwei Wochen eine Bundesratsinitiative vorgelegt, die vor diesem Hintergrund zusätzliche Maßnahmen im Bereich der Strafverfolgung und der Datenübermittlung vorsieht, zum Beispiel eine neue und verbesserte Kronzeugenregelung, und die ein besonderes Schwergewicht – das ist besonders wichtig – auf Maßnahmen auf der Ebene der Europäischen Union legt.

(Pfister)

Europäischer Haftbefehl, erweiterte Zuständigkeit von Europol und selbstverständlich der Aufbau einer europäischen Staatsanwaltschaft, das alles ist richtig, weil der Kampf gegen den Terrorismus nicht isoliert, nicht national, sondern nur international gewonnen werden kann.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Die Bundesratsinitiative umfasst weiter zusätzliche ausländerpolitische und ausländerrechtliche Maßnahmen, zum Beispiel die Regelanfrage beim Verfassungsschutz vor einer Einbürgerung und eine restriktivere Visaerteilung. Dabei heißt „restriktiv“ für mich nicht, grundsätzlich weniger Gäste einreisen zu lassen. „Restriktiv“ heißt vielmehr, genauer hinzuschauen, wer bei uns einreisen will.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Die Bundesratsinitiative will außerdem die Verfassungsschutzbehörden und die Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern im Bereich der Polizei stärken. Schließlich umfasst sie auch den Bereich des Katastrophenschutzes ebenso wie die Bekämpfung bioterroristischer Anschläge und den Schutz wichtiger Versorgungseinrichtungen.

Meine Damen und Herren, wer sich die Bundesratsdebatte vom vergangenen Freitag vor Augen führt, erkennt, dass es bei allen Diskussionen im Detail einen breiten Bereich der Übereinstimmung zwischen den Bundesländern sowie zwischen dem Bund und den Ländern gibt. Dies ist gut so. Denn wir brauchen diese Gemeinsamkeit für eine wirksame Bekämpfung des internationalen Terrorismus. Wir brauchen sie auf der Ebene der Europäischen Union, und wir brauchen sie, wann immer möglich, auch im internationalen Maßstab.

Vor diesem Hintergrund halte ich die Kritik der Grünen an der Bundesratsinitiative der Landesregierung – Herr Kollege Oelmayer hat hier von einem Griff in die Mottenkiste alter Überwachungsstaatskonzepte gesprochen –

(Abg. Oelmayer GRÜNE: Wohl wahr!)

für völlig unangemessen, Herr Kollege Oelmayer.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Sie haben die falsche Presseerklärung dabei!)

Detaillierte Kritik an Einzelmaßnahmen: völlig in Ordnung. Ich will Ihnen aber sagen, was nicht in Ordnung ist.

(Zuruf des Abg. Oelmayer GRÜNE)

– Fragen Sie Wolf-Dieter Hasenclever. Er wird Ihnen erklären, was Sache ist, meine Damen und Herren.

(Beifall der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Es ist nicht in Ordnung, Herr Hasenclever –

(Heiterkeit – Vereinzelt Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Es ist nicht in Ordnung, Herr Oelmayer, wenn Sie sich auf Bundesebene und in den Ländern, wo Sie mit die Regierung tragen, an einer sachlichen Diskussion beteiligen und die Maßnahmen auch wesentlich mittragen, Ihnen aber hier im Landtag von Baden-Württemberg nichts anderes einfällt als eine pauschale Verunglimpfung. Dies ist nicht in Ordnung, und das weise ich entschieden zurück.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Quatsch, Herr Kollege!)

Gestern hat die Landesregierung den Entwurf des baden-württembergischen Antiterrorpakets beschlossen, den wir zusammen mit dem Doppelhaushalt beraten werden.

Meine Damen und Herren, dieses Paket ist ein Sofortprogramm. Dieses Paket ist ein Schwerpunktprogramm, mit dem das unabdingbar Notwendige getan werden soll, um Polizei, Verfassungsschutz und Justiz zu stärken, und es enthält neben diesen Schwerpunkten Justiz, Polizei und Verfassungsschutz zusätzliche Maßnahmen im Bereich des Katastrophenschutzes, der Gesundheitsvorsorge, der Ernährungsvorsorge und des verbesserten Schutzes entsprechender Anlagen.

Meine Damen und Herren, wie wichtig es ist – das möchte ich Ihnen wirklich sagen –, die jederzeitige Handlungsfähigkeit von Polizei und Justiz sicherzustellen, zeigt der Fall eines Trittbrettfahrers, der in der letzten Woche in Mosbach vor Gericht stand. Der Urheber einer Bombendrohung wurde gefasst und innerhalb eines Tages im beschleunigten Verfahren zu sieben Monaten Haft ohne Bewährung verurteilt.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Zuruf von der FDP/DVP: So muss es sein!)

Nur so, meine Damen und Herren, nur mit einer raschen, kompetenten und konsequenten Reaktion der Justiz kann dieses widerwärtige Trittbrettfahrertum bekämpft werden.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Dies ist ein maßvolles Programm, dies ist ein finanzierbares Programm, ein Programm, das nicht durch zusätzliche Schuldenaufnahme finanziert werden soll, das aber dennoch der realen Situation in Baden-Württemberg Rechnung trägt. Ich behaupte ja gar nicht, dass es in Baden-Württemberg vor dem Hintergrund der jetzigen Gefährdung keine Defizite im Bereich der inneren Sicherheit gäbe. Das Ausmaß von Vollzugsdefiziten – ich sage: an Vollzugsdefiziten – aber, das anderswo festzustellen ist, gibt es in Baden-Württemberg nicht.

Einige Beispiele:

Wenn im Land Berlin zum Beispiel 2 000 genetische Fingerabdrücke aus Personalmangel nicht bearbeitet werden können und – auch in Berlin – 60 richterlich angeordnete Telefonüberwachungen aus Personalmangel nicht durchgeführt werden können,

(Zuruf des Abg. Dr. Salomon GRÜNE)

(Pfister)

wird deutlich, dass auch weitere gesetzgeberische Maßnahmen überhaupt nichts bewirken können, wenn sich die personelle und sächliche Ausstattung nicht ändert.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Dasselbe gilt selbstverständlich, wenn beim Bundesaufsichtsamt für das Kreditwesen gerade einmal 16 Beschäftigte versuchen, die Geldwäschereiaufsicht über rund 3 000 Banken und 1 700 Finanzdienstleistungsunternehmen wahrzunehmen. Auch die Zahlen über Verdachtsanzeigen, über polizeiliche Verfolgungen und über Verurteilungen in diesem Bereich deuten darauf hin, dass es erhebliche Vollzugsdefizite gibt.

Meine Damen und Herren, es gilt auch in dieser schwierigen Situation, nach folgendem Grundsatz zu handeln: Bevor neue Gesetze gemacht werden, müssen erst einmal Vollzugsdefizite abgebaut werden.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Ich betone dies an dieser Stelle

(Abg. Bebber SPD: FlowTex! – Gegenruf der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

– ja –, ich betone das ausdrücklich an dieser Stelle, weil es in dieser Debatte um eine wirksame Bekämpfung des Terrorismus natürlich auch immer wieder Vorschläge gibt, die bei näherem Hinschauen ihre Tauglichkeit nicht gerade unter Beweis stellen können.

(Abg. Oelmayer GRÜNE: Dazu habe ich von der FDP/DVP in Baden-Württemberg noch nichts gehört!)

Es macht zum Beispiel keinen Sinn, die Zuwanderungsdebatte mit der Terrorismusbekämpfung in einer Weise zu verknüpfen,

(Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Aha!)

als wäre alles falsch, was in der Vergangenheit zur Notwendigkeit von Zuwanderung gesagt worden ist.

(Beifall bei der FDP/DVP sowie Abgeordneten der SPD und der Grünen – Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Sehr gut, Herr Kollege!)

Wir müssen Zuwanderung ermöglichen, kontrollieren und steuern. Dies war richtig, dies bleibt richtig, auch nach dem 11. September.

Ähnliches gilt für die immer wieder auftauchende Forderung nach Abschaffung des Bankgeheimnisses.

(Abg. Beate Fauser FDP/DVP: Ganz genau!)

Ich unterstreiche noch einmal, damit es alle wissen, dass es im Rahmen strafrechtlicher Ermittlungen kein Bankgeheimnis gibt. Beim Verdacht auf eine Straftat, auch auf eine Straftat steuerlicher Art, sind Banken ganz selbstverständlich auskunftspflichtig. Wir wollen die Sicherstellung von Vermögensgegenständen und die Geldwäschereibekämpfung auch im europäischen und internationalen Rahmen ef-

fektiver gestalten. Einer Abschaffung des Bankgeheimnisses aber bedarf es – auch zur Terrorismusbekämpfung – nicht. Insofern teile ich in vollem Umfang die Meinung des innenpolitischen Sprechers der SPD-Bundestagsfraktion, Wilfried Würfelspitz

(Zurufe von der SPD: Wiefelspütz! – Heiterkeit)

– Wiefelspütz, richtig, der seiner rot-grünen Regierung ausdrücklich erklärt, dass es in diesem Zusammenhang keine Notwendigkeit zur Aufweichung oder zur Abschaffung des Bankgeheimnisses gibt. Ich teile diese Meinung ausdrücklich.

Ähnliches gilt auch für die oftmals leichtfertige Denunzierung des Datenschutzes als vermeintlichen Täterschutz. Selbstverständlich ist der Datenschutz kein statisches, kein unabänderliches Gebäude, sondern eines, das sich immer wieder bewähren und selbst infrage stellen lassen muss. Veränderungen datenschutzrechtlicher Bestimmungen, wenn sie erforderlich sind, sind also keineswegs tabu. Der Staat ist aber im Detail beweispflichtig, warum diese Veränderungen notwendig sind.

Denn so, meine Damen und Herren, wie das Bankgeheimnis nicht das Bankgeheimnis für Geldwäscher und Steuerhinterzieher ist, so ist der Datenschutz nicht der Datenschutz für Straftäter und terroristische Vereinigungen, sondern Ausfluss des allgemeinen Persönlichkeitsrechts

(Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Aha!)

und damit ein unverzichtbares Element einer offenen Gesellschaft.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der Grünen – Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Hört, hört!)

Selbstverständlich muss es in einer offenen Gesellschaft möglich sein, jeweils im Detail zu prüfen, ob vorgeschlagene Gesetzesänderungen tatsächlich geeignet, erforderlich und verhältnismäßig sind.

(Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Euch interessiert der Datenschutz doch nur beim Bankgeheimnis!)

Dies muss auch jetzt gelten.

Jetzt möchte ich Ihnen sagen: Wenn letzte Zweifel bleiben, gesetzgeberisches Handeln aber als unverzichtbar erscheint, dann empfehle ich, entsprechende Teile eines Gesetzgebungspakets von vornherein zeitlich zu befristen und nach zwei oder drei Jahren erneut über diese Maßnahme zu befinden.

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Kretschmann GRÜNE – Abg. Oelmayer GRÜNE: Das war ja unser Vorschlag!)

Wir müssen zu entschlossenem Handeln fähig sein. Innere Sicherheit und die Freiheit der Bürgerinnen und Bürger sind kein Gegensatz, sondern sie bedingen einander. Innere Sicherheit und Freiheit sind zwei Seiten ein und derselben Medaille.

(Beifall bei der FDP/DVP)

(Pfister)

Meine Damen und Herren, die Garantie der bürgerlichen Grund- und Freiheitsrechte und die Gewährleistung der inneren Sicherheit durch staatliche, an Recht und Gesetz gebundene und demokratisch kontrollierte Institutionen sind zentrale Errungenschaften des liberalen Rechtsstaats. Schutz der Bürgerrechte heißt für uns Liberale deshalb auch, für die Sicherheit der Bürger zu sorgen, denn die freie Entfaltung der Bürger setzt stets auch die Sicherheit der Bürger vor Kriminalität voraus.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Demokratische, offene Gesellschaften sind nicht schwach. Sie sind innerlich gefestigt. Deshalb sind sie stark und wehrhaft. Gerade auf dieser und nur auf dieser Grundlage werden wir den Terrorismus überwinden können.

Ich möchte zum Schluss all denjenigen danken, die seit Wochen verstärkt für die Sicherheit aller sorgen. Mein Dank geht an die Polizei, an den Verfassungsschutz und an die Justiz. Sie leisten Hervorragendes, und sie verdienen den Dank nicht nur der Bürgerinnen und Bürger unseres Landes, sondern auch des Landtags von Baden-Württemberg.

(Lebhafter Beifall bei der FDP/DVP sowie Beifall bei Abgeordneten der CDU und der Grünen)

**Präsident Straub:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Salomon.

**Abg. Dr. Salomon GRÜNE:** Herr Präsident, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Die Terroranschläge in den USA vor sechs Wochen waren – das wurde heute schon mehrfach gesagt und soll auch von mir noch einmal wiederholt werden – kein Anschlag allein auf die USA, kein Anschlag allein auf die Regierung der Vereinigten Staaten, kein Anschlag allein auf das Land, kein Anschlag allein auf die Menschen in den Vereinigten Staaten. Nein, dieser Anschlag war – das wurde zu Recht auch von Ihnen, Herr Ministerpräsident, gesagt – ein Anschlag auf die freie Welt, auf die offene Welt. Er war ein Anschlag auf die zivilisierte Welt, das heißt eindeutig auch auf alle Staaten, die sich zu Menschenrechten bekennen und die sich gegen den Terror zusammenschließen. Das war die Qualität dieses Anschlags, und das war eine ganz neue Qualität.

Wenn das aber stimmt, meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn das ein Anschlag auf die Freiheit war, wenn die Motive der Täter eben sind, uns die Freiheit zu nehmen, indem sie uns einen „heiligen Krieg“ erklären, dann dürfen wir einen Fehler nicht machen: Wir dürfen nicht diesen Handschuh aufnehmen und ebenfalls einen Krieg erklären. Herr Ministerpräsident, ich denke, Sie haben dazu in Ihren einführenden Worten das Richtige gesagt. Es gibt keinen Kampf der Kulturen – nichts wäre falscher –, es gibt keine Religion, die Terror und Mord rechtfertigt. Deshalb würde die Rechnung der Terroristen, der verrückten Islamisten um bin Laden nur dann aufgehen, wenn wir unsere eigenen Maßstäbe, unsere eigenen Grundsätze, unsere eigenen Kriterien, wenn wir Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, wenn wir die Verhältnismäßigkeit der Mittel bei der Antwort auf den Terrorismus aufgeben würden. Deshalb haben Sie auch zu Recht gesagt, wir müssten besonnen und entschlossen handeln.

Die Frage ist nur: Wie werden wir der tödlichen Gefahr gerecht, ohne unsere eigenen Werte aufzugeben? Dieser Frage müssen wir uns stellen.

Da, finde ich, hat sich Herr Kollege Drexler vorhin etwas verlaufen.

(Abg. Fischer SPD: Was?)

Man kann sich nicht hier hinstellen, sich als Staatsmann gerieren und gleichzeitig wie weiland 1914 sagen: „Ich kenne keine Parteien mehr, ich kenne nur noch Deutsche.“

(Abg. Fischer SPD: Was?)

Ich bin mit Ihnen der Ansicht – das hat die bisherige Debatte ja auch breit gezeigt –, dass man die Maßnahmen, die jetzt vor der neuen Herausforderung, vor der neuen Bedrohungskulisse getroffen werden müssen, nicht im kleinkarierten Parteienstreit zerhacken darf. Darüber bin ich mit Ihnen einig. Es darf aber nicht sein, dass man sagt: „Wir dürfen hier überhaupt nicht mehr diskutieren,

(Abg. Drexler SPD: Wer hat denn das gesagt?)

weil ja die Bedrohung so groß ist, dass wir alle zusammenstehen müssen.“

(Abg. Bebbler SPD: Das hat doch keiner gesagt!)

– Warten Sie ab, Herr Kollege Bebbler.

(Abg. Bebbler SPD: Nein, das hat keiner gesagt, was Sie hier sagen! – Gegenruf des Abg. Drexler SPD: Die Rede ist halt vorbereitet!)

Der Herr Bundeskanzler hat auf das Ansinnen von Frau Merkel, man möge doch für die Außenpolitik einen nationalen Sicherheitsrat einrichten, das Richtige gesagt: Wir befinden uns nicht in einem nationalen Notstand.

Es ist eine Selbstverständlichkeit, dass die Opposition informiert wird. Und ich glaube, dass sich die Opposition in Berlin auch umfassend informiert fühlt.

(Abg. Göschel SPD: In Berlin!)

Aber das Gleiche gilt auch für die Opposition in Baden-Württemberg; das muss ich auch sagen.

Herr Ministerpräsident, ich habe nicht erwartet, von Ihnen eingeladen zu werden, um mit Ihnen über Antiterrormaßnahmen zu diskutieren. Herr Kollege Oelmeyer ist Mitglied des G-10-Gremiums. Meine Aufgabe als Opposition in Baden-Württemberg ist es, Ihre Vorschläge entgegenzunehmen, zu bewerten und in der demokratischen Auseinandersetzung zu sagen, ob ich sie für gut oder für falsch halte. Darüber müssen wir streiten.

(Beifall bei den Grünen sowie Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Abg. Birzele SPD: Aber, Herr Salomon, das kommt doch gar nicht in das Artikel-10-Gremium!)

Im Moment wird quer durch alle Fraktionen und Parteien immer Benjamin Franklin zitiert, und zwar zu Recht. Sie, Herr Ministerpräsident, haben das im letzten Satz Ihrer Re-



(Dr. Salomon)

gierungserklärung getan, Sie haben ihn am Freitag im Bundesrat zitiert, und viele andere haben das auch getan. Benjamin Franklin hat vor 250 Jahren zu Recht gesagt: Wer ein Stück von grundlegenden Freiheitsrechten für ein bisschen mehr an Sicherheit aufgibt – „zeitweiliger Sicherheit“ hat er gesagt –, der wird beides verlieren: die Freiheit und die Sicherheit.

Wenn wir uns in diesem Punkt einig sind, kann unsere Aufgabe doch nur darin bestehen, um die Balance zu streiten. Wir müssen die Freiheit bewahren und die Sicherheit erhöhen. Das ist natürlich klar. Es gibt keine Freiheit ohne Sicherheit.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Einverstanden!)

Wenn die Sicherheitslage eine andere als noch vor sechs Wochen ist, und zwar subjektiv und objektiv, dann muss man dagegen etwas tun.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Einverstanden!)

Man muss aber gleichzeitig – und das ist mein Job hier in der Opposition und der Job meiner Partei in der Bundesregierung und der Bundestagsfraktion der Grünen in Berlin – im Einzelnen schauen, ob die Maßnahmen für die Terrorismusbekämpfung geeignet sind, ob sie erforderlich sind, ob sie zielgerichtet sind – Rechtsstaatsdemokratie! –, ob sie verhältnismäßig sind, ob sie effektiv und praktikabel sind. Das heißt, wir machen alles mit, was diesen Kriterien genügt. Deshalb muss man die Diskussion führen und darf nicht glauben, man müsse sie verhindern.

(Abg. Drexler SPD: Dummes Zeug!)

Zur Bundesratsinitiative, die Sie, Herr Ministerpräsident, eingebracht haben.

Ich will vorab nur noch etwas zum „Kollegen Hasenclever“ sagen,

(Heiterkeit des Abg. Pfister FDP/DVP)

weil er meines Erachtens den Kollegen Oelmayer falsch zitiert hat.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Ich habe aus der Presse zitiert! „Mottenkiste“!)

– Ja, das stimmt auch deshalb, weil vieles, was der Herr Ministerpräsident in der Bundesratsinitiative der Südschienenländer am Freitag vorgeschlagen hat, natürlich längst in der Umsetzungsphase begriffen ist.

Ich will einmal aus der „Frankfurter Allgemeinen“ – die ja wahrscheinlich nicht einmal bei Ihnen als linkes Kampfblatt gesehen wird – vom Samstag zitieren. Die Überschrift des Artikels zur Bundesratsinitiative der Landesregierung lautet: „Im Überschwang“. Der Autor stellt fest, dass die Bevölkerung erkennt – ich zitiere jetzt –,

dass sie in einem falschen Sicherheitsgefühl gewiegt wurde. Dennoch

– schreibt der Autor –

darf die Reaktion darauf nicht der gleiche kopflose Aktionismus sein, mit dem im vergangenen Jahr die Kampfhundeordenungen einer plötzlich aufwallen-

den Hysteriestimmung angepasst wurden. Die Eilfertigkeit, mit der jetzt der Bundesrat den schon auf Hochtouren arbeitenden Bundesinnenminister beim Schnüren neuer Sicherheitspakete zu übertreffen versucht, lässt genau das befürchten. Was dem Staat jetzt an die Hand gegeben werden muss, damit er Terroristen besser aufspüren kann, muss länger halten als die Hundeverordnungen, die zum Teil schon wieder Makulatur sind.

Und weiter unten – da zitiert er Sie, Herr Ministerpräsident, als Sie Franklin zitiert haben – schreibt er:

„Wer Sicherheit und Freiheit gegeneinander ausspielt, wird am Ende beides verlieren“, hat Ministerpräsident Teufel in die Debatte geworfen. Beides ist nicht uneingeschränkt zu haben. Es geht nicht um ein Entweder-oder, sondern immer um eine Abwägung. Die Sicherheit hat ihren Preis. Woran es Schily und andere Innenminister aber bisher fehlen lassen, sind nachvollziehbare Auskünfte darüber, für welches Stückchen Freiheit wir wie viel Sicherheit gewinnen.

Ich denke, damit ist alles gesagt. Das war ja auch der Grund, warum es im Bundesrat nicht verabschiedet wurde: weil die Bundesregierung bereits aktiv geworden ist, weil vieles von dem, was Sie vorschlagen, bereits im ersten Antiterrorpaket drin ist.

Ich will nur erwähnen: Das Ausländerzentralregistergesetz, welches Sie anmahnen, mit dem Datenausgleich ist bereits im ersten Antiterrorpaket drin – da kommen Sie zu spät –, eine Kronzeugenregelung, eine andere als die 1999 abgeschaffte, ist wieder angedacht – auch da kommen Sie zu spät –, die Telefonüberwachung von Handys ist bereits dabei, ins Paket eingearbeitet zu werden.

Was die biometrischen Informationen und die Fingerabdrücke angeht, da will ich nur sagen: Man kann ja über alles diskutieren. Aber welchen Beitrag zur konkreten Terrorismusbekämpfung können Fingerabdrücke in deutschen Pässen leisten? Welchen Schläfer aus islamischen Ländern hätten Sie denn damit kontrollieren können? Das muss man mir einmal sagen. Ansonsten kann man natürlich darüber diskutieren, was biometrische Informationen jenseits vom Fingerabdruck sind.

Von dem, was von Ihnen, Herr Ministerpräsident, auf der EU-Ebene angemahnt worden ist, ist vieles richtig, aber vieles eben auch schon in der Umsetzung begriffen.

Daher kann ich nur sagen – ich will ja die Initiative nicht schlechtreden –: Vieles ist bereits in der Umsetzung begriffen; Sie spielen sich hier etwas als Ersatzbundesregierung auf. Auch ich finde, dass die Länder aktiv werden können, aber in erster Linie dann, wenn die Bundesregierung nicht aktiv ist. Diesen Fall haben wir im Moment aber sicher nicht.

Lassen Sie mich, bevor ich zu Ihrem Antiterrorpaket in Baden-Württemberg komme, noch einen Satz zum Kollegen Oettinger sagen: Herr Kollege Oettinger hat sich meines Erachtens auch ziemlich verlaufen mit dem, was er hier zur äußeren Sicherheit und zur Rolle der Grünen usw. gesagt hat. Wenn ich die Debatte richtig verfolgt habe, dann kann

(Dr. Salomon)

man doch eines feststellen: dass es nämlich in Deutschland in den letzten sechs Wochen eine unheimliche Geschlossenheit quer durch alle Fraktionen gibt, dass es eine unheimliche Unterstützung gibt für die Politik der Bundesregierung, die darauf beruht, dass sie erstens richtig ist, dass sich zweitens die Opposition richtig informiert fühlt und dass drittens die Politik der Bundesregierung international anerkannt ist, weil sie nämlich viertens genau die Verhältnismäßigkeit der Antwort auf den Terrorismus beinhaltet, wie sie Demokratien und Rechtsstaaten, wie es sie in der westlichen Welt gibt, entspricht. Das ist unbestritten.

Jetzt hier irgendwelche Brüche und Risse und Sonstiges zu skizzieren, die Sie bei uns gern hätten, und zwar nicht erst seit heute, sondern seit Jahren, halte ich – und jetzt muss ich hier mal den Staatsmann spielen – der Situation, in der wir hier diese ganzen Sachen diskutieren, auch nicht für angemessen. Da haben Sie sich schlichtweg verlaufen.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Fleischer CDU:  
Wie halten Sie es mit Herrn Hermann? Sie sind doch dazu zutiefst uneinig!)

Nun zum dritten Punkt, zu diesem Antiterrorpaket in Baden-Württemberg: Mein Kollege Thomas Oelmayer wurde von Ihnen, Herr Kollege Oettinger, schon erwähnt. Die Fraktion der Grünen hat tatsächlich bereits in der vorletzten Woche ein eigenes Antiterrorpaket vorgelegt. Wir haben es nicht mit finanziellen Hausnummern belegt, wären aber wahrscheinlich zu einem ähnlichen Ergebnis gekommen, nämlich dazu, dass wir ungefähr 50 Millionen DM brauchen. Wenn Sie Herrn Durchdenwald vorhin dafür gelobt haben, dass er dieses Paket maßvoll und besonnen nennt, können wir uns dieser Bewertung anschließen. Auch wir halten dieses Paket für maßvoll und besonnen.

Selbstkritisch will ich, auch an die Adresse der eigenen Partei gerichtet, sagen: Ich glaube, wir sind uns in diesem Haus einig, dass Herr Schill und seine Truppe auch ohne die Ereignisse des 11. September 2001 in die Hamburger Bürgerschaft gewählt worden wäre – wahrscheinlich nicht mit einem derart hohen Ergebnis, aber er wäre gewählt worden.

(Abg. Capezzuto SPD: So ist es!)

Selbstkritisch will ich anmerken, dass das natürlich auch etwas damit zu tun hat, wie die Hansestadt in den letzten Jahren von SPD und Grünen im Bereich innere Sicherheit regiert worden ist.

(Demonstrativer Beifall bei Abgeordneten der CDU und des Abg. Hofer FDP/DVP – Abg. Beate Fauser FDP/DVP: Hört, hört!)

Das will ich selbstkritisch anmerken, auch wenn ich nur für meinen Teil, für die grüne Seite, sprechen kann. Ich glaube nicht, dass es – wenn die Bevölkerung tatsächlich das Gefühl hat, dass die Sicherheit nicht gewährleistet ist, und wenn es ein subjektives Bedrohungsgefühl gibt – reicht, mit Statistiken zu wedeln und den Bürgerinnen und Bürgern zu sagen: „Ihr habt kein Problem.“ Das geht nicht; da fühlen sich die Bürger hinters Licht geführt. Man muss die Ängste der Bevölkerung schon ernst nehmen. Wenn das so ist, heißt das noch lange nicht, dass man immer zum gleichen Ergebnis kommen muss, wenn man gemeinsam re-

giert. Man muss schon über den richtigen Weg streiten. Ich glaube, die Kollegen Sozialdemokraten und die Grünen in Hamburg haben beides unterlassen, und das hat sich gerächt.

Weil das so ist, muss man auch hier in Baden-Württemberg die veränderte Bedrohungssituation ernst nehmen. Wir haben deshalb ein eigenes Antiterrorpaket vorgestellt. Es wurde erwähnt: Wir sind davon abgerückt, die Auflösung des Verfassungsschutzes zu fordern. Ich will hinzufügen: Wir wollten ihn nicht aus ideologischen Gründen auflösen, sondern deshalb, weil wir der Ansicht waren, dass er seiner Aufgabe nicht gerecht wird. Auch heute noch muss man sich die Frage stellen, ob 14 Verfassungsschutzämter in 16 Bundesländern und 3 Verfassungsschutzämter auf Bundesebene die richtige Struktur der Dienste sind. Man muss sich die Frage stellen, ob man terroristische Netzwerke damit bekämpft, dass man Zeitungsausschnitte sammelt. Man muss sich die Frage stellen, ob die Struktur des Verfassungsschutzes, wie er jetzt – auch in Baden-Württemberg – funktioniert, geeignet ist und ob man allein durch die Schaffung zusätzlicher Stellen die Schlagkraft eindeutig erhöht. Ich habe da meine Zweifel. Trotzdem stimmen wir der Stellenerhöhung zu, denn man braucht natürlich Spezialisten, die Arabisch sprechen, man braucht Spezialisten, die sich im Islam auskennen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Wir glauben auch, dass man bei der Polizei etwas tun muss. Auch bei der Polizei braucht man Spezialisten. Aber, Herr Kollege Drexler, es geht nicht, hier einfach die alte Forderung der Polizeigewerkschaft nachzuplappern und 1 600 Stellen bei der Polizei zu fordern. Ich frage mich: Was hat das mit Terrorismusbekämpfung zu tun? Wie finanziert man das Ganze?

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Wenn ich der CDU vorwerfe, sie hole alte Pläne aus den Schubladen, dann kann ich Ihnen, Herr Drexler, sagen: Sie mimen hier staatsmännisch den Obergewerkschafter, sagen aber nicht, wie man ihre Forderungen finanzieren soll. Was das mit Terrorismusbekämpfung zu tun hat, weiß ich erst recht nicht.

(Beifall bei den Grünen sowie Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Rech CDU)

Was wir tun müssen, um die Geldwäsche endlich effektiv zu bekämpfen, ist: Wir müssen Stellen bei der Justiz und auch bei den Finanzämtern schaffen und Sondergruppen aufstellen, die sich gemeinsam der Bekämpfung der Geldwäsche annehmen.

Wir müssen den Katastrophenschutz ausbauen. Ich will aber darauf hinweisen: Das Rückgrat des Katastrophenschutzes ist – wie auch anderswo – natürlich die Feuerwehr. Wir müssen die Feuerwehr unterstützen. Ich habe aber massive Bedenken, ob dafür 100 Millionen DM nötig sind. Wenn man das alles aber tut – das fehlt mir in diesem Antiterrorprogramm noch –, wenn man dafür sorgt, dass die Daten besser abgeglichen werden, dann muss man auch aufpassen, dass man die Trennung zwischen Verfassungs-

(Dr. Salomon)

schutz und Polizei nicht verwischt. Darüber müssten wir uns in diesem Hause eigentlich einig sein. Wenn es aber beim Datenabgleich Probleme gibt oder wenn man in den bestehenden Strukturen nicht richtig arbeiten kann, weil man an die Terroristen nicht herankommt, muss man das ändern. Wenn man aber die Kontrollrechte des Staates gegenüber den Bürgern erhöht, muss man auch die Kontrolle der Bürger gegenüber dem Staat erhöhen, und deshalb muss man die Zahl der Stellen beim Landesbeauftragten für den Datenschutz erhöhen.

Zum Thema Rasterfahndung sage ich Ihnen nur – dazu existiert ja in Baden-Württemberg seit Jahren ein Gesetz –: Man muss aufpassen – das haben Sie, Herr Ministerpräsident, in Ihrer Rede ausdrücklich erwähnt –, dass man nicht Stigmatisierungen von ganzen Bevölkerungsteilen vornimmt. Wenn die Kriterien, die an die Rasterfahndung angelegt werden, so global und so allgemein sind, dass, wie der Innensenator in Berlin gesagt hat, als Merkmale ausreichen, muslimischen Glaubens zu sein und unauffällig zu leben, dann, so hat er gesagt, macht Rasterfahndung keinen Sinn, denn dann kommt jede türkische Putzfrau in das Fahndungsraster der Behörden,

(Abg. Dr. Lasotta CDU: So hat er es nicht gesagt!)

und das kann nicht der Sinn sein. Man muss ganz genau hingucken, was man da tut. Dass man etwas tun muss, wird von unserer Seite nicht bestritten; aber man muss ganz genau hingucken, was man tut.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Um es zusammenzufassen: Wir halten Ihr Antiterrorpaket für Baden-Württemberg für maßvoll und besonnen. Wir werden uns die Maßnahmen, wenn sie dann haushaltsrelevant werden, im Einzelnen anschauen. Aber wir glauben nicht, dass Sie zu wenig tun; das will ich deutlich festhalten. Ich halte es für Populismus, jetzt einfach alles zu fordern.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/  
DVP)

Wir glauben, dass Sie da Maß gehalten und die richtigen Forderungen gestellt haben.

Danke schön.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der  
CDU)

**Präsident Straub:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Birzele.

**Abg. Birzele SPD:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Im Rahmen der noch zur Verfügung stehenden Redezeit muss ich mich leider auf vier Bemerkungen beschränken.

Zunächst, Herr Kollege Oettinger, wer zitiert, sollte den nächsten Absatz aus diesem Kommentar nicht vergessen. Ich lese ihn deshalb vor:

Gerade im Katastrophenschutz und bei den Kontroll- und Laborkapazitäten muss aber auch das Land Fehler der Vergangenheit korrigieren. Und es gehört wohl zu den unerklärlichen Besonderheiten der schwarz-gelben

Koalition, dass es hinter den Kulissen kleinliche Auseinandersetzungen um Stellen zwischen CDU und FDP, zwischen Innen- und Justizministerium gegeben hat.

(Abg. Drexler SPD zu Abg. Oettinger CDU: Warum hast du das nicht vorgelesen?)

Halbwahrheiten sind Unwahrheiten.

(Beifall bei der SPD)

Zweite Bemerkung, was die Bundeswehr betrifft: Die Fraktionen des Landtags hatten Gelegenheit, am Montag dieser Woche auf Einladung des Kommandierenden Generals der 10. Panzerdivision die Bundeswehr in Ellwangen zu besuchen. Es haben aus allen Fraktionen Kolleginnen und Kollegen diese Gelegenheit wahrgenommen. Dort haben die Vertreter der Bundeswehr und General Oerding eindeutig festgestellt: Die Bundeswehr ist in der Lage, ihre Aufgaben zu erfüllen, auch im Kosovo, auch in Mazedonien, auch in Bosnien-Herzegowina. Sie ist dort nicht schlechter ausgerüstet als die anderen Bündnispartner, die dort tätig sind.

(Beifall bei der SPD und der CDU – Abg. Hillebrand CDU: Der darf doch nichts anderes sagen! Der ist doch General!)

Im Übrigen, was Finanzierungsvorschläge betrifft: Ich wäre froh, wenn die Opposition auf Bundesebene die gleiche Sorgfalt und Seriosität an den Tag legen würde wie die SPD-Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg bei ihren Vorschlägen und der jeweiligen Finanzierung.

(Beifall bei der SPD – Abg. Blenke CDU: Bloß nicht!)

Dritte Bemerkung: Ihr Entlastungsangriff, was die Forderung von uns, zusätzliche Stellen bei der Polizei vorzusehen, betrifft, ist völlig fehlgeschlagen. Das hat schon Ihr überzogener Ton gezeigt.

Herr Kollege Salomon, wer nicht sieht, dass all diese Maßnahmen vermehrten polizeilichen Einsatz nach sich ziehen im Objektschutz, im Personenschutz, bei Maßnahmen wie der Rasterfahndung, bei der Kriminalpolizei, wer meint, das alles nur mit Geheimdiensten und mit dem Verfassungsschutz erledigen zu können, der hat eine horrende Unkenntnis der tatsächlichen Situation.

(Beifall bei der SPD)

Wer sich vor Augen hält, dass wir über 1,7 Millionen Überstunden bei der Polizei haben, dass nahezu 300 Stellen wegen Erziehungstätigkeit nicht besetzt sind, der muss sehen, dass wir mehr Personal bei der Polizei benötigen.

Deshalb, Herr Kollege Oettinger, Herr Kollege Salomon und Herr Kollege Pfister, ist doch der richtige Weg, offen darüber nachzudenken, ob unsere Polizei personell und sächlich ausreichend ausgestattet ist.

(Zuruf des Abg. Oelmayer GRÜNE)

Wir haben uns dieser Aufgabe gestellt, wir werden sie auch weiterhin wahrnehmen, und wir werden auch die entspre-

(Birzele)

chenden Deckungsvorschläge bei den Haushaltsberatungen machen.

(Beifall bei der SPD)

Vierte Bemerkung: Ich habe leider bei beiden Rednern der Regierungsfractionen und bei Herrn Salomon ein klares Wort zu der Initiative von Eichel vermisst. Ich stimme Ihnen zu, Herr Kollege Pfister, wenn Sie gesagt haben: Man muss bei allen Vorschlägen abwägen, ob sie der Sicherheit dienen, ob sie unerträgliche Freiheitseingriffe sind. Ich vermisste aber eine klare Aussage zu der Initiative von Eichel. Ich finde, dies ist ein Punkt, wo nicht unzulässig in Freiheitsrechte eingegriffen wird, das Bankgeheimnis nicht bzw. nicht unverhältnismäßig verletzt wird, eine Regelung, die notwendig ist, um schnell Zugriff auf Konten zu haben, damit verdächtige Geldströme kontrolliert werden können, und zwar im konkreten Fall, im Einzelfall.

(Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Das habe ich gelesen! Hier schließe ich mich an! Ja!)

Ich habe ein klares Wort, Herr Ministerpräsident, zu der Bundesratsinitiative von 1995 vermisst, und das vermissen wir schon lange. Deshalb will ich aus dem Bundesratsprotokoll vom 9. Februar 1996 zitieren, was der Ministerpräsident damals dort ausgeführt hat:

Allen, die Konflikte mit der Eigentumsgarantie bzw. der Unschuldsvermutung des Grundgesetzes befürchten, gebe ich im Übrigen zu bedenken, dass unsere Bundesratsinitiative ein vom Strafrecht abgekoppeltes Verfahren zur Vermögenseinziehung mit einer Beweislastumkehr vorsieht. Zentraler Ansatzpunkt unserer Regelung ist gerade die Feststellung, dass die Wegnahme von Verbrechensertönen keine strafrechtliche Sanktion ist, sondern ein Instrument der polizeilichen Gefahrenabwehr.

Etwas später heißt es:

Konflikte mit der Eigentumsgarantie des Grundgesetzes, die ein ganz anderes Ziel hat, bzw. mit der Unschuldsvermutung des Grundgesetzes sehe ich nicht.

Wo der Ministerpräsident Recht hat, hat er Recht. Nur sollte er auch so handeln.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der SPD: Bravo!  
– Abg. Capezzuto SPD: Das ist schon sechs Jahre her! Das weiß er heute nicht mehr!)

**Präsident Straub:** Das Wort erteile ich Herrn Innenminister Dr. Schäuble.

**Innenminister Dr. Schäuble:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich will zunächst einfach feststellen, Herr Salomon: Sie haben mich heute mit Ihrer Rede teilweise außerordentlich beeindruckt.

(Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Dann habe ich etwas falsch gemacht!)

– So weit kommen wir. – Sie haben ja eingangs gesagt – das nehme ich auf –, dass sich Herr Kollege Drexler bei seinem Beitrag gehörig verlaufen habe. Ich will das unterstreichen und sogar noch steigern. Er ist aus dem Wald, aus

dem Dickicht, überhaupt nicht mehr herausgekommen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU – Abg. Bebbler SPD: Oh! Polemik!)

Ich bin beim Mitschreiben dessen, was Herr Kollege Drexler gesagt hat, kaum mehr nachgekommen und darf mich noch auf ein paar Punkte von dem, was Sie, Herr Drexler, und teilweise auch Herr Birzele angesprochen haben, konzentrieren.

Das Wichtigste hat Herr Salomon schon gesagt.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Was ist jetzt los?)

Die Bundesregierung informiert die Opposition. Die Landesregierung – das will ich ausdrücklich festhalten – hat die Mitglieder des Innenausschusses – diese wissen es ganz genau – durch mich in drei Sondersitzungen, glaube ich, Herr Ausschussvorsitzender Nagel, auch nach bestem Wissen und Gewissen informiert.

Die operative Seite ist etwas ganz anderes. Sie haben völlig zu Recht darauf hingewiesen, dass die Bundesregierung, etwa auch Kollege Schily, sich beim Sicherheitspaket 1, beim Sicherheitspaket 2 oder auch bei ihrer Überlegung zur Gegenfinanzierung durch Erhöhung der Versicherungssteuer und der Tabaksteuer aus guten Gründen natürlich nicht mit der Opposition abgesprochen hat. Genauso legen wir als Regierung mit den Fraktionen, die uns tragen, CDU und SPD

(Abg. Pfister FDP/DVP: Was?)

– und FDP/DVP,

(Heiterkeit)

unser Antiterrorsofortprogramm vor.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Hasenclever!)

Nur so, meine sehr verehrten Damen und Herren, kann es ja auch im parlamentarischen Raum richtig sein. Nur so kann es auch gehen. Deshalb, Herr Kollege Drexler, haben Sie hier etwas völlig Falsches gesagt, einen völlig falschen Eindruck erweckt.

Ich will einfach noch einmal festhalten: Informieren muss die jeweilige Regierung gerade in solchen Zeiten alle parlamentarische Kräfte umfassend. Das operative Geschäft wiederum steht natürlich in der Verantwortung der jeweiligen Regierung und der Fraktionen, die sie tragen.

(Abg. Drexler SPD: Ich sehe das anders!)

Nachdem Sie auf die Steuererhöhung zu sprechen gekommen sind, Herr Kollege Drexler, darf ich Ihnen noch zweierlei mit auf den Weg geben: Wir sind auch deshalb bestürzt darüber, dass die Bundesregierung ihre Programme mit diesen Steuererhöhungen finanzieren muss, weil es deutlich macht, dass im Bundeshaushalt für Maßnahmen der Sicherheit, der inneren wie der äußeren Sicherheit, überhaupt keinerlei Bewegungsspielraum mehr vorhanden war – das ist der eigentliche Skandal! –,

(Beifall bei der CDU – Zurufe von der SPD)

(Minister Dr. Schäuble)

während unser Sofortprogramm ohne Erhöhung der Verschuldung und ohne Steuererhöhung, die wir ja auch gar nicht machen könnten, finanziert werden kann. Das ist der große Unterschied zwischen uns und der Bundesregierung, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/  
DVP – Zurufe von der SPD)

Herr Kollege Drexler, ich muss auch die Frage stellen und werde dies nachher auch noch einmal ansprechen: Für wie dumm halten Sie eigentlich die Bürger und auch die Journalisten? Sie haben gesagt, die frühere Bundesregierung Kohl habe anlässlich des Golfkriegs die Steuern erhöht.

(Abg. Drexler SPD: 27 Milliarden! Da waren Sie nicht dagegen!)

– Genau. – Aber das hat einen ganz anderen Grund gehabt: Das war nötig, weil damals im Golfkrieg die Bundeswehr keinen Einsatz vorgesehen hatte. Das war die Scheckbuchdiplomatie, während es hier um die Finanzierung der Maßnahmen für die innere Sicherheit und bei der Bundeswehr geht.

(Widerspruch bei der SPD – Zurufe von der SPD)

Das ist ein völlig anderer Sachverhalt.

(Beifall bei der CDU – Abg. Pfister FDP/DVP:  
Völlig richtig! – Abg. Drexler SPD: Ach was!  
Schwachsinn! Scheckbücher! – Abg. Ursula Haußmann SPD: Die CDU hat Scheckbücher! Da wäre ich sehr vorsichtig! – Unruhe)

Ich darf das ansprechen, was Herr Kollege Birzele auch von der Regierung erwartet, Stichwort Bankgeheimnisse, Vorschläge Eichel. Ich glaube, meine sehr verehrten Damen und Herren, im Ziel sind wir alle uns hoffentlich einig: Wir müssen alles tun, um die Finanzströme des Terrorismus, übrigens auch des organisierten Verbrechens, auszutrocknen. Ich füge ausdrücklich hinzu, auch als Innenminister und gerade als Innenminister: Wenn die Vorschläge Eichels dafür geeignet sind – das muss noch geprüft werden –, dann bin auch ich der Auffassung, wir können eine weitere Einschränkung des Bankgeheimnisses durchaus vertreten.

(Abg. Drexler SPD: Da sind Sie aber allein!)

Ich füge ausdrücklich hinzu, nebenbei bemerkt: Es gibt in Deutschland übrigens kein Grundrecht auf Steuerhinterziehung, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und der SPD – Abg. Bebbler SPD: Sehr richtig! – Abg. Drexler SPD: Da sind Sie aber der einzige CDU-Politiker, der das sagt!)

Nur sollte man das dann auch offen ansprechen.

Aber eines, Herr Kollege Birzele und auch Herr Kollege Drexler, verstehe ich wiederum nicht. Auch da frage ich noch einmal: Warum halten Sie eigentlich Bürger und auch Journalisten, die das verfolgen, immer für so dumm? Sie sprechen immer diese Initiative von 1995 an.

(Abg. Drexler SPD: Ja!)

Zwei Dinge nur dazu: Wir haben damals keine Mehrheit bekommen. Eine Mehrheit war überhaupt nicht in Sicht. Und was das Stichwort „Beweislastumkehr“ angeht, könnten Sie sicherlich mit manchem von uns darüber reden. Aber damals war keine Mehrheit in Sicht. Ich will nur hinzufügen: Wenn ich mich nicht täusche, hat sich auch die Justizministerin Däubler-Gmelin schon mehrfach gegen die Umkehr der Beweislast ausgesprochen. Das einzuräumen gehört in diesem Zusammenhang einfach zur Redlichkeit.

Und dann gehört eben auch etwas anderes hinzugefügt, Herr Kollege Drexler, und ich habe vermisst, dass Sie das heute in der Debatte klargestellt hätten: Kein Landeskriminalamt hat eine so erfolgreiche Vorreiterrolle bei der Gewinnabschöpfung bei Verbrechern eingenommen wie unser Landeskriminalamt von Baden-Württemberg, meine sehr verehrten Damen und Herren. Das muss doch deutlich gesagt werden.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Niemand im ganzen Bundesgebiet ist so weit wie wir.

(Zurufe der Abg. Teßmer und Capezzuto SPD)

Deshalb finde ich schon, dass dies alles einfach auch der Wahrheit gemäß gesagt gehört und dass man nicht einfach so tun darf, als würde hier alles ganz anders laufen,

(Abg. Bebbler SPD: Wer hat das gemacht?)

und im Grunde genommen auf die Unkenntnis der Bürger und auch der Journalisten und auf das schlechte und kurze Gedächtnis vertraut.

Dann komme ich zur Stellensituation. Ich will bei dem Antiterrorsofortprogramm eines festhalten, meine sehr verehrten Damen und Herren: Wir gehen, wie richtigerweise, ich glaube, auch vom Kollegen Oettinger und vom Kollegen Pfister gesagt worden ist, bei diesem Antiterrorsofortprogramm von einem hohen Niveau aus. Das unterscheidet uns, meine sehr verehrten Damen und Herren, von anderen Ländern.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/  
DVP)

Wir haben in den letzten Jahren mit der Umsetzung eines 680-Millionen-DM-Technikzukunftsprogramms begonnen, und das vor dem 11. September 2001, und sind auch schon weit vorangekommen. Es gibt kein vergleichbares Programm in anderen Bundesländern.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/  
DVP – Abg. Birzele SPD: Bayern ist anderer Auffassung, in Bezug auf das, was Sie gerade gesagt haben!)

Bei diesem Programm liegt die Betonung, Herr Kollege Birzele, auch auf dem Wort „sofort“.

(Abg. Bebbler SPD: Bayern ist besser!)

Ich bin sehr dankbar dafür, dass der Fraktionsvorsitzende der CDU, Günther Oettinger, vorhin gesagt hat, dass wir bei den Maßnahmen der inneren Sicherheit, die jetzt in Baden-Württemberg notwendig sind, selbstverständlich auf

(Minister Dr. Schäuble)

Sicht fahren, weil Ende Oktober 2001 beim besten Willen niemand von uns sagen kann, was im Jahre 2002 und darüber hinaus noch auf uns zukommen kann. Deshalb ist es – ausdrücklich betont – ein Sofortprogramm. Vor diesem Hintergrund muss man dieses Programm sehen.

Zur Stellensituation: Ich bin Herrn Kollegen Salomon sehr dankbar, dass er darauf hingewiesen hat, dass wir nicht einfach die gewerkschaftlichen Forderungen übernehmen können. Es ist auch völlig unmöglich, wie vorhin zu Recht in der Debatte festgestellt worden ist, einerseits mehr Polizeibeamte und Lehrer einzustellen und auf der anderen Seite die Nullverschuldung erreichen zu wollen. Meine Damen und Herren, beides passt nicht zusammen. Solche Aussagen sind schlicht und ergreifend unseriös.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/  
DVP)

Wir setzen deshalb bei den zusätzlichen Stellen im Rahmen dieses Sofortprogramms so an, dass wir sagen: Wir müssen, auf Sicht gesehen, einen Beitrag dazu leisten, dass der Anfall an Mehrarbeit am Schluss nicht ins Unermessliche wächst. Die Tatsache, dass wir die Beamten zunächst als Anwärter einstellen und ausbilden müssen, ist überhaupt nicht zu ändern und spricht doch erst recht dafür, dass wir, wenn es schon noch einige Zeit dauert, bis sie zur Verfügung stehen, bereits heute die notwendigen Maßnahmen einleiten. Das ist doch ganz klar, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/  
DVP)

Daneben setzen wir, und das ist in der Debatte vielleicht etwas zu kurz gekommen, auch ganz besonders auf Spezialisten: Informatiker und Ingenieure beim Landeskriminalamt einerseits und Islamwissenschaftler beim Landesamt für Verfassungsschutz andererseits. Diese Mischung, nämlich einerseits den Anfall an Mehrarbeit zu beschränken, andererseits aber auch Spezialisten für das Landeskriminalamt und das Landesamt für Verfassungsschutz einzustellen, ist in diesem Sofortprogramm genau der richtige Ansatz, den wir jetzt machen müssen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/  
DVP)

Im Übrigen darf ich – und da bin ich dankbar, dass Herr Kollege Drexler wieder zurückgekehrt ist – –

(Abg. Bebbler SPD: Er war beim Ministerpräsidenten! – Abg. Teßmer SPD: Er hat ihm gerade den Rücken gestärkt!)

– Überhaupt kein Grund. Er hat sich ja entschuldigt, und ich habe gesagt: „Überhaupt kein Grund.“ Er war beim Ministerpräsidenten, wie Sie ja sagen. Aber er ist wieder da, und ich freue mich darüber.

(Zuruf von der SPD: Das ist gut so!)

Ein Punkt ist mir noch wichtig. Ihn will ich ausdrücklich ansprechen. Bei dieser Art des Terrorismus und bei der Erscheinung, die man jetzt als so genannte Sleepers bezeichnet, muss man sich überlegen, wo eigentlich die Ursache liegt und wie wir sie angehen können.

Wir können das Phänomen der so genannten Sleepers und von allem, was sich dahinter verbergen mag, meines Erachtens nicht lösen, indem wir immer noch mehr Polizeibeamte einstellen. Ich habe bei dem Tag der GdP in Pforzheim neulich gesagt: Auch wenn wir in Deutschland 100 000 Polizeibeamte einstellen würden, würden wir das Phänomen der Sleepers nicht lösen können, weil deutsche Polizeibeamte gar nicht in der Lage sind, in diese Schatten-gesellschaft hineinzuschauen. Da liegt der Hund begraben.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/  
DVP)

Deshalb muss man hier, glaube ich, etwas anderes tun. Wir müssen auf die technischen Maßnahmen setzen. Ich bin – das will ich heute noch einmal klar feststellen – die ganze Zeit immer bemüht gewesen, zu sagen: Wir dürfen die Erwartungen an die Rasterfahndung nicht übertrieben hoch ansetzen. Aber wir müssen sie durchführen, weil wir im Grunde gar nicht viele andere Möglichkeiten haben.

Es muss aber ein Zweites hinzukommen. Das unterscheidet uns dann schon nicht nur von Rot-Grün – das ohnehin –, sondern auch von Schily. Wenn wir sagen, das eigentliche Problem bestehe darin, dass wir über diese Parallelgesellschaften in Deutschland eine Schattengesellschaft erhalten hätten, in der sich Gutwillige wie auch Bösertige so bewegen könnten, dass wir gar nicht mehr hineinschauen könnten, dann müssen wir daraus doch zwei Konsequenzen ziehen.

Die eine Konsequenz ist: Solange wir hinsichtlich der Integration dieser Menschen nicht vorankommen, darf der Zugang nicht erweitert, sondern muss begrenzt werden, und zwar gerade, wenn es um Menschen aus anderen Kulturkreisen geht.

(Beifall bei der CDU)

Das Zweite: Wir müssen auch von denjenigen, die schon hier sind, verlangen, dass sie die Wertordnung unseres Grundgesetzes beachten. Ich sage noch einmal, auch für die Regierung – so haben wir es auch in unserer Bundesratsinitiative zum Ausdruck gebracht –: Wer die Wertordnung unseres Grundgesetzes nicht beachtet – Menschenrechte, Grundrechte, Gewaltenteilung, Pluralismus, Gleichberechtigung der Frauen –, kann nicht auf Dauer in Deutschland bleiben.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/  
DVP – Zurufe von der SPD)

Im Nachhinein gesagt, an die Adresse von Rot-Grün unter Einschluss des geschätzten Bundesinnenministers Otto Schily:

(Abg. Wieser CDU: Oi, oi, oi! – Abg. Drexler SPD: Wir sagen es ihm!)

Sie können Gott dankbar sein, dass die CDU mit ihrer Unterschriftenaktion im Jahr 1999 zur Änderung des Staatsangehörigkeitsrechts

(Lachen der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE – Zurufe von der SPD und den Grünen)

Schlimmstes verhütet hat.

(Minister Dr. Schäuble)

(Beifall bei der CDU und der Abg. Beate Fauser  
FDP/DVP)

Ich bin dem CDU-Fraktionsvorsitzenden Oettinger dankbar, dass er vorhin ausdrücklich erklärt hat:

(Zuruf der Abg. Carla Bregenzer SPD)

Wir müssen bereit sein, die Änderungen, die damals dennoch vorgenommen worden sind, jetzt im Nachhinein noch einmal kritisch auf den Prüfstand zu stellen.

(Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Ihr habt doch die Regelanfrage bei der Einbürgerung! – Abg. Bebbler SPD: Alles Hahnenkämpfe für die Fraktion! – Gegenrufe von der CDU)

– Herr Salomon, Ihr Zwischenruf veranlasst mich zu folgender Bemerkung – ich hätte sie sonst nicht gemacht –: Wir machen als eines der wenigen Bundesländer von Anfang an die Regelanfrage. Andere Länder, in denen die Regierung von Ihrer Couleur oder auch von Rot getragen wird, ziehen jetzt Gott sei Dank nach. Aber das Problem besteht darin – ich hätte es sonst nicht angesprochen, um die Debatte nicht zu verlängern;

(Abg. Teßmer SPD: Ausdrücklich gelobt!)

aber nachdem Sie den Zwischenruf gemacht haben, muss ich es Ihnen sagen –: Wir können die Auskünfte – das weiß Herr Kollege Birzele als mein Amtsvorgänger ganz genau – des Verfassungsschutzes bei Einbürgerungen oft nicht verwerten, weil der Verfassungsschutz uns diese Auskünfte zwar geben kann, aber sagen muss, sie seien nicht gerichtsverwertbar, weil er andernfalls seine Quelle nicht mehr schützen könne. Deshalb hat Kollege Oettinger schon Recht, dass wir uns beim Thema Einbürgerungsrecht Gedanken machen müssen, ob hier nicht Veränderungen dringend notwendig sind.

(Beifall bei der CDU und der Abg. Beate Fauser  
FDP/DVP – Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Aber welche denn?)

– Darüber können wir uns ohne Zeitdruck gern einmal unterhalten.

(Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Ja, ja!)

Denn auch ich bin der Auffassung, dass das alles sorgfältig bedacht werden muss.

Ich komme noch zum Einsatz der Bundeswehr. Ich wundere mich ein bisschen über Äußerungen, die heute gefallen sind. Ich will zunächst einmal Folgendes sagen:

Es hat niemand erwähnt – warum wissen Sie so wenig Bescheid? –: Die Bundeswehr hilft unserer Polizei in Baden-Württemberg seit dem 11. September in ganz großem Stil.

(Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

Wir sind dankbar dafür, dass die Bundeswehr die amerikanischen militärischen Einrichtungen bewacht, meine sehr verehrten Damen und Herren. Das ist auch einen Dank an die Adresse der Bundeswehr wert.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Kleinmann  
FDP/DVP – Zurufe von der SPD und den Grünen)

Herr Kollege Drexler, Sie tun immer so schlau und sagen: „Aber die Bundeswehr kann doch gar keine polizeilichen Aufgaben wahrnehmen.“ Das haben Sie vorhin gesagt. Ich stelle Ihnen einmal die Gegenfrage: Ist das, was die Bundeswehr im Kosovo macht, eigentlich etwas anderes als die Wahrnehmung polizeilicher Aufgaben?

(Vereinzelt Beifall bei der CDU – Zuruf des Abg.  
Drexler SPD)

– Entschuldigung! Es ist doch völlig irrational, wie Sie diskutieren.

(Lachen bei Abgeordneten der SPD – Abg. Drexler SPD: Wo leben Sie denn? – Abg. Bebbler SPD: Sie machen ja den Hampel! – Weitere Zurufe von der SPD – Abg. Birzele SPD meldet sich zu einer Zwischenfrage.)

– Sie werden offensichtlich nicht gesehen, Herr Birzele.

(Abg. Birzele SPD: Ich bin zu weit links!)

**Präsident Straub:** Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Birzele?

**Innenminister Dr. Schäuble:** Aber selbstverständlich. Vielleicht will er noch einmal General Oerding zitieren.

**Präsident Straub:** Bitte schön, Herr Birzele.

**Abg. Birzele SPD:** Herr Kollege Schäuble, sind nach Ihrer Auffassung die Möglichkeiten der Bundeswehr zum Schutz der eigenen Anlagen, zum Schutz der Anlagen befreundeter Streitkräfte ausreichend, oder befürworten Sie eine Grundgesetzänderung, um die Bundeswehr zusätzlich im Innern einsetzen zu können?

(Abg. Drexler SPD: Das ist doch die Frage gewesen! – Unruhe)

**Innenminister Dr. Schäuble:** Ich wäre schon glücklich, wenn wir über dieses Thema Einsatz der Bundeswehr in Deutschland, gegebenenfalls auch nach einer Grundgesetzänderung, ohne Tabu, ohne künstliche Zäune diskutieren könnten, Herr Kollege Birzele und meine Damen und Herren, und wenn wir nicht immer neue Tabus aufstellten.

(Beifall bei der CDU – Abg. Drexler SPD: Ihre Glücklichkeit ist uns uninteressant! Sind Sie jetzt dafür? – Weitere Zurufe, u. a. der Abg. Bebbler und Carla Bregenzer SPD)

Herr Kollege Birzele hat vorhin General Oerding zitiert, der am letzten Montag in Ellwangen pflichtgemäß sagen musste – wahrscheinlich wider besseres Wissen –, wie toll die Bundeswehr ausgerüstet sei.

(Abg. Bebbler SPD: Das ist eine Unterstellung! Das ist eine unverschämte Unterstellung!)

– General Oerding sehe ich morgen.

Ich darf mit Genehmigung des Herrn Präsidenten den „oberen General“, nämlich den Generalinspekteur der Bun-

(Minister Dr. Schäuble)

deswehr, Herrn Kujat, zitieren. Er hat am 8. März laut „Süddeutscher Zeitung“ gesagt:

Die Bundeswehr ist ganz klar nicht mehr 100 % einsatzfähig.

Er hat nach der Tageszeitung „Die Welt“ am 28. April gesagt:

Die Bundeswehr muss endlich die notwendigen Finanzmittel erhalten, um ihre Aufgaben weiter erfüllen zu können.

(Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

So kann es nicht weitergehen.

– Alles vor dem 11. September!

(Unruhe)

Und Kujat sagte am 2. Juli 2001:

Wir

– also die Bundeswehr, nicht die SPD –

gehen materiell auf dem Zahnfleisch, was Materialerhaltung und Einsatzbereitschaft des Geräts angeht.

(Zuruf des Abg. Bebber SPD)

Deshalb, meine Damen und Herren, sage ich an die Adresse der SPD Folgendes:

(Zuruf des Abg. Drexler SPD)

Die Bundeswehr wäre glücklich, wenn sie technisch so gut ausgerüstet wäre wie die Polizei in Baden-Württemberg. Das ist die Wahrheit!

(Beifall bei der CDU – Abg. Drexler SPD: Das ist eine Geschichte: Ohne Panzer, ohne Flugzeug! Da wäre sie glücklich! – Unruhe und Zurufe von der SPD, u. a. Abg. Drexler und Abg. Birzele: Mit einem Silberpfeil!)

– Immer mit Blick auf das jeweilige Aufgabengebiet.

(Anhaltende Unruhe – Zuruf des Abg. Drexler SPD – Abg. Bebber SPD: Sie machen sich lächerlich!)

Ich will noch einen Punkt ansprechen – dabei komme ich noch einmal auf Sie, Herr Kollege Salomon, zu sprechen –:

(Zuruf des Abg. Teßmer SPD)

Ich stimme schon damit überein, dass wir das Kind nicht mit dem Bade ausschütten dürfen, aber ich sehe auch genauso wie Sie, dass bei allen Maßnahmen, die jetzt zur Verbesserung der inneren Sicherheit vorgeschlagen werden, zunächst einmal ihre Eignung für das Ziel geprüft werden muss; das ist selbstverständlich.

Ich füge auch hinzu: Wenn irgendwo Freiheitsrechte eingeschränkt werden müssen, muss schon eine Abwägung mit der Verbesserung der inneren Sicherheit stattfinden. Aber ich wundere mich dann oft, dass darüber, wenn es ins Detail geht, große Diskussionen stattfinden. Nehmen Sie das

Beispiel, das heute auch schon angeführt wurde: Fingerabdruck im Ausweis. Damit kann man doch als vernünftiger Mensch kein Problem haben, und zwar aus einem ganz einfachen Grund: Ausweise haben ausschließlich das Ziel der Identitätsfeststellung der jeweiligen Person. Wenn dieses Ziel dadurch unterlaufen wird, dass Pässe immer leichter gefälscht werden können, und wenn wir das eigentliche Ziel eines Ausweises, nämlich die Feststellung der Identität, nur mit einem Fingerabdruck wieder erreichen können, dann ist es doch selbstverständlich, dass man eine solche Maßnahme ergreift.

(Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Wenn es dabei bleibt!)

Das hat mit einer Einschränkung der Freiheitsrechte überhaupt nichts zu tun, weil kein Mensch etwas dagegen haben kann, dass seine Identität festgestellt wird.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der SPD – Glocke des Präsidenten)

**Präsident Straub:** Herr Minister – –

**Innenminister Dr. Schäuble:** Augenblick, Herr Kollege, dann können Sie vielleicht Ihre Zwischenfrage noch erweitern.

(Abg. Birzele SPD: Wo Herr Schäuble Recht hat, hat er Recht! – Zuruf der Abg. Carla Bregenzer SPD)

Wenn Sie uns den Vorwurf des Aktionismus machen, muss ich dem ganz eindeutig entgegenhalten: Viele Vorschläge, die jetzt in die Diskussion gekommen sind, hat die CDU schon vor langem gemacht. Aber leider gab es vor dem 11. September überhaupt keine Vernunft, über solche Vorschläge zu reden. Das ist die Wahrheit.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Bitte.

**Abg. Dr. Salomon GRÜNE:** Herr Innenminister, ich stimme mit Ihnen überein – –

(Abg. Wieser CDU: Sehr gut!)

**Innenminister Dr. Schäuble:** Ich bin bei meiner Übereinstimmung mit Ihnen heute ja auch schon fast bis an die Grenzen gegangen.

**Abg. Dr. Salomon GRÜNE:** Vorsicht!

(Abg. Bebber SPD: Neues Liebesverhältnis!)

Ich stimme mit Ihnen überein, dass ein Fingerabdruck im Personalausweis, der nur dazu dienen soll, die Identität des Passinhabers festzustellen, an sich noch kein Problem ist.

**Innenminister Dr. Schäuble:** Danke.

**Abg. Dr. Salomon GRÜNE:** Aber – jetzt kommen ganz viele Aber – was nützt Ihnen ein Fingerabdruck in einem deutschen Pass gegen die Bedrohung, gegen die wir kämpfen?



**Innenminister Dr. Schäuble:** Ich erinnere an Mohammed Atta mit seinen vielen falschen Pässen. Da war die Identität völlig unklar.

**Abg. Dr. Salomon GRÜNE:** Die Leute, um die es geht, haben, soweit ich weiß, keinen deutschen Pass.

Wenn Sie in der EU so etwas einführen wollen, dann können Sie es doch nicht allein in Deutschland einführen. Dann müssen Sie so etwas europaweit einführen. Ihnen ist sicher bekannt, dass es in Großbritannien so etwas wie einen Personalausweis, in den man einen Fingerabdruck aufnehmen könnte, noch gar nicht gibt.

**Innenminister Dr. Schäuble:** Da haben Sie schon Recht, Herr Kollege Salomon.

**Abg. Dr. Salomon GRÜNE:** Ich bin aber noch nicht fertig. Sie haben ja gesagt, ich dürfe meine Zwischenfrage verlängern. Dann möchte ich sie bitte auch zu Ende führen.

Die entscheidende Frage stellt sich erst hinterher: Was passiert mit den gespeicherten Daten, wenn Sie diesen Fingerabdruck gespeichert haben? Wofür wird er dann verwandt?

**Innenminister Dr. Schäuble:** Zur Feststellung der Identität, wie bei AVIS.

**Abg. Dr. Salomon GRÜNE:** Hier möchte ich Frau Däubler-Gmelin, die Justizministerin, zitieren, die es für verfassungswidrig hält, wenn diese Daten gespeichert werden und zu einer Umkehr bei irgendwelchen Strafverfolgungen führen. Wenn 70 Millionen Fingerabdrücke gespeichert werden und Sie zufällig irgendwo waren, wo sich Monate später ein Mord ereignet, und dann noch nachweisen müssen, warum Sie nicht am Tatort waren, kommen wir in Teufels Küche. Darüber müssen wir diskutieren.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Teßmer SPD: Da sind wir doch schon!)

**Innenminister Dr. Schäuble:** Darüber können wir auch gerne diskutieren, Herr Kollege Salomon. Das wird aufgrund der Vorschläge, die Otto Schily gemacht hat, jetzt auch geschehen.

Sie haben völlig Recht mit Ihrer Forderung, dass das international eingeführt werden muss, aber das spricht doch nicht dagegen, dass Deutschland diese Vorschläge macht und vielleicht, wie Sie es übrigens beim Umweltschutz immer gefordert haben, zunächst einmal eine Vorreiterrolle übernimmt. Das ist doch völlig logisch.

Dass am Schluss diese Fingerabdrücke mit den modernen Möglichkeiten der Technik abgeglichen werden müssen, ist für mich auch selbstverständlich. Das wird bei den Asylbewerbern durch das System AVIS schon gemacht.

Herr Kollege Salomon, ich will an Ihre Adresse und auch an die Adresse von Rot-Grün feststellen: Wenn ich daran denke, was Sie früher alles vertreten haben und wie Sie inzwischen viele Ihrer Meinungen korrigieren, bis hin zur Notwendigkeit des Verfassungsschutzes, prophezeie ich Ihnen, dass Sie Ihre Meinung noch oft korrigieren werden müssen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

**Präsident Straub:** Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Punkt 1 der Tagesordnung ist damit erledigt.

Die Fraktionen sind übereingekommen, jetzt in die Mittagspause einzutreten.

Die Sitzung wird um 14:00 Uhr fortgesetzt.

(Unterbrechung der Sitzung: 12:13 Uhr)

\*

(Wiederaufnahme der Sitzung: 14:02 Uhr)

**Stellv. Präsident Birzele:** Meine Damen und Herren, ich bitte Sie, Platz zu nehmen. Die unterbrochene Sitzung wird fortgesetzt.

Ich rufe **Punkt 2** der Tagesordnung auf:

- a) **Aktuelle Debatte – Aufgabenerfüllung der Atomaufsicht in Baden-Württemberg – beantragt von der Fraktion der SPD**
- b) **Antrag der Fraktion der CDU – Kernkraftwerk Philippsburg II – Drucksache 13/283**
- c) **Antrag der Fraktion GRÜNE – Umgang mit schwierigen sicherheitsrelevanten Vorkommnissen im Atomkraftwerk Philippsburg II – Drucksache 13/287**
- d) **Antrag der Fraktion GRÜNE – Ungereimtheiten und Widersprüchlichkeiten im Zusammenhang mit der Aufarbeitung des Störfalls im Atomkraftwerk Philippsburg II (KKP II) – Drucksache 13/314**
- e) **Dringlicher Antrag der Fraktion der SPD – Entlassung des Ministers für Umwelt und Verkehr – Drucksache 13/328**

Zu den Anträgen unter den Tagesordnungspunkten 2 b bis 2 d liegen inzwischen die Stellungnahmen der Ministeriums für Umwelt und Verkehr vor.

Zum Antrag Drucksache 13/314 liegt der Änderungsantrag der Fraktion GRÜNE, Drucksache 13/350, vor.

Meine Damen und Herren, für die Aktuelle Debatte und die Aussprache über die Anträge wird eine Gesamtredezeit von zehn Minuten je Fraktion vorgeschlagen – dies entspricht einer Absprache zwischen den Fraktionen –, wobei gestaffelte Redezeiten gelten.

Bei Aktuellen Debatten gilt üblicherweise für die einleitenden Erklärungen der Fraktionen jeweils eine Redezeit von fünf Minuten. Da wir gestaffelte Redezeiten haben, schlage ich vor, dass wir nicht wie bei Aktuellen Debatten verfahren, sondern jeder Fraktion freigestellt wird, wie sie ihre Redezeit in Anspruch nehmen will. – Sie stimmen dem zu.

Das Wort erhält Herr Abg. Drexler.

**Abg. Drexler SPD:** Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Heute Morgen haben wir über die Sicherheit von Kernkraftwerken diskutiert und dabei festgestellt, dass wir

(Drexler)

mehr Streifen brauchen, dass wir mehr Überwachung brauchen. Dies alles nützt aber nichts, liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn im Innern des Kernkraftwerks alles schief läuft, unter anderem auch die Atomaufsicht.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Wenn es im Innern nicht funktioniert, brauchen wir nicht mehr Streifen, müssen wir auch keine Flugzeuge „drüber schicken“.

Ich spreche jetzt nicht ausschließlich über die EnBW. Die EnBW hat gravierende Fehler gemacht. Auch der TÜV hat gravierende Fehler gemacht. Heute vergleicht eine Zeitung den TÜV, die EnBW und das Umweltministerium mit den drei Affen, von denen sich einer den Mund, einer die Ohren und einer die Augen zuhält.

(Minister Dr. Döring: Das sah aber gut aus!)

– Was?

(Minister Dr. Döring: Das sah gut aus!)

– Das sah gut aus, ja.

(Glocke des Präsidenten)

**Stellv. Präsident Birzele:** Das ist unparlamentarisch! Herr Minister, bitte keine Zwischenrufe von der Regierungsbank.

**Abg. Drexler SPD:** Das kann man auch so erklären: Die EnBW ist derjenige gewesen, der den Mund gehalten hat, der TÜV war derjenige, der nichts gehört hat, und die Atomaufsicht war derjenige, der nichts gesehen hat.

(Beifall bei der SPD)

Jetzt wollen wir doch einfach einmal erklären, wie das war: Am 12. August 2001 wird der Reaktor wieder angefahren, ohne Messung der Flutbehälter – ohne Messung der Flutbehälter! Am 25. August, also fast 14 Tage später, wird gemessen und festgestellt, dass in einem Flutbehälter eine zu niedrige Borsäurekonzentration vorhanden ist. Danach geht der zuständige Mitarbeiter natürlich – weil Samstag war – in den Urlaub, und am Montag, dem 27. August, finden weitere Messungen statt – Ergebnis: ebenfalls zu niedrige Werte –, am 28. August wird das Umweltministerium telefonisch davon informiert, und es wird auch ein Gesprächsangebot gemacht, das aber offensichtlich abgelehnt wird.

Nun sage ich einmal: Es könnte ja sein, das derjenige vom Umweltministerium, der das Gespräch angenommen hat, nicht richtig zugehört hat. Aber am 31. August kam ein Fax, und darin stand, dass in drei von vier Flutbehältern eine zu niedrige Borsäurekonzentration vorhanden war, und am Mittwoch, dem 5. September, kam eine schriftliche Meldung per Post im Umweltministerium an, in der genau das Gleiche noch einmal schriftlich dargestellt wurde.

Jetzt muss ich schon sagen: Dass Beamte des Umweltministeriums nicht feststellen können, dass das Notssystem, wenn in drei von vier Flutbehältern die Borkonzentration zu niedrig ist, nicht sicher ist und dass der Reaktor damit gar nicht hätte angefahren werden dürfen, das wundert

mich bei der Atomaufsicht, Herr Minister. Das wundert mich bei der Atomaufsicht!

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Aus diesem Schreiben – es wird noch viel einfacher – geht hervor – auch aus dem Fax; man muss es natürlich von vorn bis hinten durchlesen –, und das hätte jeder Beamte mit einer durchschnittlichen Intelligenz feststellen können, dass beim Anfahren des Reaktors überhaupt nicht gemessen wurde, sondern der Reaktor 14 Tage betrieben wurde, ohne dass in den drei Flutbehältern gemessen wurde, also im Blindflug betrieben wurde. Schon da hätte man sagen müssen: Kein Vertrauen mehr in jemanden, der einen Atomreaktor so betreibt! Abschalten!

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Uns ist völlig unerklärlich, wieso die Beamten, die sich damit beschäftigt haben, das nicht festgestellt haben. Man kann sogar auf diesem Fax feststellen, wann die Messungen stattgefunden haben.

Dann geht die Pannenserie weiter: Am 5. September erfolgte die schriftliche Meldung, am 10. – fünf Tage später – hat man sie dann weitergeleitet, und am 26. September ging die schriftliche Stellungnahme des TÜV mit der groben Fehleinschätzung ein.

Aber auch aus der Stellungnahme des TÜV, Herr Minister, hätte man feststellen können – aus der Zusammenfassung oben –, dass drei der vier Flutbehälter nicht die richtige Borsäurekonzentration hatten. Da müssen doch bei jedem in der Abteilung die Lampen glühen, und da muss man sich sagen: „Da muss ich mal nachfragen, welche Konzentration man überhaupt braucht, und wenn die nicht vorhanden ist, dann ist dieser Reaktor nicht betriebsfähig.“ Nichts gemacht worden!

Hier,

(Der Redner hält ein TÜV-Gutachten hoch.)

alles steht drin. Die EnBW hat im Übrigen nicht falsch informiert. Sie hat den ganzen Sachverhalt mitgeteilt. Er wurde bloß nicht richtig subsumiert in dieser Abteilung – das ist der eigentliche Vorwurf –,

(Abg. Dr. Salomon GRÜNE: So ist es!)

und da kann man nicht am Schluss sagen: „Ich bin nicht informiert worden, weil die Einstufung des Betreibers falsch war.“ So darf man Atomaufsicht nicht betreiben!

Am 28. September, Herr Minister, haben Sie von der hochkritischen Bewertung durch das Bundesumweltministerium erfahren. Selbst dann, wenn Sie sagen: „Ich übernehme doch nicht die politische Verantwortung für meine Leute“, sind Sie doch persönlich dafür verantwortlich, dass vom 28. September bis zum Tag der Stilllegung, bis zum 8. Oktober, keine Entscheidung gefällt wurde. Sie persönlich, nicht Ihre Beamten! Sie hätten doch am 28. September, nachdem Sie das erfahren haben, Ihre Truppe zusammenrufen und feststellen können: Es gibt eine andere Bewertung. Stattdessen haben Sie erst langwierige Gespräche mit den Betreibern angeordnet.

(Drexler)

Wenn ich von der Reaktorsicherheitskommission darüber informiert werde, dass es eine kritische Situation gibt, muss ich in der Position als Umweltminister doch sagen: „Schluss, aus, fertig, innerhalb von zwei Stunden müssen die Betreiber herkommen. Wenn dies nicht genügt, habe ich kein Vertrauen mehr, und der Reaktor wird abgeschaltet.“ Das ist Ihre Aufgabe.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Sie wurden von Herrn Trittin nach Berlin bestellt, und selbst an diesem Tag haben Sie der Presse noch erzählt, Sie verstünden die ganze Aufregung nicht: „Was soll diese Hektik des grünen Umweltministers?“ In Berlin hat die Reaktorsicherheitskommission Sie darüber aufgeklärt, dass Ihre bisherige Sichtweise nicht zutreffend ist. Danach wurde Herr Müller plötzlich zum „Rambo“, schlagartig:

(Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD)

„Der Betreiber ist schuld, jetzt muss er schließen!“ Dann hatte man es „geschnallt“. Sie haben im Grunde genommen 57 Tage lang, seit dem Wiederanfahren des Reaktors, falsch gehandelt, nicht gehandelt und nicht richtig gelesen. Sie haben keinerlei Aktionsfähigkeit bewiesen. Deswegen sagen wir, Herr Minister: Sie sind nicht an der richtigen Stelle.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Schon nach dem Diebstahl des Plutonium-Reagenzgläschens aus der Wiederaufarbeitungsanlage Karlsruhe ist uns aufgefallen, dass Sie vor der Presse gesagt haben, Sie hätten sich nicht vorstellen können, dass im Kernkraftwerk kriminelle Energie vorherrscht und dass so etwas überhaupt stattfinden könnte. Gestern Abend haben Sie im Fernsehen gesagt, Sie könnten sich nicht vorstellen, dass sich der Betreiber so verhalte. Wir müssen doch bei Ihnen keine Aufklärungsarithmetik betreiben, was ein Betreiber alles machen kann!

(Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Was er sich vorstellen kann!)

Die Bevölkerung verlässt sich darauf, dass die Atomaufsicht alles überprüft, unabhängig davon, was Sie sich persönlich vorstellen können; denn in einem Kernkraftwerk ist alles möglich, weil dort Menschen arbeiten.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und den Grünen)

Sie und die CDU haben uns jahrelang erzählt, bei uns sei alles sicher. Die Menschen in Baden-Württemberg sind wohl andere Menschen? Nichts ist hier anders. Genau so, wie Sie sich verhalten haben, haben sich die Atomgegner die Atomaufsicht vorgestellt.

Wann Sie nun informiert wurden, Herr Minister, ist inzwischen durch ein Interview in den heutigen „Stuttgarter Nachrichten“ mit Herrn Keil infrage gestellt worden. Herr Keil, der Abteilungsleiter, wird in der heutigen Ausgabe wie folgt zitiert – auch das ist interessant: am gleichen Tag, an dem das Parlament zu diesem Thema tagt –:

Ich selbst habe nach der Rückkehr von einer Dienstreise in der Nacht vom 1. auf den 2. Oktober die sicher-

heitstechnische Bedeutung des Vorkommnisses erkannt und den Minister am 2. Oktober unterrichtet.

(Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Fünf Wochen danach, das ist Klasse!)

– Ja, aber es kommt noch dicker. Er sagt, er habe am 2. Oktober unterrichtet. Der Minister selbst hat im Ausschuss erklärt – Herr Keil war dabei –, er sei am 28. September informiert worden. Wer sagt da jetzt die Wahrheit, und wer lügt?

(Oh-Rufe von der CDU)

– Ja, natürlich! Und es kommt noch schlimmer.

(Abg. Fleischer CDU: Oje! Scharfrichter! Jetzt hör doch auf mit der Dramatisierung! Bleib bei der Sache!)

– Das hat doch nichts mit „Scharfrichter“ zu tun, sondern es geht um die Sicherheit von Atomkraftwerken. Es geht nicht um eine WC-Anlage.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und den Grünen)

Jetzt kommt es: Herr Keil hat diese Dinge im Ausschuss völlig anders dargestellt als heute in den „Stuttgarter Nachrichten“. Im Ausschuss hat er nämlich gesagt, die Internet-Nachricht stamme vom 28. September, aber soweit er wisse, habe sie keiner seiner Kollegen gelesen; es sei Freitag gewesen. Sie haben das vorher gesagt. Am Montag, dem 1. Oktober, habe der Südwestrundfunk das aufgegriffen, soviel er wisse. Weiter sagte er, er sei daraufhin in Frankfurt angerufen worden, was ihn sehr sensibilisiert habe. Man muss sich das vorstellen, wie die Atomaufsicht stattfindet. Heute hören wir es ganz anders: Herr Keil sei selbst darauf gekommen, aber nicht über die Öffentlichkeit informiert worden.

Wir würden gerne wissen, was los ist. Sie sind selbst im Nachhinein nicht in der Lage, eine einheitliche Darstellung der Vorkommnisse hinzubekommen, Herr Minister. Im Übrigen haben Sie im Anschluss an die Geschehnisse den Sachverhalt noch verniedlicht. Ich will jetzt nicht auf das Schreiben von Herrn Trittin eingehen, aber Sie haben auch dahin gehend verniedlicht, dass Sie noch bis vor kurzem erzählt haben, der Reaktor sei zwei Tage lang im Blindflug betrieben worden.

(Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Zwei Tage?)

Das waren nicht bloß zwei Tage; es waren 14 Tage. 14 Tage lang wurde in Baden-Württemberg ein Reaktor betrieben, der nicht sicher war.

Nun ist noch etwas herausgekommen: Bei der Befüllung wurde nicht die richtige Wasserhöhe eingehalten, und das schon seit 16 Jahren. Schon seit 16 Jahren hätte der Reaktor nicht angefahren werden dürfen!

Man kann jetzt nicht sagen, dass man das jeweils – –

(Lebhafte Zurufe von der CDU)

– Entschuldigung, er ist nicht mehr Minister. Was soll denn das?

(Drexler)

(Abg. Herrmann CDU: Zum Glück! Das ist ein Glück für das Land!)

Jetzt kommen Sie! Sehen Sie, das ist genau das, was die Bevölkerung braucht: selbstgerechte Abgeordnete, die keine Ahnung haben und von der Atomaufsicht nichts verstehen.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Demonstrativer Beifall bei der CDU)

Da klatscht sogar der Herr Ministerpräsident.

(Abg. Seimetz CDU: In den Spiegel schauen! – Abg. Fleischer CDU: Scharfmacher brauchen wir auch nicht!)

Diesen eklatanten Vorfall, meine sehr verehrten Damen und Herren, hätte sich niemand vorstellen können. Nachdem heute Morgen der Herr Fraktionsvorsitzende der CDU laufend

(Abg. Seimetz CDU: Einmal, nicht laufend!)

aus einem Zeitungsartikel vorgelesen hat

(Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Wie heißt der?)

– Herr Oettinger hat vorgelesen,

(Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Wer ist das?)

was die Zeitung dazu geschrieben hat –, kann ich Ihnen sagen, was Sie heute in der Zeitung lesen können: „Rücktritt“, „kein Vertrauen mehr“, „katastrophale Aufsicht“, „niemand hat die Sache in der Hand“. Das sind heute die Überschriften. Es wäre schön gewesen, der Umweltminister wäre aufgrund dieser Pannenserie selbst zurückgetreten. Es wäre schön gewesen, der Ministerpräsident hätte seine Aufgabe wahrgenommen und hätte ihn entlassen. Nachdem das nicht geschehen ist, beantragen wir heute,

(Abg. Fleischer CDU: Der dramatisiert!)

den Minister für Umwelt und Verkehr wegen einer katastrophalen Ausübung der Aufsicht über die Atomkraftwerke im Land zu entlassen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

**Stellv. Präsident Birzele:** Das Wort erhält Herr Abg. Oettinger.

**Abg. Oettinger** CDU: Herr Präsident, meine verehrten Damen, meine Herren! Die ernsthaften und weit reichenden Vorgänge in den beiden Blöcken des Kernkraftwerks Philippsburg zwingen zum Handeln und stimmen uns nachdenklich.

(Abg. Teßmer SPD: Immerhin!)

Sie werden die CDU-Fraktion bei der Aufarbeitung dieser Angelegenheit in größtmöglicher Objektivität und Unvoreingenommenheit erleben. Ich bemühe mich, heute schon einen ersten Beitrag dazu zu leisten. Denn, Kollege Drex-

ler, etwas viel Panikmache kam in Ihrer Rede gerade eben schon vor.

(Beifall bei der CDU – Abg. Fleischer CDU: So ist es! – Abg. Drexler SPD: Was?)

17 Jahre – die Zahl stimmt. Dass in den 17 Jahren der Gutachter, der Prüfer, der TÜV, die Aufsicht nicht früher die mangelnde Einhaltung von Vorschriften bemerkt haben, ist ein Vorgang, den wir aufarbeiten werden und wo es Vorwürfe zu machen gibt.

(Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Die gibt es schon lange!)

Aber in den 17 Jahren hatte der jetzige Umweltminister eine deutlich geringere Amtszeit als der von mir persönlich geschätzte Harald B. Schäfer, der in der großen Koalition für Sie in der Aufsicht und in der Regierungsverantwortung gewesen ist.

(Beifall bei der CDU – Abg. Fleischer CDU: So ist es! – Abg. Drexler SPD: Na und? – Abg. Schmiedel SPD: Schäfer ist doch zurückgetreten! – Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

Wer sich so billig wie Sie hier zu profilieren versucht, der muss sich fragen, ob er einen gerechten Maßstab anlegt. Ich glaube, Ihr Maßstab ist Ideologie und von vornherein ungerecht.

(Beifall bei der CDU – Lachen und Widerspruch bei der SPD)

Deswegen hat Ihre Rede für mich hier keinerlei faire Begründung Ihres Antrags gebracht.

(Zurufe von der SPD)

Wir müssen zunächst sehen, dass nach dem deutschen Atomrecht in Baden-Württemberg wie in anderen Ländern mit Kernkraftwerken in Betrieb eine im Atomrecht angelegte Funktionsteilung vorgesehen ist, die bis heute überall gilt und die vom Prinzip der Eigenverantwortung eines zuverlässigen und sachkundigen Betreibers ausgeht. Das heißt, der Staat setzt sich erstens nicht an die Stelle des Betreibers im sicheren Betrieb, sondern er kontrolliert bei der Betriebsaufnahme die Zuverlässigkeit und Sachkunde, und dann ist die Eigenverantwortung zuallererst gefragt.

Zweitens: Er bedient sich sachkundiger Prüfer und Gutachter. Der TÜV in ganz Deutschland – der TÜV Südwest, der TÜV Rheinland, andere TÜVs – ist federführend für die Prüfung von Industrieanlagen in Deutschland, seit vielen Jahren Partner von Wirtschaft und Politik. Wenn es hier Missstände gibt, gehen wir denen nach. Aber es war auch hier und bleibt für mich der Tatbestand, dass ein Grundvertrauen in die Arbeitsteilung aufgrund des Atomrechts besteht und Sie deswegen hier dem Staat und der Ministerialverwaltung Dinge zuordnen, die kraft der bewährten Praxis des Atomrechts zunächst nicht deren Sache sind.

(Beifall bei der CDU)

Dann bleibt, dass die Aufsicht entlang den Mitteilungen und dem, was man anfordert, in der Tat im Ministerium

(Oettinger)

sitzt. Auf das Stichwort „Ministerium“ komme ich nachher zurück. Die Kernaufsicht ist Angelegenheit des Ministeriums in Stuttgart und des Ministeriums in Berlin, nicht nur des Ministeriums in Stuttgart.

(Abg. Drexler SPD: Aber in dieser Reihenfolge! – Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Aber die in Berlin haben reagiert!)

– Kollege Salomon, ganz cool bleiben. Ich komme nachher darauf zurück.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Bleiben Sie cool!)

Noch einmal: Verursachung und Verantwortung liegen beim Betreiber, den ich nicht zu verurteilen habe, aber dem ich die beiden Angelegenheiten zuordne, die nicht vom Staat übernommen werden können. Verursachung und Verantwortung hat der Betreiber selbst.

Weiter: Aufklärung und Beseitigung sind Angelegenheit der Aufsicht. Deswegen messen wir das Ministerium zualtererst entlang der Frage: Was wurde ab welchem Kenntnisstand an Aufklärung, Aufarbeitung und Folgerung in der Aufsicht getan?

(Beifall bei der CDU – Abg. Döpfer CDU: So ist es! – Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Mein Gott!)

In diesem Zusammenhang ist bei allem sinnvollen und notwendigen Streit – dass Sie das Recht haben, hier einen Antrag zu stellen und zu streiten, bestreite ich nicht – trotzdem die notwendige Wahrheitsliebe gefragt.

(Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Sehr richtig!)

Wenn der Kollege Witzel aus einer nichtöffentlichen Sitzung des Umweltausschusses – –

(Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Jetzt blasen Sie sich doch nicht so auf!)

– Kollege Salomon, ich blase mich auf, wie mir es passt, und Sie hören bitte zu.

(Beifall bei der CDU – Heiterkeit – Abg. Teßmer SPD: Blasen Sie weiter!)

Wenn der Kollege Witzel einmal eine formale Regel unseres Parlaments verletzt, nämlich im Grunde genommen, statt im Ausschuss zu arbeiten, draußen vor der Presse schwätzt und Nichtöffentliches ausplaudert – wenn es wenigstens wahrheitsgemäß gewesen wäre, wäre es in Ordnung –, dann noch die Wahrheitsliebe verletzt und behauptet, was widerlegt werden konnte, der Minister habe im Ausschuss eingeräumt, er persönlich habe schon am 28. August den notwendigen Kenntnisstand erhalten, ist das entweder dumm oder gelogen. Kollege Witzel, Sie haben mit diesem Vorgang die objektive Gutachterrolle im Grunde genommen missbraucht und haben für mich hier keinerlei Autorität und kollegiales Ansehen mehr.

(Beifall bei der CDU – Abg. Dr. Witzel GRÜNE meldet sich zu einer Zwischenfrage. – Glocke des Präsidenten)

**Stellv. Präsident Birzele:** Herr Abg. Oettinger, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

**Abg. Oettinger** CDU: Im Augenblick nein.

(Zuruf von der CDU: Er kann sich doch nachher zu Wort melden! – Weitere Zurufe)

Wir haben es mit einem Sachverhalt zu tun, bei dem der Zeitplan und die Informationsfolge vom Minister zweifelsfrei und umfassend aufgearbeitet und dargelegt worden sind. Deswegen will ich ausdrücklich sagen: Dieser Minister hat unser Vertrauen, weil er Informationen nicht buntkurt, sondern das Parlament und die Öffentlichkeit offen, glaubwürdig und umfassend informiert,

(Abg. Drexler SPD: Das ist falsch!)

was er wann wusste und was wann daraus geschehen ist.

(Beifall bei der CDU)

Dann rückt die Frage, was im September/Oktober wann gemacht oder später oder nicht gemacht wurde – 10. bis 28. September und dann 4. Oktober –, in den Mittelpunkt. Da wird man im Rückblick – prüfe ein jeder, ob er nicht auch im Nachhinein klüger ist –

(Abg. Teßmer SPD: Fangen Sie einmal bei sich an! – Abg. Seimetz CDU: Bei Herrn Teßmer kann man das nicht erwarten!)

feststellen – zumindest glaube ich das –, dass dies eine ganz objektive und faire Betrachtung sein mag. Man wird im Nachhinein immer bewerten können, dass vielleicht ein Vorgehen gegenüber Philippsburg mit noch mehr Biss, noch früher, noch kritischer angezeigt gewesen wäre.

(Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Überhaupt!)

Aber ich glaube, dass der Minister mit Maß und Entschiedenheit in der Aufarbeitung in Wahrung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit gegenüber dem Betreiber vorgegangen ist und Konsequenzen gezogen hat.

(Beifall bei der CDU)

Nur, in beiden Ministerien, in Stuttgart und in Berlin, war ab dem 10. September ein Kenntnisstand da, und in den 18 Tagen hat der Bundesminister gleich viel oder gleich wenig gemacht wie der Landesminister. Er wurde erst nach 18 Tagen durch seinen Gutachter – insoweit ist das ein Unterschied zum Gutachter des Landes –

(Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Weil der erst tätig wird, wenn er etwas weiß!)

auf das Vorgehen hingewiesen und dann in Trab gesetzt. Deswegen ist meine Bitte: Derjenige, der in Berlin durch Parteifreunde mitregiert, muss prüfen, ob es wirklich die gravierenden Unterschiede zwischen dem Handeln des Bundes- und des Landesministeriums gibt. Ich behaupte: nein.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Lebhaftes Zurufe von der SPD – Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Was ist denn das für eine Verschwörungstheorie? – Gegenruf des Abg. Fleischer CDU)

(Oettinger)

Deswegen halte ich die hier erkennbare Linie für ziemlich pharisäerhaft.

(Abg. Teßmer SPD: Das sagt der Richtige!)

Es liegt ein Ergänzungsantrag der Fraktion GRÜNE vor, der begehrt, dass jedes Kernkraftwerk, das in Baden-Württemberg in Miteigentum des Betreibers Energie Baden-Württemberg Strom produziert, sofort abzuschalten sei.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Richtig! Sehr gut!)

Den Antrag nehmen wir ernst. Wir haben ihn geprüft.

(Lachen bei den Grünen)

Wir glauben, dass die Wiederinbetriebnahme des Blocks in Philippsburg nicht Sache der Energie Baden-Württemberg sein darf. Deswegen ist ihre Ankündigung, im November gehe es dort los, meines Erachtens grundfalsch. Über die Wiederinbetriebnahme entscheidet nach Herstellung des vollen Vertrauens in Sachkunde und Zuverlässigkeit

(Abg. Teßmer SPD: Das dauert aber lange!)

das Ministerium, die Aufsicht, und niemand sonst.

(Beifall bei der CDU – Abg. Fleischer CDU: Sehr richtig! – Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Jetzt plötzlich! Haben Sie den Antrag gelesen? – Abg. Drexler SPD: Entweder man hat Vertrauen, oder man hat kein Vertrauen!)

Aber umgekehrt halten wir eine Stilllegung aller atomtechnischen Anlagen im Eigentum und Miteigentum der Energie Baden-Württemberg für unverhältnismäßig, für willkürlich und für nicht angebracht.

(Beifall bei der CDU – Abg. Drexler SPD: Haben Sie noch Vertrauen?)

Entlang der umfassend vorgelegten Antworten der Landesregierung zu allen parlamentarischen Initiativen – von der Fraktion der SPD, der Fraktion GRÜNE, der Fraktion der CDU – und entlang der uns in der Fraktion dargelegten umfassenden Information durch den Minister selbst, die er Ihnen nachher in seiner Rede vortragen wird, sowie entlang dessen, was in den letzten Wochen und Tagen von ihm geleistet und an Information gegeben und an Konsequenzen gezogen worden ist,

(Abg. Teßmer SPD: Was er sich geleistet hat!)

sage ich für meine Fraktion: Ulrich Müller mit seiner Sachkunde, seiner Unabhängigkeit, seiner tatkräftigen Handlungsfähigkeit und seiner Glaubwürdigkeit

(Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Ist das ein Nachruf? – Heiterkeit bei den Grünen und der SPD)

ist für uns in diesem Amt notwendiger denn je. Ein Rücktritt, eine Entlassung wäre völlig unangebracht und falsch. Dies lehnen wir ab. Wir haben Vertrauen in das Ministerium und die Aufsicht, die sich in diesen Wochen in besonderer Weise bewähren wird.

(Anhaltender Beifall bei der CDU – Abg. Drexler SPD: Was muss denn da noch alles passieren? Keinerlei Reaktion bisher! – Abg. Dr. Salomon GRÜNE begibt sich ans Rednerpult.)

**Stellv. Präsident Birzele:** Ich warte, Herr Kollege Salomon, immer ab, bis die Fraktionen ihren Beifall ausreichend spenden konnten. – Sie erhalten das Wort, Herr Abg. Dr. Salomon.

(Abg. Oettinger CDU: Er konnte es nicht erwarten!)

**Abg. Dr. Salomon GRÜNE:** Herr Präsident, ich hatte nur Zweifel, weil ich mich vielleicht zu wenig in der Geschäftsordnung auskenne. Ich dachte, der Kollege Pfister käme vor mir dran.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Sie sind Antragsteller!)

**Stellv. Präsident Birzele:** Das geht in der Reihenfolge der Antragsteller.

**Abg. Dr. Salomon GRÜNE:** Ach so, gut. Dann habe ich es verstanden.

(Abg. Alfred Haas CDU: Nicht aufblasen! Er kennt die Geschäftsordnung nicht, der Kollege Salomon! – Abg. Oettinger CDU: Er kennt seine Anträge nicht!)

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Lieber Herr Oettinger, Sie haben hier zu allem Möglichen gesprochen, aber nichts zur Sache gesagt.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Drexler SPD: So ist es!)

Das war eine Verteidigung eines Ministers, die mich in Passagen an Solidaritätsbekundungen von Herrn Mayer-Vorfelder erinnert hat, bevor er drei Tage später den Trainer abgeschossen hat.

(Heiterkeit bei den Grünen)

Ihre Ausführungen erinnern eher an einen Nachruf, als dass Sie sich wirklich in der Sache kundig gemacht hätten und einmal geklärt hätten, was die Atomaufsicht in diesem Lande tut und was sie nicht tut.

(Abg. Fleischer CDU: Sie bestimmen Ihr Niveau!)

Man könnte heute eine Presseschau machen – Kollege Drexler hat es gesagt – und müsste sich dann einmal damit beschäftigen, wie es eigentlich um das Verhältnis zwischen Betreibern, Gutachtern und der Atomaufsicht in Baden-Württemberg bestellt ist. Wenn man da einmal einen Blick hinter die Kulissen wirft, dann kommt einem das Grausen.

(Abg. Alfred Haas CDU: Wann waren Sie hinter den Kulissen, und wo? – Zuruf von der SPD)

Zweieinhalb Wochen ist dieser Reaktor im Blindflug betrieben worden, wie der Minister sagt. Das Problem ist nur, dass Sie, Herr Minister, heute noch im Blindflug fliegen und aus den Geschichten, die im August passiert sind, nichts gelernt haben.

(Dr. Salomon)

Es kann doch nicht sein, dass man jetzt alle Schuld auf die EnBW schiebt. Die EnBW hat zwei Wochen lang nicht reagiert. Dann hat sie den Störfall aber an das Ministerium gemeldet, und was macht Ihre Atomaufsicht, Ihre von Dr. Keil geleitete Abteilung? Sie liest das Meldeformular, auf dem offensichtlich nicht genau stand, worum es ging, hat es aber nicht nötig, den Störungsbericht, der im Anhang beigefügt war und aus dem klar hervorging, was eigentlich passiert ist, zu lesen. Als die EnBW dann noch in einem Telefonat ein Gespräch anbietet, sagt man: Nicht nötig, wir haben ja das Meldeformular gelesen. Das nennt sich Atomaufsicht. Das ist ja nicht zu fassen, ehrlich gesagt.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Dann passiert Folgendes: Herr Trittin zitiert Sie nach Berlin. Sie – das konnte man in der Presse nachlesen – sagen gegenüber dem Staatsministerium so ungefähr: Jetzt gehe ich halt einmal nach Berlin und sage dem Trittin, wo der Barthel den Most holt. Sie haben überhaupt nicht kapiert, was da vorgefallen ist. Wie sollten Sie denn auch? Sie wurden ja nicht richtig informiert. Was ist denn ein Minister wert, der von seinem Haus nicht informiert wird, was Sache ist? Das ist eigentlich ein armer Minister. Aber es wäre dann die Aufgabe des Ministers, in seinem Haus einmal vernünftig aufzuräumen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Zuruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

Wer hat Ihnen denn dann Bescheid gestoßen, was dort passiert ist? Das war genau der Minister mit der Reaktorsicherheitskommission, bei deren Neubesetzung vor zwei Jahren Sie gesagt haben, das sei eine rein ideologische Maßnahme; die besten Experten, die es gebe, würden abgesetzt, und stattdessen würden irgendwelche fragwürdigen Kernkraftkritiker in die Reaktorsicherheitskommission gesetzt.

Deshalb haben Sie eine eigene süddeutsche Reaktorsicherheitskommission gebildet. Von dieser süddeutschen Reaktorsicherheitskommission habe ich aber in den letzten Wochen überhaupt nichts gehört. Sie ist weder telefonisch noch sonst irgendwie zu erreichen. Man fragt sich, womit sich dieses Gremium überhaupt beschäftigt. Man weiß nur, dass es 1 Million DM Haushaltsmittel verschlingt, wie ich gelesen habe.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Drexler SPD: Untergetaucht!)

Ohne die Trittin'sche Reaktorsicherheitskommission wüssten wir heute noch nicht, wie es in baden-württembergischen Kernkraftwerken zugeht.

Jetzt kommt das, was Kollege Drexler mit „Rambo“ bezeichnet hat. Ich würde eher sagen, Sie werfen sich in die Rolle von Roland Vogt und spielen hier den brutalstmöglichen Aufklärer

(Zurufe von der SPD: Koch! – Heiterkeit)

– Roland Vogt gibt es auch, das ist ein Grüner; den kennt ihr nicht, aber ich –, von Roland Koch natürlich, und spielen hier den brutalstmöglichen Aufklärer.

(Zurufe von der SPD – Gegenrufe von der CDU)

Da kann ich nur sagen: Das ist nicht besonders glaubwürdig, weil Sie nämlich überhaupt nichts aufklären. Sie schieben die Schuld von sich weg auf die EnBW. Sie schieben die Schuld von sich weg auf den TÜV. Jetzt kann man nur sagen: Herr Goll von der EnBW, der ja auch einmal Mitglied dieser Regierung war, heute aber Geschäftsmann ist, hat eines kapiert, was Sie offensichtlich nicht kapiert haben, dass man nämlich, wenn man Kernkraftwerke betreibt und die Bevölkerung den Eindruck hat, dass diese nicht sicher seien, nicht nur einen Imageschaden hat, sondern dass sich das natürlich auch schnell finanziell bemerkbar macht. Er hat sich an die Spitze der Aufklärer gesetzt und seinem Betriebsrat und allen, die es nicht wahrhaben wollten, gesagt: Leute, so geht es nicht, wir müssen eine neue Sicherheitsphilosophie einführen.

(Zurufe von der SPD)

Die Frage ist, warum der TÜV nichts mitbekommen hat. Darauf kann man ja einmal eingehen.

Es gibt zwei Fragen, die in diesem ganzen Komplex einfach wichtig sind. Erstens: Gibt es noch Vertrauen in die Zuverlässigkeit des Betreibers? Zweitens: Gibt es in diesem Land noch eine Atomaufsicht? Ich denke, beides ist nicht gegeben. Beides ist überhaupt nicht gegeben.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Denn wenn Herr Goll personell aufräumt und bis hin zu seinem Stellvertreter Köpfe rollen, wenn mittlerweile sogar beim TÜV Köpfe rollen, aber Sie über Jobrotation im Ministerium reden, frage ich mich doch, wer in diesem Ministerium eigentlich noch der Herr im Haus ist. In welchem Ministerium gibt es das, dass ein Abteilungsleiter, so wie heute geschehen, in der Zeitung Interviews gibt? Haben wir eigentlich noch einen Minister, der zuständig und verantwortlich ist, oder wird das Haus aus der Abteilung heraus geleitet?

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Zum Thema TÜV will ich nur eines sagen. Viele glauben ja, die Abkürzung würde „Technischer Überwachungsverein“ bedeuten. Ich glaube eher, dass die Abkürzung „Technischer Übernachtungsverein“ bedeutet.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der Grünen)

Wir reden hier von innerer Sicherheit, und Minister Dr. Schäuble sucht die Schläfer. Aber die Schläfer sitzen in der Atomabteilung des Ministeriums, bei der EnBW und beim TÜV.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Zuruf des Abg. Seimetz CDU)

Gestern kam heraus – aber nicht durch die Atomaufsicht, sondern durch die Aufklärung von Herrn Goll –, dass beim Wiederanfahren des Reaktors in Philippsburg nach einer Revision seit 16 Jahren regelmäßig etwas passiert ist: Die Flutbehälter des Notkühlsystems sind nur zu 80 % aufgefüllt worden. Das ist wie die fehlende Borsäure ein Störfall der Kategorie 2 der internationalen Bewertungsskala INES.

(Dr. Salomon)

Dies wird seit 17 Jahren praktiziert. Da kann man sich nur fragen, ob man noch an die Zuverlässigkeit des Betreibers glauben kann. Das kann nicht sein. Unserem Änderungsantrag, bei dem es um die Sicherheit der Bevölkerung in Baden-Württemberg geht, müssen Sie zustimmen. Denn die EnBW befindet sich gegenwärtig nicht in einem Zustand, in dem sie die Sicherheit in baden-württembergischen Atomkraftwerken zuverlässig gewährleisten kann. Bis dieser Zustand hergestellt ist, müssen die Kernkraftwerke stillgelegt werden. Was denn sonst?

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Zuruf des Abg. Alfred Haas CDU)

Noch einmal zu dem Dreieck, zu dem die „Stuttgarter Nachrichten“ heute das schöne Beispiel mit den drei Affen bringen, die nichts hören, nichts sehen und nichts sagen.

(Zuruf des Abg. Alfred Haas CDU)

Warum sieht das Dreieck zwischen Betreiber, Gutachtern und Atomaufsicht so aus, dass die „Stuttgarter Nachrichten“ sinngemäß schreiben können: „Die Betreiber haben nichts gesehen, die Gutachter haben nichts gesagt, und die Atomaufsicht hat nichts hören wollen“? Warum ist das eigentlich so? Ich kann es Ihnen sagen: Es ist nämlich seit Jahren bekannt – zumindest seit fünfeinhalb Jahren, seit dem Ende des Obrigheim-Untersuchungsausschusses –, dass die Abteilung „Reaktorsicherheit, Umweltradioaktivität“ im Umweltministerium ein Eigenleben führt, das vom Minister überhaupt nicht kontrolliert wird.

Ich will Ihnen einmal sagen, was in dem abweichenden Bericht des Abg. Kuhn zur Beschlussempfehlung des Untersuchungsausschusses zum Kernkraftwerk Obrigheim steht, unter anderem über den jetzigen Abteilungsleiter im Ministerium, Herrn Keil. Da steht:

Aus den im Untersuchungsausschuss KWO bekannt gewordenen Akten ergibt sich, dass es zwischen der Aufsichts- und Genehmigungsbehörde und dem TÜV Südwest zu ungewöhnlichen Formen der „Zusammenarbeit“ gekommen ist.

Weiter heißt es:

Das ist

– unseres Erachtens –

ein unzulässiger Eingriff in die Tätigkeit von unabhängigen Sachverständigen nach § 20 des Atomgesetzes.

Herr Keil hat damals nämlich dem TÜV Südwest gesagt, er solle sein Gutachten mit dem Umwelt- und dem Wirtschaftsministerium abstimmen. Wo gibt es denn so etwas? Das ist der erste Punkt.

Weiter heißt es:

Die Betreiber schreckten auch nicht davor zurück, auf Personalentscheidungen in der Aufsichtsbehörde massiven Einfluss zu nehmen.

Also, wo bleibt die vom Betreiber unabhängige Aufsicht?

So verhinderte der jetzige EVS-Vorstandsvorsitzende Wilfried Steuer

– im Frühjahr 1996; Herr Steuer ist ein ehemaliger CDU-Landtagsabgeordneter und Landrat und war damals EVS-Vorstandsvorsitzender –

– wie er selbst zugab – erfolgreich die Besetzung der für die Atomaufsicht im Land zuständigen Abteilungsleiterstelle im Umweltministerium mit dem vom zuständigen Minister vorgeschlagenen Beamten.

Das hat Herr Steuer verhindert. Als Betreiber hat er das verhindert.

Schäfer, der damalige – –

(Glocke des Präsidenten)

**Stellv. Präsident Birzele:** Herr Abg. Dr. Salomon, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Hauk?

**Abg. Dr. Salomon GRÜNE:** Nein, weil meine Redezeit gleich abgelaufen ist –

(Oh-Rufe von der CDU – Zurufe von der SPD)

es sei denn, Sie würden mir das nicht auf meine Redezeit anrechnen. – Nein, ich muss das zu Ende ausführen.

Dieses Vorgehen stieß beim damaligen Umweltminister Schäfer auf Kritik. Er hat damals sogar gesagt – das muss man sich einmal anhören –, es könnte manchmal der Eindruck entstehen, die Abteilung 5 – das war damals noch die Abteilung 5 des Umweltministeriums – sei eine Dependence des TÜV und umgekehrt. Das heißt, das Dreieck zwischen Betreiber, Gutachtern und Aufsichtsbehörde funktioniert deshalb nicht, weil es da Personalverwicklungen ohne Ende gibt.

Der Fisch in der Abteilung stinkt vom Kopf her. Der Kopf heißt Keil. Herr Keil ist nicht unabhängig. Herr Keil ist verwickelt mit dem TÜV, ist verwickelt mit den Betreibern.

Deshalb: Wenn der zuständige Minister nicht merkt, dass diese ganze Abteilung ausgemistet werden muss, dann ist er als Minister untragbar. Das sind Zustände, die einfach nicht bestehen bleiben können.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Wir stellen fest: Das Problem der Atomaufsicht in Baden-Württemberg ist nicht, dass sie nicht funktioniert,

(Abg. Drexler SPD: Die gibt es nicht!)

sondern das Problem ist, dass sie nicht existiert. Das ist noch viel gravierender.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Deshalb müsste normalerweise ein Rücktritt folgen. Aber ich weiß, wie dieses Spiel parlamentarisch ausgehen wird.

(Abg. Fleischer CDU: Ich auch!)

Ich sage nur eines: Was nützte ein Rücktritt, wenn ich mir diese geniale Truppe hier anschau? Wer würde dann Nachfolger?



(Dr. Salomon)

(Große Heiterkeit und Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Fleischer CDU: Wen hätten Sie denn gerne?)

Wahrscheinlich der Kollege Haas, weil er eh schon beim TÜV schafft.

(Unruhe)

Oder der Kollege Birk, weil er bei der EnBW schafft. Das wäre ideal. Die beiden als Nachfolger, ohne dass die Abteilung ausgemistet wird, dazu kann ich nur sagen: Da friert es einen.

(Abg. Fleischer CDU: Bleiben wir lieber bei Müller!)

Ich weiß, wie das Spiel ausgeht, Herr Minister; Sie sind überfällig.

(Abg. Döpfer CDU: Sie auch!)

Ich will aber auch noch sagen: Es wird die nächsten Wochen weitergehen. Wir werden das ganze Thema weiter untersuchen müssen. Wir werden an dem Thema dranbleiben müssen, obwohl der Rücktritt natürlich abgelehnt werden wird.

(Zurufe von der CDU: So ist es! – Abg. Drexler SPD: Das ist das Schlimme!)

Ich will dazu noch einen Satz sagen, etwas sibyllinisch:

(Abg. Drexler SPD: Keine Ahnung! – Gegenruf von der CDU – Unruhe)

Inkontinenz ist scheinbar nicht nur ein Problem in der Gesundheitspolitik. Die alten Griechen hatten ein Wort dafür, was man tun kann, nämlich das Wort Kairos – die richtige Sache zur richtigen Zeit tun.

Danke schön.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Zuruf des Abg. Fleischer CDU – Abg. Seimetz CDU: Das war im Niveau noch schlechter als Drexler!)

**Stellv. Präsident Birzele:** Das Wort erhält Frau Abg. Berroth.

**Abg. Heiderose Berroth** FDP/DVP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich habe bereits einen Fehler gemacht, denn ich habe keine Zeitung zum Vorlesen dabei. Aber vielleicht schaffe ich es auch durch eigenes Denken.

Aber zur Sache: Kernkraft ist eine sensibel zu handhabende Technik. Wir wissen alle, die Wahrscheinlichkeit, dass etwas passiert, ist äußerst gering, aber wenn etwas passiert, ist das Risiko enorm. Deshalb ist gerade bei dieser Technik eine äußerst penible Kontrolle wichtig. Man kann nicht darauf vertrauen, dass bisher ja alles gut ging. Gerade wer der Kernkraft positiv gegenübersteht, ist von dem laxen Umgang mit den Sicherheitsvorschriften besonders betroffen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der SPD)

Offenbar hat sich eine unselige Gemengelage dadurch ergeben, dass eine jahrzehntelange und – das nächste Wort sage ich sehr bewusst in Anführungszeichen – „vertrauensvolle“ Zusammenarbeit bestand. Nun muss natürlich jemand, der einen Gutachter beauftragt, grundsätzlich Vertrauen haben, denn sonst bräuchte er ihn gar nicht zu beauftragen. Aber das Problem ist die lange Dauer der Zusammenarbeit. Das führt ex definitione zu Betriebsblindheit, und es hat sich auch ein unterentwickeltes Problembewusstsein gezeigt. Die Fremdkontrolle ist zur Eigenkontrolle mutiert. Und dass 17 Jahre lang bewusst gegen das Betriebshandbuch verstoßen wurde, ist unerhört.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Richtig!)

Das muss Konsequenzen haben.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Drexler SPD: Welche?)

Aber es wurde schon angeführt: In fünf von den 17 Jahren war das Ministerium SPD-geführt.

(Abg. Drexler SPD: Und? Er ist doch nicht mehr da! – Zurufe der Abg. Fischer SPD und Pfister FDP/DVP)

– Aber er hat fünf Jahre lang nichts gemerkt, Herr Drexler, ganz einfach. Er hätte fünf Jahre lang die Chance gehabt, da etwas zu ändern.

(Lebhafte Unruhe – Glocke des Präsidenten)

**Stellv. Präsident Birzele:** Meine Damen und Herren, ich bitte, die Querdiskussionen einzustellen, damit die Rednerin verstanden werden kann.

(Abg. Bebbler SPD: Fleischer soll ruhig sein!)

Bitte schön, Frau Abg. Berroth.

**Abg. Heiderose Berroth** FDP/DVP: Der TÜV berief sich nun gestern gar darauf, er habe keinen Auftrag zur Untersuchung eines bestimmten Punkts gehabt. Das ist ein starkes Stück. Wenn ich technische Überwachung mache, muss ich gucken, dass alles in Ordnung ist und insbesondere die Vorgaben des Betriebshandbuchs eingehalten werden.

Nun wurde schon von den Vorrednern erwähnt, dass man sich um ein Datum streitet. Dazu muss ich Ihnen sagen: Das ist für mich ein absoluter Nebenschauplatz – auch ob ein Fax vorliegt oder noch gezeigt werden kann

(Abg. Fischer SPD: Nein, nein! – Weitere Zurufe von der SPD)

oder von welchem Ort aus telefoniert wurde. Wichtig ist mir, dass rückhaltlos aufgeklärt wird, und wichtig ist vor allem, dass wir uns darum kümmern, dass in Zukunft alles in Ordnung geht.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Drexler SPD: Wie machen Sie das?)

Aber ich muss dazusagen, Herr Dr. Witzel: Ich war schon sehr verwundert, als ich diese Pressemeldung gelesen habe;

(Heiderose Berroth)

denn das, was Sie erzählt haben, habe ich im Ausschuss nicht gehört.

(Abg. Drexler SPD: Aha! Geschlafen?)

Mitnichten ist das gefallen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU)

Man muss auch deutlich betonen: Wenn jetzt Trittin rügt, dass eine falsche Formulierung an die Öffentlichkeit gelangt sei, dann ist das Ihnen zu verdanken. Nur durch Ihr Insistieren und nachhaltiges Drängen hat der Minister zugelassen, dass Sie damit an die Öffentlichkeit gehen können,

(Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Was ist das für ein Argument?)

obwohl er mehrfach betont hat, dass es sich um ein vorläufiges Papier handelt und dass es mit dem Bundesministerium für Umwelt nicht abgestimmt ist. Dann hätte ich gerade von Ihnen erwartet, dass Sie verantwortungsvoll damit umgehen.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Sie haben aber eiskalt die Unwahrheit verbreitet, nach dem schönen Motto: Irgendetwas bleibt da schon hängen. Ich denke, wir müssen uns damit im Ausschuss noch befassen.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Abg. Schmiedel SPD: Trittin hat aber Müller gerügt, nicht Witzel!)

Aber nun zu dem, was hier wichtig ist: Es geht nicht um die kleinliche Streiterei über Daten, sondern Sie haben den Antrag gestellt, alle Kraftwerke abzuschalten. Ich denke, es kann nicht darum gehen, einen Wettbewerb zu veranstalten, wer schneller abschaltet.

(Abg. Drexler SPD: Es geht um das Vertrauen! – Abg. Theresia Bauer GRÜNE: Die Zuverlässigkeit des Betreibers!)

Wir werden deshalb den Antrag der Grünen ablehnen. Wir müssen schließlich auch bedenken, welche Folgen das Abschalten für die Wirtschaft unseres Landes hätte. Wir müssen ebenso bedenken, wie groß das Risiko ist, dass entsprechende Schadenersatzforderungen auf das Land zukommen. Auch Sie wollen sicher nicht verantworten, dass wir den Strom aus weit, weit unsichereren osteuropäischen Kraftwerken beziehen. Das wäre nämlich die Folge, wenn wir unsere Kraftwerke abschalten würden.

(Abg. Drexler SPD: Unsere sind doch auch nicht sicher! – Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Ich habe gar nicht mehr den Eindruck, dass die so viel unsicherer sind!)

– Herr Kollege Salomon, lange vor einem Herrn Goll hat sich Herr Minister Müller an die Spitze der Bewegung gesetzt und schnell und konsequent reagiert.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Abg. Drexler SPD: Was? Wer?)

Er hat – das ist außerordentlich zu schätzen – sehr offensiv die Öffentlichkeit informiert.

(Abg. Drexler SPD: Effektiv? Nachdem er bei Trittin war! – Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Am 6. Oktober!)

Er hat sofort Maßnahmen ergriffen. Herr Trittin hat die gleiche Maßnahme gerade einmal eine halbe Stunde vorher vorgeschlagen. Warum hat er denn nicht früher reagiert?

(Abg. Drexler SPD: Was? Schauen Sie sich die Daten an! – Abg. Hauk CDU: Die Daten liegen doch seit 10. September vor! Umfänglich!)

Die umgehende Beauftragung eines unabhängigen Expertenteams, das die Strukturen und Abläufe im Ministerium untersucht, verdient Respekt. Dieser Mut zur Selbstkritik wäre etlichen anderen als Vorbild durchaus angemessen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Von TÜV und EnBW müssen wir notwendige Konsequenzen dringend einfordern, aber ich sehe im Moment keinen Grund, den Herrn Minister zu entlassen.

(Abg. Schmiedel SPD: Im Moment!)

Wir haben zum Thema fünf Forderungen: Zum Ersten fordert die FDP/DVP die rückhaltlose Aufklärung, und zwar bei allen Kernkraftwerken in Baden-Württemberg.

(Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Rückstandslos!)

Dann werden wir zweitens, wenn notwendig, auch personelle Konsequenzen ziehen müssen, egal, auf welcher Hierarchieebene sie dann angesagt sind.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Zugesagt!)

Drittens – das ist der wichtigste Punkt –: Künftige Strukturen und Abläufe müssen sicher gestaltet sein. Hierzu zwei Vorschläge: Insbesondere das Überwachungspersonal muss spätestens alle fünf Jahre ausgewechselt sein,

(Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Weil sie abgebrannt sind!)

um künftig Betriebsblindheit zu vermeiden. Wir sollten zweitens dafür sorgen, dass bei der technischen Überwachung aus Monopol Wettbewerb wird. Das ist vor Jahren, wenn auch unter schweren Geburtswehen, bei der Kraftfahrzeugüberwachung gut gelungen. Inzwischen sind GTÜ und DEKRA genauso im Amt wie der TÜV, und dieser Wettbewerb tut der Sache gut.

(Abg. Hauk CDU: Aber dort gibt es Zuwachs, und wir wollen abbauen!)

Viertens: Wir erwarten vor Jahresende einen umfassenden Bericht über das, was sich ergeben hat, und über das, was getan wurde und was künftig getan werden wird.

(Abg. Drexler SPD: Wie lange wollen Sie noch warten?)

(Heiderose Berroth)

Fünftens fordern wir alle, die daran beteiligt sind, auf, parallel dazu vertrauensbildende Maßnahmen zügig voranzutreiben. Wir sind es der Bevölkerung schuldig, dass wir eine sichere Energieversorgung im Land haben.

(Abg. Fischer SPD: Dass wir sie anlügen!)

Durch konsequente Umsetzung wird sich die leistungsfähige Landesregierung beweisen.

(Lachen bei der SPD)

Die Einsetzung der Task-Force ist ein wichtiger Schritt hierzu.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

**Stelly. Präsident Birzele:** Das Wort erhält der Minister für Umwelt und Verkehr, Herr Müller.

**Minister für Umwelt und Verkehr Müller:** Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Im Rahmen der Aktuellen Debatte äußere ich mich heute zu einer Reihe von Sachfragen und zu politischen Bewertungen auf der Basis der vorliegenden Sachanträge. Zu dem Entlassungsantrag, den Sie, Herr Kollege Drexler, gestellt haben, äußere ich mich nicht direkt. Dazu habe ich ohnehin meine eigene Meinung.

(Beifall bei der CDU – Heiterkeit – Abg. Drexler SPD: Das ist schön! – Zuruf von der SPD: Wenigstens dazu!)

Auf die zahlreichen Informationen gegenüber der Presse und gegenüber dem Ausschuss für Umwelt und Verkehr und auch auf die Antworten, die wir noch rechtzeitig zur heutigen Sitzung vorgelegt haben, möchte ich aufmerksam machen, ohne dass ich auf sie jetzt im Einzelnen eingehen kann. Sie sind nur teilweise Gegenstand meiner Ausführungen.

Im Übrigen möchte ich eine Art Regiebemerkung vorab machen: Sozusagen zur Feier des Tages weiche ich einmal von zwei Prinzipien ab, die sonst bei mir immer gelten: Ich werde mich relativ stark an mein Manuskript halten und möchte heute keine Zwischenfragen zulassen.

Bei dem, was ich sagen möchte, gliedere ich meine Gedanken in drei Teile: in einige grundsätzliche Botschaften zu den Regeln der Atomaufsicht, einige – genauer gesagt, drei – detaillierte Informationen zu bestimmten Phasen des ganzen Prozesses, und dann will ich noch drei relativ pointierte Aussagen zur politischen Auseinandersetzung machen.

Ich habe diese Punkte nach dem Verlauf der Debatte der letzten Wochen ausgewählt. Dabei ist mir eines aufgefallen: dass erstaunlich wenig von den eigentlichen Dingen die Rede war, aber relativ viel von Schuldzuweisungen und politischen Ränkespielen.

Ich nehme ein Beispiel, Herr Kollege Drexler: Sie haben gerade vorhin gefragt, wann ich die Information bekommen hätte. Meine Güte, dass das überhaupt einer Erwähnung wert ist! Ich kann das aber ganz einfach auflösen.

(Abg. Birgit Kipfer SPD: Können Sie ein bisschen lauter reden?)

Ich habe die Information in der Tat aus dem Internet – was immer es war, eine Presseäußerung des BMU – am Freitagabend, dem 28. September, erhalten, und Herr Dr. Keil hat mich am 2. Oktober informiert.

(Abg. Drexler SPD: Na also!)

– Na also! Wo ist das Problem?

(Abg. Drexler SPD: Herr Dr. Keil hat im Ausschuss etwas ganz anderes gesagt! Lesen Sie das Protokoll!)

– Nein, Herr Drexler, nein!

(Abg. Drexler SPD: Doch! Ich lese es nachher vor!)

– Das können Sie gern machen. Das beißt sich aber in keiner Weise.

Ich kann nur sagen: Sie waren, glaube ich, früher einmal bei der Staatsanwaltschaft tätig.

(Abg. Fleischer CDU: So benimmt er sich! – Zurufe der Abg. Wieser und Alfred Haas CDU)

Ich muss im Nachhinein sagen: Mir tun die Beschuldigten oder Angeklagten noch heute Leid, mit denen Sie damals zu tun hatten.

(Lebhafter Beifall bei der CDU – Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Drexler SPD: Sachaufklärung! – Abg. Bebbler SPD: Das ist Ihre Sachaufklärung!)

Sie kennen die Geschichte mit dem Klotz und dem Keil? Alles klar! Damit meine ich jetzt nicht unseren Abteilungsleiter.

Punkt 1: Neben der Frage der Bewältigung der Vergangenheit steht für mich im Vordergrund: Was tun wir eigentlich für die Zukunft? Ich komme natürlich auch noch auf die Vergangenheit zu sprechen. Aber die entscheidende Frage ist: Was geschieht in der Zukunft? Was geschieht in der nächsten Zeit?

(Beifall des Abg. Dr. Noll FDP/DVP)

Wir handeln auf drei Ebenen: Gegenüber der EnBW,

(Abg. Drexler SPD: Gar nicht gehandelt!)

gegenüber dem Gutachter, dem TÜV,

(Abg. Drexler SPD: Gar nicht gehandelt!)

und natürlich auch im eigenen Haus.

(Abg. Drexler SPD: Gar nicht gehandelt!)

Bei der Abwicklung des konkreten Vorgangs – es gibt auch einige Dinge, die über den konkreten Vorgang hinausgehen – gibt es drei gemeinsame Strukturmerkmale: Alle drei Ebenen bedienen sich einer externen Beratung, alle drei nehmen jetzt andere Personen zur Abwicklung des Falls als bisher, also eine gesonderte Bearbeitung, und auf allen drei Ebenen wird es auch in Zukunft so sein, das es zu einer spezifischen Behandlung meldepflichtiger Ereignisse kommt.

(Minister Müller)

Wir bearbeiten die Dinge mit dem gebotenen Maß an Unabhängigkeit, Kritik und Selbstkritik.

Ich füge gleich hinzu, dass man nach den Ereignissen von gestern schon sagen muss: Die ganze Geschichte hat noch einmal eine um eine Stufe höhere Dimension bekommen. Das Maß der erforderlichen Änderungen wird sich am Umfang der Fehler zu orientieren haben, auf die wir gestoßen sind. Oder, einfacher gesagt: So kann es nicht weitergehen. Ich sage das vor dem Hintergrund dessen, was wir selbst als Konsequenzen am letzten Freitag in der Pressekonferenz schon mitgeteilt haben. Aber auch für eine grundlegendere Korrektur im Bereich dieses Dreiecksverhältnisses ist gestern in der Kabinettsitzung der Startschuss gegeben worden. Ohne länger darüber zu philosophieren, kann man schon heute eines inhaltlich sagen: Wir werden zu mehr Kontrollen vor Ort kommen müssen.

Zum Zweiten: Das waren die gemeinsamen Strukturmerkmale bei der Abarbeitung der vergangenen Ereignisse. Das ist dann aber auch das Ende der Gemeinsamkeiten. Es gibt nämlich klare Unterschiede in Rolle und Verantwortlichkeiten beim Betreiber, beim Gutachter und bei der Aufsicht. Der Betreiber handelt eigenverantwortlich, der Gutachter prüft und untersucht, und die Aufsicht bewertet und entscheidet. Die Verantwortungsfolge – und damit auch das Verantwortungsgewicht – ist damit klar: Die Eigenverantwortung des Betreibers steht im Vordergrund, die Aufsicht überwacht sie und bedient sich dabei der Sachkunde des Gutachters.

Wir können Sicherheit – man muss sich schon einmal überlegen: wie kann ich Sicherheit eigentlich produzieren? – nicht durch Kontrolle in eine Anlage hineinprüfen, sondern sie muss in der Anlage selbst vorhanden sein, und dabei, meine Damen und Herren, sitzen Betreiber und Aufsicht nicht im selben Boot. Wenn der Betreiber sein Schiff zum Kentern bringt, dann geht damit die Atomaufsicht noch nicht unter.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Ist der Betreiber zuverlässig oder nicht?)

– Darauf komme ich noch. Sie werden es kaum glauben. Das ist in der Tat eine Schlüsselfrage. Aber eines nach dem anderen.

Etwas abstrakter ausgedrückt will ich einmal Folgendes sagen: Es gibt keine Parallelität der Verantwortung und damit auch keine Parallelität der Sanktionen. Wenn auf der einen Seite etwas passiert ist, dann muss nicht auf der anderen Seite dasselbe passieren. Das gilt vor allem vor dem Hintergrund der gravierenden Sicherheitsmängel, die in Philippsburg deutlich geworden sind. Wie ist denn die Rollenverteilung? Das wird in der Öffentlichkeit – natürlich auch gern durch entsprechende Nachhilfe seitens der Opposition – verkannt: Wir decken auf, und wir stellen Mängel ab, aber wir haben sie nicht verursacht, und wir haben sie nicht verantwortet. Das ist ein feiner Unterschied.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/  
DVP – Zuruf des Abg. Drexler SPD)

Dieser Unterschied wird in diesen Tagen verkannt bzw. bewusst übersehen. Ich glaube, wir sollten im Auge behalten,

wo die Probleme sitzen: Sie sitzen nicht am Kernerplatz, sondern sie sitzen in dem Fall in Philippsburg.

Dritte Bemerkung: Die innere Logik des Atomrechts geht, wie gesagt, von der Eigenverantwortung des Betreibers aus. Auf diese Eigenverantwortung muss grundsätzlich – jetzt kommt ein vielleicht für Sie gefährliches Wort, aber ich werde es gleich erklären – *vertraut* werden, es sei denn, man wollte an die Stelle der Verantwortung des Betreibers die Verantwortung der Aufsicht setzen. Diese Sichtweise, dass es um Vertrauen in das richtige Verhalten des Betreibers geht, hat nichts mit Nachlässigkeit, mit Großzügigkeit, mit mehr oder weniger Atomfreundlichkeit zu tun, sondern das ist das Atomrecht des Bundes, das in allen Bundesländern gleichermaßen gilt, und deshalb gibt es überall dieses Dreiecksverhältnis, von dem schon die Rede war.

(Abg. Wieser CDU: Sehr gut!)

Aus der Eigenverantwortung des Betreibers und dem damit verbundenen Vertrauensvorschuss folgt nämlich – und das ist jetzt die Reaktion; Vertrauen ist ein Kredit, und ein Kredit muss zurückgegeben werden können –: Wer dieses Vertrauen verletzt, weil er Fehler fahrlässig oder gar absichtlich begeht oder anschließend im Umgang mit Fehlern nachlässig oder absichtlich diese kleinredet, dessen Vertrauensbruch ist mit einer ungemein harten Sanktion versehen, nämlich: Wer dieses Vertrauen enttäuscht, ist nicht zuverlässig im Sinne des Atomrechts, und wer nicht zuverlässig ist, der darf selbst mit einer technisch sicheren Anlage nicht mehr umgehen. Deshalb ist die Betriebsvoraussetzung der Zuverlässigkeit so notwendig und natürlich auch die Sachkunde.

Das ist also die innere Logik, der Mechanismus der Atomaufsicht, dass wir auf der einen Seite die Eigenverantwortung und das Vertrauen haben und auf der anderen Seite die Feststellung der Zuverlässigkeit – oder Unzuverlässigkeit – als Voraussetzung für den Betrieb.

Das ist der Grund – das muss man ja immer wieder einmal in der Öffentlichkeit sagen, und das haben Sie in Ihren Stellungnahmen natürlich bewusst überspielt –, weshalb eine seit dem 31. August dieses Jahres technisch wieder in Ordnung befindliche Anlage nichtsdestoweniger abgeschaltet ist.

Sie suggerieren, dass die Tatsache, dass sie jetzt abgeschaltet ist, bedeute, dass es irgendeine Gefahr im Verzuge gebe.

(Abg. Drexler SPD: Nein!)

Nein, es ist eine Reaktion auf den Umstand,

(Abg. Drexler SPD: Richtig!)

dass wir es mit einem Betreiber zu tun haben, dessen Zuverlässigkeit hier nicht vorliegt.

(Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Das haben wir schon richtig verstanden! – Zuruf des Abg. Boris Palmer GRÜNE – Weitere Zurufe)

– Weshalb dann die Dramatisierung, es hätte unbedingt und sofort usw. usf.? – Okay.

(Minister Müller)

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Wenn dieselben Leute Block I betreiben, sind sie zuverlässig, bei Block II sind sie unzuverlässig?)

– Es können immer nur Menschen zuverlässig sein. Wissen Sie, deswegen muss man da genau hinschauen.

Weil nicht nur die Technik sicher sein muss, sondern auch der Umgang mit ihr, geht es um die Frage der Zuverlässigkeit. Das eine, die technische Sicherheit, ist die objektive Seite, das andere ist die Gewissheit der Sicherheit, der zuverlässige Umgang. Ein Mangel in der Technik ist behebbare, ein Mangel auf dem anderen Gebiet – nämlich Mensch und Organisation – ist ein größeres Problem.

Jetzt will ich einmal – zwar gedrängt, aber trotzdem exakt – beschreiben, worin das Problem in Philippsburg lag – Mensch, Technik, Organisation, das sind die drei Faktoren; die Technik war hier das geringste Problem –:

Erstens bestand dort die Bereitschaft, auftretende Probleme zu reparieren statt zu analysieren. Das heißt, es herrschte die Mentalität vor: „Wir bekommen das Ding während des laufenden Betriebs schon wieder hin.“ Das war falsch.

Zweitens: Dort war leider die Bereitschaft zu erkennen, Sicherheitsvorschriften nicht ernst zu nehmen, sondern selbst über sie zu verfügen. Vorschriften sind dazu da, eingehalten zu werden – das ist ganz einfach. Sicherheitspolster, von denen es in einem Kernkraftwerk natürlich eine Menge gibt, sind nicht dazu da, gezielt genutzt zu werden, um zum Beispiel eine Reparatur durchzuführen.

(Beifall des Abg. Kleinmann FDP/DVP)

Drittens stellen wir fehlende Einsicht bei der Darstellung und Einschätzung der Information fest.

Schließlich: Seit gestern müssen wir darüber hinaus noch sagen: Wir haben es auch mit dem Fall einer bewussten Regelverletzung, nämlich einem Verstoß gegen gültige Betriebshandbücher, zu tun.

Wenn man dies zusammennimmt, muss man sagen: Da liegt schon einiges auf dem Tisch des Hauses. Wer eine Anlage auf diese Weise betreibt, hat einiges nachzuholen, bis wieder Zuverlässigkeit gegeben ist.

Was jetzt Stück für Stück herauskommt – schon letzte Woche kam etwas heraus, was die EnBW selbst mitgeteilt hat, diese Woche kam etwas heraus, und ich schließe nicht aus, dass noch weitere Dinge herauskommen –, ist das Ergebnis der Recherche, die wir von der EnBW verlangt haben. Das ist kein Zufallsfund, sondern genau das, was wir als so genannte vertiefte Analyse von der EnBW erfahren wollten. Insofern ist es notwendig, dass diese Sachverhalte jetzt herauskommen, und es ist ein Ergebnis der Atomaufsicht und kein Abfallprodukt.

(Anhaltender Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Ich komme auf das Thema Atomaufsicht noch an einer anderen Stelle zu sprechen. Zunächst möchte ich zu drei Informationsblöcken kommen, die sich auf ganz bestimmte Zeiträume beziehen, nämlich: Was geschah eigentlich Ende

August im Ministerium? Dazu haben Sie sich ja geäußert, obwohl Sie es mittlerweile eigentlich besser wissen müssten, weil wir all dies schriftlich mitgeteilt haben. Was geschah eigentlich in diesem ominösen Gespräch am 6. Oktober zwischen Trittin und mir?

(Abg. Drexler SPD: Was heißt denn „ominös“?)

Es waren ja relativ wenige dabei; aber ich war dabei, das kann ich sagen. Deswegen berichte ich darüber einmal genau so, wie es war.

(Abg. Walter GRÜNE: Wir kennen aber noch ein paar andere, die dabei waren! – Gegenruf des Abg. Wieser CDU: Sind die vertrauenswürdig?)

– Sie werden feststellen, dass nichts von dem, was ich jetzt gleich sagen werde, nicht zutrifft.

(Abg. Bebbler SPD: Vorsicht!)

Im Übrigen will ich dann noch etwas sagen zu dem angeblich bewusst falschen Umgang, über die Haltung des Bundes – was mir Anfang dieser Woche vorgehalten wurde.

Nun zunächst zum ersten Punkt: Was geschah Ende August? Ich will einen Programmsatz vorausschicken: Ende August waren die Beamten unseres Hauses unter den drei Beteiligten – EnBW, TÜV und Atomaufsicht – die sensibelsten. Sie waren diejenigen, die das Problem am ehesten erkannt haben.

(Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Das ist ja unglaublich! Sensible Meldeformulare!)

Ich schränke ein: nicht bis zur letzten Konsequenz, das ist richtig. Aber sie haben das Problem am ehesten erkannt. Das will ich Ihnen jetzt auch im Einzelnen deutlich machen.

Die Atomaufsicht, das heißt, unser Haus, hatte allerdings mit zwei Faktoren zu tun, die in diesem Fall belastend waren. Erstens hatten wir es mit einem Betreiber zu tun, der eine verhüllende Informationspolitik betrieben hat. Das drücke ich jetzt direkt noch vornehm aus. Nehmen Sie einmal die Stellungnahmen der EnBW vom 31. August und vom 5. Oktober, nehmen Sie die Erklärungen von Herrn Goll in der Folge des 5. Oktober, und nehmen Sie das, was seit gestern auf dem Markt ist: Dann sehen Sie ungefähr den Erkenntnisfortschritt und auch die Offenheit, mit der wir informiert werden.

(Zuruf des Abg. Walter GRÜNE)

Da fällt die Aufsichtsführung natürlich schwer, das ist klar.

Die zweite Randbedingung, unter der wir damals zu arbeiten hatten, war: Der TÜV hat eine objektiv falsche Bewertung abgegeben, wie er mittlerweile auch selbst einräumt. Das waren die Randbedingungen.

Was ist nun konkret geschehen? Die Atomaufsicht hat zunächst einmal in einem aktuellen Fall, in einem akuten Fall die Aufgabe, schutzzielbezogen vorzugehen, das heißt, zu überprüfen, ob ein akutes Problem vorliegt, auf das ent-

(Minister Müller)

sprechend eingegangen werden muss. In der Tat haben wir in diesen Tagen noch nicht ins Visier genommen, was es zu den Problemen und Konsequenzen hinsichtlich der Sicherheitskultur in den inneren Abläufen der EnBW zu sagen gibt.

Wir sind am 28. August erstmals fernmündlich unterrichtet worden, dass in einem Flutbehälter die Borkonzentration nicht stimme. Dabei wurde mitgeteilt, dass der Fehler mittlerweile behoben sei. Aus den Aufzeichnungen im Kraftwerk lasse sich vermuten – so seinerzeit die EnBW –, dass auch zwei andere Flutbehälterpaare betroffen sein könnten. Den Ursachen werde nachgegangen; die Borkonzentration würde zur Beherrschung relevanter Störfälle ausreichen. Das ist die Geschichte mit der objektiven Gefahr.

(Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Aber die Durchmischung hat auch nicht gestimmt!)

– Ja, aber ich schildere jetzt zunächst einmal nur die Behauptungen, nämlich, die Borkonzentration reiche aus. Das ist die Frage der Störfallbeherrschbarkeit.

Weiter wurden wir darüber informiert, dass der TÜV unterrichtet sei. Die Argumentation der EnBW, wonach die Störfallbeherrschbarkeit gegeben sei, wurde durch den Gutachter des TÜV uns gegenüber fernmündlich bestätigt.

Wir haben den TÜV gebeten, diese vorläufige Abschätzung schnellstmöglich durch Berechnungen auf der Basis des aktuellen Beladeplans zu überprüfen. Für weitere Sofortmaßnahmen war in jener Woche kein Anlass.

Bezüglich der Meldepflicht hatten wir es mit einem relativ sperrigen Partner zu tun. Er bedurfte einer dringenden Empfehlung unsererseits, überhaupt eine förmliche Meldung vorzunehmen. Gleichzeitig haben wir auf Probleme hingewiesen, nämlich erstens auf das Problem, dass es möglicherweise ein Common-Mode-Problem ist, das heißt ein durchgängiger Fehler, dass das, was in einem Flutbehälter vorliegt, möglicherweise auch in anderen vorliegt. Zum Zweiten haben wir sozusagen aus dem Gefühl heraus, aus einer Grobeinschätzung heraus gesagt: Das ist ja wohl ein Ereignis mindestens der Stufe 1.

Der Betreiber ist diesen Hinweisen allerdings nicht gefolgt. Er hat uns dann am 31. August schriftlich auf dem dafür vorgesehenen Formblatt informiert. Er hat dabei lediglich von einer Fehlstellung einer Armatur gesprochen. Die unzulängliche Borkonzentration hat er nicht erwähnt. Dass zwei weitere Behälter betroffen waren, hat er in der Anlage – aber warum eigentlich nicht im Formblatt?, natürlich haben wir die Anlage auch gelesen; aber das zeigt das Herunterspielen – erwähnt.

Diese schriftliche Darstellung wurde von unserem Haus – ohne Erfolg – telefonisch beanstandet, weil wir in der Zwischenzeit aufgrund der fernmündlichen Kontakte bereits mehr wussten, als die EnBW schriftlich zugegeben hat.

Bezüglich der Bewertung und der längerfristig zu ziehenden Konsequenzen war in unserem Haus klar, dass der TÜV automatisch in die Angelegenheit eingeschaltet ist, wie das bei solchen Vorgängen immer der Fall ist, und dass er sich gutachtlich dazu äußert. Diese gutachtliche Äuße-

rung ist am 24. September erfolgt. Der TÜV hat, wie wir wissen, immer noch denselben Fehler wie seinerzeit begangen.

Meine Damen und Herren, jetzt will ich an dieser Stelle schlicht eine Zwischenbilanz ziehen und das Ganze auf mich wirken lassen. Lassen Sie es auf sich wirken, und jetzt fragen Sie einmal, wer in dem Dreiecksverhältnis zwischen Aufsicht, Gutachter und Betreiber am ehesten das Problem bearbeitet hat, kritisch gesehen hat und etwas unternommen hat. Das war unser Haus.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Drexler SPD: Was? Es ist nichts unternommen worden! – Abg. Dr. Salomon GRÜNE: „Am ehesten“!)

– Ich sage „am ehesten“, einverstanden! Ich habe ein Maß an Selbstkritik, das ich Ihnen manchmal wünschen würde.

(Lebhafter Beifall bei der CDU – Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Wieser CDU: Sehr gut! – Abg. Seimetz CDU: Den Begriff Selbstkritik kennt der Drexler gar nicht! – Abg. Drexler SPD: Nichts unternommen! – Abg. Bebbler SPD: Sie haben nichts unternommen! Das ist unglaublich!)

– Abwarten!

Jetzt komme ich zu dem Gespräch in Berlin. Am Samstag, dem 6. Oktober, um 9:00 Uhr haben wir einen eilig zusammengestellten Bericht von der EnBW erhalten, aus dem sich erstmals die Fehlhandlungen und die Fehleinschätzungen auch aus der Sicht der EnBW ergeben haben. Wir haben dann am Vormittag des 6. Oktober eine Anordnung entworfen, die technische und organisatorische Maßnahmen zum Gegenstand hatte, die als Konsequenz daraus abzuleiten sind. Darüber hinaus hatten wir Zweifel an der Sachkunde und an der Zuverlässigkeit des Betreibers, wollten aber im Blick auf die gravierenden Folgen, die mit einer Abschaltung üblicherweise verbunden sind, zunächst noch die ohnehin schon angesetzten Gespräche am 8. und 10. Oktober abwarten. Mit dieser Einstellung sind wir am Nachmittag nach Berlin gefahren.

Dem BMU habe ich unsere Vorgehensweise, nämlich dass wir in Stufen vorgehen wollten, geschildert. In diesem Gespräch haben nun Vertreter des BMU gefragt, ob man denn die Zuverlässigkeit des Betreibers im Blick auf sein Verhalten in den Tagen des 25., 27. und 28. August nicht schon jetzt in Zweifel ziehen müsse bzw. als nicht mehr gegeben ansehen könne, ohne dass es dazu noch einer weiteren Besprechung oder Rücksprache bedürfte. Vonseiten des Bundesumweltministeriums ist auch darauf hingewiesen worden, dass es sich hier um eine unzulängliche Informationspolitik der EnBW handle.

Jetzt sage ich Ihnen ganz einfach: Wir haben das detailliert erörtert. Diese Argumente haben mich überzeugt. Schlimm!

(Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Nein, gut!)

– Gut? Prima! Ich habe da bisher Kritik gehört. Ich habe zum Beispiel in der „Stuttgarter Zeitung“ gelesen, das sei ein Autoritätsverlust für mich. Also ich gewinne meine Au-

(Minister Müller)

torität aus anderen Umständen als daraus, dass ich mich überzeugen lasse.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Das war halt sechs Wochen zu spät! – Abg. Drexler SPD: Warum hat die Abteilung nicht reagiert?)

Wir waren uns im Laufe des Gesprächs am Ende sehr schnell einig: Wir wollten die EnBW bitten, die Anlage freiwillig abzuschalten. Das ist ja dann auch geschehen.

Jetzt stellen wir einmal ganz simpel fest, was eigentlich in diesem Gespräch passiert ist: Die Einschätzung der Lage war gleich. Die haben wir dann auch miteinander in der „Tagesschau“ dokumentiert. Das kommt auch nicht alle Tage vor, aber na ja.

Zweitens: Wir kamen zum selben Zeitpunkt auch zu dem Urteil, dass es ein Zuverlässigkeitsproblem gibt. Wir haben nur in einer Frage einen Unterschied gehabt, nämlich in Bezug auf die zu ziehende Konsequenz, nämlich des Abschaltens. Hier lag der Bund einen halben Tag vor uns. Ein Rücktrittsgrund?

Meine Damen und Herren, ich kann nur sagen: Es gibt Schlimmeres, als sich von Fachargumenten überzeugen zu lassen und um der Sache willen über politische und Parteigrenzen hinweg etwas einzusehen. Das können Sie sich vielleicht nicht vorstellen, weil Ihnen das möglicherweise noch nicht passiert ist.

(Beifall bei der CDU)

Es ist ja auch kein Wunder, dass Sie sich hier unglaublich kritisch aufblasen, aber derjenige, der uns vielleicht am ehesten kritisieren könnte und der uns übrigens auch anweisen könnte – wir stehen ja in der Aufsichtslinie gegenüber dem Bund,

(Abg. Drexler SPD: Die Anweisung war doch schon fertig! – Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Die lag doch schon schriftlich vor!)

der könnte ja jederzeit einen Fehler von uns kritisieren –, also der BMU, hat uns gegenüber in dieser Frage nichts zu beanstanden gehabt. Wir kooperieren, wir gehen gleichermaßen vor. Ich will jetzt nicht Herrn Trittin ständig als Zeugen sozusagen aufrufen. Es könnte ja schon falsch verstanden werden.

(Abg. Bebbler SPD: Sie können ihn ruhig loben!)

Aber immerhin ist es bemerkenswert, dass wir aus dieser Ecke einen Gleichklang der Äußerungen haben. Deswegen – nur deshalb erwähne ich es – ist die Mär von dem Atomfreund Müller, der die Augen zumacht, und von dem Atomgegner Trittin, der seine Glotzerchen aufmacht und der dem Müller erst einmal sagen muss, wo es langgeht, halt falsch – kurz und einfach gesagt.

(Lebhafter Beifall bei der CDU – Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Gestatten Sie trotzdem eine Zwischenfrage?)

– Nein, heute nicht, wie gesagt, zur Feier des Tages.

(Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Eine ganz harmlose!)

Ich will im Übrigen noch einmal sagen: Der Bundesumweltminister – Herr Kollege Oettinger hat darauf verwiesen – hatte auch eine nicht geringe Anzahl von Tagen dasselbe Wissen wie wir, und er kam auch nicht drauf. Wissen Sie, wer ihn draufgebracht hat? Die Gesellschaft für Anlagen und Reaktorsicherheit. Die war es. Wenn irgendjemand gepennt hat, dann haben Müller und Trittin zusammen gepennt. Einverstanden.

(Abg. Bebbler SPD: Wie bitte? – Abg. Drexler SPD: Und das ist gut so! – Abg. Ursula Haußmann SPD: Das ist nicht gut so! – Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Da würde ich noch rückwirkend den Rücktritt von Angela Merkel fordern!)

Übrigens nur eine kleine Nebenbemerkung: Herr Trittin hat heute Nachmittag um 14 Uhr eine Pressekonferenz zu Philippsburg abgehalten. Ich habe mir jetzt gerade berichten lassen, was er dabei gesagt hat. Er hat unsere Arbeit erneut in keiner Weise kritisiert. Aber vor allem – das mag für Sie interessant sein, weil Sie den Antrag stellen, dass jetzt alle Anlagen der EnBW abgeschaltet werden sollen, sodass man ja sagen könnte, es gäbe einen, der das machen könnte, nämlich Herrn Trittin – verlangt Herr Trittin nicht die Abschaltung aller Anlagen der EnBW. Insofern ist Ihr Antrag ein schönes Geschäft für das Schaufenster, hat aber mit seriöser Politik nichts zu tun.

(Lebhafter Beifall bei der CDU – Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Wo ist die Zuverlässigkeit der Betreiber? – Abg. Wieser CDU: Der täte gern abschalten!)

Wir haben nur in einer für alle Beteiligten untergeordneten Einschätzungsfrage einen gewissen Meinungsunterschied zwischen dem Bund und uns selber, nämlich – das bezieht sich jetzt auf die dritte konkrete Information, die ich geben will – die Geschichte mit der – ich sage es einmal in Anführungsstrichen – „objektiven Gefahr“. Der Begriff ist missverständlich, weil man ihn so missverstehen könnte, dass alles andere dann keine Rolle spiele, aber er ist im Blick auf die Störfallbeherrschbarkeit wichtig. Da war ja dann der Vorwurf, ich hätte angeblich die Öffentlichkeit falsch über die Position des Bundes in dieser Frage informiert.

Die Frage lautet also: Ging es bei den Vorgängen in Philippsburg um eine objektive Gefahrenlage oder im Kern um den Betrieb unter ungewissen Bedingungen, also um das, was ich immer mit „Blindflug“ beschrieben habe? Diese Frage spielt, wie gesagt, im Blick auf diesen haltlosen Vorwurf, ich hätte die Öffentlichkeit über die Haltung des BMU unzutreffend informiert, eine Rolle.

Jetzt im Detail: Bei dem aufsichtlichen Gespräch in Berlin am 6. Oktober, das ich schon erwähnt habe, konzentrierten sich – das habe ich auch schon gesagt – die Überlegungen auf die Endtage des August zwischen dem 25. und 28., als klar geworden ist, dass sich die EnBW über den Betriebszustand ihrer eigenen Anlage nicht mehr im Klaren war. Dementsprechend haben wir damals gesagt: Jetzt Abschaltung. Dementsprechend haben wir in Anwesenheit von Vertretern des Bundes und von mir am 10. Oktober zusammen mit der EnBW das Gespräch geführt und haben ihr die darauf gerichteten Vorwürfe und Vorhaltungen gemacht.

(Minister Müller)

Bei dieser Gelegenheit hat der Vertreter des Bundes gesagt, über den eigentlichen Gesprächsgegenstand hinaus wolle er sich nicht festlegen bezüglich der Frage, ob es sich im Übrigen um eine objektiv gefährliche Situation gehandelt habe. Wir sprachen also über den Blindflug, und bezüglich der Frage „War der Blindflug zusätzlich auch noch objektiv gefährlich?“ wollte sich der Vertreter des Bundes nicht festlegen.

Dementsprechend haben wir dann in dem mit dem BMU abgestimmten Brief die EnBW gebeten, vor allem zu den Kernvorwürfen Stellung zu nehmen und sich im Übrigen zu der Frage der darüber hinausgehenden objektiven Gefahr entsprechend zu äußern. Das ist sozusagen am Ende des Briefes noch erwähnt. Die EnBW bekommt quasi die Gelegenheit, eine Beweisführung vorzunehmen. Diesen Text haben wir natürlich in den Brief an die EnBW aufgenommen. Das ist klar.

Dann fand am nächsten Tag die Sitzung des Umweltausschusses statt. Im Umweltausschuss habe ich gesagt: Jetzt haben wir einen Bericht für den Ausschuss gemacht, der mit außerordentlich heißer Nadel genäht worden ist. Am Tag zuvor war die Geschichte. Dann sind wir in den Ausschuss gegangen. Sie können sich vielleicht erinnern, soweit Sie Ausschussmitglieder sind: Wir haben den Bericht um 14 Uhr auf den Tisch des Hauses gelegt, und ich habe gleich gesagt: Das ist jetzt eine vorläufige Unterlage; sie ist mit dem Bund nicht abgestimmt.

Wir glaubten, mit einer bestimmten Formulierung, nämlich dass „wohl objektiv keine Gefahr bestanden“ habe, diesem Sich-Zurückhalten des Vertreters des Bundes ausreichend Rechnung getragen zu haben. Jetzt hat uns der Bund mitgeteilt, das sei ihm noch zu viel gewesen. Also korrigieren wir das. Das war der ganze simple Vorgang.

Im Übrigen ist es jetzt, glaube ich, müßig, sich darüber zu unterhalten, ob die Störfallbeherrschbarkeit tatsächlich gegeben war. Dazu wird sich die EnBW äußern. Anschließend werden das die Beteiligten aufseiten der Aufsicht einschließlich ihrer Gutachter bis hin zur Reaktorsicherheitskommission tun. Schließen wir also das Kapitel ab.

Meine Damen und Herren, ich will zum Schluss zu drei politischen Bemerkungen kommen, die alle etwas damit zu tun haben, dass es sich bei dieser Frage mit einem schönen Resonanzboden – Atomenergie ist immer etwas, was einen großen Resonanzboden hat. Dabei geht es darum, die konkreten Fachfragen, die hier anstehen, für die Auseinandersetzung um die Kernkraft und für die Auseinandersetzung zwischen Regierung und Opposition zu instrumentalisieren. Jetzt werde ich auch ein bisschen politisch.

Eine Methode, nach der hier vorgegangen wird, ist, ein „Gesetz der Serie“ aufzubauen. Da hat sich Herr Witzel hervorgetan, so nach dem Motto: Wenn schon vielleicht der einzelne Angriff nicht ganz reicht, aber wenn ich drei hintereinander bringe, dann wird es jedenfalls funktionieren. Deswegen sind in einem Atemzug die WAK, der Pakistani und Philippsburg genannt worden.

Jetzt sage ich Ihnen einmal zur WAK: Ich kann für einen kriminellen Innentäter in der WAK so viel wie Ulrich Goll

für die Insassen der Justizvollzugsanstalten. Das tut mir schrecklich Leid.

(Beifall bei der CDU – Abg. Fleischer CDU: Sehr gut! – Zuruf des Abg. Walter GRÜNE – Weitere Zurufe von den Grünen und der SPD)

Zu dem Pakistani, der mir sozusagen aufs Auge gedrückt werden soll, darf ich Ihnen einmal zwei ganz simple Tatbestände darlegen: Da geht es um die Beschäftigung eines Mannes im Institut für Transurane. Die Frage war, ob die Sicherheitsvoraussetzungen gegeben sind, dass er dort beschäftigt sein kann. Dass wir diesen Pakistani zunächst zur Beschäftigung freigegeben haben, beruht auf einem Versehen des Landesamts für Verfassungsschutz, das den Fall nicht eindeutig als „weiter bearbeitungsbedürftig“ kennzeichnete.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Und das in Baden-Württemberg? – Zuruf des Abg. Dr. Salomon GRÜNE)

– Ja, so etwas kann tatsächlich passieren. Das war nicht eindeutig gekennzeichnet.

Aber zweitens, wenn wir jetzt schon von Kausalzusammenhängen und vor allem von Verantwortung sprechen: Selbst wenn das Verfahren korrekt gelaufen wäre in dem Sinne, dass wir es angehalten hätten, hätten wir von den Erkenntnissen, die wir vom Landesamt für Verfassungsschutz bekommen haben, aus rechtsstaatlichen Gründen keinen Gebrauch machen können, weil diese Erkenntnisse als „nicht verwertbar“ gekennzeichnet worden sind.

Sie können mir ja alles Mögliche vorhalten. Aber Sie werden es nicht schaffen, dass Sie mir den kriminellen Innentäter und den Pakistani auch noch aufladen. Ich konzentriere mich auf die Dinge, für die ich mich wirklich verantwortlich fühle.

(Abg. Fischer SPD: Das war Aufsicht!)

Im Übrigen muss ich Ihnen von den Grünen noch eines dazusagen, weil wir gerade vom Landesamt für Verfassungsschutz sprechen: Wer bis vor drei Wochen diese Institution noch abschaffen wollte,

(Lebhafter Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Wieser CDU: Sehr gut! – Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Mit der Begründung, dass sie bislang nicht sonderlich erfolgreich waren!)

der sollte nicht zugleich kritisieren, dass es vor drei Monaten

(Zuruf des Abg. Dr. Salomon GRÜNE)

hätte besser funktionieren sollen. Nach Ihrer Vorstellung hätte es sie vor drei Monaten noch gar nicht gegeben. Das ist das Problem.

(Zurufe von den Grünen)

Gesetz der Serie – das war wohl nichts.

Der zweite Punkt, den ich in der politischen Debatte ansprechen möchte: Überhaupt nicht mehr lustig finde ich,



(Minister Müller)

wenn mit gezielten Unwahrheiten operiert wird. Da gibt es die gezielte Unwahrheit von Ihnen, Herr Dr. Witzel. Bisher galt immer der Spruch: Lügen haben kurze Beine. Aber in diesem Fall ist es nicht so.

(Heiterkeit – Beifall bei der CDU – Abg. Dr. Witzel GRÜNE: Wenn Zwischenrufe erlaubt wären, würde ich ja gerne etwas sagen! Ich beantrage, Zwischenrufe zuzulassen! – Weitere Zurufe von den Grünen)

Zum Beispiel hat ein ehemaliger grüner Abgeordneter aus Rheinland-Pfalz in einem Radiointerview gesagt, ich hätte während dieses berühmten Gesprächs in Berlin eine Auszeit gebraucht, um mit jemandem in Stuttgart oder mit sonst jemandem zu telefonieren und mir Weisungen abzuholen. Davon ist kein Wort wahr, aber so etwas kommt im Radio. Was soll man dagegen tun?

(Zuruf: Radio abschalten!)

Es sind gezielte Lügen. Das war in einem Radiointerview, das ich selbst geführt habe – mit einem ehemaligen grünen Abgeordneten aus Rheinland-Pfalz, der genau dies behauptet hat. Das ist schlicht erstunken und erlogen. So ist es.

(Zuruf von den Grünen: Was interessiert ein ehemaliger Abgeordneter aus Rheinland-Pfalz?)

– Wenn er lügt, schon.

Ich will Ihnen nur die Methoden schildern, mit denen Sie operieren. Ich spreche von der Instrumentalisierung einer Debatte, bei der Sie vor keinem Mittel zurückschrecken. Das ist die Wahrheit.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Dr. Salomon GRÜNE)

Eben kam noch der falsche Vorwurf in Bezug auf den BMU, den ich vorhin schon erwähnt habe. Ich muss abgesehen davon sagen, dass dies das Einzige ist, was mich in diesem Fall am BMU stört: die direkten Kontakte, die es dazu gibt, das Weitertragen aus amtlichen Dokumenten und aus unmittelbaren Fachgesprächen beim BMU hinein in die Medien in Baden-Württemberg und zu den politischen Gesinnungsfreunden. Das ist schon etwas, was ich als politischen Sittenverfall bezeichnen möchte.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Offensichtlich ist der Kollege Witzel oder ein ehemaliger grüner Abgeordneter aus Rheinland-Pfalz schuld! Jetzt kommen Sie doch einmal zur Sache!)

– Sie werden es kaum merken, aber ich bin die ganze Zeit dabei. Ich lege einmal Ihre Methoden offen, Herr Dr. Salomon. Das tut Ihnen weh, und das soll Ihnen wehtun.

(Anhaltender Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zuruf von der CDU: Jawohl! – Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Ausgerechnet der Kollege Witzel taugt zu so etwas nicht! Das ist ja lächerlich!)

– Jetzt machen Sie einmal langsam. Ich habe nur Ihre Methoden einmal beschrieben.

Ich konzentriere mich auf die Lösung der Sachfragen, die in den letzten Wochen leider nicht die Bedeutung hatten, die sie eigentlich haben könnten und sollten. Ich kann Sie nur bitten, daran mitzuwirken. Es wäre schön, wenn alle von sich behaupten könnten, dass sie an einer Aufklärung und nicht an einer politischen Auseinandersetzung interessiert sind.

Die letzte politische Bemerkung, meine Damen und Herren, die ich machen möchte, bezieht sich auf die merkwürdige Logik Ihrer Vorwürfe, man könnte auch sagen: auf die Tücke des Objekts Atomaufsicht. Dabei fange ich mit einem relativ ruhigen Gedanken an, aber Sie werden noch genügend Gelegenheit bekommen, sich zu alterieren.

(Abg. Teßmer SPD: Oder Sie!)

– Vielleicht merken Sie es, ich bin nicht der Angeklagte, sondern ich bin gerade dabei, den Spieß herumzudrehen. Das tut Ihnen weh.

(Unruhe – Zurufe von der SPD: Unschuldige Opfer! Das ist eine gesunde Selbstkritik!)

Atomaufsicht, Gutachter und auch die Betreiber bewähren sich zunächst einmal darin, dass der Betrieb der Kraftwerke ordnungsgemäß läuft. Das ist die Grundsituation; das ist die Grundbewährung. Soweit die drei Beteiligten das tun – und das ist die Regel –, leistet die Aufsicht ihren Beitrag zu dem international hohen Sicherheitsniveau, das wir haben. Da ist nicht überall Sodom und Gomorra, wie Sie es jetzt darstellen. Es gibt sehr wohl Probleme. Aber es ist nicht so, dass man davon sprechen könnte, die Dinge seien aus dem Ruder gelaufen.

(Beifall bei der CDU)

Ich beschreibe einmal ganz genau, welche strukturellen Probleme wir haben, damit Sie das auch einmal sehen. Es handelt sich um drei verschiedene Punkte.

(Zurufe von der SPD und des Abg. Kretschmann GRÜNE)

Die strukturellen Probleme, die wir heute in der Atomaufsicht haben, gehen auf drei Quellen zurück: erstens auf ein nur ingenieurmäßig-technisches Denken,

(Abg. Teßmer SPD: Da habt ihr aber lange gebraucht, bis ihr das gemerkt habt!)

zweitens auf die Stromliberalisierung und drittens auf eine Technologie im Ausstieg, die natürlich auch ihre spezifischen Sicherheitsprobleme aufweist.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Lachen bei Abgeordneten der SPD und der Grünen – Zurufe von der SPD und den Grünen)

– Herr Palmer, abregen!

(Zuruf: Nein! – Heiterkeit – Zurufe von den Grünen)

– Einverstanden.

Ich habe drei konkrete Gründe nebeneinander genannt. Ich habe einen genannt, der völlig zeitlos ist, nämlich das nur technisch-naturwissenschaftliche Denken. Ich habe einen

(Minister Müller)

zweiten Grund genannt, der seit einigen Jahren besteht, nämlich die Liberalisierung, bei der auch Sicherheitserwägungen quasi unter Kostengesichtspunkten einem Spannungsverhältnis unterliegen können. Das ist ein Problem.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Ich habe zum Dritten gesagt: Es gibt ein Problem, das sich aus der Ausstiegsphase ergibt. Das Problem haben wir eben. Dafür sind Sie ein bisschen verantwortlich.

(Beifall des Abg. Alfred Haas CDU – Zurufe von der SPD)

In der Phase und in der Tätigkeit der Aufsicht passiert nun etwas ganz Merkwürdiges. Derjenige nämlich, der im Rahmen der Aufsicht ein Problem aufspürt, hat es, bei Licht betrachtet, nicht verursacht, sondern er hat es entdeckt. Das ist ein feiner Unterschied. In der öffentlichen Wahrnehmung und nach der Logik der Opposition erscheint es aber so, als ob derjenige, der aufspürt – also zum Beispiel die Aufsicht –, für die Ergebnisse, die dabei gefunden werden, quasi verantwortlich ist. Nach der Sachlogik Ihrer Argumentation müsste ich eigentlich froh sein, wenn ich nach drei Jahren Amtszeit – –

(Abg. Schmiedel SPD: Was haben Sie denn gefunden? – Zuruf des Abg. Drexler SPD)

– Wir sind gerade dabei. Warten Sie einmal ab. Da kommen vielleicht noch weitere Dinge heraus.

(Lachen bei der SPD und den Grünen – Zurufe von der SPD und den Grünen)

In der Vergangenheit hat es natürlich vieles gegeben, was im Zuge der Aufsicht sozusagen geräuschlos abgestellt worden ist.

(Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

Es muss ja nicht immer so spektakulär sein.

(Abg. Bebber SPD: Gibt es noch mehr Vorfälle?)

Sie stellen sich das Wesen der Aufsicht vielleicht so vor, dass es nur um Krisen und größere Ereignisse geht. Da ist aber zunächst einmal der schlichte Alltag.

(Abg. Bebber SPD: Gibt es noch mehr Vorfälle?)

Aber jetzt zurück zu dem Punkt.

Nach der Sachlogik bin ich froh, wenn ich nach drei Jahren Amtszeit auf einen Fehler gestoßen bin, den es seit 17 Jahren gegeben hat. Nach der Logik der Opposition

(Zurufe der Abg. Drexler und Fischer SPD)

habe ich solche Funde eigentlich zu fürchten. Das ist ja nun sehr merkwürdig.

(Zurufe von der SPD und den Grünen, u. a. Abg. Ursula Haußmann SPD: Schon einmal etwas von Verantwortung gehört?)

Der Innenminister beispielsweise wird für eine hohe Aufklärungsquote gelobt, während der Umweltminister für sei-

ne Funde sozusagen noch haften muss. Besonders paradox ist es, wenn Atomfreund Müller in drei Jahren Amtszeit mehr aufdeckt als Atomgegner Harald B. Schäfer in vier Jahren.

(Anhaltender Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Oh-Rufe von der SPD)

Ich will es in einem pointierten Satz ausdrücken: Es ist irgendwo etwas nicht richtig, wenn man feststellen muss, dass der Finderlohn für die Atomaufsicht in der Rücktrittsforderung der Opposition besteht.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Pfister FDP/DVP)

Meine Damen und Herren, eine Schlussbemerkung. Interessierte Kreise – so will ich es einmal allgemein ausdrücken –

(Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

würden außer dem Umweltminister gern noch zwei andere Personen unter Druck setzen: den Ministerpräsidenten auf der einen und meinen Abteilungsleiter Dr. Keil auf der anderen Seite.

(Zuruf des Abg. Dr. Salomon GRÜNE – Zurufe von der SPD)

In Bezug auf den Ministerpräsidenten kann ich nur sagen: Ich habe in einem Telefongespräch mit dem Staatsministerium schon am 5. Oktober festgestellt, dass ich diese Angelegenheit ganz bewusst ohne Rücksprache, ohne Rücken-deckung, ohne Intervention des Ministerpräsidenten selbst bearbeiten möchte. Dabei ist es bis zur Stunde geblieben – von Berichten im Kabinett einmal abgesehen.

(Zuruf des Abg. Dr. Salomon GRÜNE)

Was Dr. Keil anbelangt, so will ich einfach sagen: Er ist ein gutes Pferd in meinem Stall.

(Abg. Teßmer SPD: Das lahmt aber!)

Er hat in Fachkreisen den Ruf eines engagierten Aufsichtsbeamten von Format, und er ist bei Betreibern und Gutachtern als alles andere

(Zuruf des Abg. Dr. Salomon GRÜNE)

als ein Leisetreter bekannt.

Herr Salomon, jetzt will ich Ihnen noch etwas sagen. Es ist ja immer nett, wenn man versucht, seine eigene Position mit Zitaten zu belegen. Nur: Vorhin haben Sie sich selbst zitiert, als Sie den Minderheitenbericht aus dem Oberrhein-Untersuchungsausschuss zitiert haben. Das ist nicht besonders glaubwürdig. Das darf man, meine ich, hinzufügen.

Deswegen, kurz und einfach: Ich kann jedem nur sagen: Legen Sie sich bitte, wenn Sie wollen, mit mir an und mit niemand anderem. Ich trage genau jenes Maß an Verantwortung – nicht mehr und nicht weniger –, das ein Minister zu tragen hat.

(Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

(Minister Müller)

Ich wälze es weder auf den Ministerpräsidenten ab noch auf meinen Mitarbeiter.

(Zuruf des Abg. Drexler SPD)

Beißen Sie sich, wenn Sie wollen, an mir die Zähne aus. Ich werde auch in Zukunft die Atomaufsicht entschlossen und besonnen, sachlich und couragiert wahrnehmen. Die Notwendigkeit dazu ist leider, wie wir gesehen haben – das müssen wir alle zusammen bedauern –,

(Zuruf des Abg. Teßmer SPD)

in der Tat größer geworden, als wir das bisher gesehen haben.

Vielen Dank.

(Lang anhaltender starker Beifall bei der CDU und starker Beifall bei der FDP/DVP – Ministerpräsident Teufel geht zu Minister Müller an die Regierungsbank und gibt ihm die Hand. – Lebhaftige Unruhe und Zurufe von der SPD: Oh, oh, oh! – Abg. Teßmer SPD: Jetzt ist das Vertrauen wieder da!)

**Stellv. Präsident Birzele:** Meine Damen und Herren, der Herr Minister hat 40 Minuten lang geredet. Ich schlage Ihnen deshalb vor, dass wir die Redezeiten um fünf Minuten verlängern. Drei Fraktionen haben noch eine kurze Redezeit, eine Fraktion hat keine Redezeit mehr. Sind Sie mit diesem Vorschlag einverstanden?

(Zurufe: Nein! – Gegenrufe: Doch!)

– Sie sind nicht damit einverstanden, dass die Redezeiten verlängert werden.

Da die Mehrheit nicht mit diesem Vorschlag einverstanden ist, was wir ohne Abstimmung feststellen können, verfahren wir entsprechend der übrig gebliebenen Redezeiten.

Herr Abg. Drexler, Sie erhalten das Wort.

**Abg. Drexler SPD:** Ich stelle immer wieder fest, dass die CDU leicht zu begeistern ist.

(Unruhe bei der CDU)

Herr Minister, ich habe Sie jetzt in einer Selbstgerechtigkeit erlebt, die aufgrund der Vorfälle ungeheuerlich ist.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Alle anderen sind schuld, nur nicht Sie und Ihre Abteilung. Der TÜV ist schuld, die EnBW ist schuld, ein grüner Abgeordneter aus Rheinland-Pfalz ist schuld, Herr Witzel ist schuld, aber Sie sind nicht schuld. Ihr Heiligenschein wird wohl mit Atomkraft betrieben!

(Heiterkeit – Beifall bei der SPD und den Grünen)

Sie haben überhaupt nichts aufgedeckt – um das einmal festzustellen. Auch Ihre 40 Minuten dauernde Rede hat nicht gezeigt, dass Sie etwas aufgedeckt hätten – auch Ihre Abteilung nicht.

(Widerspruch bei der CDU – Zuruf des Abg. Drautz FDP/DVP)

Sie haben heute dem Parlament auch nicht erklärt, was Sie in Ihrer Abteilung verändern wollen, in dieser Abteilung, die nichts aufgedeckt hat. Das ist eine Bankrotterklärung der politischen Verantwortung.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Zuruf des Abg. Hauk CDU)

Verantwortung heißt, das zu übernehmen, was an Fehlern passiert. Wenn ein Lokführer ein Haltesignal überfährt und nichts passiert, wird er bei der Bundesbahn ein Jahr lang nicht mehr eingesetzt. In dem Moment, wo man bei dem Wort Verantwortung „politisch“ dazusetzt, ergibt sich genau das, was Sie heute gemacht haben: dann hat niemand mehr eine Verantwortung zu tragen; jeder war es, bloß die Politik nicht. Damit werden Sie die Glaubwürdigkeit der Aufsichtsbehörde nicht herstellen, Herr Minister.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Sie haben 57 Tage lang nichts gemacht; 57 Tage lang ist nichts veranlasst worden. Sie haben zu dem Zeitpunkt, zu dem Sie kritisch waren, nicht den Betreiber einbestellt. Sie haben im Übrigen auch nicht erklärt, warum Ihre Abteilung nicht entdeckt hat – liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist der absolute Hammer –, dass aufgrund der Meldungen der EnBW festgestellt wurde, dass beim Anfahren des Reaktors die Borflüssigkeit überhaupt nicht gemessen wurde. Sie wurde 14 Tage lang nicht gemessen. Das kann man aus der Meldung belegen. Wer das feststellt, muss sagen: Zu einem Betreiber, der einen Reaktor in Betrieb nimmt, der nicht betriebsfähig ist, fehlt das Vertrauensverhältnis. Warum haben Sie dazu nichts gesagt? Warum hat der Beamte nichts gesagt? Warum hat Herr Keil nichts gemacht? Warum haben Sie nichts gemacht, als Sie es gemerkt haben?

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Hauk CDU: Warum hat der BMU nichts gemacht? Warum hat Trittin nichts gemacht?)

Ich sage noch einmal: Sie können ja jetzt – wie der Ministerpräsident – den Minister halten. Er wird nach dieser Geschichte politisch nicht lange überleben.

(Zuruf des Abg. Alfred Haas CDU)

Herr Schaufler hat drei Monate überlebt, Frau Staiblin sechs Monate. Das war heute das Beispiel einer nicht ausgeübten Atomaufsicht. Ich sage noch einmal, Herr Minister: Sie haben nichts gemacht. Sie sind auch nicht auf Hinweise eingegangen. Sie wissen genau: Hätten Sie nicht freiwillig abgeschaltet oder nicht mit dem Betreiber gesprochen, hätten Sie eine Anweisung dazu bekommen, die im Bundesumweltministerium schon schriftlich vorlag. Das haben Sie verschwiegen. Nur deswegen sind Sie überhaupt tätig geworden.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Fleischer CDU: Ein Headhunter besonderer Art!)

**Stellv. Präsident Birzele:** Das Wort erhält Herr Abg. Oettinger.

(Abg. Alfred Haas CDU: Dem schwachen Drexler würde ich nichts mehr antworten!)

**Abg. Oettinger** CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Zur selben Zeit, nämlich um 14 Uhr, als der Antrag auf Entlassung und die anderen Anträge zu diesem Tagesordnungspunkt hier aufgerufen worden sind, hat der Bundesumweltminister in Berlin eine Pressekonferenz abgehalten, und zwar genau zu Folgerungen aus der Aktenentwicklung zu Philippsburg, exakt zu unserem Thema,

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Muss er Sie das vorher fragen?)

das hier zu einem Entlassungsantrag führt und das die Atomaufsicht in Berlin ebenfalls parallel zu Stuttgart zu bewerten hat.

Sie halten dem Landesumweltminister vor, dass er die Atomaufsicht nicht ausübe. Die bundesministerielle Atomaufsicht hat aufgrund der Entwicklung in Philippsburg erstens – wie wir – Wert auf umfassende Aufklärung seitens der Betreiber und der Gutachter gelegt, hat zweitens – wie wir – darauf Wert gelegt, dass die Wiederinbetriebnahme von ganz konkreten Voraussetzungen, über die wir beraten haben, abhängt, hat aber drittens keinerlei Abschaltung weiterer Kernkraftwerke in Baden-Württemberg atomrechtlich für angemessen gehalten,

(Abg. Fleischer CDU: Hört, hört!)

im Gegensatz zu den Grünen im Landtag von Baden-Württemberg,

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Der Minister hat aber auch gesagt, sie sind unzuverlässig!)

und hat in der politischen Bewertung ebenfalls nichts ausgesagt, was dem Antrag der Fraktion der SPD entspricht.

(Abg. Drexler SPD: Das muss er auch nicht als Bundesminister!)

Ich kann nur sagen: Wer mit Maß und Ziel, wer objektiv und unvoreingenommen die Angelegenheit aufarbeiten will,

(Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Haben Sie Vertrauen zu den Betreibern oder nicht?)

hat in Minister Müller einen herausragenden Sachwalter, der unser aller Vertrauen verdient. Wer über das Ziel hinauschießen will, wer mit Ideologie und ohne Maß und Ziel an die Sache herangeht,

(Abg. Teßmer SPD: Ach, Ideologie!)

der findet sich im Grunde genommen im Antrag der Grünen und im Antrag der SPD wieder.

Wir unterstützen den Minister.

(Abg. Drexler SPD: Ist mir klar!)

Wir lehnen beide Anträge als unsachgemäß und als nicht auf der Grundlage des Atomrechts fundiert ab.

(Beifall bei der CDU – Zuruf von der CDU: Unsinnig! – Abg. Drexler SPD: Und machen weiter mit der Nichtaufsicht!)

**Stellv. Präsident Birzele:** Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Bevor wir zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung der Anträge kommen, erhält Herr Abg. Dr. Witzel das Wort zu einer persönlichen Erklärung.

(Abg. Alfred Haas CDU: Jetzt kommt die Entschuldigung! – Gegenruf des Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Jetzt macht mal langsam!)

**Abg. Dr. Witzel** GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen, meine Herren! Da mir im Rahmen der Debatte die Möglichkeit zu einer Zwischenfrage nicht gegeben wurde, darf ich jetzt diese persönliche Erklärung abgeben.

(Abg. Oettinger CDU: Nein! Warum denn? Herr Präsident!)

Herr Oettinger warf mir vor, ich hätte Geheimnisse aus dem Ausschuss ausgeplaudert.

(Glocke des Präsidenten)

**Stellv. Präsident Birzele:** Einen Moment, Herr Abg. Witzel. – Herr Abg. Oettinger, ich kenne die Geschäftsordnung. Sie dürfen sich darüber im Klaren sein.

(Abg. Oettinger CDU: Ich bitte um Anwendung! Nicht nur Kenntnis, sondern Anwendung!)

– Ich werde die Geschäftsordnung anwenden.

Herr Abg. Witzel muss erst einmal seine persönliche Erklärung abgeben, damit ich weiß, was er zu sagen gedenkt.

(Lachen bei der CDU – Abg. Fleischer CDU: Sie müssen einschreiten! – Abg. Teßmer SPD zur CDU: Ist er genannt worden oder nicht?)

**Abg. Dr. Witzel** GRÜNE: Herr Oettinger, damit wir es juristisch richtig hinbekommen: Sie haben mich in der Debatte angegriffen.

(Glocke des Präsidenten)

**Stellv. Präsident Birzele:** Herr Abg. Witzel, Sie haben noch nicht das Wort. Ich habe nur darauf gewartet, dass die Damen und Herren des Landtags auch zuhören.

Ich habe Herrn Abg. Witzel auf die möglichen Inhalte einer persönlichen Erklärung hingewiesen. Er hat dazu die Geschäftsordnung gelesen. Ich habe keine Veranlassung, daran zu zweifeln, dass er sich an die Geschäftsordnung hält.

Herr Abg. Witzel, Sie haben das Wort.

(Beifall bei der SPD – Abg. Teßmer SPD: Schlimm, dass man das so braucht!)

**Abg. Dr. Witzel** GRÜNE: Herr Präsident, ich danke Ihnen dafür. – Herr Oettinger, Sie haben mir in Ihrem Beitrag vorgeworfen, ich hätte Geheimnisse aus der Ausschusssitzung des Umweltausschusses vom 11. Oktober dieses Jahres ausgeplaudert. Dazu darf ich feststellen: Erstens: In dieser Sitzung des Umweltausschusses

(Abg. Oettinger CDU: Herr Präsident!)

(Dr. Witzel)

wurden keinerlei Beschlüsse gefasst. Deshalb konnte ich davon auch nichts ausplaudern.

(Zuruf von der CDU: Das ist unglaublich!)

Zweitens wurde in dieser Sitzung des Umweltausschusses ein Bericht des Umweltministers vorgelegt. Ich hatte in der Debatte gefragt, inwieweit dieser Bericht öffentlich sei. Mir wurde nach einigem Zögern seitens des Umweltministers dargelegt, diese Aussagen des Berichts könnten auch öffentlich zitiert werden.

(Abg. Drexler SPD: So ist es!)

Als ich aus der Sitzung kam und danach gefragt wurde, habe ich von diesem Recht, das mir im Ausschuss eingeräumt worden war, Gebrauch gemacht.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Drexler SPD: So ist es!)

Ihr Vorwurf, ich hätte mich entgegen parlamentarischen Gewohnheiten verhalten, trifft deshalb schlicht und einfach nicht zu.

(Lebhafte Unruhe bei der CDU)

Punkt 2 – jetzt hören Sie bitte gut zu –, Herr Oettinger: Sie haben behauptet, ich hätte fälschlicherweise gesagt, Herr Müller sei bereits am 28. August informiert worden. Fakt ist: Am 28. August ging der erste Telefonanruf über das Ereignis in Philippsburg im Ministerium ein.

(Anhaltende Unruhe bei der CDU)

Ich räume ein, Herr Oettinger, dass ich in dem Interview im Anschluss an diese Ausschusssitzung nicht genügend zwischen den Begriffen „Minister“ und „Ministerium“ differenziert habe.

(Anhaltende Unruhe – Abg. Oettinger CDU meldet sich zu Wort. – Abg. Oettinger CDU: Herr Präsident! – Zurufe von der CDU, u. a. Abg. Fleischer: Unverschämt! – Glocke des Präsidenten)

**Stellv. Präsident Birzele:** Meine Damen und Herren, ers- tens: Während ein Abgeordneter das Wort hat, gibt es keine zulässigen Wortmeldungen zur Geschäftsordnung.

(Abg. Drexler SPD: So ist es! – Abg. Oettinger CDU: Wie bitte?)

Das sollten alle Mitglieder, insbesondere diejenigen, die schon länger Mitglied dieses Hauses sind, bei dem Bemühen, sofort das Wort zu erhalten, berücksichtigen.

Zweitens: Wenn Sie mich daran hindern, zuzuhören, was der Kollege Witzel sagt, wie soll ich dann beurteilen können,

(Lebhafte Zurufe von der CDU)

ob der Kollege Witzel sich an die Geschäftsordnung hält?

Drittens: Der Präsident bewertet nicht den Inhalt. Herr Abg. Witzel hat einen persönlichen Angriff zurückgewiesen. Er hat aus seiner Sicht die Fakten dargestellt. Ich kann

nicht beurteilen, was im Ausschuss gesagt wurde, was davon richtig ist und was nicht. Es ist auch nicht Aufgabe des Präsidenten, dies zu beurteilen.

(Abg. Drexler SPD: So ist es!)

Bitte schön, Herr Abg. Dr. Witzel, fahren Sie fort.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen)

**Abg. Dr. Witzel GRÜNE:** Herr Oettinger, da Sie es vielleicht eben im Trubel nicht verstanden haben, darf ich diesen Satz noch einmal wiederholen: Ich räume ein, dass ich in dem Interview im Anschluss an die Ausschusssitzung nicht genügend zwischen den Begriffen „Minister“ und „Ministerium“ differenziert habe.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Nicht differenziert!)

Das habe ich aber nicht geheim gehalten, sondern das habe ich auch schon der Presse gegenüber geäußert, und in der „Badischen Zeitung“ vom 13. Oktober dieses Jahres ist das auch schriftlich nachzulesen.

(Abg. Alfred Haas CDU: Und jetzt?)

Punkt 3: Herr Müller hat mir vorgeworfen, ich hätte in unzulässiger Weise die Ereignisse im Kernkraftwerk Philippsburg II und in der Wiederaufarbeitungsanlage Karlsruhe in eine Reihe gestellt. Auch das muss ich zurückweisen. Es ist schließlich das Ziel des Atomgesetzes, Leib und Leben vor schädlichen Auswirkungen der Kernenergie zu schützen. Dazu gibt es eine Atomaufsicht, damit dieses Ziel umgesetzt wird. Die ungenügende Atomaufsicht des Landes führte in der WAK Karlsruhe immerhin dazu, dass Personen verstrahlt wurden. Ich sehe da durchaus einen Zusammenhang.

Viertens: Frau Berroth hat mich angegriffen und gesagt, ich hätte aus der Ausschusssitzung etwas anderes erzählt, als sie im Ausschuss erlebt habe. Frau Berroth, mein Fazit im Interview war: Unsere Zweifel an der Atomaufsicht wurden in dieser Ausschusssitzung vom 11. Oktober nicht ausgeräumt. Sie mögen das anders sehen, aber ich sehe das nach wie vor so.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

**Stellv. Präsident Birzele:** Das Wort hat Herr Minister Müller.

**Minister für Umwelt und Verkehr Müller:** Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! In aller Kürze: Herr Kollege Witzel, wenn Sie darauf verweisen, dass ich den Bericht für die Öffentlichkeit freigegeben habe, dann stimmt das. Aber in dem Bericht steht nicht das, was Sie daraus gemacht haben. Könnten Sie mir die Stelle zeigen, wo in dem Bericht steht, ich hätte zugegeben, am 28. August Bescheid gewusst zu haben? Dann würde das stimmen.

(Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Das hat er doch gerade aufgeklärt!)

(Minister Müller)

– Ja, ja. Es ist schon interessant: Da kommen solche Schlagzeilen über dpa „Müller wusste . . .“, und dann kommt vielleicht in der „Badischen Zeitung“ irgendwo ein paar Tage später eine kleine Berichtigung.

(Zuruf des Abg. Walter GRÜNE)

Ich stelle nur fest: Es war objektiv die Unwahrheit. Sie sollten nicht versuchen, die Diskussion zu verlängern, indem Sie sich jetzt auch noch auf meine Freigabe berufen.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Im Übrigen würde ich nie meine Freigabe zu einer Unwahrheit erteilen.

(Beifall bei der CDU)

**Stellv. Präsident Birzele:** Herr Abg. Oettinger, Sie erhalten das Wort. Sie haben auch noch 1:48 Minuten Redezeit.

(Heiterkeit – Zuruf von der CDU: Das reicht!)

**Abg. Oettinger** CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich will erstens festhalten: Die Wortmeldung des Kollegen Witzel mag ja interessant und wichtig gewesen sein,

(Abg. Bebbler SPD: Das ist sein parlamentarisches Recht!)

und wenn das der Fall gewesen wäre, dann hätte die Redezeit des Kollegen Salomon ausgereicht, diese Wortmeldung darin unterzubringen, wenn Kollege Salomon etwas kürzer gesprochen hätte.

(Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Er hat ja nicht mich angegriffen, sondern ihn! – Unruhe)

Nur: Eine persönliche Erklärung war es von vorn bis hinten nicht.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Fleischer CDU: So ist es! – Zuruf des Abg. Dr. Salomon GRÜNE)

Wer in der Sachdebatte als Sozialdemokrat oder Grüner formale Regeln im Atomrecht millimetergenau eingehalten haben will, kann nicht im Parlament Parlamentsregeln missachten, wie er es gerade braucht.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Herr Präsident, Sie haben mir vorgehalten, eine Wortmeldung – eine Wortmeldung, das heißt, der Versuch, mit zwei Händen das Wort zu erbitten – sei per se unzulässig, wenn ein anderer spricht. Dazu kann ich nur sagen: Diese Ihre Auslegung ist parlamentswidrig;

(Heiterkeit des Abg. Mappus CDU)

denn Wortmeldungen zur Geschäftsordnung finden im Regelfall immer während einer anderen Rede statt.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Fleischer CDU: So ist es!)

Deswegen ist meine Bitte, Herr Präsident – ich habe Sie in geheimer Wahl mitgewählt –: Gebrauchen Sie nicht diesen Stil! Er ist Ihrer und des Hauses unwürdig.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Unruhe bei der SPD und den Grünen – Abg. Fleischer CDU: Sehr gut! – Anhaltende Unruhe – Glocke des Präsidenten)

**Stellv. Präsident Birzele:** Meine Damen und Herren, ich bitte Sie um Ruhe!

Erstens habe ich nicht beanstandet, dass Sie sich zu Wort gemeldet haben.

(Abg. Fleischer CDU: Wir haben es doch gehört! – Zuruf des Abg. Alfred Haas CDU)

– Auch Sie, Herr Haas, sollten einmal lernen, zuzuhören.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der SPD: Sehr gut!)

Erstens habe ich das nicht beanstandet. Sie haben im Übrigen einen Schriftführer.

(Abg. Oettinger CDU: Wir haben zwei Schriftführer!)

Sie haben sich mehrmals mit beiden erhobenen Händen zu Wort gemeldet und lautstark gerufen: „Herr Präsident, Herr Präsident!“, und daraus habe ich geschlossen, dass Sie sofort zu Wort kommen wollen und ich den Redner unterbrechen soll. Sie können versichert sein: Ich beobachte Sie ausreichend,

(Heiterkeit bei der SPD – Abg. Drexler SPD: Auch ohne Verfassungsschutz!)

sodass mir eine Wortmeldung von Ihnen nicht entgeht.

Zweite Bemerkung: Sie haben die Amtsführung des Präsidenten kritisiert. Sie wissen, dass dies nicht zulässig ist. Ich rüge dieses Verhalten.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Zurufe von der CDU und des Abg. Drexler SPD – Unruhe)

Meine Damen und Herren, wir kommen, wenn hoffentlich wieder genügend Ruhe eingekehrt ist, nun zur geschäftsmäßigen Behandlung der Anträge.

Der Antrag der Fraktion der CDU, Drucksache 13/283, ist ein Berichts Antrag. Ich gehe davon aus, dass er mit der heutigen Aussprache erledigt ist. – Gegen diese Feststellung erhebt sich kein Widerspruch.

Der Antrag der Fraktion GRÜNE, Drucksache 13/287, ist ein Berichts Antrag. Ich gehe davon aus, dass auch er erledigt ist. – Auch hiergegen erhebt sich kein Widerspruch.

Zum Berichts Antrags der Fraktion GRÜNE, Drucksache 13/314, der mit der Aussprache an sich erledigt ist, liegt ein Änderungsantrag der Fraktion GRÜNE, Drucksache 13/350, vor.

(Abg. Kretschmann GRÜNE: Namentliche Abstimmung!)

(Stellv. Präsident Birzele)

– Sie begehren namentliche Abstimmung zu diesem Änderungsantrag. Findet dieser Antrag die notwendige Unterstützung?

(Unruhe – Abg. Alfred Haas CDU: Nein!)

– Wie viele sind es denn?

(Heiterkeit)

– Die notwendige Unterstützung ist gegeben.

(Unruhe)

Meine Damen und Herren, wer dem Antrag Drucksache 13/350 zustimmen möchte, den bitte ich, mit Ja zu antworten. Wer ihn ablehnen möchte, möge mit Nein antworten. Wer sich der Stimme enthalten möchte, möge bitte mit „Enthaltung“ antworten.

Ich bitte den Schriftführer Herrn Abg. Hillebrand, den Namensaufruf vorzunehmen. Der Namensaufruf beginnt mit dem Buchstaben G.

(Namensaufruf)

Die Abstimmung ist geschlossen.

Ich bitte, das Ergebnis festzustellen.

(Auszählen der Stimmen)

Meine Damen und Herren, ich bitte Sie, Platz zu nehmen.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Meine Damen und Herren, ich bitte Sie, Platz zu nehmen. Bevor ich das Ergebnis der Abstimmung bekannt gebe, möchte ich darauf hinweisen, dass sich unter unseren Gästen auf der Zuhörertribüne der Generalkonsul von Griechenland, Herr Dr. Dimitris Moschopoulos, befindet.

(Beifall)

Herr Generalkonsul Dr. Moschopoulos hat am 24. August 2001 die Leitung des griechischen Generalkonsulats in Stuttgart übernommen und stattet heute dem Landtag seinen offiziellen Antrittsbesuch ab. Herr Generalkonsul, ich begrüße Sie im Landtag von Baden-Württemberg und wünsche Ihnen eine gute und erfolgreiche Amtszeit.

Meine Damen und Herren, ich gebe nun das Ergebnis der namentlichen Abstimmung über den Änderungsantrag Drucksache 13/350 bekannt:

An der Abstimmung haben 124 Abgeordnete teilgenommen.

53 Abgeordnete haben mit Ja gestimmt,  
70 mit Nein;  
eine Stimmenthaltung.

Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

\*

Mit J a haben gestimmt:

Katrin Altpeter, Theresia Bauer, Bayer, Bebber, Birzele, Braun, Carla Bregenzer, Capezzuto, Dr. Caroli, Heike Dederer, Drexler, Fischer, Gall, Gaßmann, Göschel, Rosa Grünstein, Gustav-Adolf Haas,

Haller, Rita Haller-Haid, Rudolf Hausmann, Ursula Haußmann, Junginger, Käppeler, Kaufmann, Birgit Kipfer, Knapp, Kretschmann, Brigitte Lösch, Maurer, Moser, Nagel, Oelmayer, Boris Palmer, Dr. Puchta, Margot Queitsch, Renate Rastätter, Rivoir, Christine Rudolf, Dr. Salomon, Schmid, Regina Schmidt-Kühner, Schmiedel, Staiger, Stickelberger, Teßmer, Inge Utzt, Walter, Ruth Weckemann, Wichmann, Wintruff, Dr. Witzel, Marianne Wonnay, Zeller.

Mit N e i n haben gestimmt:

Behringer, Heiderose Berroth, Blenke, Dr. Carmina Brenner, Elke Brunnemer, Döpfer, Dr. Döring, Drautz, Beate Fauser, Fleischer, Dr. Glück, Dr. Inge Gräßle, Friedlinda Gurr-Hirsch, Alfred Haas, Hauk, Heinz, Herrmann, Hillebrand, Hofer, Hoffmann, Kiefl, Kleinmann, Klenk, Dr. Klunzinger, Köberle, Kübler, Kurz, Dr. Lasotta, Ursula Lazarus, Johanna Lichy, Mack, Mappus, Müller, Dr. Noll, Oettinger, Dr. Christoph Palmer, Pauli, Pfister, Pfisterer, Rau, Rech, Reichardt, Dr. Reinhart, Dr. Repnik, Röhm, Rückert, Rüeck, Dr. Schäuble, Dr. Annette Schavan, Schebesta, Dr. Scheffold, Scheuermann, Schneider, Dr. Schüle, Schuhmacher, Seimetz, Sieber, Stächele, Dr. Steim, Dr. Monika Stolz, Stratthaus, Straub, Teufel, Theurer, Traub, Christa Vosschulte, Wacker, Wieser, Winckler, Zimmermann.

Der Stimme e n t h a l t e n hat sich:

Dr. Birk.

\*

Der Berichtsantrag Drucksache 13/314 ist mit der Aussprache erledigt. – Sie sind damit einverstanden.

Wir kommen nun zum Antrag der Fraktion der SPD, Drucksache 13/328. – Herr Abg. Fischer.

**Abg. Fischer SPD:** Herr Präsident, ich beantrage namentliche Abstimmung.

**Stellv. Präsident Birzele:** Es ist namentliche Abstimmung beantragt. Findet dieser Antrag die entsprechende Unterstützung? – Das ist der Fall.

Es gelten die gleichen Formalien wie vorhin. Das heißt, wer dem Antrag zustimmen möchte, soll mit Ja antworten, wer den Antrag ablehnen will, mit Nein. Wer sich der Stimme enthalten möchte, antworte mit „Enthaltung“.

Ich bitte Herrn Schriftführer Käppeler, den Namensaufruf vorzunehmen. Der Namensaufruf beginnt mit dem Buchstaben H.

(Namensaufruf)

Ich schließe die Abstimmung und bitte, das Ergebnis festzustellen.

(Auszählen der Stimmen)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Meine Damen und Herren, ich darf Sie bitten, wieder Platz zu nehmen. Das Ergebnis der Abstimmung liegt vor:

An der Abstimmung über den Antrag der Fraktion der SPD, Drucksache 13/328, haben sich 125 Abgeordnete beteiligt.

(Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte)

Mit Ja haben 53 Abgeordnete gestimmt,  
mit Nein haben 72 Abgeordnete gestimmt.

Damit ist der Antrag abgelehnt.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

\*

Mit Ja haben gestimmt:

Katrin Altpeter, Theresia Bauer, Bayer, Bebber, Birzele, Braun, Carla Bregenzer, Capezzuto, Dr. Caroli, Heike Dederer, Drexler, Fischer, Gall, Gaßmann, Göschel, Rosa Grünstein, Gustav-Adolf Haas, Haller, Rita Haller-Haid, Rudolf Hausmann, Ursula Haußmann, Junginger, Käppeler, Kaufmann, Birgit Kipfer, Knapp, Kretschmann, Brigitte Lösch, Maurer, Moser, Nagel, Oelmayer, Boris Palmer, Dr. Puchta, Margot Queitsch, Renate Rastätter, Rivoir, Christine Rudolf, Dr. Salomon, Schmid, Regina Schmidt-Kühner, Schmiedel, Staiger, Stickleberger, Teßmer, Inge Utzt, Walter, Ruth Weckemann, Wichmann, Wintruff, Dr. Witzel, Marianne Wonnay, Zeller.

Mit Nein haben gestimmt:

Behringer, Heiderose Berroth, Dr. Birk, Blenke, Dr. Carmina Brenner, Elke Brunnemer, Döpfer, Dr. Döring, Drautz, Beate Fauser, Fleischer, Dr. Glück, Dr. Inge Gräble, Friedlinde Gurr-Hirsch, Alfred Haas, Hauk, Heinz, Herrmann, Hillebrand, Hofer, Hoffmann, Kiefl, Kleinmann, Klenk, Dr. Klunzinger, Köberle, Kübler, Kurz, Dr. Lazzotta, Ursula Lazarus, Johanna Lichy, Mack, Mappus, Müller, Veronika Netzhammer, Dr. Noll, Oettinger, Dr. Christoph Palmer, Pauli, Pfister, Pfisterer, Rau, Rech, Reichardt, Dr. Reinhart, Dr. Repnik, Röhm, Rückert, Rüeck, Dr. Schäuble, Dr. Annette Schavan, Schebesta, Dr. Scheffold, Scheuermann, Schneider, Dr. Schüle, Schuhmacher, Seimetz, Sieber, Stächele, Dr. Steim, Dr. Monika Stolz, Strathaus, Straub, Teufel, Theurer, Traub, Christa Vosschulte, Wacker, Wieser, Winckler, Zimmermann.

\*

Tagesordnungspunkt 2 ist damit erledigt.

Meine Damen und Herren, ich rufe **Punkt 3** der Tagesordnung auf:

**Antrag der Fraktion der CDU und Stellungnahme des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst – Verbesserung der Rahmenbedingungen für die wissenschaftliche Tätigkeit an den Hochschulen des Landes – Drucksache 13/210**

Das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt: für die Begründung fünf Minuten, für die Aussprache fünf Minuten je Fraktion bei gestaffelten Redezeiten.

Das Wort zur Begründung erteile ich Herrn Abg. Dr. Klunzinger.

**Abg. Dr. Klunzinger** CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren Kolleginnen und Kollegen! Ich erlaube mir, zu dem Antrag die Redezeit für Begründung und Aussprache zusammenzufassen.

Meine Damen und Herren, Wissenschaft und Forschung entscheiden über die Zukunft eines Landes. Diese Feststellung ist unbestreitbar; sie findet sich parteienübergreifend in den Statements aller Politiker. Sie gilt namentlich für ein

Land, das über keine natürlichen Ressourcen verfügt, in besonderem Maße also für Baden-Württemberg.

Wir sind ein rohstoffarmes Land. Unser Gold liegt nicht im Boden vergraben. Unser Gold ist in den Köpfen unserer Erfinder, unserer Tüftler. Ich glaube, dass wir bis hierher alle übereinstimmen.

Wenn dem aber so ist, dann müssen die Schaffung und der Erhalt optimaler Rahmenbedingungen ein strategisches Ziel von höchster Priorität sein. Mit Recht betont dies die Koalitionsvereinbarung der Landesregierung mit der Feststellung, dass „in einem rohstoffarmen Land Wissen und Können seiner Einwohner die wertvollste Ressource für den Wohlstand des Einzelnen und die Zukunftsfähigkeit der Wirtschaft“ sind.

Dies zu unterstreichen ist das vorrangige Ziel des von uns eingebrachten Antrags. Wir wollen damit verdeutlichen, dass die baden-württembergische Forschungsinfrastruktur einen exzellenten Rang einnimmt. Wir wollen damit unterstreichen, dass es auch in Zukunft zu den wichtigsten Aufgaben der Landespolitik gehören wird, diesen Rang zu behaupten.

(Abg. Drautz FDP/DVP: Jetzt kommen wir zur Sache!)

Damit treten wir in Konkurrenz zu teilweise anderen Strategien vonseiten des Bundes, denen wir unsere Handlungskonzepte entgegenhalten wollen.

Meine Damen und Herren, ein paar Zahlen und Fakten:

Der Haushaltsansatz für den Einzelplan 14 – Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst – beläuft sich auf mehr als 6 Milliarden DM. Er gehört damit zu den großen Posten der Ausgaben im Haushaltsplan – mit Recht.

Der Durchschnittswert für die Forschungsquote in der Bundesrepublik beträgt 2,3 %. In Baden-Württemberg liegt die Forschungsquote bei 3,8 %. Wir stehen damit bundesweit an der Spitze.

Die starke Position unseres Landes ergibt sich auch angesichts der Tatsache, dass Baden-Württemberg in der Bundesrepublik das hochschulreichste Land mit dem dichtesten und breitest gefächerten Forschungsnetz ist. Wir haben neun Universitäten, 22 Fachhochschulen und eine lange Liste von Instituten der Max-Planck-Gesellschaft, der Fraunhofer-Gesellschaft, von Transferzentren der Steinbeis-Stiftung sowie viele Sonderforschungsbereiche und andere Forschungseinrichtungen mehr.

Die Zahl renommierter Forschungspreise, die nach Baden-Württemberg gingen, unterstreicht die Leistungsfähigkeit dieser Institutionen. Sicher kommt es nicht von ungefähr, dass auch bei den Nobelpreisverleihungen Forscher aus unserem Land mit dabei sind. Man darf vielleicht auch erwähnen, dass die baden-württembergischen Hochschulen bei den neuerdings in Mode gekommenen Rankings jeweils mit an der Spitze stehen.

Wir können also auf einem guten und Erfolg versprechenden Fundament aufbauen. Aber nichts ist selbstverständlich, und Gutes muss jeweils neu erarbeitet werden. Spit-



(Dr. Klunzinger)

zenplätze müssen verteidigt werden. Schließlich gilt auch hier das vom Ministerpräsidenten in seiner Regierungserklärung erwähnte Wort von Robert Bosch: „Wer aufhört, besser sein zu wollen, hat schon aufgehört, gut zu sein.“

So viel zum Stellenwert der Rahmenbedingungen.

Was ist zu tun, um diese Rahmenbedingungen zu erhalten, weiterzuentwickeln und zu verbessern?

Zunächst einmal müssen die vorhandenen Forschungsressourcen optimal eingesetzt werden. Das bedeutet, dass man auch neue Wege der Forschungsförderung einschlägt, namentlich unter geänderten Bedingungen, die sich aus der technologischen Fortentwicklung und der zunehmenden Globalisierung ergeben.

Zwangsläufig folgen daraus für die Strategien die nachfolgenden Ansätze: Flexibilität der Forschungsförderung, Verstärkung des Wettbewerbs, Bündelung der forscherschen Kompetenz, Beschleunigung des Wissens- und Technologietransfers, aber auch und insbesondere die Verbesserung der rechtlichen und finanziellen Rahmenbedingungen und vor allem die Unterstützung und Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses.

Baden-Württemberg hat mit bahnbrechenden Novellen zum Hochschulrecht eine Grundlage geschaffen, die diesen Anforderungen entspricht. Eines der wichtigsten Ziele war es dabei, die Autonomie der Hochschulen zu stärken. Mit den gewonnenen Freiräumen soll die Attraktivität der Wissenschaft und Forschung erhöht werden. Sie zielen auch ab auf den Wettbewerb innerhalb der Hochschule mit der Möglichkeit der Schwerpunktbildung.

Dazu gehört auch die Reformierung des starren Dienst- und Tarifrechts an den Hochschulen. Sie muss vor allem einen leichteren Wechsel von Wissenschaftlern zwischen der öffentlichen Forschung und der privaten Wirtschaft sowie ein leistungsgerechtes Vergütungssystem ermöglichen.

Zur Verkürzung der Qualifizierungswege, meine Damen und Herren: Einer der wichtigsten Teilaspekte ist die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses. In der Zukunft wird es verstärkt darum gehen, die besten Köpfe für das Land zu gewinnen und im Land zu behalten.

(Beifall bei der CDU)

Dies beginnt bei der Nachwuchsförderung. Deshalb ist die systematische Promotionsförderung ein wichtiges Stadium auf dem Weg zum Erreichen eines Professorenamts. Ob sich die anschließende Weiterqualifikation als Voraussetzung für die Berufung in ein Professorenamt über den bisherigen akademischen Weg weiterentwickelt oder die vom Bundesforschungsministerium vorgeschlagene Juniorprofessur entscheidend sein soll, wird bekanntlich in Politik und Wissenschaft konträr diskutiert. Soweit damit eine Straffung der Qualifikationsdauer erstrebt wird, findet dies durchaus unsere Unterstützung. Wir haben aber erhebliche Vorbehalte gegen die in § 44 des Entwurfs eines neuen Hochschulrechtsrahmengesetzes vonseiten des Bundes vorgesehene Regelung. Nach unserer Auffassung muss die Habilitation auch weiterhin als ein möglicher Weg erhalten bleiben. Auch hier verlangen Autonomie und Flexibilität,

dass bei unterschiedlicher Fächerstruktur unterschiedliche Qualifikationswege eröffnet bleiben. Ein faktisches Verbot der Habilitation ist nicht sachgerecht und kein Beitrag zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für die wissenschaftliche Tätigkeit an den Hochschulen.

Die Landesregierung sollte im Übrigen sowohl hier wie auch bei den weiteren Positionen der Dienstrechtsreform schon aus verfassungsrechtlichen Gründen den bei der Rahmengesetzgebung verbleibenden Freiraum verteidigen und jede Einschränkung der den Ländern zustehenden Gesetzgebungshoheit zurückweisen. Der Gesetzgebungsrahmen aus Artikel 75 des Grundgesetzes darf keine Nivellierung und Einschränkung des Wettbewerbs zur Folge haben.

Dies gilt auch für die bundesrechtlichen Vorschläge auf dem Gebiet des Besoldungsrechts. Auch hier muss dem Land die Möglichkeit bleiben, durch finanzielle Anreize Spitzenkräfte berufen und behalten zu können.

Auch wenn es die Finanzminister nicht gerne hören: Eine solche Reform wird nicht kostenneutral durchführbar sein. Eine solche Reform muss insbesondere berücksichtigen, dass sich die Hochschulen in der Konkurrenz mit der Wirtschaft und den dort vielfach attraktiveren Angeboten befinden. Eine Umverteilung vorhandener Mittel zugunsten weniger und zulasten vieler wollen wir nicht.

(Abg. Fleischer CDU: Sehr richtig!)

Eine gesonderte Erwähnung, meine Damen und Herren, gilt den Fachhochschulen. Die ihnen von allen Seiten mit Recht entgegengebrachte Anerkennung für ihren wichtigen Beitrag im tertiären Bereich muss sich zwangsläufig auch bei der Dienstrechtsregelung auswirken. Wir stimmen der vom Wissenschaftsminister in der Stellungnahme zu unserem Antrag gemachten Aussage in diesem Punkte zu.

Wir müssen bei der Reform auch die Berufsakademien, eine Besonderheit der baden-württembergischen Hochschullandschaft, in unsere Überlegungen einbeziehen. Auch sie sind ein wichtiger Faktor unseres Ausbildungssektors.

Meine Damen und Herren, nachdem in der letzten Legislaturperiode die strukturellen Voraussetzungen für eine moderne Hochschullandschaft geschaffen wurden, geht es jetzt um die Feinsteuerung und Fortentwicklung. Wir wollen dabei die Rahmenbedingungen für die wissenschaftliche Tätigkeit an den Hochschulen des Landes verbessern. Da wir bereits über ein hohes Niveau verfügen, heißt das konkret: Wir wollen den Spitzenplatz Baden-Württembergs auf diesem Terrain erhalten und ausbauen. Wir sind alle aufgerufen, daran mitzuwirken.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Das Wort erteile ich Frau Abg. Bregenzer.

**Abg. Carla Bregenzer SPD:** Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Drei Komponenten bestimmen die Attraktivität einer Tätigkeit, schreibt der Minister in der Antwort auf die Anfrage der CDU: der Inhalt der je-

(Carla Bregenzler)

weils wahrzunehmenden Aufgabe – das ist in der Regel stark individuell geprägt und von der Politik sicher nur bedingt zu beeinflussen –, die angemessene finanzielle Dotierung und die Rahmenbedingungen für Forschung, Entwicklung und Lehre. Da sind wir in der Politik gefragt.

Jahrelang haben Experten, Professorinnen, Professoren, Politikerinnen und Politiker im Wissenschaftsbereich beklagt, dass die Dotierung schlecht und falsch konstruiert sei, dass die Rahmenbedingungen fortschrittsfeindlich und wettbewerbsfeindlich seien.

Die schwarz-gelbe Bundesregierung hat dann in einem ersten Schritt die Hochschulrahmengesetzgebung dergestalt verändert, dass in den Ländern einiges an Autonomie für die Hochschulen möglich ist. Die rot-grüne Bundesregierung hat nun den deutlich schwierigeren Teil übernommen, das Dienstrecht und die Besoldung zu verändern und an ein System anzupassen, das wettbewerbsfähig und modern ist. Sie hat sich dazu Experten bedient, auch der Hochschulrektorenkonferenz, und hat sich dazu Sachverstand geholt. Aus diesem Kreis wurden entsprechende Vorschläge gemacht, die in den Bundesgesetzentwurf eingeflossen sind.

In der Antwort auf die CDU-Anfrage bewertet dies der Minister auch vorsichtig positiv. In seinen Pressemitteilungen reagiert er allerdings unvorsichtig negativ – unvorsichtig deshalb, weil er eine ganze Menge falscher Behauptungen aufstellt, die er selber in der Stellungnahme zum CDU-Antrag widerlegt.

Der Minister fordert: Professoren sollten zukünftig leistungsabhängiger bezahlt werden. Der Gesetzentwurf sagt: Die Alterszulage ist abgeschafft; die Leistungszulage wird eingeführt, und zwar für Berufungen, für Funktionen, Forschung, Lehre und Projekte. Die Forderung des Ministers ist also erfüllt. Das schreibt er auch in seiner Antwort.

Die zweite Forderung des Ministers: Wir brauchen Bandbreiten für die W-2- und W-3-Besoldung. Der Gesetzentwurf sagt: Der Grundbetrag für die Professorenbesoldung in W 2 und W 3 ist ein Mindestbetrag. Dazu kommen entsprechende Zulagen. Wie diese Zulagen an welchen Stellen in welcher Höhe vergeben werden, wird in die Länderverantwortung übergeben. Herr Minister, was wollen Sie mehr? Es wird keine Obergrenzen mehr geben. Insofern kann auch Ihre Forderung, zukünftig Spitzenleute in so genannten marktgängigen Positionen mit Spitzengehältern zu versehen, umgesetzt werden. Nur zu! Haben Sie Mut! Unsere Unterstützung haben Sie.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Der Minister kritisiert die Regelung zur Ruhegehaltspflicht der leistungsbezogenen Zulagen als unzureichend. Der Gesetzentwurf sagt: Die Länder können die Ruhegehaltspflicht nach ihren eigenen Vorstellungen gestalten; sie können über das, was das Gesetz vorgibt, hinausgehen – nicht nur in der Höhe, sondern auch in der Art. Also, Herr Minister, auch das ist ein Schritt, den Sie tun können – mit unserer Unterstützung.

Sie begrüßen in der Stellungnahme zum Antrag und auch in Ihren sonstigen öffentlichen Äußerungen, dass in Zukunft Fachhochschulprofessoren höhere Bezüge erhalten

können und dass es möglich ist, auch dort Spitzengehälter zu gewähren.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Also! Nur zu!)

Das heißt, die Gleichwertigkeit von Fachhochschule und Universität wird durch diese Gesetzgebung konkret umsetzbar.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Eben!)

Herr Minister, Sie müssten dieses Gesetz eigentlich unterstützen.

Der Minister fordert eine jährliche Erhöhung des Vergaberahmens um 2 %. Der Gesetzentwurf sagt: Erhöhung des Vergaberahmens um durchschnittlich 2 %. Und er sagt darüber hinaus, weil er von „durchschnittlich“ spricht: Sie können über diese 2 % hinausgehen. Wer tut dies? Wieder die Länder. Das heißt, der Bund hört auf, zu reglementieren, der Bund entlässt die Länder in die Freiheit, und da wird es eben schwierig.

(Abg. Teßmer SPD: Vorbildlich!)

Also, Herr Minister, eigentlich sind alle Ihre Forderungen erfüllt. Warum sind Sie dennoch dagegen?

(Abg. Teßmer SPD: Er muss!)

Sie sind zwar nicht in der Stellungnahme zu diesem CDU-Antrag dagegen, aber in den nachfolgenden und vorangehenden Pressemitteilungen.

Ich denke, zum einen geschieht das aus parteipolitischen Gründen. Das ist nachvollziehbar. Sie als CDU sind in Berlin in der Opposition, und da ist es sehr schwierig, bei Entscheidungsprozessen einer rot-grünen Initiative zuzustimmen.

Für noch wahrscheinlicher halte ich es aber, dass Sie aus Angst vor dem eigenen Finanzminister Nebelkerzen werfen,

(Abg. Bebbler SPD: So ist es!)

aus Angst davor, dass deutlich wird, dass Sie sich nicht durchsetzen können.

(Abg. Bebbler SPD: So ist es! – Abg. Ursula Haußmann SPD: So ist es! – Abg. Pfisterer CDU: Nein, Angst hat er keine!)

Nicht nur der Minister wird sich nicht durchsetzen können, sondern auch die Wissenschaftspolitikerinnen und Wissenschaftspolitiker werden sich nicht durchsetzen können. Der Bund hat die Länder in die Eigenverantwortung entlassen. Nehmen Sie mehr Geld in die Hand, gewähren Sie Spitzengehälter, geben Sie erhöhte Ruhegehälter! Sie haben dazu unsere volle Unterstützung. Niemand von der SPD wird Ihnen dabei widersprechen. Niemand wird dagegen stimmen, wenn Sie den Vergaberahmen erhöhen, wenn Sie Spitzengehälter zahlen, wenn Sie Kriterien und Bandbreiten – Sie fordern ja Bandbreiten – für die Gehälter festlegen, wenn Sie W-3-Professuren an Fachhochschulen verstärken. Dabei haben Sie uns völlig auf Ihrer Seite.

(Beifall bei der SPD – Abg. Bebbler SPD: Hervorragend!)

(Carla Bregenzer)

Ich will noch einen zweiten Punkt kurz ansprechen, nämlich die Abschaffung der Habilitation. Herr Klunzinger, Sie haben das gerade auch angesprochen. Es gab jahrelang Kritik an der Habilitation, es wurde von einem zu langen Weg gesprochen, es war die Rede von zu starker Bindung an Doktoren und an Professoren. Herr Frankenberg, Ihr Vorgänger war ein Vorreiter der Abschaffung der Habilitation. Er war auch mit Eigenlob ein Vorreiter und eine Speerspitze gegen die Habilitation.

Der Bildungsausschuss hat in der letzten Woche die Habilitation nicht abgeschafft, sondern ihr vielmehr Priorität eingeräumt und eine Formulierung gefunden, die die Habilitation nach wie vor möglich macht. Ich denke, dass dies notwendig ist, dass wir dies brauchen.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Armer Minister!)

Es gibt einen Beschluss der Ministerpräsidenten vom Dezember des Jahres 2000. Danach sollen bis zum Jahr 2005 in allen wissenschaftlichen Qualifikationsprozessen bis zu 40 % Frauen sein. Tatsächlich haben wir im Augenblick maximal 17,7 % Frauen unter denen, die habilitieren, während 43 % derer, die Examen machen, Frauen sind. Das heißt, in diesem Habilitationsprozess gehen sehr viele Frauen „verloren“. Wenn wir nun der Juniorprofessur den Vorrang einräumen, können wir tatsächlich Frauenförderung durchführen.

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Frau Kollegin Bregenzer, ich darf Sie bitten, zum Abschluss zu kommen. Ihre Redezeit ist abgelaufen.

**Abg. Carla Bregenzer SPD:** Ich war im Moment beim Anheben zu den letzten zwei Sätzen.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Im Anflug!)

– Genau, im Landeanflug. – Herr Minister Frankenberg, der Bund hat den Wettbewerb der Länder eröffnet. Blockieren Sie diesen Wettbewerb nicht; denn wenn Sie dieses Gesetz auf Bundesebene blockieren, schieben wir all die Themen, die dringend angepackt werden müssen, auf die lange Bank. Das können weder Sie noch wir wollen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Pfister.

(Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Also, Ernst, wir klatschen, wenn du gut bist! Sonst ist ja niemand von der FDP/DVP mehr da! – Weitere Zurufe von den Grünen)

**Abg. Pfister FDP/DVP:** Verehrte nicht anwesende FDP/DVP-Kollegen, Frau Präsidentin, meine Damen und Herren!

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Das ist Bildungspolitik bei der FDP/DVP! – Abg. Bebbler SPD: Er hat einen schweren Stand! – Abg. Carla Bregenzer SPD: Megathema Bildung! – Lebhaftige Unruhe)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Das Wort hat Herr Abg. Pfister!

**Abg. Pfister FDP/DVP:** Immerhin kann ich darauf hinweisen, meine Damen und Herren, dass das Zentrum für Hochschulentwicklung dem Hochschulgesetz des Landes Baden-Württemberg attestiert, das liberalste in der Bundesrepublik Deutschland zu sein. Immerhin kann ich auch darauf hinweisen, dass das Zentrum für Hochschulentwicklung nicht nur weiß, dass das Land Baden-Württemberg die meisten Hochschulen hat, sondern auch weiß, dass wir die besten Hochschulen haben.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Abg. Pfisterer CDU: Da kann man klatschen!)

Dass dies so ist, hängt damit zusammen, dass bereits in der letzten Legislaturperiode entsprechende Reformschritte eingesetzt haben und dass diese Reformschritte selbstverständlich in dieser Legislaturperiode fortgesetzt werden.

Ich will Ihnen in diesem Zusammenhang vier Punkte nennen, die mir wichtig erscheinen, um diesen Reformprozess fortzusetzen und damit auch den Spitzenplatz der baden-württembergischen Hochschulpolitik zu verteidigen.

Punkt 1: Ich bin der Meinung und bleibe dabei, dass der Wettbewerb unter den Hochschulen in der Zukunft noch verstärkt werden muss. Wir alle wissen, dass Wettbewerb – gerade auch zwischen Bildungseinrichtungen – immer zu mehr Qualität führt. Wir haben begonnen, indem wir eine Evaluationsagentur in Baden-Württemberg errichtet haben, und zwar mit dem Ziel, dass unsere Bildungseinrichtungen wirklich auf den Prüfstand kommen und die Ergebnisse nicht im stillen Kämmerlein verschwinden, sondern auch in der Öffentlichkeit diskutiert werden. Das wird ein wichtiger Schritt für die Zukunft sein.

Wir haben zweitens, wie Sie wissen, leistungsorientierte Mittelzuweisungen aufgenommen. Diese leistungsorientierten Mittelzuweisungen werden dazu führen, dass die Hochschulen auch einen materiellen Anreiz haben, ihre Qualität von sich aus zu erhöhen. Baden-Württemberg ist das erste Bundesland, das für die Hochschulen ein Selbstauswahlrecht aufgenommen hat, und Sie wissen ganz genau, dass wir mit diesem jetzt bestehenden Selbstauswahlrecht noch längst nicht zufrieden sind. Wir sind erst dann zufrieden, wenn die unselige ZVS endlich verschwunden ist.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Herr Minister, ich weiß zwar, dass die Kündigung des ZVS-Staatsvertrags erst zum Ende des Jahres 2003 möglich ist, aber ich habe überhaupt nichts dagegen, wenn die Landesregierung schon sehr bald die Kündigung vornimmt, um auch in den anderen Bundesländern einen entsprechenden Reformprozess in Gang zu setzen.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Die zweite wichtige Bemerkung ist, dass wir noch größere Anstrengungen unternehmen müssen, um die Studienzeiten zu verkürzen. Auch hierfür sind übrigens die leistungsorientierten Mittelzuweisungen sehr wichtig. Denn leistungsorientierte Mittelzuweisungen bedeuten, dass die Hochschulen, denen es gelingt, die Studierenden in einer vernünftigen Zeit zu einem ersten berufsqualifizierenden Abschluss zu führen, auch finanziell besser dotiert werden.

(Pfister)

Ich bin der Meinung, dass wir mit der Einführung von internationalen Abschlüssen – Stichworte: konsekutive Studiengänge, Masterabschluss, Bachelorabschluss, natürlich mit den Hochschulen – weitermachen müssen. Auch dies kann zu weiteren Studienzeiterkürzungen führen.

Herr Minister, die Langzeitstudiengebühren, die in Baden-Württemberg eingeführt worden sind und übrigens auch von vielen SPD-regierten Bundesländern übernommen werden, haben nur insofern zu einer Abschreckung geführt, als viele Langzeitstudierende in der Zwischenzeit zu Potte gekommen sind, aber keinesfalls etwa zu einer Abschreckung insofern, als weniger Erstsemester nach Baden-Württemberg gekommen wären. Das Gegenteil ist der Fall.

Herr Minister, wenn es darum geht, eine andere Form von Studiengebühren in Baden-Württemberg einzuführen – unter der Voraussetzung, dass damit nicht ein sozialer Numerus clausus verbunden ist, unter der Voraussetzung, dass die Mittel, die dadurch eingenommen werden, bei den Hochschulen verbleiben –, dann können Sie mit der FDP/DVP heute, morgen oder auch übermorgen diese Langzeitstudiengebühren abschaffen und die so genannte nachlaufende Studiengebühr, die wir immer gewollt haben, einführen.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Wir wollen die besten Köpfe für unsere Hochschulen – da sind wir uns einig –, und wenn wir dies wollen, dann muss eine Dienstrechtsreform kommen. Das ist völlig klar. Ziel dieser Dienstrechtsreform ist eine Reform der Professorenbesoldung: Sie muss flexibler sein, sie muss leistungsbezogener sein, sie muss attraktiver sein, aber sie muss natürlich – da haben Sie völlig Recht – für die Länder auch entsprechende Öffnungsklauseln enthalten, sie muss entsprechende Gestaltungsmöglichkeiten einräumen. Kostenneutral wird das nicht zu machen sein.

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Richtig!)

Darüber sind wir uns alle einig. Ich sehe gerade in dieser Dienstrechtsreform eine große Möglichkeit, jetzt hinsichtlich des Verhältnisses zwischen Universitäten und Fachhochschulen Ernst zu machen. Wir sollten es nicht nur bei Sonntagsreden belassen,

(Abg. Bebber SPD: Ja! – Abg. Carla Bregenzer SPD: Sehr gut!)

dass Fachhochschulen zwar nicht gleichartig, aber gleichwertig sind. Vielmehr können wir jetzt im Zusammenhang mit der Dienstrechtsreform durch entsprechende Überschneidungen von W-2- und W-3-Ämtern auch einen wichtigen Schritt dazu tun. Deshalb bin ich völlig damit einverstanden, wenn Sie sagen, dass wir schrittweise dazu kommen müssen, W-2-Stellen nicht nur an Fachhochschulen und W-3-Stellen nicht nur an Universitäten zu etablieren, sondern auch Überschneidungen zuzulassen. Um es in einem Satz zu sagen: Unser Ziel muss sein, dass ein Fachhochschulprofessor im Land Baden-Württemberg auch mehr verdienen kann als ein Universitätsprofessor, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der SPD – Abg. Carla Bregenzer SPD: Gut! – Abg. Bebber SPD: Sehr schön!)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Herr Kollege Pfister, darf ich Sie bitten, zum Ende zu kommen. Ihre Redezeit ist überschritten.

**Abg. Pfister** FDP/DVP: Ich versuche, den Landeanflug hinzubekommen.

Ich möchte Ihnen also sagen, dass ich sehr für das Instrument des Juniorprofessors bin. Ihr Vorgänger, Herr Minister, hat immer gesagt, das bestehende Habilitationsrecht führe dazu, dass die Erstberufung von Professoren in einem Alter stattfindet – nämlich mit durchschnittlich 41 Jahren –, in dem die Leute im Mittelalter schon längst gestorben waren. Damit hat er Recht, bis zum heutigen Tag. Ich glaube, dass das Instrument des Juniorprofessors eine gute Möglichkeit ist, dieses hohe Alter abzusenken. Ich bin völlig damit einverstanden, wenn wir in die Gesetze kein „Entweder-oder“, sondern ein „Sowohl-als-auch“ hineinschreiben. So werden wir es wohl auch tun.

Meine Damen und Herren, mein Optimismus ist, was die Hochschulpolitik des Landes Baden-Württemberg angeht, riesengroß. Erstens – –

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Darf ich Sie bitten, zum Ende zu kommen.

**Abg. Pfister** FDP/DVP: Ich komme zum Landeanflug. – Erstens haben wir aus der Zukunftsoffensive III erhebliche finanzielle Mittel zur Ausstattung unserer Hochschulen, und zweitens haben wir eine Reformpolitik, die diesen Namen verdient hat. Dies wird dazu führen, dass wir auch weiterhin Spitze sind.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der FDP/DVP sowie Abgeordneten der CDU und der Abg. Carla Bregenzer SPD – Abg. Carla Bregenzer SPD: Das war jetzt eine Ampelkoalition, auch was den Beifall angeht!)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Das Wort erteile ich Frau Abg. Bauer.

**Abg. Theresia Bauer** GRÜNE: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Vordringliche Aufgabe der Hochschulpolitik des Landes wird es in den nächsten Jahren sein, die Bedingungen wissenschaftlichen Arbeitens und Lernens zu verbessern.

Woran es derzeit fehlt, kann man sehr eindrucksvoll erkennen, wenn man überprüft, welche Personengruppen in der Hochschullandschaft denn fehlen. Es fehlt an jungen Wissenschaftlern, und wir verzeichnen einen eklatanten Mangel an Wissenschaftlerinnen. Jetzt ist genau der richtige Zeitpunkt, den Generationenwechsel zu fördern und ihn mit einem strukturellen Wandel zu verbinden,

(Abg. Dr. Salomon GRÜNE: So ist es!)

denn über 50 % der Professoren werden in den nächsten zehn Jahren in den Ruhestand gehen. Es ist zu begrüßen, dass die Bundesregierung die überfällige Modernisierung des Dienstrechts von Professoren jetzt angepackt hat. Deshalb möchte ich zum Antrag der CDU sagen: Die Rahmenbedingungen wissenschaftlicher Tätigkeit werden derzeit

(Theresia Bauer)

von der rot-grünen Bundesregierung massiv verbessert. Die wichtigste Errungenschaft in diesem Zusammenhang ist die Neugestaltung des Weges zur Professur. Sie läuft unter dem Stichwort „Einführung der Juniorprofessur“.

Die Nachwuchsförderung ist bisher die Schwachstelle des deutschen Hochschulsystems im internationalen Vergleich. In Deutschland arbeiten junge Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler zu spät selbstständig und eigenverantwortlich. In der vielleicht kreativsten Phase ihres Wissenschaftlerlebens sind junge Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler in Abhängigkeit gehalten. Sie sind degradiert als Zuarbeiter für Ordinarien und werden einer sehr langen Prüfungsphase ausgesetzt. Dies ist auch der Grund dafür, dass immer mehr Nobelpreisträger zwar aus Deutschland kommen, nach ihrem Studium und ihrer Promotion aber in die USA gegangen sind. Nicht die hohen Gehälter, sondern die besseren Arbeitsbedingungen haben zu einem regelrechten Exodus junger Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler geführt.

Das bisherige Verfahren, die Habilitation als Königsweg zur Professur, war eine Altersfalle.

(Abg. Dr. Salomon GRÜNE: So ist es! – Abg. Pfister FDP/DVP: Ja, stimmt!)

Die Juniorprofessur ist konzipiert als eine sechs Jahre währende Phase mit dem Recht zum selbstständigen Forschen und Lehren. Wir wollen diese Selbstständigkeit schon im Alter von 30 Jahren und nicht erst mit 40. Wichtig an dem Weg zur Professur ist, dass nicht mehr die abgebende Institution über die Qualifikation eines Bewerbers entscheidet, sondern die aufnehmende, weil sie die Entscheidung auch zu verantworten hat.

Noch ein Wort zur künftigen Rolle der Habilitation. Noch einmal: Ich meine, es ist gut, dass sie nicht mehr der Königsweg ist. Aber es bleibt selbstverständlich unbenommen – das steht ja auch so im Gesetzentwurf –, dass in den Geisteswissenschaften in der Zeit der Juniorprofessur ein großes wissenschaftliches Werk geschrieben wird, das so genannte zweite Buch nach der Promotion. Auch das wird dann, wenn es in einem namhaften Verlag erscheint, entsprechend begutachtet werden und von der Scientific Community wahrgenommen werden. Die Besonderheit einzelner Fachkulturen wird also weiterhin möglich sein. Aber das neue Dienstrecht beendet zu Recht den deutschen Sonderweg und verbessert damit die Konkurrenzsituation junger Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler in der internationalen Wissenschaft.

(Beifall bei den Grünen)

Jetzt zum zweiten Punkt, zu den besseren Rahmenbedingungen für Frauen. Ich gehe davon aus, dass das neue Dienstrecht die Möglichkeit bietet, mehr Frauen für eine wissenschaftliche Tätigkeit zu gewinnen. Die derzeitige Situation ist ja eklatant – folgende Zahlen dazu –: Der Anteil der Frauen im Studium beträgt um die 50 %, unter den Promovierenden machen Frauen noch 30 % aus, bei den Habilitierten sind es um die 20 %, und unter den Professoren liegt der Anteil der Frauen unter 10 %. Damit ist erwiesen,

dass der Weg zum Professor in Deutschland Frauen systematisch ausgegrenzt hat. Im internationalen Vergleich schneiden wir tatsächlich sehr schlecht ab, denn in allen vergleichbaren Ländern Europas ist der Anteil der Frauen in der Professorenschaft deutlich höher.

(Zuruf von den Grünen: Hört, hört!)

Mit der Juniorprofessur ist ein klarer und überschaubarer Weg zur Professur möglich. Das ist gerade für Frauen wichtig, besonders in der Phase, in der sie Kinder bekommen. Deswegen ist besonders zu begrüßen, dass es die Juniorprofessur ermöglicht, einen dreijährigen Erziehungsurlaub und eine zweijährige Teilzeit in diese Phase zu integrieren. Ich hoffe darauf, dass die aktive Förderung von Frauen in der Juniorprofessur tatsächlich stattfindet, und ich setze dabei auch auf Ihr Engagement, Herr Minister Frankenberger, zum Beispiel wenn es darum geht, Absprachen zwischen Bund und Ländern zu treffen, einen bestimmten Anteil der Juniorprofessuren verbindlich für Frauen zu reservieren.

(Abg. Pfisterer CDU: Wir wollen keine Quotenfrauen, wir wollen gute Frauen!)

– Das ist Voraussetzung. Wenn sie schon einmal so weit gekommen sind, brauchen Sie sich keine Sorgen zu machen.

Ich komme zum Schluss: Die Umsetzung des neuen Dienstrechts auf Landesebene ist eine der wichtigsten Herausforderungen in den nächsten Jahren. Wir sollten uns gemeinsam dieser Aufgabe stellen. Herr Wissenschaftsminister, ich glaube, es ist nicht im Sinne des Hochschulstandorts Baden-Württemberg, wenn man sich ausgerechnet bei einem solchen Punkt als Parteipolitiker erweist und sich dabei gegenüber Rot-Grün in Berlin profilieren will.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Meine Damen und Herren, unter unseren Gästen auf der Zuhörertribüne begrüße ich besonders den Generalkonsul der Republik Slowenien, Herrn Dr. Matjaž Jevnišek. Er hat seinen Sitz in München und ist mit für das Land Baden-Württemberg zuständig.

(Beifall im ganzen Haus)

Herr Generalkonsul Jevnišek stattet heute dem Landtag von Baden-Württemberg seinen offiziellen Antrittsbesuch ab.

Herr Generalkonsul, ich wünsche Ihnen weiterhin einen guten und informativen Aufenthalt hier im Landtag und freue mich auf eine gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit.

(Beifall im ganzen Haus)

Das Wort in der Aussprache erteile ich Herrn Minister Dr. Frankenberger.

**Minister für Wissenschaft, Forschung und Kunst**

**Dr. Frankenberg:** Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Kollege Klunzinger hat ausgeführt, dass wir über ein ausgezeichnetes Hochschulsystem verfügen. Ein ausgezeichnetes Hochschulsystem braucht auch ein modernes Dienst- und Tarifrecht und braucht alternative Qualifikationswege zum Hochschullehrer oder zur Hochschullehrerin. Das ist richtig.

Die Bundesregierung hat einen Gesetzentwurf vorgelegt zur Reform des Dienstrechts der Professorinnen und Professoren und gleichzeitig zu einer Reform des Hochschulrahmengesetzes, was die Qualifikation zum Hochschullehrernachwuchs betrifft. Dieser Gesetzentwurf geht von vernünftigen Intentionen aus. Wir richten uns auch nicht gegen dieses Gesetz als solches, sondern gegen die spezifische Ausprägung. Wir lehnen das Gesetz nicht ab, sondern wir haben konkrete Änderungsanträge im Bundesrat gestellt, und zwar nicht, um das Gesetz zu verhindern, sondern um dazu beizutragen, dass das Gesetz seine eigentlichen Wirkungen, die es anstrebt, auch erfüllen kann. Zu diesem Gesetz kann man also mit der Bundesregierung im Gemeinsinn durchaus schnell kommen, wenn man unsere Änderungsanträge, die wir im Bundesrat gestellt haben, annimmt und sie nicht ohne eigentliche Sachargumentation zurückweist.

(Beifall bei der CDU)

Wenn Sie in diesem Zusammenhang jemandem Parteipolitik vorwerfen, frage ich mich: Warum stimmt die Bundesregierung nicht unseren Änderungsanträgen zu? Denn es sind Änderungsanträge, die letztlich in der Ausprägung die Länder betreffen und nicht den Bund. Ich will sie im Einzelnen darlegen.

Worum geht es in der Intention? Es geht darum, die Qualifikationswege in international üblicher Weise zu ergänzen – Juniorprofessur – und uns ein flexibleres Dienstrecht zu geben. Flexibleres Dienstrecht muss aber im Sinne des Wettbewerbs der Hochschulen und eines föderalen Wettbewerbs auch heißen, dass den Ländern mehr individuelle Gestaltungsmöglichkeiten bei der Ausprägung ihres Dienst- und Tarifrechts, das heißt ihrer Besoldung, gegeben werden.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Pfister FDP/DVP)

Wir sehen aber immer engere Reglementierungen, die uns eigentlich von Land zu Land keine wirklichen unterschiedlichen Ausprägungen gestatten.

Ein zweiter Kritikpunkt, zu dem ich noch kommen werde, ist der, ob dieses Gesetz in der Reihenfolge der notwendigen Reformschritte an unseren Hochschulen überhaupt an der richtigen Stelle steht, ob die Voraussetzungen zur Umsetzung des Gesetzes in den Strukturen der Hochschulen überhaupt gegeben sind. Die Änderungsanträge, die wir gestellt haben, betreffen das Dienstrecht der Professorinnen und Professoren. Ich persönlich hätte es zum Beispiel für sinnvoller gehalten, zunächst das Dienstrecht für den wissenschaftlichen Dienst, einschließlich der Einführung der Juniorprofessur, zu reformieren, denn uns laufen die Wis-

senschaftler, und zwar die jungen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler in wirtschaftsnahen Fächern, weg – in Informatik, in Betriebswirtschaftslehre, aber auch in Jura. Dort haben wir den größten Änderungsbedarf. Die Professorinnen und Professoren laufen uns nicht aus unseren Hochschulen weg. Wir haben auch nicht die Not, sie gegen die Konkurrenz der Wirtschaft oder des Auslands zu behalten oder Rufe zu gewinnen, sondern im wissenschaftlichen Bereich haben wir die größten Probleme. Diesen Bereich hat man nicht reformiert. Ihn hätte ich als Erstes angegangen und danach erst das Dienstrecht der Professorinnen und Professoren. Für die Universitäten haben wir im Bereich von C 4 genügend Möglichkeiten, sowohl adäquate Gehälter in Konkurrenz zur Wirtschaft zu bieten, als auch bei Auslandsrufen konkurrenzfähig zu sein. Solche Möglichkeiten haben wir nicht bei den C-3- und C-2-Dotierungen an den Universitäten oder Fachhochschulen.

Nun will ich zunächst einmal – Frau Bregenzer, Sie haben es erwähnt – auf die Grundgehälter eingehen. Wir fordern und haben als Land gefordert, für die Grundgehälter – nicht für die Gehälter als solche – Bandbreiten einzuräumen, damit wir auch im Individualfall und von Land zu Land unterschiedlich zwischen Grundgehälthöhe und Zulagenhöhe unterscheiden können. Das ist wichtig, denn wie auch immer die Ruhegehaltsfähigkeit der Zulagen gestaltet wird, im Gesetz steht: In der Regel sollen Zulagen nur bis zu 40 % des jeweiligen Grundgehalts ruhegehaltsfähig sein, und nur die Zulagen der letzten fünf Jahre, die jemand bekommen hat, sollen ruhegehaltsfähig sein. Dies bedeutet: Je niedriger die Grundvergütung, umso niedriger ist nachher die Pensionsleistung. Deshalb haben wir Bandbreiten gefordert, und zwar auch Bandbreiten, bei denen sich W 2 und W 3 überlappen. Wenn die Bandbreite der Grundvergütung groß genug wäre, könnten wir mit einem einzigen Professorengehaltsstatus, nämlich einer einzigen W-Stufe, auskommen, könnten alle Differenzierungen innerhalb dieser Bandbreite der Grundvergütung durchführen.

Ich will Ihnen ein Beispiel geben, warum Bandbreiten sehr sinnvoll und notwendig sind. Wie gesagt, wir wollen nicht den Gesetzentwurf ablehnen, sondern wir wollen ihn verbessern. Denn 7 000 DM Grundvergütung und 8 500 DM Grundvergütung, die auch ohne Zulagen gewährt werden können,

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Nur in Ausnahmefällen!)

sind kein amtsangemessenes Gehalt und kein Gehalt, mit dem wir in Konkurrenz zur Wirtschaft oder gar in Konkurrenz mit dem Ausland bestehen können.

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Aber schon bei der ersten Berufung kommt eine Zulage drauf!)

– Es muss nicht. Es kann, aber es muss keine Zulage draufkommen. Sie müssen ja sehen: Wenn wir Spitzenkräfte wirklich spitzenmäßig besolden – jede andere Annahme als die, dass uns in den nächsten Jahren bundesweit keine zusätzlichen Haushaltsmittel für die Besoldung zur Verfügung stehen, ist eine Illusion –, wenn das also finanzneutral kommt, dann bedeutet es, dass wenige sehr viel mehr bekommen und die Mehrzahl der Professorinnen und Pro-

(Minister Dr. Frankenberger)

fessoren schlechter besoldet wird, als dies vergleichsweise heute der Fall ist.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Ich nenne Ihnen ein Beispiel. Wir haben alle Gehälter nach unserem derzeitigen Finanzvolumen durchgerechnet. Ich gehe jetzt bewusst einmal von einem W-3-Professor oder einer W-3-Professorin an einer Fachhochschule aus. Damit geben wir den Fachhochschulen das Höchstmögliche, die höchstmögliche Gehaltsstufe. Wir müssen aber von dem uns für die Besoldung zur Verfügung stehenden Finanzvolumen ausgehen. Wenn wir dieses mittlere Finanzvolumen nehmen und die uns im Mittel zur Verfügung stehende Zulagenhöhe zur W-3-Besoldung addieren, dann kommen wir zu einem niedrigeren Lebenseinkommen dieses W-3-Professors, als es ein C-3-Professor an der Fachhochschule heute hat. Wie soll ich denn einem Fachhochschulkollegen verkaufen, dass es nun ein Dienst- und Tarifrecht mit hoher Wettbewerbsfähigkeit gibt, das ihn besser stellt, wenn man beim Nachrechnen herausfinden kann, dass er oder sie sich schlechter stellt, als das bisher bei dem C-3-Gehalt der Fall gewesen ist?

Die Fachhochschulen sind in einem zweiten Punkt sehr nachhaltig tangiert. Bei den Fachhochschulen haben wir sehr viele Kolleginnen und Kollegen, die in Besoldungsgruppe C 2 eingestellt worden sind und die im Laufe ihres Lebens eine Beförderung nach C 3 erwarten. Das neue Gesetz führt zum Wegfall der C-Gehälter, das heißt dazu, dass eine Beförderung von C 2 nach C 3 nicht mehr möglich ist. Wir werden 40 %, 50 % oder 60 % frustrierte Professorinnen und Professoren an den Fachhochschulen haben, weil das, wofür sie angetreten sind, die Erwartung, die sie hatten, nämlich dass sie einmal nach C 3 kommen können, nicht mehr erfüllt wird. Das sind die wahren Verlierer der Reform. Auch dies wollen wir nicht. Wir wollen keine Reform zulasten dieser Professorinnen und Professoren an den Fachhochschulen unseres Landes.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Deshalb haben wir entsprechende Änderungsanträge gestellt, die inzwischen auch von einer großen Zahl der Länder in der Bundesrepublik unterstützt werden.

Der nächste Punkt ist die Kostenneutralität. Es ist richtig, Frau Bregenzer, dass die Bundesregierung von einer Erhöhung des Vergaberahmens um 2 % jährlich ausgeht. Aber das ist aus Sicht der Bundesregierung natürlich ein Geschäft zulasten Dritter. Denn die Bundesregierung wird dazu keinen einzigen Pfennig an Finanzmitteln bereitstellen.

(Abg. Rückert CDU: So ist es! – Abg. Carla Bregenzer SPD: Die Besoldung ist doch jetzt auch schon Aufgabe der Länder!)

Das geht zulasten Dritter, und das in diesen Zeiten! Es ist eine völlige Illusion zu glauben, dass in diesen Zeiten bei der Notwendigkeit verstärkter Maßnahmen zur inneren und äußeren Sicherheit

(Zuruf der Abg. Carla Bregenzer SPD)

erhebliche zusätzliche Mittel für die Besoldung von Professorinnen und Professoren bereitgestellt werden könnten.

(Abg. Theresia Bauer GRÜNE: Man kann nicht mehr Freiheit und Autonomie verlangen und dann das Geld von oben kriegen wollen!)

– Wenn nicht mehr Geld zur Verfügung steht, Frau Bauer, dann wird das Gesetz kostenneutral durchgeführt.

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Wer hat denn die Kostenneutralität erzwungen?)

– Es steht im Gesetz übrigens drin: Die Reform der Professorenbesoldung soll kostenneutral sein. Gleichzeitig sollen die Länder die Möglichkeit erhalten, den Vergaberahmen jährlich um 2 % erhöhen zu können. Das heißt, das Gesetz selbst enthält den Begriff Kostenneutralität. So kann man kein Gesetz durchführen, mit dem man leistungsbezogene Besoldung einführen will.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Fleischer CDU: So ist es!)

Wir wollen diesen Begriff Kostenneutralität gestrichen haben.

(Zuruf der Abg. Carla Bregenzer SPD)

Alternativ wären wir noch für den bayerischen Vorschlag der Erhöhung des Vergaberahmens um 10 %. Aber der Vergaberahmen alleine nützt natürlich nichts,

(Abg. Pfister FDP/DVP: Wenn kein Geld da ist!)

sondern man braucht echte Haushaltsmittel, um dieses Gesetz wirksam durchführen zu können. Denn sonst wird der Gewinn weniger zum Verlust bei vielen führen. Damit können wir keine Motivation erzielen.

Insofern stimmen wir mit einer Minderheit der Länder überein, die die Kostenneutralität nicht will. Aber man muss auch sehen: Im Bundesrat gibt es eine Mehrheit der Länder – das ist eine gemischte Gruppe von Ländern –, die diese Kostenneutralität strikt im Gesetz verankern will. Ich wende mich ja nicht nur gegen die Bundesregierung, sondern auch dagegen, dass dieses Gesetz durch den Gesetzgebungsmechanismus vonseiten der Bundesregierung einerseits und eventuell auch noch im Bundesrat andererseits zu einem Gesetz wird, das zum Gegenteil dessen führt, was beabsichtigt ist. Wir brauchen eine Reform, das ist richtig. Aber wir brauchen nicht eine Reform, die nachher das Gegenteil dessen herbeiführt, was eigentlich gewollt sein muss.

Das Dritte ist die Frage der Juniorprofessur und der Habilitation. Es ist wichtig, dass wir in Deutschland zu den bisherigen Qualifikationswegen, die ja nicht nur Habilitation bedeuten – wir haben gerade an den technischen Universitäten sehr viele Professorinnen und Professoren, die aus der Wirtschaft kommen und nie diesen Habilitationsweg gegangen sind –, Alternativen haben. Es gibt drei Wege: Es gibt den völlig offenen Weg der Qualifikation, es gibt die Habilitation, und es ist richtig, dass wir einen zusätzlichen Weg selbständiger Qualifikation an den Hochschulen schaffen, der mit dem Begriff Juniorprofessur nicht besonders glücklich umschrieben ist. Aber der Inhalt ist an sich vernünftig.

(Minister Dr. Frankenberger)

Aber sich davon zu erwarten, dass wir dadurch schon eine Verkürzung der Qualifikationszeiten haben, halte ich für einen Irrtum. Denn wir haben jetzt die Qualifikationsstufe C 1, die auf sechs Jahre befristet ist. Wir werden dann die Juniorprofessur haben. Diese ist auch auf sechs Jahre befristet. Das heißt, von der Befristung her gibt es keinen Unterschied. Es gibt einen Unterschied in der notwendigen Freiheit, der wissenschaftlichen Verantwortung, der eigenständigen Forschung. Das ist vernünftig. Aber wir werden nicht per se einen Zeitvorteil haben. Die Zeitnachteile in unserem System haben wir nämlich nicht erst in der Habilitationsphase, sondern schon vorher. Wir brauchen unbedingt eine Untermauerung dieses Weges durch wirklich strukturierte Doktorandenstudiengänge. Dort liegt eine lange Qualifikationszeit in unserem System der Individualpromotion. Wenn wir von dieser nicht abgehen, wird die Juniorprofessur nicht zum Erfolg führen. Denn nur in diesen Doktorandenstudiengängen werden wir, abgesehen vom Individualprinzip, auch wirklich die Besten qualifizieren können, die dann in die Juniorprofessur an den verschiedenen Hochschulen gehen. Das heißt, hier brauchen wir mehr Reformschritte als die, die von der Bundesregierung vorgesehen worden sind. Wir sind mit der Landesrektorenkonferenz in entsprechenden Verhandlungen, um solche Doktorandenstudiengänge einzurichten.

(Zuruf der Abg. Dr. Carmina Brenner CDU)

– Ja.

Aber diese Juniorprofessur hat einen entscheidenden Nachteil in der Konkurrenzfähigkeit. Wir haben Änderungsanträge wegen der Medizinstudiengänge gestellt, denn dort muss es kompatibel mit der Facharztausbildung sein. Wir haben auch darauf gedrungen, dass im parlamentarischen Prozess für Frauen in der Familienphase diese Verlängerungsphasen hineinkommen.

Aber wir haben etwas nicht, nämlich das, was die Assistenzprofessur in den Vereinigten Staaten attraktiv macht, den so genannten Tenure-Track. Diese Juniorprofessur hat keinen vernünftigen Ausgang. Wenn wir es nicht gestatten, dass die exzellenten Juniorprofessorinnen und -professoren auch wirklich über verschiedene Stufen an den betreffenden Hochschulen bleiben können, werden wir in die gleiche Falle wie bei den Assistenzprofessuren laufen, die wir in den Sechziger- und Siebzigerjahren hatten, bei denen aber dann der Karriereweg abgeschnitten war. Dann werden wir eben keine Wettbewerbsfähigkeit mit dem amerikanischen oder dem britischen Hochschulsystem haben. Dann werden uns trotz der größeren Freiheit die guten Leute nach Amerika und nach Großbritannien abwandern. Das heißt, hier brauchen wir eine wesentliche Verbesserung des Gesetzes.

(Abg. Bebbler SPD: Das ist doch schon drin! –  
Abg. Carla Bregenzer SPD: Hat der Bildungsausschuss so beschlossen!)

– Es ist aber mit sehr komplizierten Mechanismen drin, mit dem Wechsel, der einmal notwendig ist. Vor allem haben wir keine verschiedenen Stufen. Sie haben im amerikanischen und im englischen System mindestens vier, fünf Stufen von Tenure-Track, bis Sie zum Full-Professor kommen. Das ist die große Konkurrenzfähigkeit des dortigen Systems.

Dann muss man sagen: Das Entscheidende bei der Juniorprofessur wäre eine flexible Vergütungsmöglichkeit. Mit 6 000 oder 6 500 DM sind wir in Fächern wie Informatik, Betriebswirtschaftslehre oder Jura überhaupt nicht konkurrenzfähig, damit können wir die jungen Leute nicht an unseren Universitäten und Hochschulen halten. Auch hier sind wir dafür, Bandbreiten einzurichten. Erstens hätten wir mehr Konkurrenz unter den Hochschulen, zweitens hätten wir mehr Möglichkeiten, flexibel zu besolden und auch in Konkurrenz zur Wirtschaft diese jungen – –

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Aber auch nicht mehr Geld!)

– Dann müssten wir eben umschichten. Aber, Frau Bregenzer, mir ist es viel wichtiger, die jungen Leute an der Hochschule zu halten und sie auf ihren Karriereweg zu bringen, als den Professorinnen und Professoren höhere Gehälter zu bezahlen, denn da liegt unsere Zukunft.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Carla Bregenzer SPD: Denen wollen Sie ja auch höhere Gehälter zahlen!)

Noch eine Bemerkung zu den strukturellen Voraussetzungen. Überall, wo wir solche Systeme haben – und wir haben sie im Wesentlichen nur in den Vereinigten Staaten –, haben wir ganz andere Entscheidungsstrukturen in den Hochschulen.

Wir müssen uns ja auch die Fragen stellen, die nicht gestellt worden sind: Wer entscheidet über die Zulagen und die Gehälter? Welche Kriterien gelten? Die Bundesregierung sagt, das ginge sie nichts an, das sei Ländersache. Aber wenn sich die Bundesregierung ein Gesetz überlegt und es verfasst, muss sie sich vorher Gedanken machen, wie die Kriterien sind und wer entscheidet. In Baden-Württemberg haben wir Hochschulräte, und das ist wirklich gut so.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Pfisterer CDU: Da passt der Satz besser!)

– Das haben Sie gesagt, Herr Pfisterer.

(Zuruf von der CDU: Der ist jetzt nicht mehr aktuell! – Zuruf des Abg. Bebbler SPD)

Das ist deshalb wichtig, weil wir in den Institutionen unabhängige Entscheider brauchen. Wir können doch nicht von denen, die in Kollegialorganen sitzen und selbst von den Finanzentscheidungen betroffen sind, über Zulagen oder über die Gehälter derer entscheiden lassen, die in diese Institutionen kommen.

(Beifall des Abg. Fleischer CDU)

Stellen Sie sich in diesem System das normale Verfahren an einer deutschen Universität vor: Sie haben eine Berufungskommission. In ihr sitzen die Professorinnen und Professoren dieser Universität. Sie sind nach W 3 besoldet, nehmen wir einmal an. Ihre Zulagen hängen vom Gesamtbudget dieser Hochschule ab. Nun haben sie die Wahl zwischen einem teureren Kollegen oder einer teureren Kollegin und einem preiswerteren Kollegen oder einer preiswerteren Kollegin, die sie berufen. Wie wird die Berufungskommission agieren? Wird sie sagen: „Wir geben einen



(Minister Dr. Frankenberger)

großen Teil unseres Budgets für die Berufung dieser hoch qualifizierten Kollegin aus“?

(Zuruf der Abg. Carla Bregenzer SPD)

– Nein, jetzt entscheiden sie doch überhaupt nicht über die Gehälter. Das macht das Ministerium. Dann werden das die Hochschulen entscheiden.

Oder wird die Berufungskommission sagen: „Zur Rettung unserer eigenen möglichen Zulagen verzichten wir auf die hoch qualifizierte Kollegin und berufen jemanden, der geringere Gehaltsforderungen hat“?

In Amerika entscheidet das der Dean oder der unabhängige Präsident. Sie kommen von außen, werden vom Board bestellt und sind ihren Kolleginnen und Kollegen nicht durch Wahl oder Ähnliches verbunden.

Das heißt, auch hier zeigt sich: Hochschulreform muss in der richtigen Reihenfolge vorgenommen werden. Man muss erst die Strukturen schaffen, die in der Lage sind, dass solche Reformen auch im Inneren der Institutionen vernünftig umgesetzt werden können. Dann muss man diese Reformen implementieren.

Diese Umsetzungsproblematik ist uns sehr wichtig. Denn entweder nehmen wir den Hochschulen wieder Autonomie weg und entscheiden das im Ministerium – das wäre kein vernünftiger Schritt in die richtige Richtung – oder wir geben die Entscheidungen weitgehend in die Kollegialorgane. Das wäre im Endeffekt verheerend. Denn es würde – wie das in Kollegialorganen ist – zur Verteilung der Mittel untereinander in einem friedfertigen Verfahren führen – aber nicht zum Leistungswettbewerb.

Meine Damen und Herren, nachdem wir die Experten angesprochen haben, sehen wir, dass derzeit mehr und mehr Experten vor der Verabschiedung dieses Gesetzes in der gegenwärtigen Form warnen – zuletzt heute in einem Rundbrief Professor Meyer, der frühere Präsident der Humboldt-Universität in Berlin, einer der größten Fürsprecher dieser Reform.

Auch die Hochschulrektorenkonferenz rückt schrittweise von dem Gesetzentwurf ab, den sie ursprünglich einmal selbst gewollt hat.

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Immer, wenn es konkret wird!)

– Im Konkreten sieht man eben, wie sich eine Reform auswirkt. Da beginnen dann auch die Probleme.

(Abg. Pfisterer CDU: So ist es! Ja!)

Wir können nicht am gegenwärtigen Dienst- und Tarifrecht festhalten. Eine Reform ist notwendig, aber es muss sich um eine richtige Reform handeln.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Wir brauchen einen Qualifikationsweg wie bei der Juniorprofessur. Aber alternative Wege wie die Habilitation müssen offen gehalten werden. Denn wir wollen keine Ein-

heitswege vorschreiben, weder bei Bachelor oder Master noch bei Habilitation und Juniorprofessur. Vielmehr wollen wir Konkurrenz, Wettbewerb und alternative Wege. Dann soll sich derjenige Weg durchsetzen, der in dem jeweiligen Fach der geeignetste ist.

Das heißt, wir brauchen auch ein neues Dienst- und Tarifrecht, das es uns gestattet, in den wenigen Einzelfällen mit der Wirtschaft zu konkurrieren. Aber warum sollen wir denn im Beamtenrecht Gehälter ohne Obergrenze bieten können? Das Beamtenrecht – das ist für die Mehrzahl der Professorinnen und Professoren vernünftig – ist doch ein Recht, das besagt, dass man einen gewissen Gehaltsverzicht für die Sicherheit, die man hat, leistet. Warum hat man denn nicht gesagt: Für diejenigen Professorinnen und Professoren, die wirtschaftsnah arbeiten und die eben sehr hohe Gehälter haben wollen, bieten wir außertarifliche Angestelltenverhältnisse? Warum bietet man in diesem Bereich, in dem man genauso viel verdienen will wie in der Wirtschaft, auch noch den Vorteil des Lebenszeitbeamten-tums und sagt dort nicht: „In diesen Ausnahmefällen kann man auch Fünf-Jahres-Verträge bieten und befristen“?

(Zuruf der Abg. Carla Bregenzer SPD)

Das wäre der Weg gewesen, über den ich diese Problematik gelöst hätte – nicht über den Umbau eines gesamten Besoldungssystems, um diese wenigen Fälle zu regeln, viele schlechter zu stellen, als sie heute gestellt sind.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Abschließend noch zwei Worte, Herr Kollege Pfister, weil Sie zwei Punkte ansprachen, die mir zwar nicht am Herzen, aber im Verstand liegen.

Das Erste ist das Recht der Studierenden, sich ihre Hochschulen auszusuchen, und das Recht der Hochschulen, die Qualifikation derer zu überprüfen, zusätzlich zum Abitur, die sich an sie wenden. Wenn Sie die Debatte in der Kultusministerkonferenz darüber erlebt hätten, nur auf den Vorschlag des Beirats der ZVS einzugehen, in ZVS-Studiengängen 50 % der Studierenden vorab selber auswählen zu können, und gesehen hätten, wie zwei Länder, nämlich Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz, wie eine Betonwand standen

(Abg. Pfister FDP/DVP: Das kann ich mir vorstellen!)

und es nur dem Kollegen Oppermann aus Niedersachsen zu verdanken war, der eine moderne Hochschulpolitik vertritt, dass es zu einem Beschluss kam, wenigstens darüber zu diskutieren, hätten Sie festgestellt, wie weit wir noch von einer umfassenden Reform unseres Hochschulwesens entfernt sind, die die Voraussetzung für ein modernes Dienst- und Tarifrecht ist.

Meine Damen und Herren, ich glaube auch, dass wir uns in Zukunft die Frage stellen müssen, wie wir die Wettbewerbsfähigkeit unseres Hochschulsystems auch hinsichtlich der Finanzierung sichern.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Sehr richtig!)

(Minister Dr. Frankenberger)

Dies kann nicht nur eine Frage nach erhöhten Etatmitteln sein.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Meine Damen und Herren, mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Wir kommen zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung des Antrags. Kann ich davon ausgehen, dass der Berichtsantrag durch die Aussprache erledigt ist? – Dem wird nicht widersprochen. Es ist so beschlossen.

Punkt 3 ist damit erledigt.

Ich rufe **Punkt 4** der Tagesordnung auf:

**Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Betreuungsgesetzes – Drucksache 13/195**

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat für die Aussprache nach der Begründung durch die Regierung eine Redezeit von fünf Minuten je Fraktion festgelegt, wobei gestaffelte Redezeiten gelten.

Wem darf ich zur Begründung das Wort erteilen? – Herr Minister Dr. Goll.

**Justizminister Dr. Goll:** Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Jedem von uns ist bekannt, dass es in Zukunft immer mehr ältere Mitbürgerinnen und Mitbürger geben wird. Es ist schade, dass die meisten gerade draußen sind.

(Heiterkeit – Abg. Oelmayer GRÜNE: Die Älteren!)

Vielen der älteren Mitbürgerinnen und Mitbürger in Baden-Württemberg werden im Alter keine Familienangehörigen zur Seite stehen – leider. Von daher gewinnt die Arbeit der berufsmäßigen Betreuer und Betreuerinnen immer mehr an Bedeutung. Diese Arbeit will einerseits gesellschaftlich anerkannt sein, sie will andererseits aber auch angemessen vergütet sein.

Seit dem 1. Januar 1999 gibt es neue Bestimmungen zur Bemessung der Vergütung für Berufsbetreuer. Das war vor allem deshalb notwendig geworden, weil bundesweit, aber auch innerhalb des Landes völlig unterschiedliche Vergütungssätze festgesetzt worden waren. Darum hat man ein neues System – vielen von Ihnen bekannt – eingeführt. Dieses System hat insofern eine gewisse Tücke, als es an die abstrakte, an die formale berufliche Qualifikation anknüpft und unterscheidet, ob jemand überhaupt eine Ausbildung hat, ob jemand eine Lehre abgeschlossen hat oder eine Hochschulausbildung. Es gibt drei Vergütungsstufen: ohne abgeschlossene Ausbildung 35 DM pro Stunde, bei nutzbaren Fachkenntnissen aufgrund einer abgeschlossenen Lehre 45 DM und bei nutzbaren Fachkenntnissen aufgrund einer abgeschlossenen Ausbildung an einer Hochschule 60 DM.

Früher war der Rahmen etwas weiter: bis 75 DM, in Einzelfällen auch bis 100 DM – in anderen Bundesländern übrigens noch mehr. Der Unterschied war, dass früher sowohl

an die Qualifikation des Betreuers als auch an die Schwierigkeiten bei der Betreuung angeknüpft werden konnte.

Das ist nun formal gelöst. Angeknüpft wird an die Ausbildung und an sonst gar nichts. Dadurch haben wir uns bei denjenigen Berufsbetreuern ein erhebliches Problem geschaffen, die ihre Kenntnisse aus einer erfolgreichen beruflichen Praxis beziehen, bei den Betreuern, die diese Ausbildung nicht haben, aber seit längerer Zeit erfolgreich und gut praktisch tätig sind und die jetzt im schlimmsten Fall von 60 DM auf 35 DM, wie ich sagen möchte, abstürzen. Das ist nicht richtig. Das würde natürlich auch ein gut funktionierendes System bei uns letzten Endes gefährden.

Nun eröffnet die bundesgesetzliche Vergütungsregelung für den betroffenen Personenkreis die Möglichkeit einer Nachqualifizierung. Man kann sich also nachqualifizieren. Dazu muss aber das Land handeln. Das Land muss ein Ausführungsgesetz verabschieden und den Betroffenen eine Nachqualifizierungsmöglichkeit bieten.

Wir rechnen in Baden-Württemberg mit etwa 400 Interessenten für eine Nachqualifizierung. Diese Nachqualifizierung wird den hohen Qualitätsstandard, den wir bei uns in Baden-Württemberg in diesem Bereich haben, sichern und vielleicht noch weiter steigern.

Diese Weiterbildung soll den Betroffenen umfassende Kenntnisse vermitteln, die sie brauchen. Die inhaltliche Ausgestaltung der Weiterbildung ist in Grundzügen im vorliegenden Gesetz geregelt. Die Weiterbildung soll bei uns in Baden-Württemberg an den Fachhochschulen erfolgen. Das ist die Stelle, die sich dafür anbietet. Dort ist es am einfachsten zu realisieren. Dort sind die Fachkenntnisse vorhanden, dort ist auch die Struktur vorhanden, um auf dem entsprechenden Niveau eine Ausbildung durchzuführen. Denn immerhin ist das entscheidende Kriterium, dass sie einer Hochschulausbildung vergleichbar sein soll. Wir gehen davon aus, dass der Umfang der Weiterbildung mindestens 350 Stunden beträgt. Das ist eine sehr ordentliche Ausbildung.

Noch ein Wort zu dem, was in anderen Bundesländern passiert. Dort gibt es unterschiedliche Entwicklungen. Wir haben uns in Baden-Württemberg zum Handeln entschlossen, um den hohen Standard der Betreuung zu gewährleisten und zu verhindern, dass erfolgreiche, gute Leute diesen Bereich verlassen, weil sie nicht mehr davon leben können. Das wäre verhängnisvoll. Wir werden aber natürlich auch die Nachqualifizierungen in anderen Bundesländern ganz einfach anerkennen. Wenn andere Länder Nachqualifizierungsregelungen schaffen, werden wir sie anerkennen. Umgekehrt ist es genauso vorgesehen, sodass man ohne großen bürokratischen Aufwand auskommt.

Noch ein Hinweis auf eine wichtige Übergangsregelung: Weil wir den betroffenen Berufsbetreuern und -betreuerinnen die berufsbegleitende Weiterbildung ermöglichen wollen, ohne dass sie zwischendurch finanziell abstürzen, wie ich es vorhin ausgedrückt habe, gibt es eine Übergangsfrist, innerhalb derer nach dem alten Recht noch eine Vergütung von bis zu 60 DM gewährt werden kann. Diese Übergangsfrist haben wir bis zum 31. Dezember 2002 verlängert.

(Minister Dr. Goll)

Ich glaube, dass wir da insgesamt als Land etwas sehr Sinnvolles tun, auch wenn es Geld kostet – das muss man ganz deutlich sagen –, gerade für die älteren Mitmenschen bei uns im Land, in einem Bereich, der zunehmend Bedeutung bekommt.

Danke schön.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Pauli.

**Abg. Pauli CDU:** Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Menschen in unserem Land erreichen erfreulicherweise ein immer höheres Lebensalter. Mit dem vorliegenden Gesetzentwurf wird die bundesgesetzliche Ermächtigung für eine Nachqualifizierung der Betreuerinnen und Betreuer ausgeschöpft.

Die demographischen Veränderungen in unserer Bevölkerung, die Veränderungen der Familienstrukturen und Grundwerte in unserer Gesellschaft erfordern in zunehmendem Maße die Weiterbildung der professionellen Betreuer. Eine qualifizierte Betreuung schulden wir unseren älteren Mitbürgerinnen und Mitbürgern und all denjenigen, die nicht oder nicht mehr in der Lage sind, ihre wirtschaftlichen, rechtlichen oder persönlichen Belange selbst zu regeln.

Daher müssen wir die Voraussetzungen für eine gründliche, fundierte und breit gefächerte Weiterbildung schaffen. Mit dem Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Betreuungsgesetzes wird die Teilnahme an einer Weiterbildung mit erfolgreich abgelegter Prüfung einer vorhandenen Ausbildung gleichgestellt. Zweck dieser Neuregelung ist die Anknüpfung der Vergütung an die abstrakte Qualifikation der Betreuer. Sie dient der Vereinheitlichung und Gleichbehandlung auf Bundesebene.

Es ist nachvollziehbar, dass viele Betreuerinnen und Betreuer ein großes Interesse an einer Fortbildung haben, die zu einer vergütungsrechtlichen Gleichstellung mit Hochschulabsolventen führt. Gerade in der Betreuung von hilfsbedürftigen Menschen begegnen wir immer wieder zwar auf den ersten Blick fachfremden, aber mit entsprechender Begabung bzw. Sensibilität ausgestatteten Mitbürgerinnen und Mitbürgern. Häufig sind solche besonders fähigen und wertvollen Betreuungspersonen zufällig oder vom Schicksal mit der Herausforderung der Fürsorge für Mitmenschen konfrontiert worden und haben erst nach Abschluss einer anderweitigen Berufsausbildung oder nach einer Familienphase Erfahrungen in der Betreuungsarbeit sammeln können. Diesem Personenkreis – der Herr Minister hat es soeben erwähnt –, der in Baden-Württemberg über 400 Personen umfassen dürfte, müssen wir die Chance geben, durch Weiterbildung und Abschlussprüfung seine besonderen Fähigkeiten auszuweiten, mit Fachwissen zu untermauern und damit unsere immer älter werdende Gesellschaft für die demographischen Herausforderungen der Zukunft zu rüsten.

(Beifall des Abg. Oelmayer GRÜNE)

Diese Weiterqualifizierung wird so angelegt, dass sie in ca. einem Jahr berufsbegleitend absolviert werden kann.

Das Änderungsgesetz regelt, in welchen Bereichen die Weiterbildung unerlässlich ist. Hierzu gehören neben den rechtlichen Grundlagen des Betreuungsrechts, des Familien-, Miet- und Erbrechts, den Grundzügen des Sozialrechts auch pädagogische, psychologische und medizinische Grundlagen und natürlich Methoden der professionellen Betreuungsarbeit.

Der Gesetzentwurf sieht zeitliche Zulassungsvoraussetzungen für die Prüfung vor. Dies gilt sowohl für den Erfahrungszeitraum, in dem die Bewerber bereits berufsmäßig Betreuungen durchgeführt haben müssen, als auch für die zeitliche Befristung der Weiterbildung.

Diese Nachqualifikation einschließlich der Prüfung und Zertifizierung soll von den Fachhochschulen in Baden-Württemberg in Form des Kontaktstudiums durchgeführt werden, wobei sich die Fachhochschulen weiterer Einrichtungen bedienen können. Die Fachhochschulen können kostendeckende Entgelte verlangen. Die Kosten für den Staatshaushalt werden dadurch aufgewogen, dass erfolgreich nachqualifizierte Betreuerinnen und Betreuer, engagierte Menschen den hohen Standard im Betreuungsbereich in Baden-Württemberg noch weiter steigern werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, damit das Alter nicht die hoffnungsloseste aller Krankheiten ist, wie es Heinrich Mann einst bezeichnete, müssen wir vor Torheiten schützen und schnellstmöglichst praxisorientierte Weiterbildungschancen eröffnen. Die CDU-Fraktion ist hierzu bereit.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Bebber.

**Abg. Bebber SPD:** Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, wir sind dem Justizminister für die Vorlage dieses Gesetzentwurfs dankbar.

(Beifall bei der FDP/DVP – Oh-Rufe von der CDU und der FDP/DVP – Abg. Oelmayer GRÜNE:  
Man muss es ja nicht gleich übertreiben!)

Er freut sich jetzt noch und macht auch ein freundliches Gesicht, aber er sollte wissen, dass er es uns nie ganz recht machen kann.

(Lachen bei der SPD und den Grünen – Abg. Alfred Haas CDU: Wer kann das schon?)

Wir sind ihm dankbar für die Vorlage dieses Gesetzentwurfs, und ich kann den Ausführungen meiner beiden Vorredner nur beipflichten. Das waren genau die Worte, mit denen wir bereits 1999 einen Antrag der SPD-Fraktion begründet hatten, um diese Ausführungsregelungen auf Landesebene einzuführen.

Da setzt unsere Kritik an. Es ist gut, dass der Gesetzentwurf jetzt kommt, aber es ist dazu leider schon ein bisschen spät. Wir bedauern, meine Damen und Herren von CDU und FDP/DVP, Herr Justizminister, dass Sie so lange gebraucht haben, um dieses einfache Gesetz einzubringen.

(Bebber)

Das Gesetz ist überfällig, weil der Bedarf an Betreuern auch schon 1999 bestand. Nur haben Sie, Herr Justizminister, im März 1999 gesagt:

Aufgrund intensiver Beratungen im Land und nach Befragungen in der Praxis haben wir uns entschlossen, keine landesrechtlichen Ausführungsregelungen zu erlassen.

Sie haben das damals noch stramm abgelehnt. Dann kam unter anderem ein Brief an den Herrn Pfister, in dem geklärt wurde, wie notwendig das ist, weil erstens der Bedarf an Betreuern –

(Abg. Pfister FDP/DVP: Hoppla! Wo ist der?)

– Wissen Sie das gar nicht mehr?

(Abg. Pfister FDP/DVP: Wann war das? 1999?)

– Von der Evangelischen Fachhochschule Freiburg sind Sie damals angegangen worden. Ich kann Ihnen das dann alles privat erzählen, sonst muss ich hier so lange reden.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Ja, das wäre mir recht!)

Die Fachkreise haben damals Alarm geschlagen und gesagt, der Bedarf sei vorhanden. Es ist dargelegt worden, wie viele Betreuer betroffen sind – allein an der Evangelischen Fachhochschule in Freiburg –, und Sie haben damals dann auch gesagt – wir haben Ihre Reaktion 1999 als etwas zynisch empfunden –, Sie wünschten sich solche Qualifizierungen und solche Fortbildungen, wie es an der Evangelischen Fachhochschule in Freiburg gemacht wird. Aber dazu etwas tun wollten Sie zu diesem Zeitpunkt noch nicht.

Übrigens hat Herr Steindorfner auf dem Vormundschaftsgerichtstag gesagt: Wir haben kein Geld; bei knappen Mitteln geht das nicht. Die Evangelische Fachhochschule hat Ihnen damals schon erklärt, die Qualifizierung erfolge kostenneutral, das heißt, die Ausbildung der Betreuer werde für das Land keine Kosten bringen. Allerdings – das ist richtig – wird das über die Sozialhilfe natürlich auch für das Land eine Kostenfrage, wenn die Betreuer dann tätig sind und es sich um einen Sozialfall handelt.

Sie haben es also auch wegen der knappen Geldmittel abgelehnt, und – was uns noch mehr geärgert hat, Herr Justizminister – Sie haben seinerzeit gesagt, im Bundesgesetz sei die Ermächtigung für die Länder vorgesehen worden, weil es eigentlich die neuen Länder betroffen habe, weil dort die Gefahr bestanden habe, dass die Betreuungsstrukturen zusammenbrechen. Wir gehen nicht davon aus, dass Sie es jetzt hier in Baden-Württemberg deswegen machen, weil die Gefahr besteht, dass die Betreuungsstrukturen zusammenbrechen, aber wir wissen natürlich, dass drei Jahre vergangen sind, in denen die Betreuer, die in ihrem Beruf, in ihrer Arbeit viele Erfahrungen gesammelt haben und qualifiziert sind, zum Teil erhebliche Schwierigkeiten bekommen haben, weil sie die Kosten eben nicht mehr hereinspielen konnten, was notwendig ist, wenn man dieses Geschäft verrichten will.

Sie haben seinerzeit noch etwas gemacht, was uns geärgert hat. Ich sage Ihnen das immer vor dem Hintergrund: Wir sind froh, dass es jetzt das Gesetz gibt, aber wir wollen

nicht, dass sich so etwas wiederholt, dass man drei Jahre für ein einfaches Gesetz braucht.

Sie haben im Ausschuss einen Bericht über das Fortgehen in dieser Sache zugesagt und kurz vor Ablauf der Frist nicht diesen Bericht erstattet, sondern nur mitgeteilt, ein Referentenentwurf liege vor. Also: Seit September 1999 liegt ein Referentenentwurf vor, und erst jetzt gibt es einen Gesetzentwurf! Sie brauchen zwei Jahre, um so ein popeliges Gesetz auf den Weg zu bringen. Das kann einfach nicht wahr sein.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: „Popelig“! Ein wichtiges Gesetz! – Zuruf des Abg. Pfister FDP/DVP)

– Nein. Verstehen Sie es – Ja, gut, Sie sind ja keine Juristen.

(Heiterkeit – Abg. Pfister FDP/DVP: Gott sei Dank, kann man da nur sagen! – Abg. Blenke CDU: Popelig im Sinne des Gesetzes! – Weitere Zurufe)

Wenn ich von einem „popeligen Gesetz“ spreche, dann in Bezug auf die juristische Arbeitsleistung, die notwendig ist, um ein solches Gesetz auf den Weg zu bringen. Ein solches Gesetz zu erarbeiten, ist – das wird der Justizminister zugeben – kein Hexenwerk, und es ist unverständlich, dass zwei Jahre lang ein Referentenentwurf gewissermaßen hinter den Schrank gefallen und irgendwie in Vergessenheit geraten ist. Dieser lange Zeitraum ging auf Kosten der Betreuer, und das ist nicht richtig. Deshalb kritisieren wir das so massiv.

Das Gesetz selbst ist prima.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Blenke CDU: Gut! Prima! Der wichtigste Satz am Schluss!)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Theurer.

(Abg. Oelmayer GRÜNE: Oberbürgermeister!)

**Abg. Theurer FDP/DVP:** Sehr verehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Zunächst halte ich es nicht für entscheidend, Herr Kollege Bebbber, dass wir es Ihnen recht machen, sondern dass wir es den Bürgerinnen und Bürgern und den Betroffenen recht machen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU – Abg. Blenke CDU: Bravo!)

Gut Ding will Weile haben, und ich denke, bei dieser Geschichte kommt es vor allem nicht auf die Vergütung der Berufsbetreuer an, sondern auf deren Qualifikation, und hier hat sich herausgestellt, dass ihre Qualifikation verbessert werden kann und verbessert werden muss. Dafür gibt es dann einen ökonomischen Anreiz.

Ersparen Sie mir, dass ich als Diplomvolkswirt, der die Rechtspolitik aus wirtschaftlicher Sicht begleitet, eine ökonomische Analyse dieses Gesetzentwurfs vornehme.

(Unruhe bei der SPD)

(Theurer)

Wir legen Wert auf die Qualifikation der Betreuer in Baden-Württemberg, und die wird durch dieses Gesetz verbessert; jedenfalls eröffnet dieses Gesetz die Möglichkeit, dass sich die Praktiker nachqualifizieren und dann auch in den Genuss der höheren Vergütungen kommen.

Nach der Änderung des Betreuungsrechts im Januar 1999 hat es für bestimmte Betreuer finanzielle Nachteile gegeben. Das räumen wir unumwunden ein. Nach früher geltendem Recht wurden bei der Vergütung auch die Qualifikation und zusätzlich die Schwierigkeit des betreuten Falls berücksichtigt.

Wir versprechen uns von dem Gesetzentwurf eine weitere Verbesserung der Betreuungssituation durch Berufsbetreuer in Baden-Württemberg. Die Weiterbildung, meine Damen und Herren, soll den hohen Standard der Betreuung in unserem Land sichern. Die Nachqualifikation zielt auch auf eine verbesserte Betreuung psychisch Kranker bzw. geistig oder seelisch behinderter Menschen.

(Abg. Dr. Lasotta CDU: Sehr gut!)

Die Weiterbildung wirkt sich unmittelbar auf die Vergütung der Berufsbetreuer aus. Maßgebend für die Vergütungsansprüche eines Berufsbetreuers an die Staatskasse bei der Betreuung eines Mittellosen ist künftig allein seine Qualifikation.

Lassen Sie mich abschließend noch auf einen Punkt kommen, meine Damen und Herren. Problematisch und mit finanziellen Folgelasten befrachtet ist die prekäre finanzielle Situation der ehrenamtlichen Betreuer, um die es in diesem Gesetz nicht geht. Es gibt eine Vielzahl von Menschen in Baden-Württemberg, die sich ehrenamtlich als Betreuer zur Verfügung stellen. Sie entlasten mit ihrer Arbeit nicht nur die Berufsbetreuer, sondern auch den Landeshaushalt. Dies ist umso wichtiger, als die Zahl dementer Menschen immer mehr zunimmt. Wenn der Staat an die Leistungsgrenzen stößt, ist es nach liberaler Auffassung, nach Auffassung der FDP/DVP umso wichtiger, dass es uns gelingt, das bürgerschaftliche Engagement in unserem Land zu stärken und weiterzuentwickeln.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Pfister FDP/DVP: Sehr gut!)

Deshalb begrüßen wir, dass der Landeswohlfahrtsverband Baden ein Konzept zur Förderung der Betreuungsvereine entwickelt hat, das allseits auf Zustimmung gestoßen ist. Dieses Konzept sieht unter anderem auch die Gewinnung neuer Betreuer und die kontinuierliche, fachliche Begleitung der ehrenamtlichen Betreuer vor.

Wegen der finanziellen Engpässe kann das Sozialministerium die erforderliche Fördersumme derzeit jedoch nicht aufbringen.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Schade!)

Mit dem aktuellen Haushaltsansatz kann der Ausbau der Betreuungsvereine nicht erfolgen. Schlimmer noch, es ist damit zu rechnen, dass einige Vereine ihr Angebot zurückfahren, wenn nicht gar einstellen. Vor dieser Entwicklung wollen wir warnen, und wir appellieren an den Sozialmi-

nister, hier Initiativen zu ergreifen, um die ehrenamtlichen Betreuer zu unterstützen.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Meine Damen und Herren, wenn es nicht gelingt, die Berufsbetreuer durch ehrenamtliche Betreuer zu entlasten, führt dies zu höheren Kosten, die aus der dann erforderlichen Betreuung durch Berufsbetreuer entstehen. Als zwangsläufige Ausgaben sind sie dann sowieso vom Landeshaushalt zu tragen. Dies kann nicht im Sinne einer vorausschauenden Haushaltspolitik sein.

Ansonsten unterstützen wir den Gesetzentwurf und hoffen, dass wir in der von mir zuletzt angesprochenen Frage auch noch eine Lösung erreichen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Pfister FDP/DVP zu Abg. Theurer FDP/DVP: Sehr gut! Ich gratuliere zu deiner Jungferrede! – Abg. Bebbler SPD: Das ist doch gar keine Jungfer! – Gegenruf des Abg. Pfister FDP/DVP: Doch, das war eine Jungferrede! Das hast du noch gar nicht gemerkt!)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Oelmayer.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Oh, Oelmayer!)

**Abg. Oelmayer GRÜNE:** Ich habe ja noch gar nichts gesagt.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Allein wenn ich dich sehe! – Abg. Blenke CDU: Der Name ist Programm!)

– Das freut mich aber. Immerhin bringt das zu später Stunde noch einmal Bewegung ins Parlament. Das freut mich.

(Heiterkeit – Abg. Blenke CDU: Das ölt das Parlament!)

– Das ist auch eine Belebung für das Parlament, Kollege Blenke. Bei den vielen traurigen Veranstaltungen, die hier stattfinden, ist es auch wichtig, manche Themen, die, wie ich meine, einvernehmlich zu behandeln sind,

(Abg. Pfister FDP/DVP: Sehr gut!)

nicht immer tierisch ernst oder bierernst zu nehmen.

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, ich darf auf meine beiden Vorredner Bezug nehmen. Herr Kollege Pauli hat mir im Prinzip vieles vorweggenommen, was ich mir für meine Rede ausgedacht hatte, nämlich beispielsweise, dass die Bedeutung dieses Gesetzes, insbesondere für die alten Menschen im Land, tatsächlich groß ist. Deshalb muss es auch umgesetzt werden. Er hat das ausgeführt, und ich will dazu nachher noch zwei Punkte nennen.

Den kritischen Part hat schon Kollege Bebbler übernommen. Er hat es nämlich tatsächlich fertig gebracht, fünf Minuten lang darüber zu lamentieren, dass das Gesetz erst jetzt kommt. Ich finde es gut, dass es jetzt kommt.

(Beifall bei den Grünen sowie Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

(Oelmayer)

Es ist natürlich kritisch anzumerken, dass der Justizminister andere Gesetze, wenn es zum Beispiel um die Unterbringung von Straftätern geht,

(Abg. Bebber SPD: Das schafft er in zwei Monaten!)

in drei Monaten durchzieht und in diesem Fall drei Jahre braucht. Da muss man schon einmal fragen, warum das so ist. Aber darüber fünf Minuten zu reden, das halte ich für zu viel.

(Abg. Theurer FDP/DVP: Prioritäten!)

Ich will aber noch drei inhaltliche Anmerkungen machen, meine Damen und Herren, wenn Sie mir dies gestatten.

Ich glaube, die Intention des Gesetzes war ja die – das geht ja letztendlich auf Bundesrecht zurück –, dass man insbesondere die Vergütung aus den unbestimmten Rechtsbegriffen herausnimmt. Bisher war ja die Justiz damit beschäftigt – die Justiz hat, denke ich, tatsächlich auch andere Dinge zu tun –, Vergütungssätze für Betreuungspersonen festzusetzen. Dass man dies jetzt durch die Staffelung und durch die Herausnahme der unbestimmten Rechtsbegriffe auch im Land Baden-Württemberg neu regelt, ist eine richtige Maßnahme. Allein schon deswegen begrüßen wir dieses Gesetzesvorhaben, das der Justizminister hier eingebracht hat.

Ein weiterer Punkt, der meines Erachtens natürlich auch zu denken geben muss, ist die Thematik der ehrenamtlichen Betreuung, die jetzt der Kollege Theurer – nicht, dass sich die FDP/DVP jetzt zu kurz behandelt fühlt – hier angeführt hat. Herr Kollege Theurer und meine Damen und Herren von der FDP/DVP, wenn es so einfach wäre, dass man all diese Tätigkeiten durch ehrenamtliche Kräfte ausführen lassen könnte,

(Abg. Theurer FDP/DVP: Haben wir nicht gesagt!)

dann wären die Qualifizierungsmaßnahmen, Kollege Theurer, die jetzt zu Recht in diesem Gesetzentwurf der Landesregierung stehen, geradezu für die Katz. Da meine ich doch, dass man hier sehr stark auf Betreuungspersonen, die fachlich qualifiziert und dafür ausgebildet worden sind, setzen muss.

(Abg. Theurer FDP/DVP: Das eine schließt das andere nicht aus, Herr Kollege!)

Im Übrigen, Herr Kollege Theurer, nehmen Sie das einfach als Diplomvolkswirt und Oberbürgermeister zur Kenntnis:

(Heiterkeit – Abg. Blenke CDU: Das könnten alle Juristen sein, Herr Oelmayer!)

Es ist einfach ein Widerspruch, wenn Sie sagen: eine Fülle von Nachqualifizierungsmaßnahmen für die hauptamtlichen Betreuer und ein bisschen Qualifizierung für die ehrenamtlichen Betreuer. Das passt einfach nicht zusammen.

Der letzte Punkt, den ich erwähnen möchte, betrifft das Weiterbildungsprogramm. Wir haben natürlich durch die gesetzlichen Vorgaben, nämlich dass jetzt anhand von abstrakten Ausbildungskriterien gemessen wird, wer wie viel Vergütung bekommt, ein Nachqualifizierungsprogramm,

ein Weiterbildungsprogramm für die Betreuerinnen und Betreuer, die sicher sehr harte Arbeit und zum Teil sehr qualifizierte Arbeit leisten müssen. Auch diese Weiterqualifizierungsmaßnahme, ausgelöst durch diese Gesetzesinitiative der Landesregierung, begrüßen wir.

Deswegen werden wir auch bei den Beratungen im Ausschuss dem Gesetzentwurf zustimmen und begrüßen die Initiative der Landesregierung.

(Beifall bei den Grünen und der FDP/DVP sowie Abgeordneten der CDU – Abg. Pfister FDP/DVP: Sehr gut! Gute Rede!)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Meine Damen und Herren, mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Aussprache beendet.

Ich schlage Ihnen vor, den Gesetzentwurf an den Ständigen Ausschuss zu überweisen. – Sie stimmen zu; dann ist das so beschlossen.

Damit ist Punkt 4 der Tagesordnung erledigt.

Ich rufe **Punkt 5** der Tagesordnung auf:

**Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur Umstellung landesrechtlicher Vorschriften auf Euro und zur Änderung des Fischereigesetzes (Euroumstellungsgesetz Baden-Württemberg – EurUG –) – Drucksache 13/313**

Meine Damen und Herren, die Fraktionen sind übereingekommen, in der Ersten Beratung über den Gesetzentwurf keine Aussprache zu führen.

Ich schlage Ihnen vor, den Gesetzentwurf an den Ständigen Ausschuss zu überweisen. Erhebt sich dagegen Widerspruch? – Das ist nicht der Fall. Dann ist das so beschlossen.

Damit ist Punkt 5 der Tagesordnung erledigt.

Ich rufe **Punkt 6** der Tagesordnung auf:

**Beschlussempfehlung und Bericht des Ständigen Ausschusses zu der Mitteilung des Innenministeriums vom 28. Juni 2001 – Erster Tätigkeitsbericht des Innenministeriums zum Datenschutz im nichtöffentlichen Bereich – Drucksachen 13/40, 13/292**

Berichterstatter: Abg. Theurer

Das Präsidium hat eine Redezeit von fünf Minuten je Fraktion festgelegt, wobei gestaffelte Redezeiten gelten.

Wem darf ich das Wort erteilen? – Das Wort hat Herr Abg. Wichmann.

**Abg. Wichmann SPD:** Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Im Datenschutzbericht zum nichtöffentlichen Bereich heißt es:

Zu immer wiederkehrenden Problemen und Fragen der Bürger und nichtöffentlichen Stellen wird dabei ausführlich Stellung genommen, um auch im Hinblick auf künftige Berichte eine Grundlage zu schaffen.

(Wichmann)

Ich nehme das für mich zum Anlass, auch über den Datenschutz im nichtöffentlichen Bereich ein paar Anmerkungen zu machen. Ich denke, dass wir in diesem Bereich in den nächsten Jahren vor viel größeren Problemen stehen werden und dass die restriktiveren gesetzlichen Regelungen im öffentlichen Bereich früher oder später auch in den nichtöffentlichen Bereich übernommen werden müssen, weil wir im privaten Bereich vor einer Vielzahl von Problemen stehen, vor allen Dingen im Hinblick darauf, dass wir nicht in der Lage sind, auf die Dinge, die da laufen, letztendlich Einfluss zu nehmen.

In dem Datenschutzbericht wird weiter ausgeführt: „Ob ein Unternehmen . . . den restriktiveren datenschutzrechtlichen Vorschriften für den öffentlichen Bereich oder den freieren Vorschriften für den nichtöffentlichen Bereich unterliegt, . . .“ regelt das Landesdatenschutzgesetz. Sie sehen, hier ist schon der Hinweis gegeben, dass im nichtöffentlichen Bereich eine weitaus freiere Auslegung der gesetzlichen Möglichkeiten gegeben ist.

Ich bringe ein weiteres Zitat, das auch ein bezeichnendes Licht auf diesen Bericht wirft, wobei ich denke, dass wir darüber nachdenken müssen, ob wir das in Zukunft nicht anders handhaben wollen. Es wird ausgeführt:

Insbesondere im modernen Wirtschaftsleben zeigt es sich immer wieder, wie wichtig es ist, in einem konstruktiven Dialog mit den Beteiligten praktikable und sachgerechte Lösungen zu entwickeln, die in Übereinstimmung mit den geltenden gesetzlichen Regelungen einerseits den Datenschutz und die Belange des Einzelnen hinreichend wahren und andererseits die Tätigkeit der Wirtschaft allgemein und von Unternehmen im Besonderen unter Nutzung der gesetzlichen Gestaltungsspielräume unterstützen.

Meine Damen und Herren, ich sehe in einem Datenschutzbericht vornehmlich die Aufgabe, den Einzelnen, das heißt den Betroffenen, zu schützen; denn im nichtöffentlichen Bereich bedeutet die Verletzung des Datenschutzes die Nichteinstellung in einen Job, die Nichtgewährung eines Kredites, den Ausschluss von einer Ausschreibung, das heißt lauter Dinge, die letztendlich keinen oder primär keinen materiellen Schaden hervorrufen, sondern Zukunfts-, Arbeits- und Lebenschancen behindern. Dahin gehend halte ich es nicht für hinreichend, dass im Datenschutzbericht darauf hingewiesen wird, dass die sinnvolle Abgrenzung in der Aufgabenbeschreibung zwischen zulässigen Datenverarbeitungen und solchen Datenverarbeitungen, die das Persönlichkeitsrecht des Betroffenen über Gebühr strapazieren, gesehen wird. Wenn Sie Ihren Job nicht kriegen, Ihren Kredit nicht kriegen, bei einer Ausschreibung herausfliegen, bedeutet das nicht, dass Sie über Gebühr strapaziert werden, sondern das hat zur Folge, dass mit Ihnen etwas passiert, was Sie nur sehr schwer nachvollziehen können. Deshalb schlage ich vor, zu überlegen, ob wir beim Datenschutz im nichtöffentlichen Bereich nicht einmal den Schritt nach vorne gehen und einen Paradigmenwechsel vornehmen sollten. Denn Datenschutz bedeutet ja nicht Ausgleich zwischen zwei ungleichen Partnern, auf der einen Seite des Daten verarbeitenden Gewerbes und auf der anderen Seite des Einzelnen, sondern er bedeutet, dass man sich an den Belangen des Einzelnen orientiert und dass

man Datenschutz dadurch ermöglicht, dass man wirtschaftliche und wirtschaftsübliche Anreize schafft, die Datenschutz attraktiv machen.

Wenn wir uns von der bisherigen Sichtweise lösen, stellen wir fest, dass Datenschutz ein Standortvorteil ist; denn in der Umgestaltung zur Dienstleistungsgesellschaft werden Sie feststellen, dass die Kunden einer Bank, einer Versicherung, einem Dienstleister und einem Betrieb vertrauen, bei dem sie sicher sind, dass die Daten, die im Geschäftsverkehr vorkommen, in einer vertrauenswürdigen Weise gehandhabt werden. Deswegen schlagen wir vor, ein Datenschutzzügiesiegel einzuführen und eine Datenschutzzielevereinbarung ins Auge zu fassen, die es den Unternehmen erlaubt, Datenverarbeitungsabläufe klar und transparent offen zu legen, die den fairen Umgang mit Daten gewährleisten und im Gegenzug dazu die Kundenbindung erhöhen und ein positives Image für das Unternehmen ermöglichen. Das heißt, wir kämen aus dieser defensiven Ecke heraus.

Was ganz besonders daran ist: Wir haben im Ständigen Ausschuss gehört, dass im Innenministerium 5,5 Stellen diesem Bereich zugeordnet sind, und zwar bei 5 000 Anfragen in zwei Jahren. Das heißt, in Anbetracht dessen, was an Arbeitsbelastung hier vorliegt, muss festgehalten werden, dass der Datenschutzbericht in seiner jetzigen Form schon ein beachtliches Werk ist. Aber wenn man auf die Inhalte achtet, wäre mit einem Paradigmenwechsel, das heißt, sich eindeutig auf die Belange des Einzelnen und des Bürgers zu konzentrieren, ein Hebel gegeben, in der Gesellschaft den Datenschutz letztendlich auf einem ganz anderen Niveau zu etablieren.

Etwas, an das wir auch denken müssen und was im Datenschutzbericht nicht vorkommt, ist der Selbstschutz des Einzelnen. Wenn der Staat aufgrund der Vielzahl von Vorgängen, die da laufen, Schwierigkeiten hat, den Datenschutz des Einzelnen zu ermöglichen, müssen wir Maßnahmen ergreifen, die es ermöglichen, dass sich der Einzelne im Umgang mit seinen Daten selbst schützen kann. Das bedeutet eine Anonymisierung von Daten. Das bedeutet Kryptographie, es bedeutet Pseudonymisierung, und es bedeutet Verschlüsselung. Dass wir das Thema aufgrund der Vorgänge vom 11. September noch sehr intensiv diskutieren werden, halte ich in diesem Zusammenhang sogar für sehr hoffnungsfroh, weil uns dann deutlich wird, wo die Grenzen des Einzelnen liegen.

Ich habe noch eine letzte Bitte. Das liegt mir ganz besonders am Herzen. Nur ein ganz kleiner Abschnitt in diesem Datenschutzbericht beschäftigt sich mit dem Arbeitnehmerdatenschutz. Hier haben wir aber eines der größten Felder; denn die Arbeitgeber und die Unternehmen sammeln eine Vielzahl von Daten über den Einzelnen, um ihn zeitnah, wirtschaftsoptimiert in einzelne Arbeitsabläufe einbringen zu können. Das hat auf der einen Seite wirtschaftliche Vorteile. Auf der anderen Seite ist das ein sehr intransparentes Vorgehen. Deswegen sollte man ein Augenmerk darauf richten, dass es möglich ist, hier einen ähnlichen Stand in der Auseinandersetzung hinzukriegen.

Abschließend möchte ich sagen: Das, was in diesem Datenschutzbericht vorliegt, zeigt eine unendliche Sisyphusarbeit. Wenn wir den Mut aufbringen würden, hier einmal

(Wichmann)

neue Wege zu gehen und das bisher Verhaltene umzudrehen, das heißt, von der trockenen Abarbeitung einer Gesetzesvorschrift zu einer aktiven Gestaltung des Datenschutzes zu kommen, wäre das ein Nutzen für die Bürger und würde auch einiges in dieser Arbeit leichter machen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD – Abg. Bebbler SPD: Jetzt wird es schwer für den Innenminister! – Abg. Drexler SPD: Jetzt wird es ganz schwer, egal wer kommt! – Gegenruf des Ministers Dr. Schäuble: Es kommt aber niemand! – Abg. Drexler SPD: Es kommt niemand mehr!)

**Stellv. Präsidentin Beate Fauser:** Herr Abg. Blenke, ich erteile Ihnen das Wort.

**Abg. Blenke CDU:** Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen! Nachdem das Landesdatenschutzgesetz im Mai letzten Jahres geändert wurde, beraten wir heute erstmals einen Bericht des Innenministeriums über den Datenschutz im nichtöffentlichen Bereich. Ich möchte Ihnen, Herr Minister, und Ihren Mitarbeitern vorab ganz herzlich für diese fundierte und auch ausführliche und fachlich sehr gut begründete Arbeit danken.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Drexler SPD: Das ist sein Job! – Zuruf des Abg. Bebbler SPD – Gegenruf des Ministers Dr. Schäuble)

Meine Damen und Herren, Datenschutz ist ständig in Bewegung. Vor allem die Entwicklung des Internets stellt dabei eine permanente Herausforderung dar. Fast täglich werden neue Nutzungsmöglichkeiten elektronischer Dienste erfunden und auf den Markt gebracht. Das Internet schafft nicht nur ungeahnte Möglichkeiten, sondern natürlich auch Gefahren für das Persönlichkeitsrecht der Betroffenen, vor allem auch deshalb, weil viele Nutzer – ich zähle mich selbst auch mit dazu – die Gefahren, die im Internet lauern, gar nicht so richtig erfassen können. Diese Gefahren bestehen beim schlichten Surfen, aber auch bei Güter- und Warenbestellungen, bei diesem so genannten E-Commerce. Datenschutzrechtliche Probleme können überall dort auftreten. All dies ist aber aus dem heutigen Wirtschaftsleben nicht mehr wegzudenken. Es zeigt sich, dass der Datenschutz eine wichtige Bedeutung für den Schutz der Persönlichkeitsrechte hat und zunehmend auch noch an Bedeutung gewinnen wird.

Der Bericht des Innenministeriums belegt aber auch, dass es richtig war, den Datenschutz im nichtöffentlichen Bereich beim Innenministerium anzusiedeln. Im Hinblick auf die grundsätzliche Privatautonomie der Unternehmen ist es schon von Verfassungen wegen geboten, beim Datenschutz deutlich zwischen öffentlichem und nichtöffentlichem Bereich zu unterscheiden. Dafür muss auch im nichtöffentlichen Bereich die parlamentarische Kontrolle des Ministers, wie wir sie hier heute praktizieren, gewährleistet sein.

Genau diese Art von Datenschutz im nichtöffentlichen Bereich hat sich in der Vergangenheit als sachgerecht und wirksam erwiesen. Deshalb hat die CDU-Fraktion

(Zuruf des Abg. Oelmayer GRÜNE)

– ja, ja, Herr Oelmayer – hier im Hause in der Vergangenheit Bestrebungen abgelehnt, den Datenschutz im nichtöffentlichen Bereich auch dem Landesbeauftragten für den Datenschutz zuzuordnen. Dabei werden wir auch künftig bleiben.

(Abg. Bebbler SPD: Da seid ihr auch noch stolz drauf? – Abg. Oelmayer GRÜNE: Das wäre meine zentrale Forderung gewesen!)

– Sie kommen ja noch dran.

Meine Damen und Herren, die Wirtschaft braucht nicht Bürokratie, sondern Hilfe, Beratung und Unterstützung. Es kann nicht Sinn und Zweck des Datenschutzes sein, die Tätigkeit von Wirtschaftsunternehmen, Verbänden und Vereinen zu erschweren. Datenverarbeitung ist heute zwingende Voraussetzung für eine funktionierende Wirtschaft. Deshalb darf sich der Datenschutz nicht im bürokratischen Klein-Klein verlieren. Er muss sein Augenmerk ganz besonders und konzentriert auf die Fälle von Datenspeicherung und -verarbeitung richten, bei denen das Persönlichkeitsrecht der Betroffenen in erheblichem Maße eingeschränkt wird.

(Beifall der Abg. Carla Bregenzer SPD)

Insoweit ist es auch völlig richtig, dass die gesetzlichen Vorschriften hierzu zuallererst eine Selbstkontrolle der Wirtschaft vorsehen. Ich bin fest davon überzeugt, dass diese Selbstkontrolle der Wirtschaft in aller Regel auch funktioniert. Jeder vernünftige Unternehmer hat doch ein Interesse daran, dass mit seinen Kundendaten sachgerecht umgegangen wird. Schließlich will er zufriedene Kunden, Kunden die ihm bleiben und die er nicht verliert.

Der hier vorliegende Bericht demonstriert eindrucksvoll, dass die Gratwanderung – hier so wenig bürokratische Beschränkungen für die Wirtschaft wie möglich, dort effektiver Datenschutz in Baden-Württemberg – mit dieser Regelung vorzüglich gelungen ist. Ganz wesentlich in der Arbeit des Innenministeriums in den vergangenen zwei Jahren – wir haben schon gehört, was die relativ wenigen Mitarbeiter bewältigen müssen – war auch die Beratungsfunktion der Aufsichtsbehörde. So wurden allein über 4 000 telefonische und 1 000 schriftliche Anfragen bearbeitet und beantwortet.

(Abg. Oelmayer GRÜNE: 5 000!)

Schon diese Zahlen – lieber Herr Kollege Oelmayer, ich widerspreche Ihnen ja gar nicht – machen deutlich, dass es in der Bevölkerung eine große Sensibilisierung für datenschutzrechtliche Belange gibt.

Meine Damen und Herren, wir haben es hier heute ausschließlich mit dem Datenschutz im nichtöffentlichen Bereich zu tun. Gestatten Sie mir dennoch zum Schluss eine kurze Anmerkung allgemeiner Art. Der CDU-Fraktion ist klar, dass der Schutz der Bürger über allem steht. Gerade die schrecklichen Terroranschläge in den USA – wir haben heute Morgen in weit gehender Einheit darüber beraten – haben gezeigt, dass ein streng gehandhabter Datenschutz auch Hindernisse und nicht nur Hilfe für die Bürger bedeuten kann. Datenschutz darf die Polizei und die Sicherheits-



(Blenke)

behörden nicht bei ihrer Arbeit behindern, wenn es darum geht, kriminelle Terroristen aufzuspüren. Wie gesagt, das ist eine allgemeine Anmerkung, die mit dem Thema hier nicht direkt, aber mit dem Thema Datenschutz zu tun hat.

(Abg. Bebber SPD: Das wollten wir doch einmal loswerden!)

Ich denke, das alles sollten wir im Hinterkopf behalten, wenn wir über das Thema Datenschutz beraten.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU)

**Stellv. Präsidentin Beate Fauser:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Theurer.

**Abg. Theurer FDP/DVP:** Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Gerade in Zeiten der unstrittig notwendigen Terrorismusbekämpfung bleibt der Schutz des unbescholtenen Bürgers vor der missbräuchlichen Nutzung seiner persönlichen Daten durch Wirtschaftsbetriebe ein zentrales Grundanliegen liberaler Politik. Es geht hier um ein Grundrecht. Es geht um den Schutz der Privatsphäre. Wenn wir den Datenschutz angesichts der Sicherheitslage aufgeben würden, würden wir genau das aufgeben, was wir eigentlich mit der Bekämpfung des Terrorismus verteidigen wollen.

Dies gilt umso mehr, meine Damen und Herren, als die Technik der elektronischen Datenverarbeitung in der Verwaltung und im privaten Bereich sowohl quantitativ als auch qualitativ in Zukunft wohl immer weiter ausgebaut wird, also die Gefährdungen, denen die Privatsphäre ausgesetzt ist, sich immer mehr erweitern. Die FDP/DVP hat sich in der Vergangenheit mit allem Nachdruck dafür stark gemacht, dass bei der Novellierung des Landesdatenschutzgesetzes zur Umsetzung der europäischen Datenschutzrichtlinie die Schutzrechte der Bürgerinnen und Bürger deutlich verbessert werden.

Wir haben außerdem seit 1996 gefordert, dass das Innenministerium einen Tätigkeitsbericht über den Datenschutz im nichtöffentlichen Bereich vorlegt. Der letzte Bericht datiert aus dem Jahre 1995. Leider war das Ministerium erst zu einer entsprechenden gesetzlichen Regelung bereit, als die EU-Datenschutzrichtlinie eine entsprechende Berichtspflicht vorsah. Nach der im September 2000 in Kraft getretenen Novellierung des Landesdatenschutzgesetzes ist der Bericht erstmals dem Landtag vorgelegt worden. Er ist künftig alle zwei Jahre zu erstatten.

Meine Damen und Herren, der vorgelegte Bericht zeigt deutlich: Datenschutz im öffentlichen und im privaten Bereich ist nahezu gleichwertig. Für den Bürger ist die lediglich theoretische Unterscheidung ohnehin kaum nachzuvollziehen und im Übrigen auch ohne jegliche praktische Relevanz.

Die FDP/DVP hält deshalb ausdrücklich an ihrer Forderung fest, den gesamten Datenschutz in die Hände des Landesbeauftragten für den Datenschutz zu legen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Der Bericht offenbart ferner, meine Damen und Herren, dass die polemische Floskel „Datenschutz ist Täterschutz“

schlicht falsch und unredlich ist. Denn gerade der hier betroffene nichtöffentliche Bereich – also der Bereich von privaten Wirtschaftsunternehmen – zeigt, dass es weniger um Täterschutz als vielmehr um Verbraucherschutz geht. Datenschutz ist in diesem Bereich also in erster Linie aktive Verbraucherschutzpolitik. Datenschutz im wirtschaftlichen Bereich ist Opferschutz, meine Damen und Herren.

(Beifall der Abg. Dr. Noll und Kleinmann FDP/DVP)

Der vorliegende Bericht zeigt außerdem: Die Unternehmen in Baden-Württemberg nehmen – das finde ich erfreulich – den Datenschutz überwiegend ernst. Das kann man an dieser Stelle auch einmal mit Fug und Recht hervorheben. Die interne Selbstkontrolle funktioniert durchweg gut, und die Kooperation mit dem Innenministerium als Aufsichtsbehörde für den Datenschutz im privatwirtschaftlichen Bereich ist zufrieden stellend.

Gleichwohl, meine Damen und Herren, haben bei den anlassbezogenen Kontrollen, bei den Beschwerden immerhin 30 % dieser Überprüfungen Verstöße gegen den Datenschutz ergeben. Es ist doch eine signifikante Größe, wenn 30 % – –

(Abg. Oelmayer GRÜNE: Aber dann ist mit Selbstkontrolle nicht viel los!)

– Wenn man Vorschriften hat, sollte man auch deren Einhaltung kontrollieren. Deshalb sind wir für den Datenschutz im nichtwirtschaftlichen Bereich.

Meine Damen und Herren, auf die Beanstandungen des Innenministeriums wurde durch die betreffenden Firmen in der Regel umgehend reagiert. Nur in zwei Fällen hat das Innenministerium zu schärferen Maßnahmen greifen und Bußgelder von 2 000 bzw. 5 000 DM verhängen müssen, weil Firmen gegen ihre gesetzliche Pflicht zur Mitwirkung bei diesen Kontrollen verstoßen haben. Ich denke, das ist kein Grund zur Aufregung.

Dennoch halten wir daran fest: Der Datenschutzbericht, die Kontrollen im nichtöffentlichen Bereich werden mit dazu beitragen, die Rechte der Bürgerinnen und Bürger in diesem Bereich zu stärken.

Im modernen Wirtschaftsleben, das auf modernste Informations- und Kommunikationstechnik angewiesen ist, kommt es darauf an, in einem konstruktiven Dialog mit den Beteiligten praktikable und sachgerechte Lösungen zu entwickeln.

(Demonstrativer Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Sie müssten einerseits den Datenschutz und die Belange des Einzelnen hinreichend wahren, andererseits die Tätigkeit der Wirtschaft allgemein unterstützen.

Lassen Sie mich schließen

(Zuruf: Gern!)

– gern – mit einem Dank an das Innenministerium.

(Zurufe von der SPD)

(Theurer)

Dort wurde der Datenschutz auch als Serviceeinrichtung für die Wirtschaftsunternehmen aufgefasst. Mit den Wirtschaftsunternehmen wurden diese praktikablen Lösungen erreicht.

Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

**Stellv. Präsidentin Beate Fauser:** Das Wort hat Herr Kollege Oelmayer.

(Abg. Blenke CDU: Ich setze mich gleich wieder in die erste Reihe!)

**Abg. Oelmayer GRÜNE:** Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Zum Datenschutz im nichtöffentlichen Bereich, zu dem die Landesregierung einen ersten Bericht vorgelegt hat, über den wir hier beraten, möchte ich meine Ausführungen mit dem Hinweis beginnen, dass meines Erachtens die grundsätzlichen Überlegungen zu diesem Thema auf die Tagesordnung dieses Hauses gesetzt werden müssen. Herr Kollege Blenke hat die Thematik schon genannt.

Sie beginnen den Bericht mit folgenden Ausführungen:

Das Innenministerium ist nach § 38 des Bundesdatenschutzgesetzes (BDSG) in Verbindung mit § 1 der Datenschutzzuständigkeitsverordnung der Landesregierung vom 10. Januar 1978 zuständige Aufsichtsbehörde für den Datenschutz im nichtöffentlichen Bereich.

Diese Zuordnung halte ich schon aus rechtsstaatlichen Gründen für problematisch, weil wir der Auffassung sind, dass nicht ein und dieselbe Behörde, die grundsätzlich auch für die Einhaltung von Rechtsvorschriften zuständig ist, letztlich überprüfen kann, ob Dritte, Private diese Rechtsvorschriften einhalten. Diese Prüfung wäre unseres Erachtens viel besser beim Landesdatenschutzbeauftragten angesiedelt worden. Deswegen muss diese grundsätzliche Überlegung meines Erachtens auch im Vordergrund dieser Diskussion stehen.

Ich darf Ihnen auch sagen, warum. Wir haben im Innenministerium ein Referat mit 5,5 Stellen, das sich redlich müht. Das will ich gar nicht in Abrede stellen. Wenn man aber die Debatte, die es im Ständigen Ausschuss gab, anhand des Berichts nachvollzieht, muss man feststellen, dass es bei über 1 200 Unternehmen im Land, die unter diese nichtöffentlichen Stellen fallen, in zwei Berichtsjahren insgesamt elf Vollkontrollen gab. Dabei gab es wenig Beanstandungen. Diese Thematik kenne ich aus anderen angekündigten Kontrollmaßnahmen. Ob es um Müllverbrennungsanlagen, um Wasserversorgungseinrichtungen etc. geht, alle angekündigten Kontrollen kann man sich fast sparen.

Ein zweiter Punkt: Die anlassbezogenen Kontrollen bringen immerhin schon eine Beanstandungsquote von 30 %, was so viel bedeutet, dass immer dann, wenn die Möglichkeit, sagen wir einmal, die Mängel zu beheben, mangels langfristiger vorheriger Ankündigung nicht mehr gegeben ist, die Beanstandungsquote sehr viel größer ist. Und jetzt werden Sie, Herr Innenminister, staunen:

(Abg. Bebbler SPD: Er kann gar nicht mehr staunen!)

Sie haben vorgeschlagen – das geht aus dem Bericht über die Diskussion im Ständigen Ausschuss hervor –, jedenfalls seitens des Staatssekretärs, der im Ausschuss die Landesregierung vertreten hat, in Zukunft auch anlassunabhängige Kontrollen durchzuführen. Diese Begrifflichkeit ist uns beiden sehr wohl bekannt, weil Sie die im Polizeigesetz schon längst eingeführt haben. Wenn es aber um den Datenschutzbereich geht, hinkt das Land Baden-Württemberg, insbesondere was die anlassunabhängigen Kontrollen betrifft, deutlich hinterher.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Ein weiterer Punkt, der meines Erachtens durch die Vereinheitlichung der Datenschutzkontrolle bei einem Landesamt für Datenschutz oder beim Datenschutzbeauftragten des Landes Baden-Württemberg gelöst wäre – auch das taucht in dem Bericht auf –: Sie haben sogar Zuständigkeitsprobleme zwischen dem Referat des Innenministeriums auf der einen und dem Landesdatenschutzbeauftragten auf der anderen Seite, nämlich immer dann, wenn öffentliche Träger mit privatrechtlichen Rechtsformen in öffentlich tätigen Betrieben tätig werden. Dann müssen Sie abgrenzen und sagen: Die Betriebe, die quasi monopolartig tätig sind, prüft das Innenministerium, und die Betriebe, die nicht monopolartig tätig sind, die in Konkurrenz treten, prüft der Landesdatenschutzbeauftragte. Dieses Konkurrenzverhältnis, das sich meines Erachtens in der erforderlichen Trennschärfe gar nicht abgrenzen lässt, ist ein weiterer Beleg dafür, dass wir die Vereinheitlichung des Datenschutzes bei einem Amt im Land Baden-Württemberg brauchen, das im Übrigen dann auch unabhängig von der Landesregierung und ohne direkte Weisungsbefugnis des Innenministers arbeiten müsste, der sich ja bei jedem Datenschutzbericht vorbehält, a) diesen zu prüfen und b) Korrekturen durch entsprechende Kommentare vorzunehmen. Dieses Amt müssten wir unseres Erachtens einer effektiven Datenschutzkontrolle durch das Innenministerium entziehen.

Noch ein Punkt, den ich erwähnen möchte: Sie haben dargelegt, dass bei der gegenwärtigen Prüfhäufigkeit ca. 1 % der 1 300 Unternehmen im Berichtszeitraum geprüft werden kann.

Damit komme ich zu meinem letzten Punkt: Ich habe nicht gedacht, dass wir heute Abend eine innenpolitische und eine sicherheitspolitische Debatte eröffnen. Ich hätte das auch ausgespart. Aber ich bin schon der Meinung, dass wir den Datenschutz gerade in diesen Tagen, in denen es wieder Menschen und verantwortliche Politiker in dieser Republik gibt, die davon ausgehen, dass es sich beim Datenschutz um Täterschutz handelt,

(Abg. Drexler SPD: Oettinger!)

auch im Land Baden-Württemberg nicht ernst genug nehmen können. Wenn Sie, Herr Innenminister, Rasterfahndungen anordnen, was nichts anderes als Abgleiche von zahlreichen Dateien heißt, wenn wir des Weiteren Ihre Forderungen in Bundesratsinitiativen und in anderen Initiativen hören, die immer mehr Eingriffe auch in Datenschutzbestände begehren, dann ist es die logische Konsequenz, dass wir in einem Landesamt für Datenschutz nicht nur die

(Oelmayer)

Kompetenzen stärken, sondern auch die personelle Ausstattung verbessern und letztendlich auch die Qualifikationen in diesem Amt fordern. Nur dann wird Datenschutz auch in Baden-Württemberg weiterhin eine zentrale Rolle spielen. Deswegen unsere Forderung: Geben Sie sich einen Ruck, führen Sie den Datenschutzbeauftragten des Landes vom Innenministerium über

(Glocke der Präsidentin)

– ich komme zum Schluss – in eine unabhängige Stelle.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

**Stellv. Präsidentin Beate Fauser:** Ich erteile Herrn Minister Schäuble das Wort.

**Innenminister Dr. Schäuble:** Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich darf vielleicht zu Ihrer Erleichterung auf die bereits gemachten Ausführungen des Herrn Staatssekretärs im Ständigen Ausschuss bei der ausführlichen Diskussion über den Tätigkeitsbericht zum Datenschutz im nichtöffentlichen Bereich verweisen.

(Abg. Bebber SPD: Das ist nicht sehr erhellend!)

Deshalb nur noch einige wenige Anmerkungen: Herr Kollege Oelmayer meint offensichtlich, es müsse ein Ruck durch unser Land gehen, wie es seinerzeit Bundespräsident Herzog gesagt hat.

(Abg. Oelmayer GRÜNE: Durch die Landesregierung!)

– Mit dieser Meinung sind Sie deutlich in der Minderheit.

(Abg. Bebber SPD: Durch die Landesregierung geht nie ein Ruck!)

Ich habe mich gerade noch einmal bei Herrn von Rotberg und bei Frau Friedrich, auf deren Schultern die Hauptlast dieses Berichts über den Datenschutz im nichtöffentlichen Bereich liegt, vergewissert: Es gibt natürlich immer wieder Fälle, in denen sich Bürger zu einem Thema aus dem privaten Datenschutz an den Datenschutzbeauftragten wenden. Aber in praxi bekommt man die Abgrenzung immer gut hin. Dies sage ich nur, weil Kollege Oelmayer diesen Punkt angesprochen hat. Die Abgrenzung ist also in praxi kein Problem.

Die andere Frage wird sicherlich bei jeder Diskussion wieder auftauchen: Wo wird der private Datenschutz angesiedelt? Lassen Sie mich eine Vorbemerkung machen: Richtig ist bestimmt – ich glaube, das ist auch die Auffassung unseres Datenschutzbeauftragten, Herrn Schneider –, dass der nichtöffentliche Bereich im Datenschutz im Vergleich zum öffentlichen Bereich immer wichtiger geworden ist und immer wichtiger wird und dass dort wesentlich stärker Gefahren für Bürgerinnen und Bürger vorhanden sind. Deshalb ist es auch vollkommen richtig, dass, wie gesagt worden ist, dieser Bereich mit Täterschutz überhaupt nichts zu tun hat.

Wahr ist auch, dass trotz aller Beanstandungen des Datenschutzbeauftragten im öffentlichen Bereich die gesamte Verwaltung in den zurückliegenden Jahren richtigerweise und dankenswerterweise das Thema Datenschutz immer ernster genommen hat, weshalb auch entsprechende Verstöße Gott sei Dank – ich rede jetzt vom öffentlichen Bereich des Datenschutzes – kontinuierlich zurückgehen.

Ich will nicht die Debatte von heute Morgen aufwärmen, aber, Kollege Oelmayer, die Rasterfahndung wird auch von Ihren grünen Freunden auf der Bundesebene für richtig gehalten, weil man letztendlich keine anderen Möglichkeiten hat. Aber wenn es darum geht, in der jetzigen Diskussion darüber zu sprechen, wo der Datenschutz im öffentlichen Bereich vielleicht da und dort etwas zurückgenommen werden muss, um die Sicherheit zu betonen, muss man das auch vor dem Hintergrund sehen, dass man der öffentlichen Verwaltung in ihrer Gesamtheit – dies trifft seit Jahren erwiesenermaßen zu – wirklich vertrauen kann, dass sie mit den Daten im öffentlichen Bereich sorgfältig und auch pflichtbewusst umgeht.

(Beifall des Abg. Blenke CDU)

Das ist im nichtöffentlichen Bereich – ich drücke mich vorsichtig aus – nicht immer in diesem Ausmaß der Fall. Die Frage, wo man dies ansiedelt, wird uns bei jeder künftigen Diskussion beschäftigen.

Aus Gewaltenteilungsgründen und aus Gründen der parlamentarischen Verantwortung muss man auch Folgendes sehen: Im öffentlichen Bereich geht es um die Kontrolle der öffentlichen Verwaltung. Da kann ein unabhängiger Datenschutzbeauftragter seinen Platz haben und hat ihn ja auch.

Hier aber geht es darum – Sie haben in Ihren Diskussionsbeiträgen ja Beispiele erwähnt, etwa Bußgeldbescheide –, dass die zuständige Stelle – in diesem Fall das zuständige Referat im Innenministerium – auch gegebenenfalls Bußgeldbescheide an Privatpersonen erlassen muss. Dann muss letztendlich schon die parlamentarische Verantwortung auf die Spitze des Ministeriums hinzielen. Anders kann es gar nicht sein. Deshalb wäre dort ein unabhängiger Datenschutzbeauftragter nach unserem verfassungsrechtlichen Verständnis schon ein erhebliches Problem.

Im Übrigen darf ich, wie gesagt, auf die ausführliche Diskussion im Ausschuss verweisen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

**Stellv. Präsidentin Beate Fauser:** Mir liegen keine Wortmeldungen mehr vor.

Wir kommen zur Abstimmung über die Beschlussempfehlung des Innenausschusses, Drucksache 13/292. Sie stimmen der Beschlussempfehlung zu? –

(Zustimmung)

Ich bedanke mich.

Tagesordnungspunkt 6 ist damit erledigt.

(Stellv. Präsidentin Beate Fauser)

Ich rufe **Punkt 7** der Tagesordnung auf:

**Beschlussempfehlung und Bericht des Wirtschaftsausschusses zu der Mitteilung des Wirtschaftsministeriums vom 1. August 2001 – Energiebericht 2000 – Drucksachen 13/152, 13/317**

Berichterstatteerin: Abg. Dr. Carmina Brenner

(Abg. Zeller SPD: Wo ist denn der Minister? Sag einmal!)

Frau Abg. Dr. Brenner, ich erteile Ihnen das Wort.

(Abg. Schmiedel SPD: Wo ist die Regierung? – Gegenruf des Abg. Pfister FDP/DVP: Kommt noch! Die Regierung kommt noch!)

**Abg. Dr. Carmina Brenner** CDU: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Energiebericht liegt Ihnen vor, ebenso der Bericht über die Beratungen des Wirtschaftsausschusses. Deshalb lassen Sie mich nur noch auf einige Punkte eingehen.

(Abg. Bebbler SPD: Der Minister muss da sein!)

Sprechen wir zunächst über das, bei dem wir über die Parteien hinweg zumindest in der Richtung einig sind: über den Ausbau der erneuerbaren Energien.

(Abg. Bebbler SPD: Sie reden ohne Regierungsvertreter! Das kann doch nicht sein! Was hat denn Ihre Regierung gegen Sie? – Unruhe)

Wir alle sind der Ansicht, dass man sie stark ausbauen sollte. Die Landesregierung hat ihr Ziel genannt: Verdoppelung des Anteils der erneuerbaren Energien in einem realistischen Zeitraum.

(Anhaltende Unruhe)

Die CDU-Fraktion wird dafür eintreten.

Unverständlich ist aber – und dies ist von allen Energiepolitikern in der letzten Wirtschaftsausschusssitzung angesprochen worden –,

(Anhaltende Unruhe bei der SPD – Abg. Alfred Haas CDU: Beruhigt euch wieder! Ihr habt doch vom Birzele gehört, dass man nicht dazwischenschwätzen darf!)

dass die Großinvestition in Wasserkraft im Kraftwerk Rheinfelden nicht gefördert werden kann.

(Abg. Drexler SPD: Wo ist das Wirtschaftsministerium? Wo ist der Wirtschaftsminister?)

– Den brauche ich jetzt nicht.

(Abg. Schmiedel SPD: Wo ist die Regierung? – Glocke der Präsidentin)

**Stellv. Präsidentin Beate Fauser:** Herr Schmiedel, der Herr Minister wird gleich kommen. Einen Moment noch.

**Abg. Dr. Carmina Brenner** CDU: Gerade diese Großanlage würde den Anteil der Wasserkraft im Land schlagartig erhöhen.

(Abg. Fischer SPD: Wenn der Minister nicht kommt, beantragen wir, dass er kommt! Wir beantragen, dass er kommt!)

Aber laut EEG kann Rheinfelden nicht gefördert werden. Hier zeigt sich ein Fehler des EEG, das nur auf Kleinprojekte abzielt. Mit Kleinigkeiten sind eben hoch gesteckte Ziele nur sehr schwer zu erreichen. Mein Appell an Rot-Grün: Reden Sie mit Ihren Kollegen in Berlin, damit wir hier etwas tun können; denn es wäre wirklich jammerschade, wenn die Investition in Rheinfelden nicht stattfinden könnte.

(Beifall bei der CDU – Abg. Dr. Caroli SPD: Wer hat denn die regenerativen Energien transportiert?)

Ein zweiter Bereich: Windenergie. Der Herr Ministerpräsident hat hierzu Aussagen gemacht, aber die Opposition fühlt sich beflissen, Erwin Teufel unvollständig zu zitieren.

(Minister Dr. Döring betritt den Plenarsaal. – Unruhe)

Er hat sich eben nicht gegen die Windenergie ausgesprochen, sondern hat nur über diese Heerscharen von Einzelanlagen auf jedem Katzenbuckel in diesem Land gesprochen.

(Anhaltende Unruhe – Abg. Dr. Witzel GRÜNE: Es gibt insgesamt nur 100 Anlagen, Frau Kollegin!)

Erwin Teufel hat aber sehr wohl davon gesprochen, dass an geeigneten Standorten Windparks entstehen. Dies machen andere Länder übrigens ohne großes Getöse und sehr erfolgreich. Der größte Windpark steht in Barstow in Kalifornien mit über 100 Anlagen, und auch in Europa stehen sehr viele Windparks mit 50 und mehr Anlagen. Es macht Sinn, wenn man sich auf gute Standorte konzentriert; denn bei Windparks sind sehr wohl Synergieeffekte bei den Kosten zu erzielen, zum Beispiel bei einem gemeinsamen Anschluss ans Netz.

Auch in meinem Wahlkreis sprießt so langsam auf jedem Buckel ein Windrädle, völlig unkoordiniert.

(Beifall des Abg. Theurer FDP/DVP – Abg. Dr. Witzel GRÜNE: Sie haben aber einen kleinen Wahlkreis!)

Wir kennen die windhöffigen Standorte, aber da wollen die Investoren nicht hin. Sie bekommen von der Herstellern der Anlagen „geeignete“ Standorte berechnet, und wenn das Windrad dann steht, stimmt oft die Wirtschaftlichkeit nicht. Vielleicht sollten wir einmal diese Geschäftsstrategie der Hersteller etwas genauer unter die Lupe nehmen.

Zurzeit kritisieren die Windenergieverbände die Argumente der Regierungspräsidenten gegen Windenergieanlagen. Mich ärgern diese Argumente auch. Das Argument, dass irgendwann ein Steinadler brüten könnte, wo schon hundert Jahre keiner mehr gebrütet hat, ist schlichtweg lächerlich.

(Dr. Carmina Brenner)

(Abg. Bebbler SPD: Wie wollen Sie aus eigener Anschauung wissen, dass dort hundert Jahre keiner gebrütet hat?)

Aber vergessen Sie nicht: Diese herrlichen Annahmen waren für Naturschutzverbände oftmals ein Argument, Naturschutzgebiete auszuweisen. Ich darf daran erinnern: Braun gefleckte Beißschrecke, toskanische Heuschrecken und Feldhamster hat man auch nicht unbedingt gesehen.

(Abg. Dr. Caroli SPD: Was sollen diese blöden Frontstellungen gegen den Naturschutz? Unglaublich, dieses Vorgehen!)

Am meisten ärgert mich aber das gängige Totschlagargument der Präsidien nicht nur gegen Windenergiegenehmigungen: „... zerstört die Eigenart der einheimischen Landschaft.“ Das ist offensichtlich Begründung genug. Auch mit einem Windrad ist die einheimische Landschaft immer noch eigenartig genug. Mein Appell deshalb an unsere Regierungspräsidien und die BNLs: Sparen Sie sich künftig diese nichts sagende 08/15-Floskel! Das zeigt nämlich nur, dass man keine Lust hat, sich tiefer mit einer Sache zu beschäftigen und eine ordentliche Auskunft zu geben.

(Abg. Röhm CDU: Ja! Genau!)

Bei den erneuerbaren Energien arbeiten wir in die gleiche Richtung, und, Herr Witzel, einiges haben wir schon miteinander auf den Weg gebracht. Das ist in Ordnung.

Jetzt versuchen wir doch noch, mit Landesförderung und mit geistigem Einsatz von uns allen die Brennstoffzelle voranzubringen, dann können wir vielleicht irgendwann die AKWs abschalten, weil es etwas Besseres gibt, und das wäre für mich das einsichtigste Argument.

(Glocke der Präsidentin)

**Stellv. Präsidentin Beate Fauser:** Frau Dr. Brenner, erlauben Sie eine Zwischenfrage von Herrn Dr. Caroli?

**Abg. Dr. Carmina Brenner** CDU: Nein, jetzt nicht. Aber er kann am Ende fragen.

(Unruhe bei der SPD – Lachen des Abg. Dr. Caroli SPD)

Wir waren bei den AKWs, die man in Zukunft vielleicht durch Brennstoffzellentechnik ersetzen kann.

Aber jetzt, meine Damen und Herren, da alle Angst vor Terroranschlägen haben, heißt es: AKWs abschalten, und zwar sofort. Aber was dann? Wir schalten ab und beziehen unseren dann fehlenden Strom aus Frankreich oder aus Tschechien. Das ist nicht nur inkonsequent, sondern sogar noch viel gefährlicher; denn bei Terroranschlägen funktioniert das Sankt-Florians-Prinzip eben nicht, siehe Tschernobyl; da waren wir ja auch mit betroffen.

Die AKWs stehen nach dem Abschalten noch mindestens acht Jahre unverändert mit der kompletten Betriebsmannschaft da, bevor man auch nur die äußere Hülle abtragen kann. Jeder weiß, wo sie stehen; tarnen kann man sie auch nicht.

Ja, und nun? Das Verhalten der EnBW hat auch nicht gerade das Sicherheitsgefühl erhöht. Es ist eine Unverfrorenheit, einen Störfall der Stufe 2 in einen der Stufe 0 umzutauften, und zwar von Fachleuten, die es wissen müssen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und des Abg. Dr. Witzel GRÜNE)

Es ist eine Lüge gegenüber der Aufsicht führenden Behörde, und es ist eine Lüge gegenüber dem Minister.

Genauso blamabel ist das Verhalten des TÜV, der sich mit seinen freundschaftlichen Gefälligkeitsgutachten wirklich keinen Gefallen getan hat.

(Unruhe bei der SPD)

Wenn es der TÜV nicht kann, dann muss man eben einen suchen, der es kann.

(Abg. Drexler SPD: Das ist wie beim Minister! – Heiterkeit bei der SPD)

Wir müssen mit dieser Situation verantwortungsvoll und konsequent umgehen, und das tut unser Minister. Aber wer sagt: „Wenn wir die AKWs abschalten, dann braucht ihr keine Angst mehr zu haben“, der lügt die Bevölkerung an;

(Beifall des Abg. Blenke CDU)

denn so einfach ist das alles dann doch nicht. Aber das wissen Sie bei Rot-Grün, und deshalb frage ich mich, was dieser Populismus zu diesem Thema eigentlich soll.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

**Stellv. Präsidentin Beate Fauser:** Ich erteile das Wort Herrn Abg. Dr. Caroli zu einer Zwischenfrage.

(Abg. Drexler SPD: Jetzt, Walter, stell die Frage!)

**Abg. Dr. Caroli** SPD: Frau Kollegin Dr. Brenner, Sie haben sich vorhin zur Notwendigkeit der Windkraft geäußert. Ist Ihnen bewusst,

(Abg. Drexler SPD: Nein!)

dass nicht diejenigen Fraktionen, die Sie auf der linken Seite so freundlich angeblickt haben, . . .

**Abg. Dr. Carmina Brenner** CDU: Ich mag sie halt, Herr Caroli.

**Abg. Dr. Caroli** SPD: . . . aber mit Ihren Vorwürfen gemeint haben, ein gespaltenes Verhältnis zur Windkraft haben, wohl aber Abgeordnete aus Ihren Reihen und insbesondere der Ministerpräsident dieses Landes?

(Abg. Drexler SPD: Der ist gar nicht da! – Zurufe: Wo ist er? – Abg. Alfred Haas CDU: Wieso gespalten?)

**Abg. Dr. Carmina Brenner** CDU: Herr Dr. Caroli, ich habe doch eben versucht, zu erklären, wie das war. Man hat aus der ganzen Aussage von Erwin Teufel einen Satz herausgezogen und den Rest unter den Tisch fallen lassen.

(Abg. Drexler SPD: CDU-Südbaden-Parteitag!)

(Dr. Carmina Brenner)

So kann man natürlich Zitate verfälschen. Aber das ist dann nicht sachlich richtig, und es ist vor allem nicht richtig zitiert. Herr Teufel hat sich dagegen gewandt, dass auf jedem Hügel ein Windrad steht, und Sie wissen, dass nicht alle Gelände gleichermaßen geeignet sind. Vor allem brauchen Sie, wenn Sie die Windräder einzeln bauen, jedes Mal eine teure Untersuchung und jedes Mal auch den Anschluss an das Netz. Er hat aber gesagt: „Windparks okay“, und da wären wir nicht die Einzigen. Denn andere Länder machen es doch so. Ich habe schon einige dieser Windparks gesehen, und sie haben mich sehr begeistert. Man weist die Flächen aus, die am windhöffigsten sind; die kennt man.

(Abg. Drexler SPD: Und wo in Baden-Württemberg?)

– Zum Beispiel sind diese Flächen bei mir im Kreis Freudenstadt, im Bereich Nordbaden, vom Regionalverband jetzt ausgewiesen worden.

(Abg. Drexler SPD: Flughafen Stuttgart geht auch!)

Da weht der Wind eben am stärksten, und wer eine Windanlage bauen möchte, der kann da hingehen. Dann gibt es einmal eine Genehmigung, und dann hat nicht jeder einzeln diesen ganzen Zinnober durchzumachen. Ich habe auch die Synergieeffekte erwähnt. Sie brauchen diese Untersuchung dann nicht jedes Mal, sondern führen sie für die Fläche durch. Sie brauchen auch nur einen Anschluss ans Netz; das muss dann nicht jeder machen. Aus wirtschaftlicher Sicht ist es durchaus vernünftig, sich auf gute Standorte zu beschränken, zumal in Landkreisen, in denen man – wie auch bei mir zu Hause – sehr schnell dem Tourismus und den Natur- und Landschaftsschützern ins Gehege kommt,

(Abg. Blenke CDU: So ist es!)

wo man dem Schwarzwaldverein ins Gehege kommt.

(Abg. Capezzuto SPD: Vor allem den Regierungspräsidenten und Landräten!)

Ausgerechnet die Verbände, die immer für Natur- und Landschaftsschutz eintreten, haben wir da teilweise gegen uns, was eigentlich schizophoren ist. Um diesen Dingen aus dem Weg zu gehen, ist es sinnvoll, die Windenergie an den besten Standorten zu konzentrieren. Das ist doch vernünftig. Nicht mehr und nicht weniger hat der Herr Ministerpräsident gesagt.

(Abg. Drexler SPD: Nein, so hat er es nicht gesagt!)

Das halte ich für richtig. Zitieren Sie nicht immer verkürzt.

(Abg. Drexler SPD: Nein, der Ministerpräsident kann das nicht so klar ausdrücken wie Sie!)

Ich weiß, die Opposition macht das gern; auch wir haben das vielleicht schon gemacht. Aber es trifft nicht den Punkt und drückt nicht das aus, was der Herr Ministerpräsident gesagt hat.

(Beifall bei der CDU)

**Stellv. Präsidentin Beate Fauser:** Das Wort erteile ich Herrn Kollegen Knapp.

(Abg. Blenke CDU: Mach deinem Namen alle Ehre!)

**Abg. Knapp SPD:** Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Zuerst einmal zwei Komplimente an Herrn Minister Döring. Das erste: Sie sind rechtzeitig zu meinem Redebeitrag gekommen.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Theurer FDP/DVP)

Das zweite Kompliment: Man muss sagen, der Energiebericht 2000 des Landes Baden-Württemberg ist ein guter und interessanter Bericht.

(Beifall des Abg. Theurer FDP/DVP)

Damit hat es sich aber mit den Komplimenten. Der Energiebericht ist deshalb ein guter Bericht, weil er allen politischen Gruppierungen in Baden-Württemberg

(Minister Dr. Döring: Sie können dann aufhören! – Heiterkeit)

– es kommt ja noch etwas anderes – die gleiche Basis verschafft, auf die wir uns bei unseren Argumentationen beziehen können, wenn es um den Energiebereich geht. Allein die Schlüsse, die wir daraus ziehen, werden unterschiedlich sein.

Interessant ist der Energiebericht deshalb, weil man daran erkennt, wie stark die Landesregierung in Baden-Württemberg und auch Sie persönlich, Herr Minister Döring, auf die Kernenergie setzen. Zugute halten möchte ich Ihnen aber, dass der Energiebericht bereits im Juni 2001 erstellt wurde. Aber gerade dadurch ist dieser Energiebericht ein Zeugnis für das atomfreundliche Klima in Baden-Württemberg, das erst die Störfälle in der Wiederaufarbeitungsanlage Karlsruhe und in den Blöcken I und II des Kernkraftwerks Philippsburg ermöglicht hat.

(Zuruf von der SPD: So ist es!)

Sie sprechen in dem Bericht von einem ausgewogenen Energiemix. Als Überschrift können wir das unterschreiben. Wenn wir uns aber etwas tiefer mit dem Energiemix beschäftigen, stellen wir fest, dass der Primärenergiebedarf durch 42 % Mineralöl, 16 % Erdgas, 12 % Steinkohle und rund 27 % Kernenergie gedeckt wird, summa summarum also 97 % aus fossilen Energiearten oder Kernenergie. Ich glaube, Sie stimmen mit mir darin überein, dass man dabei nicht von einem ausgewogenen Energiemix reden kann.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Bei der Stromerzeugung sieht es nicht viel besser aus: Exakt 90 % sind fossil oder kerntechnisch erzeugt, wobei die Kernenergie fast 60 % dazu beiträgt. Ob Sie, Herr Minister, Ihre Aussage „Ich stehe zur Kernenergie“

(Abg. Drexler SPD: Aber nicht zu Müller!)

noch lange aufrechterhalten wollen, ist Ihre Entscheidung. Bei solch klaren Aussagen muss man nach dem 11. Sep-

(Knapp)

tember und nach den Störfällen in Karlsruhe und Philippsburg ganz klar sagen: mitgefangen – mitgegangen.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der SPD: Ja-wohl! – Minister Dr. Döring: Hoppla! – Zuruf des Abg. Schmiedel SPD)

Kommen wir nun aber zu den rund 3 %, genauer gesagt, den 2,6 % Restenergie, die aus Wasserkraft und regenerativ erzeugt werden. Diesen schon lächerlichen Anteil an regenerativer Energie wollen Sie in den nächsten zehn Jahren verdoppeln. Das wäre ein guter Ansatz, aber wenn man Sie konkret fragt, Herr Minister, hört man schon jetzt Ausflüchte wie etwa: „Wir wissen, dass das ein hehres Ziel ist.“ Das heißt, Sie glauben schon jetzt nicht mehr daran, dass Sie die Verdoppelung der 2,6 % im regenerativen Bereich erreichen werden.

Wir glauben aber daran, dass eine Verdoppelung der erneuerbaren Energie erreicht wird, weil die Bundesregierung durch das Erneuerbare-Energien-Gesetz und das Gesetz zur Kraft-Wärme-Kopplung dafür gesorgt hat, dass die notwendigen Rahmenbedingungen dafür geschaffen werden.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Jetzt darf aber in Baden-Württemberg nicht blockiert werden. Geradezu kontraproduktiv ist es, wenn der Ministerpräsident – Frau Kollegin Brenner, da sind wir wieder auf dem Punkt – durch die Lande läuft und zum Ausdruck bringt, dass er zur Windkraft eigentlich am liebsten gar nichts möchte.

(Abg. Dr. Carmina Brenner CDU: Das hat er doch nicht gesagt!)

– Sie müssen einmal das lesen, was wirklich in der Zeitung steht. Ich weiß wohl, dass Sie schon lange zurückrudern und sagen: Das hat er so nicht gesagt.

(Abg. Dr. Carmina Brenner CDU: Er hat das auch nicht gesagt! – Abg. Alfred Haas CDU: Was hat er denn gesagt?)

Das, was im Nordschwarzwald geschieht, ist genau das Richtige. Wir wollen Ausweisungen von solchen Flächen. Da sind wir uns ja einig.

(Abg. Dr. Carmina Brenner CDU: Willkommen im Klub!)

Wir können gerne gemeinsam – willkommen im Klub! – durch den Nordschwarzwald gehen und dann sagen, wo was läuft.

(Beifall bei der SPD)

Nur muss ich Ihnen sagen –

(Glocke der Präsidentin)

**Stellv. Präsidentin Beate Fauser:** Herr Knapp, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Kollegen Hauk?

**Abg. Knapp SPD:** Wenn es nicht auf meine Redezeit geht, ja.

**Stellv. Präsidentin Beate Fauser:** Die Zwischenfrage wird auf Ihre Redezeit nicht angerechnet. – Herr Hauk.

**Abg. Hauk CDU:** Herr Kollege Knapp, ist Ihnen bekannt, wie das derzeitige Potenzial der Windkraftenergie in Baden-Württemberg oder auch bundesweit ist, auf welchen Anteil es der Bund derzeit verdoppeln will, und können Sie mir noch ein paar Angaben zur Frage der Effizienz der Windkraft machen?

**Abg. Knapp SPD:** Was war das jetzt für eine Frage?

(Abg. Hauk CDU: Wie hoch ist derzeit der Anteil?)

Ich sage Ihnen eines – es geht ja nicht von meiner Redezeit ab, habe ich gehört –: Sie können nicht sagen, dass es nicht möglich ist, wenn man in Schleswig-Holstein, und zwar ohne Offshorekraftwerke, 50 % des gesamten Stromverbrauchs bereits aus Windenergie erzeugt.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Nur, wenn man natürlich kontraproduktiv sagt: „Wir wollen das nicht, wir wollen keinen Berghang, wir wollen die Dinge alle nicht“, dann funktionieren sie halt nicht.

(Beifall bei der SPD – Abg. Alfred Haas CDU: Jetzt aber zurück in die erste Klasse!)

Ich sage Ihnen eines: Gerade bei dem in Baden-Württemberg weit verbreiteten Gehorsam gegenüber der Landesregierung sagen dann natürlich alle Genehmigungsbehörden: Unser Ministerpräsident möchte es ja auch nicht. Dann ist es einfach, das abzulehnen.

(Abg. Alfred Haas CDU: Schleswig-Holstein und Baden-Württemberg zu vergleichen, das ist doch Schwachsinn! Zurück in die erste Klasse!)

Es ist doch klar, dass damit Windkraft, Wasserkraft und auch Biomasse abgelehnt wird.

(Glocke der Präsidentin)

**Stellv. Präsidentin Beate Fauser:** Herr Knapp, gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage?

**Abg. Knapp SPD:** Nein, jetzt nicht mehr.

(Abg. Alfred Haas CDU: Das ist auch besser so, wenn Sie solches Zeug daherreden über Dinge, von denen Sie nichts verstehen! Keine Ahnung von Energieerzeugung!)

Neben der Energieerzeugung ist aber auch die Energieeinsparung ein bedeutender Faktor. Etwa ein Drittel des Energieverbrauchs geht allein in die Gebäudeheizung. Laut Aussage des Wirtschaftsministeriums ergibt eine Fördermark – Herr Minister, da können wir ja Ihre Unterlagen zitieren – im Altbaumodernisierungsprogramm zwischen 20 und 30 DM an Investitionen. Umso unverständlicher ist es, dass dieses Programm nur mit 13 Millionen DM ausgestattet wurde und bereits im Juli ausgeschöpft war. Wir haben einen Antrag gestellt, es wieder aufzulegen. Der wurde von allen gutgeheißen, aber dann trotzdem abgelehnt. Das ist etwas, was ich nicht verstehen kann.

(Knapp)

(Abg. Alfred Haas CDU: Sie verstehen noch mehr nicht! – Abg. Drautz FDP/DVP: Unmöglich!)

Es ist an der Zeit, dass Sie in Baden-Württemberg die Energiewirtschaft als wichtigen Wirtschaftsfaktor anerkennen. Allein die 30 Windkraftanlagen, die in der letzten Röhre der Genehmigungspipeline stecken, bedeuten Investitionen in der Größenordnung von 120 Millionen DM.

(Abg. Alfred Haas CDU: Sagen Sie einmal etwas zur Effizienz!)

Was wir in Baden-Württemberg brauchen, sind eine positive Grundhaltung zu erneuerbaren Energien

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Hauk CDU: Da sind wir einig!)

und klare Rahmenbedingungen für den Aus- und Aufbau der Wasserkraft, der Windenergie, der Solarenergie und der Biomasse-Heizkraftwerke.

(Abg. Hauk CDU: Wenn Sie jetzt die Reihenfolge umkehren, stimmen Sie genau mit uns überein!)

Lassen Sie mich, bevor ich zum Schluss komme, noch einen Satz – ich glaube, da wird es wieder ruhiger werden –

(Abg. Alfred Haas CDU: Sie müssen ruhiger werden!)

zur Liberalisierung des Energiemarkts sagen. Bisher habe ich gedacht, dass die Liberalisierung eigentlich dazu da ist, dass wir als Verbraucher niedrigere Strompreise haben. Heute musste ich aber lernen, dass die Liberalisierung speziell bei der Kernenergie auf Kosten der Sicherheit geht. Haben Sie eigentlich realisiert, was dieser Satz des Umwelt- und Verkehrsministers Müller heute Nachmittag bedeutet hat? Liberalisierung geht auf Kosten der Sicherheit, speziell bei der Kernenergie.

(Abg. Alfred Haas CDU: Ja, so ist es auch!)

Wir nehmen den Energiebericht zur Kenntnis. Nehmen Sie aber bitte zur Kenntnis, dass das Land Baden-Württemberg nach den Vorfällen der letzten Woche sich nicht mehr leisten können wird, weiterhin die Abhängigkeit von fossilen Energieträgern und vor allem von der Kernenergie aufrechtzuerhalten.

(Beifall bei der SPD)

Wir gehen davon aus, dass der Energiebericht 2001 deutlich kritischer oder, um es in den Worten von heute Nachmittag zu sagen, deutlich selbstkritischer ausfällt.

Danke schön.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Kretschmann GRÜNE – Abg. Alfred Haas CDU: Wer hat denn diesen Quatsch aufgeschrieben?)

**Stellv. Präsidentin Beate Fauser:** Ich erteile das Wort Herrn Abg. Hofer.

**Abg. Hofer** FDP/DVP: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Nachdem wir heute Morgen doch so viel Negatives über die Kernenergie hören muss-

ten, vielleicht doch einfach, damit es ein bisschen wohltuend ist, auch einige wenige günstige Daten aus dem Energiebericht, die etwas zu kurz kommen. Der Energieverbrauch in Baden-Württemberg – das wird dort ausgewiesen – liegt immer noch eindeutig unter dem Bundesdurchschnitt. Bei uns in Baden-Württemberg wird Energie – das kann einen einfach freuen – immer noch effizienter eingesetzt, als es dem Durchschnitt entspricht. Daran wollen wir weiter arbeiten. Der spezifische Energieverbrauch nimmt weiter ab. Die Abhängigkeit vom Mineralöl hat sich auf jetzt 41,8 % verringert. Sie lag schon einmal bei 73 %. Erfreulich ist auch, dass das Wirtschaftswachstum und das Wachstum des Energieverbrauchs sich weiter entkoppeln.

(Beifall des Abg. Dr. Noll FDP/DVP)

Das sind ja alles wichtige Ziele.

Wer noch ein Beispiel aus dem Verkehrsbereich braucht: Der Kraftstoffverbrauch hat sich von 1991 bis 1999 um 1 % verringert,

(Abg. Schmiedel SPD: Dank der Ökosteuer!)

aber immerhin bei einer Steigerung des Bestandes von 12 %.

Auch die Liberalisierung der Energiemärkte, zu Anfang ja noch von einigen mit Skepsis beobachtet, ist heute von allen Beteiligten nicht mehr anders vorstellbar. Sie hat zu sinkenden Preisen für die Haushalte und die Industrie geführt. Das wird sich natürlich mit Sicherheit jetzt nicht weiter so fortsetzen, aber der von so vielen prophezeite Kollaps der städtischen Werke ist überhaupt nicht eingetreten. Im Gegenteil, das Bundeskartellamt und auch das Wirtschaftsministerium haben alle Hände voll zu tun, durch Prüfungen zu vermeiden, dass durch überhöhte Netzbenutzerverträge Querfinanzierungen für den Strom gemacht werden. Das gilt insbesondere für das eine oder andere städtische Kraftwerk.

Der CO<sub>2</sub>-Ausstoß hat sich leider nur geringfügig verringert. Er liegt immerhin noch 3 Millionen Tonnen über dem Wert des Jahres 1990. Im Hinblick auf die Klimaschutzziele von Kyoto muss das zu denken geben.

(Abg. Dr. Caroli SPD: Allerdings!)

– Allerdings. Deshalb ist allerdings auch die Kernenergie nach wie vor eine umweltfreundliche Option.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Zurufe von der SPD: Oh! – Abg. Kretschmann GRÜNE: Oh Jesses!)

Der Anteil der Kernenergie an der Stromerzeugung beträgt immer noch – ich gebe ja nur Daten wieder – 57,1 %. Die Nutzung der Kernenergie, haben wir immer gesagt, ist eine umweltfreundliche, eine wirtschaftliche

(Abg. Kretschmann GRÜNE: Ist dann der Atom- müll etwas Besseres als CO<sub>2</sub>?)

– regen Sie sich ab! –,

(Abg. Kretschmann GRÜNE: Ich habe mich ja noch gar nicht aufgeregt!)



(Hofer)

bis vor kurzem hätte ich auch noch gesagt: in allen Fällen eine sichere Option. Sicher ist sie, glaube ich, immer noch im Hinblick auf die technologische Seite. Aber ob sie nun wirklich so uneingeschränkt als sicher bezeichnet werden kann, was die Betreiber anbelangt, was das Management anbelangt, was die menschliche Zuverlässigkeit anbelangt,

(Abg. Dr. Caroli SPD: Und die Entsorgung!)

da haben wir heute sehr viel hören müssen, was uns zweifeln lässt, und für all diejenigen, die sich wie ich – ich stehe dazu – für die Kernenergie eingesetzt haben und einsetzen, ist das ein Bärendienst, der da erwiesen worden ist.

(Abg. Drautz FDP/DVP: Sehr gut!)

Die erneuerbaren Energien rücken deshalb mit Recht in den Vordergrund. Es gilt, sie weiter zu stärken. Ich gebe meinem Vorredner völlig Recht: Bevor wir da gucken, was wir denn durch neue Energien machen können, müssen wir einmal sehen, dass von 100 % Primärenergie gerade noch ein Drittel beim Endverbraucher ankommt. Also Energieeinsparung ist der größte Teil dessen, wo wir ansetzen können. Das Ziel der Verdoppelung des Anteils der erneuerbaren Energien ist übrigens ein Ziel, das sich alle setzen: die Bundesregierung, die EU. Überall wird das Ziel der Verdoppelung wie ein Glaubensbekenntnis wiederholt.

Das heißt bei uns – Sie haben es gesagt –, den Anteil von 2,6 % auf 5,2 % zu erhöhen, nicht weniger und auch nicht mehr. Es kann davon ausgegangen werden – das zeigen die Zahlen; Sie werden das auch noch einmal im Einzelnen vorgelegt bekommen –, dass bis zur Halbzeit dieser zehn Jahre, also bis zum Jahr 2005, das Biogas den zweifachen Wert erreicht, die Geothermie den dreifachen, die Solaranlagen den vierfachen, die Windkraft ebenfalls den vierfachen Wert und die Photovoltaik den achtfachen Zuwachs erreicht.

Warum dann eigentlich die Skepsis gegenüber der Verdoppelung? Ganz einfach deshalb, weil Wasserkraft und Biomasse gegenwärtig über 90 % des Anteils der erneuerbaren Energien ausmachen. Dort gibt es nur einen Zuwachs von 0 bis 10 %. Umso wichtiger ist das, was Frau Brenner angesprochen hat: dieses Laufkraftwerk in Rheinfelden, wo es um 800 Megawatt geht, nicht zu blockieren, sondern in Berlin einmal flott zu machen.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Zuruf des Abg. Dr. Witzel GRÜNE)

Das heißt nicht, dass die Kleinanlagen vernachlässigt werden sollen.

Ich komme noch kurz zu den solarthermischen Anlagen. Hier bin ich völlig damit einverstanden, dass das Programm zur Förderung dieser Anlagen eingestellt wird. Das ist Stand der Technik. Da geht es heute nur noch um Mitnahmeeffekte. Der Bund kürzt genauso. Mein örtlicher Händler sagt mir: „Es ist mir doch ziemlich egal, ob das noch gefördert wird. Ich will Klarheit, damit die Kunden sich endlich entscheiden.“ Stattdessen muss man die Förderung der Demonstrationsanlagen aufstocken. Das ist wichtig.

Noch eines zur Windenergie. Sie erlebt in Deutschland einen Boom. Wir sind auf diesem Gebiet Weltmeister. Die deutsche Spitzenstellung schafft Exportchancen und Arbeitsplätze; das ist unbestritten. Natürlich bedarf die Technologie des Windes – nicht des Windes, den wir machen, sondern des Windes, der da ist. Wir sind keine Küstenbewohner, sondern leben im Binnenland.

(Abg. Drautz FDP/DVP: Das weiß der Caroli nicht! – Zuruf des Abg. Alfred Haas CDU)

Natürlich gibt es bei uns Potenziale, aber nur dort – das sagen alle Fachleute –, wo die Windgeschwindigkeit deutlich über 5 Meter pro Sekunde liegt.

(Abg. Carla Bregenzer SPD: So ist es!)

Dort müssen wir Vorranggebiete schaffen. Das machen die Regionalverbände inzwischen auch. Die Region Stuttgart macht es gerade für ein Zehntel der Landesfläche. Das haben sogar die Grünen gelobt. Das machen andere auch. Aber dort, wo die Geschwindigkeit unter 5 Meter pro Sekunde liegt – nur noch diesen einen Satz –, sollten wir unsere kleinteilige schöne Landschaft davon verschonen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Zimmermann CDU: Genau!)

Denn wir wollen nicht, weil jetzt gerade Subventionen, Zuschüsse und Einspeisevergütungen vergeben werden, dass wir, wenn die einmal sinken – und sie werden sinken –,

(Abg. Dr. Witzel GRÜNE: Es gibt nur Einspeisevergütungen, keine Zuschüsse!)

nachher Abschreibungsprojekte haben, die in der Gegend herumstehen und nicht mehr genutzt werden. Wir wollen nicht das Gleiche, was einmal im Wohnungsmarkt gemacht worden ist.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Abg. Zimmermann CDU: Genau!)

Das sage ich an dieser Stelle.

Zur Brennstoffzelle stimme ich Ihnen zu. Da sind wir auch Spitzenreiter. Für Solarzellen gibt es die weltweit größte Anlage in Marbach. Das Brennstoffzellen-Kompetenzzentrum soll nach Ulm kommen. Lassen Sie uns das machen und nicht darüber streiten, ob man das als alternative oder regenerative Energie bewerten darf.

Ich danke.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

**Stellv. Präsidentin Beate Fauser:** Herr Kollege Witzel.

**Abg. Dr. Witzel GRÜNE:** Frau Präsidentin, meine Damen, meine Herren! Zahlen sind nicht alles, aber ohne Zahlen ist alles etwas ungenau. Gemäß diesem Motto danken wir dem Wirtschaftsministerium für die Vorlage dieses Energieberichts. Das schafft eine Grundlage für die politische Diskussion. Wir freuen uns auch, dass jetzt die erneuerbaren Energien zahlenmäßig präzise hierin aufgeführt sind.

(Dr. Witzel)

Aber klare Zahlen allein bringen noch keine gute Politik. So ist es auch hier. Die Zahlen zeigen zunächst einmal die Notwendigkeit, die CO<sub>2</sub>-Emissionen zu reduzieren. Seit dem Umweltgipfel von Rio liegen die CO<sub>2</sub>-Emissionen hier nach wie vor praktisch auf gleichem Niveau. Eine Reduktion der CO<sub>2</sub>-Emissionen im Lande hat nicht stattgefunden. Wir brauchen daher eine neue Energiepolitik. Sie muss sich einerseits auf Energieeffizienz und andererseits auf die erneuerbaren Energien gründen.

(Zuruf des Abg. Alfred Haas CDU)

Dass man diese erneuerbaren Energien nicht allein nur unter Umweltgesichtspunkten sehen darf, steht auch im Vorwort drin.

(Zuruf des Abg. Alfred Haas CDU)

– Herr Haas, vielleicht sind Sie einmal ruhig.

(Abg. Alfred Haas CDU: Nein, ich bin nicht ruhig!

– Zuruf von der SPD: Der ist überhaupt nicht zu beruhigen!)

Dieser Energiebericht zeigt auch, welche große Potenziale im wirtschaftlichen Sinn in diesem Bereich liegen. Im Jahr dieses Energieberichts sind nämlich Zuwächse bei der Photovoltaik von 88 % und bei der Windkraft von 21 % zu verzeichnen. Das sind Zuwachsraten, von denen andere Branchen nur träumen können. Das zeigt: Hier tut sich etwas für die Umwelt. Aber es eröffnet auch Chancen für neue Arbeitsplätze. Wir müssen alles daran setzen, dass diese Chancen hier im Lande genutzt werden. Derzeit sieht es dabei leider trübe aus.

(Beifall des Abg. Dr. Caroli SPD)

Wir wollen die erneuerbaren Energien bis 2010 verdoppeln. Das ist ein ehrgeiziges Ziel. Wir müssen dazu kommen, dass diese Branche, die derzeit boomt, zu einer sich selbst tragenden Entwicklung kommt, dass sie Neuentwicklungen selbst finanziert und von öffentlichen Geldern unabhängig wird. Das ist aber in den meisten Fällen derzeit noch nicht der Fall. Deshalb brauchen wir anfangs noch Zuschüsse.

Wir kritisieren hier die Kürzungen bei der Förderung von Solaranlagen. Natürlich ist für die normale Standard-Solaranlage auf dem Hausdach ein Zuschuss nicht unbedingt notwendig. Aber betrachten Sie den Geschosswohnungsbau, wo die großen Potenziale liegen: Dort tut sich derzeit noch nichts, weil die Wohnungsbetreiber mit spitzem Bleistift rechnen. Das zeigt: Die Solarthermie ist dort derzeit noch nicht wirtschaftlich. Hier könnten wir gezielt fördern, um etwas voranzubringen.

(Beifall bei den Grünen und des Abg. Dr. Caroli SPD)

Zweites Thema: Windkraft. Frau Brenner, ich habe in der Presseerklärung des Ministerpräsidenten zur Windenergie gelesen, dass er eine restriktivere Genehmigungspraxis ankündigt.

(Zuruf von der SPD: Restriktiver als was? Als das, was wir heute haben?)

Jeder, der eine restriktivere Zulassung der Windenergie haben will, finde seine Unterstützung. So war der Tenor.

Ich freue mich, dass Sie das in Ihrem Beitrag kritisiert und gesagt haben: Wir wollen dies nicht restriktiv, sondern umweltverträglich machen und versuchen, Windkraftanlagen zusammenzufassen und auf windhöffigen Standorten tatsächlich zu realisieren. Ich meine, hier sollte der Landtag auch klare Richtlinien vorgeben. Vielleicht kommen wir dann dahin, dass bei Windkraftanlagen auch weiterhin Zuwachsraten zu verzeichnen sind. Wir sind bundesweit weit hintendran. In Nordrhein-Westfalen wird zehnmal so viel Windkraft erzeugt wie in Baden-Württemberg.

(Zuruf des Abg. Alfred Haas CDU)

Es stimmt eben nicht, was Herr Hofer sagt, dass wir die Weltmeister sind. Baden-Württemberg hat nun bei der Windkraft wahrhaftig die rote Laterne.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Dr. Carmina Brenner CDU: Wir haben doch keinen Wind!)

Ich möchte jetzt auf einen Punkt eingehen, der von Frau Brenner und von Herrn Hofer angesprochen worden ist, nämlich das Wasserkraftwerk Rheinfelden. Auch für uns Grüne ist das einer der Kernbausteine für ein Konzept zum Ausbau der erneuerbaren Energien. Das ist Fakt.

Sie können sicher sein, Frau Brenner, auch ich nehme meine Verbindungen nach Berlin wahr, um dort darauf zu drängen, dass sich hier etwas tut. Aber so einfach, wie Sie es sich denken, einfach in das Gesetz zur Förderung erneuerbarer Energien hineinzuschreiben, dass große Wasserkraftanlagen ebenfalls gefördert werden, ist es nicht. Es gibt da verschiedene Probleme: Wir haben das Problem mit der alten Wasserkraft. Wir müssen bei Neubauten und Erweiterungen abgrenzen, wo es Hochwasserschutz und wo es tatsächlich Wasserkraftausbau ist. Und wir haben das große Problem mit dem Importstrom. Wenn aus dem Ausland Wasserkraftstrom importiert wird und wir dies auch nach EEG vergüten müssen, dann wird der Strompreis kräftig steigen. Lassen Sie uns daher über eine gute Lösung streiten. Wir stehen dafür, dass der Neubau des Wasserkraftwerks Rheinfelden kommen muss. Wir unterstützen das klar und eindeutig.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Abg. Dr. Caroli SPD: Wir auch, ich sage es ausdrücklich!)

Abschließend lassen Sie mich noch auf eine Bemerkung eingehen, die Herr Döring in seinem Vorwort auf Seite 6 macht. Herr Döring, Sie sagen darin in beklagendem Ton, durch das EEG und das Kraft-Wärme-Kopplungsgesetz entstünden für die Stromwirtschaft und die Verbraucher Kosten von 13 bis 15 Milliarden DM.

Ich meine, das ist eine typische alte Sichtweise, nach der der Strom nur in Großkraftwerken erzeugt wird. Wir müssen aber sehen: Die Energiewende, wie sie jetzt kommt, führt dazu, dass viele kleine Stromanbieter auf dem Markt erscheinen. Das sind die Betreiber von Wasserkraftanlagen, von Biogasanlagen, das sind Windkraftgemeinschaften,

(Dr. Witzel)

anlagen bis hin zu Einzelpersonen, wie ich eine bin, der ich mit meiner Photovoltaikanlage auch Strom produziere.

(Zuruf des Abg. Alfred Haas CDU)

Das ist der neue Energiemarkt. Diesen müssen wir insgesamt betrachten. Dann sind diese 13 bis 15 Milliarden DM nur eine Umschichtung. Diesen kleinen unabhängigen Produzenten der erneuerbaren Energien kommt dieses Geld zugute. Das hat bei den erneuerbaren Energien in Baden-Württemberg einen bundesweit beispiellosen Boom gebracht, um den uns viele andere Länder beneiden. Das sollten wir hier explizit würdigen und nicht sagen, dies sei eine Belastung für den Stromverbraucher.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Alfred Haas CDU:  
Das war pro domo! Sie sind doch beteiligt an der  
Windkraft! )

– Ist das eine Zwischenfrage?

**Stellv. Präsidentin Beate Fauser:** Herr Haas, stellen Sie eine ordnungsgemäße Zwischenfrage.

(Abg. Alfred Haas CDU: Das ist gar nicht mehr  
möglich! – Zurufe von der SPD)

Herr Wirtschaftsminister, ich erteile Ihnen das Wort.

**Wirtschaftsminister Dr. Döring:** Meine sehr geehrten Damen und Herren, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Zunächst entschuldige ich mich dafür, dass ich zwei Minuten zu spät gekommen bin, vor allem bei Frau Brenner. Ich war 20 Minuten vor der Zeit hier, zu der nach Aussage der Verwaltung der Tagesordnungspunkt hätte aufgerufen werden sollen. Es tut mir Leid. Ich bitte um Vergebung. Aber, Herr Knapp, ich war ja rechtzeitig hier, um Ihre Rede zu hören.

(Abg. Dr. Carmina Brenner CDU: Das kostet einen  
Kaffee, Herr Döring!)

Vor allem Ihre beiden einleitenden Sätze waren gut und richtig; ihnen schließe ich mich ausdrücklich an.

Auch von anderen Rednern ist der Energiebericht freundlicherweise gewürdigt worden. Ich halte den Bericht auch für eine ganz hervorragende Arbeit. Sie sind darin – Herr Witzel hat es auch gesagt – über sämtliche Bereiche absolut detailliert und exakt unterrichtet worden. Das bildet eine Grundlage, auf der man meiner Meinung nach in den nächsten Jahren die Energiepolitik des Landes Baden-Württemberg aufbauen kann.

Herr Knapp hat gefragt, ob ich persönlich noch Ja zur Kernenergie sage. Ich will mich um die Antwort gar nicht herummogeln, sondern sage Ihnen: Ja, nach wie vor. Natürlich fällt einem das – so, wie es der Kollege Hofer auch gesagt hat – nach den Ereignissen bei uns „saumäßig“ schwer.

(Abg. Dr. Caroli SPD: Man kann aber auch einmal  
umdenken!)

Am härtesten trifft es wahrscheinlich genau diejenigen, zu denen wir bisher gesagt haben: Die Kernenergie ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt nach wie vor unverzichtbar für die Stromerzeugung, für die Energieversorgung des Landes Baden-Württemberg. Dies ist Fakt.

Sie, verehrte Kolleginnen und Kollegen von den Grünen, würden mit dem von Ihnen beantragten Abschalten keinen großen Sicherheitsgewinn erzielen. Deswegen habe ich diesen Antrag auch nicht verstanden. Denn selbstverständlich wären die Anlagen weiterhin mit Brennelementen bestückt, die langfristig gekühlt werden müssten. Die Sicherheitssysteme müssten weitgehend genauso funktionieren wie im Betrieb. Daher gäbe es keinen Sicherheitsgewinn mit dem von Ihnen beantragten Abschalten. Wenn Sie die Energie aus anderen Ländern kaufen, haben Sie auch keinen Sicherheitsgewinn.

(Zuruf des Abg. Alfred Haas CDU)

Deswegen sind das Schaufensteranträge, mit denen wir hier keine Probleme lösen können, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/  
DVP)

Ich will gern noch auf einige weitere Punkte, die konkret angesprochen worden sind, eingehen. Frau Dr. Brenner und Kollege Hofer haben es bezüglich der Windkraft ja schon gesagt: Halten Sie sich doch bitte nicht an einzelnen Worten fest und daran, was dieser oder jener mit „restriktiverer Genehmigung“ gemeint habe.

Tatsache ist doch – das kommt in weiten Bereichen auch von Ihren Parteigängern –: Im Hohenlohischen, wo ich herkomme, oder im Schwarzwald wird von Vertretern der Landschafts- und Naturschutzverbände die größte Kritik an den einzelnen Windrädern geäußert, die aufgestellt werden.

(Zuruf des Abg. Schmiedel SPD)

Wenn wir – und der Ministerpräsident genauso – deswegen sagen: „Wir schauen danach, dass wir in der Regionalplanung eine strengere Begründung und eine Zusammenfassung erreichen“, dann halte ich das für den richtigen Weg. Das ist kein Nein zu Windkraftanlagen – dies zu behaupten ist eine böswillige Unterstellung.

Frau Brenner hat schon darauf hingewiesen – ich sage es an dieser Stelle ausdrücklich noch einmal –: Wir wollen nicht eine Vielzahl weit auseinander liegender, weit gestreuter Einzelanlagen. Der Begriff der „Verspargelung“ der Landschaft – diesen Begriff kann man gut finden oder auch nicht – ist gefallen. Wir wollen vielmehr eine raumverträgliche und eine geordnete Windenergienutzung. Was ist denn dagegen einzuwenden, wenn wir sagen: „Wir wollen eine geordnete Windenergienutzung“? Das heißt zum einen, wir wollen die Windenergienutzung, und heißt zum anderen, dass wir sie geordnet wollen. Von daher weiß ich nicht, warum man sich daran aufhält und es zu auseinander gehenden Aussagen kommt.

Diese Aufgabe – Herr Kollege Kretschmann, Sie wissen das doch wie alle anderen hier auch – fällt in den Selbst-

(Minister Dr. Döring)

verwaltungsbereich der Kommunen oder, soweit regionalbedeutsame Windenergieanlagen erfasst werden, in die Planungsautonomie der Regionalverbände. Diese können im Flächennutzungsplan bzw. im Regionalplan Vorranggebiete für die Windenergienutzung und Gebiete, die von einer solchen Nutzung ausgeschlossen sind, festlegen. Das halte ich für den richtigen Weg. Dort ist die Entscheidung richtig angesiedelt. Sie können festlegen, wo sie es machen, und sollen es künftig dort ausschließen, wo dies aufgrund von Landschafts- und Naturschutzbeeinträchtigungen eben nicht gewünscht wird.

Damit kann – das ist auch das Anliegen des Ministerpräsidenten; wir haben darüber ja mehrfach gesprochen, bevor er dieses Gespräch am 24. September geführt hat – einer ungeordneten Errichtung von Windenergieanlagen wirksam begegnet werden. Genau darum geht es: geordnet ja, aber ungeordnet eben nicht.

Effektiv lässt sich diese Planung vor allem auf der regionalen Ebene, wie gerade ausgeführt, verwirklichen und bewerkstelligen. Deswegen wollen wir, dass dieser planerischen Steuerung mehr Nachdruck verliehen wird. Bislang haben sich immerhin sechs von insgesamt zwölf Regionalverbänden dieser Aufgabe sehr konkret angenommen. Sie haben sich deswegen dieser Aufgabe sehr konkret angenommen, weil sie gemerkt haben, dass es eine Diskussion darüber gibt, wo wir das machen und wo nicht. Dies ist eine regionalplanerische Aufgabe. In zwei Regionen gibt es bereits regionalplanerische Festlegungen: in den Regionen Bodensee-Oberschwaben und Franken.

Weitere Regionalverbände diskutieren die Möglichkeiten der räumlichen Steuerung über den Regionalplan. Es handelt sich, Herr Kollege Hofer, um den Verband Region Stuttgart und um die Regionalverbände Ostwürttemberg, Nordschwarzwald und Mittlerer Oberrhein. Das heißt, es ist auf dem Weg. Es ist auf dem Weg mit dem Ziel einer Errichtung von Windkraftanlagen, weil wir natürlich darauf angewiesen sind, dass wir diese Anlagen haben, um das, wie Sie sagen, bescheidene Ziel zu erreichen. Ich halte eine Verdoppelung schon noch für ein ehrgeiziges Ziel und will dieses Ziel auch tatsächlich erreichen.

(Abg. Dr. Witzel GRÜNE: Ich auch!)

Sie sollten deswegen freundlicherweise damit aufhören, zu sagen, der Ministerpräsident, der Wirtschaftsminister oder Kollege Müller, die Landesregierung wollten die Windenergienutzung nicht. Wir wollen sie; wir wollen sie geordnet und dort, wo sie Sinn macht. Das ist unsere Zielvorgabe. Die wird umgesetzt werden, und damit werden wir einen Beitrag leisten, um die Verdoppelung zu erreichen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Kretschmann  
GRÜNE: Dazu habt ihr fünf Jahre gebraucht!)

Ein weiterer Punkt kommt hinzu – Kollege Hofer hat das sehr deutlich ausgeführt –, nämlich die Wasserkraftnutzung. Wir haben bei zwei Punkten eine Auseinandersetzung. Der eine betrifft die kleinen Wasserkraftanlagen, von denen wir gerne mehr hätten, die aber in der Summe keinen riesigen Beitrag leisten. Aber wir hätten trotzdem ger-

ne mehr kleine und mittlere Wasserkraftanlagen, weil sie auch einen Beitrag leisten. Wiederum – und das wissen Sie alle auch ganz genau – haben wir mit denen, die bezüglich der Gewässer ihre Sorgen haben, vor allem was die Fische angeht, Auseinandersetzungen, aber das ist halt so. Aber wir wollen trotzdem mehr. Wir werden uns mit dem Umweltministerium und mit dem Landwirtschaftsministerium zusammensetzen, um die Genehmigung von mehr kleinen Wasserkraftanlagen zu erreichen. Aber auch darüber schwirren oftmals Zahlen durch die Landschaft, die hinten und vorne nicht stimmen. Von allen beantragten Wasserkraftanlagen sind 85 % genehmigt worden; nur 15 % sind nicht genehmigt worden. In diesem Bereich wird uns häufig der Vorwurf gemacht, wir genehmigten nichts und handelten restriktiv. Aber wenn 85 % genehmigt werden –

(Abg. Schmiedel SPD: Das stimmt doch nicht!)

– Wieso sagen Sie, das stimme nicht? Natürlich stimmt das.

(Abg. Schmiedel SPD: Weil sie im Vorfeld der Genehmigung abgewürgt werden! – Glocke der Präsidentin)

**Stellv. Präsidentin Beate Fauser:** Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Dr. Witzel?

**Wirtschaftsminister Dr. Döring:** Jawohl.

**Stellv. Präsidentin Beate Fauser:** Herr Abg. Dr. Witzel, ich erteile Ihnen das Wort.

**Abg. Dr. Witzel GRÜNE:** Herr Döring, eine Zwischenfrage zu Ihrer Aussage, dass 85 % der Wasserkraftanträge genehmigt würden: Ist Ihnen bekannt, dass die Praxis derzeit so ist, dass dann, wenn sich abzeichnet, dass ein Projekt nicht genehmigungsfähig ist, dem Antragsteller nahe gelegt wird, den Antrag zurückzuziehen, und es dann formell zu keiner Ablehnung kommt und das dann nicht in der Statistik erscheint, sodass tatsächlich der Anteil der Projekte, die zwar beantragt, aber dann nicht auf den Weg gebracht wurden, prozentual deutlicher höher liegt?

**Wirtschaftsminister Dr. Döring:** Da wir beide ehrliche Menschen sind, kann ich das, was Sie eben ausgeführt haben, nicht dementieren. Aber noch einmal: Von denen, die beantragen, sind es rund 85 %. Ziel – und das ist doch das Entscheidende – ist, in der Zukunft mehr zu genehmigen, und dazu brauchen wir die beiden anderen Ministerien. Wir werden das machen; wir werden das zu dritt auf den Weg bringen.

Ich bin froh darüber – Kollege Hofer und Frau Brenner haben es angesprochen –

**Stellv. Präsidentin Beate Fauser:** Herr Minister –

**Wirtschaftsminister Dr. Döring:** Darf ich das fertig machen? Nachher gerne.

**Stellv. Präsidentin Beate Fauser:** Ja.

**Wirtschaftsminister Dr. Döring:** Bei der Wasserkraft geht es uns um die Großanlagen. Nach wie vor sind die, und zwar für einen langen Zeitraum, sehr unwirtschaftlich.

(Minister Dr. Döring)

Deswegen kommen wir da nicht so voran, wie wir dies gerne schon längst gemacht hätten. Wir haben darüber neulich im Ausschuss gesprochen. Wir haben uns dagegen ausgesprochen, dass der Zeitpunkt bis zur Realisierung noch 25 Jahre geschoben wird; denn das wäre wirklich bis zum Sankt-Nimmerleins-Tag. Unser gemeinsames Ziel muss sein – dabei können Sie in Berlin und Brüssel mithelfen –, auch dafür – und das fällt einem Liberalen gar nicht so leicht – eine gewisse Anschubsubventionierung hinzubekommen, damit sich das auch am Anfang einigermaßen wirtschaftlich gestalten lässt.

Damit aber diese Großanlagen auch eine Chance haben, brauchen wir von der EU die Genehmigung der Förderung, und Berlin muss dabei ebenfalls mitmachen. Diese Großanlagen werden bei den Wasserkraftanlagen einen gewaltigen Schub nach vorne bringen. Dabei ziehen wir doch nach meinem Kenntnisstand exakt am gleichen Strang. Wir können das hier im Lande definitiv nicht alleine entscheiden, sondern wir brauchen die eben genannten Stellen. Aber wir wollen das. Wenn wir die kleinen Anlagen mitnehmen und die großen endlich mit durchbringen könnten, wären wir bei der Wasserkraft einen ganz entscheidenden Schritt weiter.

Frau Präsidentin, Herr Kollege Schmiedel kann jetzt gern seine Zwischenfrage stellen.

**Stelly. Präsidentin Beate Fauser:** Herr Kollege Schmiedel, ich erteile Ihnen das Wort.

**Abg. Schmiedel SPD:** Herr Minister, noch einmal zurück zu den kleinen Wasserkraftanlagen: Können Sie uns sagen, wie viele der genehmigten Anlagen von den 85 %, auf die Sie stolz sind, die Wiederinbetriebnahme von Altanlagen, die Erneuerung von Teilen von Anlagen sind und wie viele letztlich neue Maßnahmen sind?

**Wirtschaftsminister Dr. Döring:** Das kann ich Ihnen gerne schriftlich nachliefern. Wahrscheinlich steht es in meinen Unterlagen. Aber Sie legen auch Wert darauf, dass man hier nicht alles vorliest, und ich kann es Ihnen jetzt nicht auswendig sagen. Aber das bekommen Sie gerne.

(Abg. Schmiedel SPD: Sie können gleich „Neuanlagen: null“ sagen!)

– Nein, null Neuanlagen stimmt eben nicht, Herr Schmiedel. Nein, das stimmt nicht.

Um den Beweis anzutreten, dass wir bei den kleinen Wasserkraftanlagen vorankommen wollen, haben wir uns von den Zuständigen, die Sie alle kennen, eine Liste geben lassen. Davon haben wir exemplarisch fünf Fälle herausgegriffen; die kennen Sie auch nicht.

(Abg. Knapp SPD: Wann?)

– Das wird in den nächsten Wochen erledigt.

Wir haben darum gebeten, uns an fünf Fällen exemplarisch aufzuzeigen, wo es hakt, an welchen Stellen es liegt, dass die Genehmigung nicht erteilt wird, weil wir ein Interesse daran haben, dass diese Genehmigung auf den Weg gebracht wird.

Meine Damen und Herren, ich mache niemandem zum Vorwurf, dass er nicht ganz auf der Höhe der Zeit ist. Sie haben die Situation beim Altbaumodernisierungsprogramm kritisiert. Ich beklage mich auch immer heftig darüber, wenn es nicht auf Seite 1 in der Zeitung steht: Wir legen das Altbaumodernisierungsprogramm für den Doppelhaushalt 2002/2003 wieder auf.

(Abg. Knapp SPD: Stop and go, stop and go!)

– Lieber Herr Kollege Knapp, seien Sie bitte so gut!

Wir haben das Programm im August 1999 aufgelegt. Damals ist es miserabel angelaufen und überhaupt nicht nachgefragt worden. Dann ist man dem Grund nachgegangen, warum es überhaupt nicht oder ausgesprochen schlecht nachgefragt worden ist. Ergebnis: Die Bedingungen waren nicht sehr lukrativ. Außerdem sind von der Jahreszeit her alle im Geschäft gewesen. Das Programm war also nicht zwingend notwendig.

Dann haben wir die Konditionen bezüglich der Zinsgestaltung bei dem Darlehen etwas verbessert. Dann ist das Programm ziemlich kräftig nachgefragt worden. Es ist, wie Sie gesagt haben, so rasant nachgefragt worden, dass wir es im Juli 2001 schließen mussten. Das ist das Ärgerlichste von allem, was einem passieren kann: ein gutes Programm zu haben, das so stark nachgefragt wird, dass kein Geld mehr da ist. Aber wenn das Geld nicht mehr da ist, weiß ich nicht, wie ich das Programm fortführen soll.

(Abg. Schmiedel SPD: Nachlegen!)

Ich kann mit dem Programm nun einmal erst dann weitermachen, wenn neue Mittel zur Verfügung gestellt werden.

Ich muss natürlich auch eines sagen: Herr Kollege Witzel, Ihre Fraktion hat bei der Beratung des Nachtrags für dieses Programm 2 Millionen DM beantragt, wenn ich es richtig in Erinnerung habe. Damit könnten wir vielleicht bis März 2002 weiterarbeiten.

Mir missfällt eines – da spreche ich den Kollegen Knapp wie auch den Kollegen Witzel an –: Sie sind ganz schnell dabei, wenn es darum geht, zu fordern, ein solches Programm unbedingt zu machen. Wenn ein solches Programm ausläuft, liegen Sie in der Ackerfurche, legen die Ohren an und schauen sich an, wie mir die Brocken um die Ohren fliegen, und sagen: „Der ist schuld. Der hat es eingestellt.“ Sie haben aber nirgends dafür gesorgt, dass Mittel dazu beigetragen werden.

(Abg. Dr. Witzel GRÜNE: Wir haben Anträge zum Nachtragshaushalt gestellt! – Abg. Schmiedel SPD: Wir haben Anträge gestellt, Sie haben es abgelehnt!)

– Sie haben 2 Millionen DM beantragt. Mit denen kämen Sie gerade einmal bis März.

(Abg. Dr. Witzel GRÜNE: Bis März? Das ist doch absurd!)

– Sie haben ein wenig mehr beantragt, haben aber nicht gesagt, wie es finanziert werden soll. Das machen Sie immer

(Minister Dr. Döring)

so: Sie sagen, hier und dort soll Geld zur Verfügung gestellt werden.

(Abg. Alfred Haas CDU: Und Nullverschuldung! – Abg. Schmiedel SPD: Wir haben Deckungsvorschläge gemacht!)

– Ihre Deckungsvorschläge, die Sie bei 1 600 Polizisten usw. gemacht haben, habe ich mir angeschaut. Die Deckungsvorschläge, die Sie da auf den Weg bringen, finde ich spannend.

(Abg. Heike Dederer GRÜNE: Alles gegenfinanziert! So ein Quatsch!)

Wir haben jetzt durch Umschichtungen im Haushalt des Wirtschaftsministeriums dafür gesorgt, dass das Altbaumodernisierungsprogramm im Haushalt 2002/2003 wieder aufgelegt und gefahren werden kann. Es ist das beste Programm zur Energieeinsparung, für den Umweltschutz und ein Beschäftigungsprogramm für das Handwerk allererster Güteklasse. Das ist der entscheidende Grund, warum wir es machen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Knapp SPD: Aber gerade deshalb darf man es nicht anhalten! Das ist ja fast ein Perpetuum mobile, was die Finanzierung angeht!)

– Sensationell.

Wir haben mit dem Programm von August 1999 bis August 2001 insgesamt tatsächlich 325 Millionen DM an Investitionssummen auf den Weg gebracht. Ich würde es natürlich gerne, wenn es irgendwie ginge, noch etwas attraktiver ausgestalten. Dann müssten Sie aber noch mehr Mittel zur Verfügung stellen, von denen ich nicht weiß, wo sie herkommen sollen. Auch bezüglich der Konditionen wäre ein weiterer Anreiz sehr sinnvoll.

Dies ist – es ist gut, dass wir da auf einer Linie sind – ein sehr gutes Beschäftigungsförderungsprogramm für das moderne Handwerk. Es ist für die Energieeinsparung und den Umweltschutz mit Abstand die effektivste Maßnahme, die

wir überhaupt ergreifen können. Deswegen machen wir das Programm auch.

Kolleginnen und Kollegen, es ist überhaupt keine Frage – das werden wir im Haushalt und bei den weiteren Maßnahmen sehen müssen –: Wir sollten mehr machen können.

(Beifall des Ministers Dr. Repnik)

Das wünschte ich mir auch. Aber Sie müssen dann natürlich auch die Mittel dafür haben.

Lieber Herr Schmiedel, jetzt lassen Sie mich noch einmal sagen: Wenn Sie in einer Einsparrunde von 92 Millionen DM 72 Millionen DM streichen müssen, ist das eine riesige Leistung. Wenn Sie dann durch Umschichtungen im eigenen Haus zweimal 15 Millionen DM herausholen, um das Altbaumodernisierungsprogramm auf den Weg zu bringen, halte ich das für eine tolle Leistung.

(Beifall der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

Das ist wesentlich schwieriger, als Ihre Anträge zu schreiben und kein Geld mitzuschicken.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Schmiedel SPD: Was sollen wir noch alles machen?)

**Stellv. Präsidentin Beate Fauser:** Mir liegen keine Wortmeldungen mehr vor.

Wir kommen zur Abstimmung über die Beschlussempfehlung des Wirtschaftsausschusses, Drucksache 13/317. – Sie stimmen der Beschlussempfehlung zu.

Meine Damen und Herren, damit sind wir am Ende der heutigen Tagesordnung angelangt.

(Zurufe von der SPD: Oh! – Schade!)

Die nächste Sitzung findet morgen, Donnerstag, 25. Oktober 2001, um 9:30 Uhr statt.

Ich danke Ihnen und schließe die Sitzung.

**Schluss: 19:01 Uhr**